

Der Sammelband dokumentiert die zwischen Wissenschaftlern, Künstlern, staatlichen und zivilgesellschaftlichen Vertretern aus Berlin und Buenos Aires seit einigen Jahren geführten Diskussionen über die urbane Erinnerung an Diktaturen und Menschenrechtsverletzungen. Trotz der unterschiedlichen Geschichte Argentiniens und Deutschlands stellen sich in beiden Ländern ähnliche Fragen im Hinblick auf den Umgang mit der Vergangenheit. Deutsche und argentinische Autorinnen und Autoren berichten über unterschiedliche Formen des Erinnerns und diskutieren über Erfahrungen und Herausforderungen im Zusammenhang mit Denkmälern, Mahnmälern sowie Orten des Terrors, die zu Orten des Gedenkens werden sollen. Auch verschiedene künstlerische Sprachen des Gedenkens werden thematisiert, ebenso wie die Chancen und Schwierigkeiten des Zusammenspiels zwischen zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteuren der Erinnerung. Das Buch zeigt, wie wichtig und sinnvoll es ist, die in beiden Städten gesammelten Erfahrungen wechselseitig fruchtbar zu machen.

ISBN 978-3-938690-96-3

PETER BIRLE · ELKE GRYGLEWSKI · ESTELA SCHINDEL (Hrsg.)  
Urbane Erinnerungskulturen im Dialog: Berlin und Buenos Aires



PETER BIRLE · ELKE GRYGLEWSKI · ESTELA SCHINDEL (Hrsg.)

## URBANE ERINNERUNGSKULTUREN IM DIALOG:

### BERLIN UND BUENOS AIRES

METROPOL



PETER BIRLE · ELKE GRYGLEWSKI · ESTELA SCHINDEL (Hrsg.)

*Urbane Erinnerungskulturen im Dialog: Berlin und Buenos Aires*



PETER BIRLE · ELKE GRYGLEWSKI · ESTELA SCHINDEL (Hrsg.)

# **Urbane Erinnerungskulturen im Dialog: Berlin und Buenos Aires**



| METROPOL



IBERO-AMERIKANISCHES INSTITUT  
PREUSSISCHER KULTURBESITZ



Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Senatskanzlei Berlin  
im Rahmen der Städtepartnerschaft Berlin–Buenos Aires

ISBN 978-3-938690-96-3

© 2009 Metropol Verlag  
Ansbacher Str. 70 · 10777 Berlin  
[www.metropol-verlag.de](http://www.metropol-verlag.de)  
Alle Rechte vorbehalten  
Druck: ●●●●

# Inhalt

PETER BIRLE · ELKE GRYGLEWSKI

ESTELA SCHINDEL

Einleitung ..... 9

## **I. Erinnerungskulturen und Erinnerungsbrüche in historischer Perspektive ..... 25**

GABI DOLFF-BONEKÄMPER

Topographien der Erinnerung und Gedächtniskollektive ..... 26

BERND FAULENBACH

Die Erinnerungskultur Deutschlands ..... 37

SANDRA CARRERAS

Die öffentliche Erinnerungskultur in Argentinien ..... 47

## **II. Denkmale und Mahnmale: Erfahrungen und Herausforderungen ..... 63**

GABRIELE CAMPHAUSEN

Erinnerungsorte in Berlin ..... 64

ESTELA SCHINDEL

Erinnerungsorte in Buenos Aires ..... 73

HUGO VEZZETTI

Mahnmale des Staatsterrorismus in Buenos Aires

*Politik und Repräsentation* ..... 89

STEFANIE ENDLICH

Das Berliner Denkmal für die ermordeten Juden Europas ..... 102

### III. Orte des Terrors, Orte des Gedenkens ..... 114

ANDREAS NACHAMA

Die offene Wunde der Bundeshauptstadt

*Von der nationalsozialistischen Terrorzentrale zum Lernort* ..... 115

MARIA NOOKE

Die Berliner Mauer. 1961 bis 1989 ..... 125

LILA PASTORIZA

Erinnerung als Politik: die Grundlinien der Diskussion ..... 134

GABRIELA ALEGRE

Die Rekonstruktion geheimer Haftzentren in Buenos Aires ..... 150

ANA GUGLIELMUCCI

Das ehemalige geheime Haft-, Folter- und

Vernichtungslager *El Olimpo* ..... 155

ELKE GRYGLEWSKI

Die Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz ..... 161

### IV. Ästhetische Sprachen des Gedenkens ..... 168

ANA LONGONI

El Siluetazo

*Künstlerisch-politische Praktiken der städtischen Intervention*

*in der argentinischen Menschenrechtsbewegung* ..... 169

HORACIO GONZÁLEZ

Kunst, Schrei, Repräsentation

*Zwischen universalistischer Abstraktion und den Eigennamen*

*der Geschichte* ..... 181

KATHARINA KAISER

Unterbrochene Erzählung

*Kollektive Erinnerung und die Sprache von Denkmälern* ..... 190

RONALD KLEIN TANK

Berliner Mauerspuren

*Der Prozess des Verschwindens der Berliner Mauer* ..... 200

HORST HOHEISEL

Memoria

*Einige Gedanken zur Kunst der Erinnerung und zur  
Erinnerung der Kunst* ..... 205

DIANA AISENBERG

Künstlerische Interventionen im öffentlichen Raum –

das Beispiel Buenos Aires ..... 209

## **V. Zivilgesellschaftliche und staatliche Akteure** ..... 214

ANNE HUFFSCHMID

Wem gehört die Erinnerung?

*Spannungen, Fragen, Konflikte – Notizen aus einem Dialog* ..... 215

BERNT RÖDER

Lokale Akteure und Initiativen der Erinnerungsarbeit ..... 226

BIRGIT SALAMON

Die BStU

*Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes  
der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik und ihre  
bürgerschaftlichen Wurzeln* ..... 235

MIGUEL ANGEL D'AGOSTINO

*Club Atlético: Überleben und Gedenken* ..... 244

PATRICIA VALDEZ

*Memoria Abierta: Entstehung und Zielsetzungen* ..... 251

WOLFGANG KALECK

Die „Koalition gegen Strafflosigkeit“ ..... 261

## **VI. Erinnerung in Bewegung:**

**performative Erinnerung** ..... 271

ANGELIKA MEYER

Ein Museum ohne Haus

*Der Verein „Aktives Museum Berlin“ als Teil eines Netzwerks  
im Bereich der Erinnerungspolitik* ..... 272



DOROTHEA KOLLAND

Von der Widerstandskiste zur Multimedia-Applikation

*Das Langzeitprojekt „Widerstand in Neukölln“* ..... 280

ESTELA SCHINDEL

Steine, Plätze und Performance

*Aktive Erinnerungen in Buenos Aires* ..... 291

ENRIQUETA MARONI

Die Erinnerungsarbeit der *Madres de Plaza de Mayo* ..... 303

Abkürzungsverzeichnis ..... 309

Die Autorinnen und Autoren ..... 311

## Einleitung

Seit Ende der 1990er-Jahre wird in Berlin und Buenos Aires verstärkt die Frage diskutiert, wie die Erinnerung an Diktaturen und Menschenrechtsverletzungen in das Stadtbild eingeschrieben werden sollte. Angesichts der unterschiedlichen Geschichte Argentiniens und Deutschlands sowie der jeweils spezifischen Diktaturen beider Länder geschah und geschieht dies selbstverständlich auf verschiedene Art und Weise. Dennoch stellten sich in beiden Ländern ähnliche Fragen im Hinblick auf einen angemessenen Umgang mit der Vergangenheit im urbanen Gedächtnis: Wie soll mit den Spuren umgegangen werden, die autoritäre und totalitäre Regime hinterlassen haben? Wie soll jener würdig gedacht werden, die unter politischer Verfolgung und Vernichtung zu leiden hatten?

Für viel öffentliche Aufmerksamkeit sorgte in Berlin die lange und kontrovers geführte Diskussion über den Ort, den Charakter und schließlich die künstlerische Gestaltung eines Denkmals für die ermordeten Juden Europas. Aber nicht nur in diesem Zusammenhang musste die deutsche Gesellschaft sich mit ihrer Vergangenheit auseinandersetzen und die Frage klären, wie Spuren und Erinnerungen der Geschichte dauerhaft in der Stadt sichtbar gemacht werden können. So führte der Fall der Mauer zu der Herausforderung, mit ihren symbolischen und materiellen Spuren umzugehen. Was sollte mit den real noch vorhandenen Überresten geschehen? Zu der bereits vorher komplexen und vielschichtigen Erinnerungslandschaft Berlins kamen neue Fragen hinzu. In beiden deutschen Staaten war sehr unterschiedlich mit der Geschichte des Nationalsozialismus umgegangen worden. Nun galt es, einen gesamtdeutschen

Erinnerungsdiskurs zu entwickeln, der einerseits der Tatsache Rechnung tragen sollte, dass Berlin wieder Hauptstadt Deutschlands geworden war, und der andererseits angemessen in die existierende vielschichtige Erinnerungslandschaft der Stadt eingeschrieben werden könnte. Mit dem Ende der DDR stellte sich zudem die Frage, wie mit den in dieser Zeit begangenen Menschenrechtsverletzungen umgegangen werden sollte.

In Argentinien hatte die Regierung von Präsident Carlos Menem (1989–1999) alle Themen, die in Verbindung mit den während der letzten Militärdiktatur verübten Menschenrechtsverletzungen und Akten des Staatsterrorismus standen, mehr oder weniger totgeschwiegen. Die Menschenrechtsorganisationen betrachteten diese Entwicklung mit großer Sorge. Sie kämpften für eine angemessene Erinnerung an die Zehntausenden von „Verschwundenen“ und suchten nach Wegen, um sicherzustellen, dass die schmerzlichen Ereignisse der Vergangenheit nicht in Vergessenheit geraten, sondern in das Gedächtnis der nachfolgenden Generationen eingeschrieben werden. In diesem Zusammenhang entstand das Projekt „Park der Erinnerung“ (*Parque de la Memoria*), ein dem Andenken an die Opfer der letzten Diktatur gewidmetes Areal der Hauptstadt Buenos Aires. Das Projekt verbindet verschiedene Dimensionen miteinander; eine künstlerische (Skulpturen), eine gedenkende (ein Denkmal mit den Namen aller Opfer) und eine pädagogische (ein Informationszentrum). Damit wurden Fragen aufgeworfen, die – ohne identisch zu sein – eine gewisse Affinität zu jenen Fragen aufwiesen, die damals in Berlin diskutiert wurden: Ist ein Denkmal eine angemessene Form, um der Opfer zu gedenken? Wer soll mit einem derartigen Projekt angesprochen werden und wer sollte es entwickeln? Wie können künstlerische Abstraktion und die Notwendigkeit zu informieren miteinander vereinbart werden? Wie ist Geschichtsschreibung möglich, wenn es noch keinen gesellschaftlichen Konsens über die Vergangenheit gibt?

Im Jahr 2003 wandte sich der damalige Regierungschef der Stadt Buenos Aires, Anibal Ibarra, an den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit, mit der Bitte um technische und finanzielle Hilfe für Ausgrabungsarbeiten beim *Club Atlético*. Dieser Ort in der argentinischen Hauptstadt war von den Militärs während der Diktatur als geheimes Haft- und Folterzentrum genutzt worden. Die Anfrage basierte auf der 1994 zwischen Berlin und

Buenos Aires vereinbarten Städtepartnerschaft und bezog sich auf Erfahrungen, die in Berlin bei der Förderung und Entwicklung von Erinnerungsprojekten gemacht worden waren. Ibarras Anfrage führte zwar nicht zu einem konkreten Kooperationsabkommen, war jedoch Anlass für vertiefte Gespräche zwischen Vertretern beider Städte. Während Kontakte zwischen Einzelpersonen und Institutionen aus den Bereichen der Forschung, der Erinnerungsarbeit und des praktischen Austauschs zwischen Argentinien und Deutschland entstanden, wuchs gleichzeitig bei Akademikern das Interesse, mögliche wechselseitige Lerneffekte zwischen beiden Städten auszuloten. Die Idee entstand, ein Treffen zu organisieren, an dem sowohl Wissenschaftler und zivilgesellschaftliche Akteure als auch Vertreter des Staates und Mitarbeiter staatlich geförderter Gedenkstätten beider Städte beteiligt werden sollten.

Mittlerweile blicken wir auf einen mehrere Jahre andauernden Dialog zurück, der ein Symposium in Berlin im Jahr 2005 sowie ein Symposium in Buenos Aires im Jahr 2006 umfasst und in dem weitere gemeinsame Veranstaltungen geplant sind. Ziel der Initiatoren war es, nicht nur Brücken zwischen zwei entfernten und unterschiedlichen Städten zu bauen, sondern auch zwischen sehr unterschiedlichen Diskursen und Arbeitsbereichen: zwischen Wissenschaftlern, Künstlern, staatlichen und zivilgesellschaftlichen Vertretern. Gemeinsam sollten Probleme und Herausforderungen im Hinblick auf die Einschreibung einer schmerzhaften und oftmals traumatischen Vergangenheit in das urbane Gedächtnis diskutiert werden.

Bereits das Plakat, mit dem für das Berliner Symposium geworben wurde – die Nennung von Berlin und Buenos Aires im Titel vor dem Hintergrund einer Montage aus Fotos der Ausstellung „Topographie des Terrors“ vor Überresten der Berliner Mauer und eines Graffito, das an die argentinische Diktatur erinnert –, löste Diskussionen aus, die auf eine Schwierigkeit im Dialog hinwiesen und -weisen. Fälschlicherweise wurde gelegentlich angenommen, die jeweiligen Diktaturen beider Länder sollten miteinander verglichen oder sogar gleichgesetzt werden. Die Initiatoren des Symposiums hatten diese Intention nie verfolgt.

Eine Stärke des entstandenen Dialogs ist, dass es gelang, ein Gespräch zu etablieren, das die unterschiedlichen historischen Erfahrungen anerkennt und sich gerade auf diese Vielfalt stützt. Nur so sind wechselseitige Lernprozesse möglich. Der Dialog gab den Vertretern beider Städte die Gelegenheit, sich

gegenseitig anzunähern und besser kennenzulernen. Gleichzeitig ermöglichte die doppelte Sicht allen Beteiligten, die eigene Stadt und die Herausforderungen der eigenen Erinnerungsarbeit in neuem Licht zu sehen. Gespiegelt in den Erfahrungen der jeweiligen Partnerstadt, zeigten sich auch die eigenen Erfahrungen und Probleme oft auf neue Weise. So traten die Divergenzen und Konflikte der innerdeutschen Erinnerungsdiskurse – der Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen und deren Opfer sowie an die Repression des SED-Regimes – gerade auch durch die Gespräche und Diskussionen mit den Vertretern aus Argentinien offen zutage. Die Spannungen, für einige Teilnehmer sogar die Konkurrenz, zwischen beiden Erinnerungsdiskursen wurden manifest, woraus sich wiederum die Chance ergab, die damit zusammenhängenden Schwierigkeiten offen zu diskutieren und nach gemeinsamen Lösungen zu suchen. Zwischen den aus Buenos Aires angereisten Teilnehmern kam es zu Kontakten, die es in dieser Form in Argentinien viel zu selten gibt: Gespräche und Diskussionen zwischen Wissenschaftlern und Intellektuellen einerseits und den staatlichen Funktionären sowie den Aktivisten aus den Reihen der Menschenrechtsorganisationen andererseits. Interessanterweise führte die Einladung zum Dialog mit den Vertretern der Berliner Erinnerungsinitiativen dazu, dass eine Distanz zur eigenen Stadt entstand, die wiederum eine Annäherung zwischen verschiedenen Akteuren aus Buenos Aires ermöglichte, zu der es in Argentinien selbst zuvor nicht gekommen war.

Die Diskussionen verdeutlichten eine Reihe gemeinsamer oder ähnlicher Fragen, die in beiden Städten relevant sind, aber auch einige grundlegende Unterschiede. Zu den gemeinsamen Fragen gehörte beispielsweise die in beiden Städten bestehende Spannung zwischen „inszenierten“ oder eigens zum Gedenken an die Opfer errichteten Orten der Erinnerung – wie dem Denkmal für die ermordeten Juden Europas in Berlin und dem *Parque de la Memoria* in Buenos Aires – und den authentischen historischen Orten. Ein weiteres Thema, das sowohl in Argentinien als auch in Deutschland kontrovers diskutiert wird, ist die Herausforderung, ein Gleichgewicht herzustellen zwischen den künstlerischen Vorschlägen für die Gestaltung von Erinnerungsorten und dem Bedürfnis des Gedenkens, das insbesondere von den Überlebenden und deren Angehörigen formuliert wird. Die Qualität der von den Künstlern suggerierten ästhetischen Entschlossenheit, wie brillant sie auch sein mag, steht nicht immer im Einklang mit der affektiven Dimension des Erinnerns und Gedenkens. So

sehen bei hochgradig abstrakten künstlerischen Werken einige – und nicht nur die direkt Betroffenen – die Notwendigkeit, deren Bedeutung zu „verankern“, indem sie durch informierende und erklärende Elemente ergänzt werden, wie dies mit dem „Ort der Information“ unter dem Denkmal in Berlin geschah. Im Park der Erinnerung in Buenos Aires ist Ähnliches vorgesehen. Vertreter beider Städte diskutierten auch die Frage, wie möglichst große Teile der Gesellschaft am Erinnerungsdiskurs beteiligt werden können. Dabei wurde das Risiko thematisiert, dass es schwierig sein kann, eine breite Öffentlichkeit für das Thema zu interessieren, wenn der Kreis der Träger und Unterstützer eines Erinnerungsprojektes nahezu identisch ist mit dem der Nutzer und Besucher. Als weitere Herausforderung empfanden die Symposiumsteilnehmer aus Berlin und Buenos Aires gleichermaßen die Frage, wie die Erinnerung an die Vergangenheit den jüngeren Generationen in angemessener Form nähergebracht werden kann.

Die vielfältigen Zielsetzungen, die sich mit den Orten der Erinnerung verbinden, und die Schwierigkeit, unterschiedlichen Dimensionen gerecht zu werden, stellen die argentinische und die deutsche Hauptstadt vor gemeinsame Herausforderungen. Einerseits geht es um die affektive oder emotionale Dimension des Gedenkens an die Opfer, die insbesondere für die Überlebenden und deren Familienangehörige von zentraler Bedeutung ist. Andererseits spielt die kognitive oder informative Dimension eine Rolle, d. h. die Frage, welche inhaltlichen Aspekte der Vergangenheit der Gesellschaft und vor allem den nachfolgenden Generationen vermittelt werden sollen. Im Falle Argentiniens ist darüber hinaus gegenwärtig zudem die testimoniale Dimension der „authentischen“ Erinnerungsorte noch von besonderer Bedeutung, denn anders als in Deutschland stellen diese Orte in einigen Fällen auch Beweismittel in noch nicht abgeschlossenen Gerichtsverfahren dar. Sie können sowohl Staatsanwält/inn/en als auch Historiker/inne/n als Grundlage für die Recherche historischer Ereignisse der letzten Diktatur dienen, die bis heute nicht vollständig aufgeklärt sind.

Unterschiede zwischen beiden Städten zeigten sich auch im Hinblick auf die Bedeutung und die Reichweite des Opferbegriffes. So nahmen die argentinischen Teilnehmer besorgt in den Diskursen einiger deutscher NS-Gedenkstätten eine „Verdinglichung“ der Opfer wahr. Diese Distanzierung reproduziert ihrer Ansicht nach im Akt der Erinnerung eine Darstellung und Konstruktion

der Opfer als „Andere“. Ob eine derartige Distanzierung möglicherweise mit dem zeitlichen Abstand zu den damaligen Ereignissen zusammenhängt oder andere Ursachen haben könnte, blieb eine bei den Diskussionen nicht beantwortete Frage.

Die wichtigsten Unterschiede zwischen Berlin und Buenos Aires beziehen sich nicht so sehr auf die Erinnerungsarbeit selbst und die damit einhergehenden Schwierigkeiten und Herausforderungen, sondern vor allem auf die jeweiligen politischen und institutionellen Kontexte, die den Rahmen für die Erinnerungsdiskurse bilden. In Deutschland existiert eine starke und stabile institutionelle Vermittlung, die es ermöglicht, die verschiedenen Projekte mit relativer Vorausschbarkeit zu planen, koordinieren und umzusetzen. Die finanziellen Ressourcen, die zivilgesellschaftlichen Organisationen und dem Staat als Ganzes für Erinnerungsprojekte zur Verfügung stehen, sind vergleichsweise hoch und garantieren in der Regel die Realisierung der Projekte. Den argentinischen Vertretern schien der Umgang mit den nationalsozialistischen Gewaltverbrechen durch das Vorhandensein staatlich geförderter Gedenkstätten als nachgerade konsolidiert. Mitarbeiter dieser Einrichtungen wiesen jedoch darauf hin, dass zum Teil jahrzehntelanges starkes bürgerchaftliches Engagement gegen den Willen einer breiten Öffentlichkeit notwendig war, um diese Orte zu etablieren. Darüber hinaus gebe es bis heute eine Reihe von Kontroversen im Hinblick auf die Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus.

In Argentinien bietet sich ein anderes Panorama. Hier fehlen entschlossene Politiken des Staates, und die politische und institutionelle Instabilität behindert die Realisierung von mittel- und langfristigen Projekten. Vor allem sind dort die finanziellen Möglichkeiten weitaus beschränkter – und oft genug unterliegen diese dann auch noch den Unwägbarkeiten des politischen Alltagsgeschäfts. Nicht alle während der letzten Diktatur in Argentinien begangenen Menschenrechtsverletzungen wurden vollständig aufgeklärt, nicht alle dafür Verantwortlichen wurden bestraft. Auch wenn es in dieser Hinsicht in den letzten Jahren Fortschritte gegeben hat, sahen einige der an dem Dialog beteiligten Argentinier darin eine gefährliche institutionelle und politische Kontinuität mit der Diktatur. Der Fall des Maurers Jorge Julio López, eines während der Diktatur zeitweilig Verschwundenen, der im September 2006 erneut spurlos verschwand, nachdem er in dem Prozess gegen einen Polizeichef der Diktatur

ausgesagt hatte, scheint zu bestätigen, dass es in Argentinien immer noch Kräfte gibt, die sich jeder Strafverfolgung zu entziehen wissen. Auf jeden Fall sind die Konflikte der Vergangenheit bis heute virulent. Aber auch in Deutschland zeigen unter anderem die wiederholten Fälle rassistischer, fremdenfeindlicher und neonazistischer Gewalt und die Diskussionen darüber, wie dies verhindert werden kann, dass die Erinnerung nicht etwas ist, das nur mit der Vergangenheit in Verbindung steht. Deutsche und Argentinier waren sich bei den Diskussionen während des Dialogprogramms darin einig, dass Erinnerungsarbeit sich auch mit den Menschenrechtsverletzungen der Gegenwart auseinandersetzen muss.

Wie der begonnene Dialog zwischen den verschiedenen Akteuren aus Berlin und Buenos Aires weitergeführt wird, ist noch offen. Viele der Beteiligten wollen den begonnenen Austausch aufrechterhalten und weiter vertiefen. Insbesondere die pädagogischen Aspekte der Erinnerungsarbeit sollen verstärkt diskutiert werden. Zudem sollen in Zukunft auch Erfahrungen der Erinnerungsarbeit in anderen Städten und Ländern in die Diskussionen einbezogen werden. Berlin und Buenos Aires sind sicherlich nicht die beiden einzigen Städte, in denen die Diskussionen um den Umgang mit der schwierigen Vergangenheit präsent sind, aber hier zeichnet sich mit besonderer Klarheit eine globale Tendenz ab, den im Zusammenhang mit der Erinnerung auftauchenden Fragen eine größere Aufmerksamkeit zu widmen. Das wachsende Interesse an kollektiver Erinnerung in der ganzen Welt wird von einigen Wissenschaftlern als Teil einer Globalisierung der Sprachen der Erinnerung betrachtet. Ob eine derartige „Globalisierung“ der Erinnerung existiert oder ob die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit in jedem Land auf eine spezifische und exklusive Art und Weise stattfinden muss, ist eine Frage, die nur durch konkrete Austausch- und Dialogprozesse wie die in diesem Band dokumentierten beantwortet werden kann. Hinzuzufügen ist außerdem, dass die Fokussierung des bisherigen Dialogprozesses auf die Erfahrungen in den Hauptstädten Argentiniens und Deutschlands nicht bedeutet, andere wichtige Initiativen zu ignorieren, die in beiden Ländern auch jenseits der Hauptstädte stattfinden. Derartige Erfahrungen sind Ausdruck einer breiten Erinnerungsarbeit, die es in beiden Ländern gibt.

Die in diesem Band vorgestellten urbanen Erinnerungsprojekte und die in Berlin und Buenos Aires gesammelten Erfahrungen zeigen, dass es unmöglich



ist, universelle Postulate zu formulieren, die auf jede Stadt und jede Konjunktur angewendet werden können. Sie machen zudem deutlich, dass die Einschreibungen der kollektiven Erinnerung in die urbane Landschaft stets das Produkt – und gleichzeitig ein Zeugnis – des Stands der Debatten und der öffentlichen Konfrontation mit der Vergangenheit in einem bestimmten Moment sowie der Kräfteverhältnisse zwischen den verschiedenen daran beteiligten gesellschaftlichen Akteuren sind. Die Beiträge dieses Bandes dokumentieren solche Diskussionen sowie den Versuch, die in beiden Städten gesammelten Erfahrungen wechselseitig fruchtbar zu machen.

Das Kapitel „Erinnerungskulturen und Erinnerungsbrüche in historischer Perspektive“ bietet eine erste Annäherung an das Thema. Gabi Dolff-Bonekämper greift auf der Grundlage der Arbeiten von Jan und Aleida Assmann, Maurice Halbwachs und Pierre Nora einige theoretische Aspekte der Beziehung zwischen kollektiver Erinnerung und Erinnerungsorten auf. Sie stellt die Konzepte „kulturelle Erinnerung“, „kollektive Erinnerung“ und „Erinnerungsorte“ vor, weist aber auch auf einen „blinden Fleck“ dieser Ansätze hin, nämlich die Vermittlung zwischen Erinnerungsorten, Individuen und gesellschaftlichen Akteuren: Wann, wie und warum wird ein Ort zum Erinnerungsort? Die individuelle Aneignung dieser kollektiven Erinnerung ist nach Dolff-Bonekämper insbesondere eine Lernerfahrung. Um einen Konsens oder zumindest einen Kompromiss zwischen der Vielzahl von unterschiedlichen Erwartungen gegenüber der Erinnerung zu erzielen, hält sie es für notwendig, diese Vielfalt zunächst einmal anzuerkennen.

Die Beiträge von Bernd Faulenbach und Sandra Carreras widmen sich aus einer breiteren historischen Perspektive den Erinnerungskulturen und den Erinnerungstraditionen in Deutschland und Argentinien. Faulenbach beschreibt die deutsche Erinnerungskultur als eine, die sich durch die Spannung zwischen verschiedenen Erinnerungskomplexen auszeichnet. In ihrem Zentrum stehen Komplexe, die im Hinblick auf die Nationalgeschichte ausgesprochen negativ zu werten sind, in erster Linie die Verbrechen des Nationalsozialismus. Faulenbach spricht daher in Anlehnung an den Historiker Reinhart Koselleck von einem „negativen Gedächtnis“. Er hebt zudem hervor, dass die deutsche Erinnerungskultur nur als Bündel von Teilkulturen und als Interferenz vielfältiger Erinnerungsprozesse zu verstehen ist. Carreras vertritt die Auffassung, dass die Erinnerung an die in Argentinien während der letzten Militärdikta-

tur begangenen Verbrechen innerhalb eines Rahmens stattfindet, der teilweise durch frühere Praktiken des Erinnerns – und auch des Vergessens – geprägt wurde. Sie weist darauf hin, dass Erinnerung in ihrem Wesen untrennbar vom Vergessen ist, weshalb beide Prozesse in der Konstruktion von Identitäten eine wichtige Rolle einnehmen. Um die Merkmale der argentinischen Erinnerungskultur zu analysieren, setzt sie sich mit den Nationalfeiertagen und Gedenktagen des Landes aus einer historisch vergleichenden Perspektive auseinander. Sie verweist auf die aktive Rolle des Staates bei der Schaffung einer öffentlichen Erinnerungskultur mit der Absicht, breite Bevölkerungsschichten an eine bestimmte Vorstellung von Nation zu binden. Dabei sei es einigen Gruppen gelungen, ihre eigenen Erinnerungen als nationale Erinnerungen festzuschreiben, während andere Erzählungen aus dem öffentlichen Raum verbannt wurden.

Das Kapitel „Denkmale und Mahnmale: Erfahrungen und Herausforderungen“ ist den konkreten Erinnerungsorten in Berlin und Buenos Aires gewidmet. Die Beiträge von Gabriele Camphausen und Estela Schindel bieten einen ersten Überblick zu den Erinnerungslandschaften beider Hauptstädte. Camphausen verweist auf die Vielgestaltigkeit der in Berlin existierenden Erinnerungsorte und schlägt eine Unterscheidung zwischen vier typologischen Bereichen vor: der Kennzeichnung von historischen Orten durch Informationstafeln, zeitgeschichtlichen Informationseinrichtungen an historischen Orten, klassischen Denk- und Mahnmalen sowie Installationen und künstlerischen Zeichen. Sie verweist auf die Bedeutung privaten und bürgerschaftlichen Engagements für das Entstehen vieler Berliner Erinnerungsorte, aber auch auf die große Vielfalt der Wege und Sprachen des Erinnerns, die von reinen Sachinformation bis zu ausgefeilten didaktischen Angeboten, von pädagogisch gestalteten Mahnmalen bis zu Kunstinstallationen, die vor allem irritieren und neugierig machen wollen, reichen. Für Buenos Aires beschreibt Estela Schindel die Rolle des Netzes geheimer Haftzentren während der Diktatur. Daran anschließend widmet sie sich den Schwierigkeiten und Herausforderungen, die damit verbunden waren und bis heute sind, diese Orte nach dem Ende der Repression in öffentliche Erinnerungsorte umzuwandeln. Sie weist zudem auf eine Reihe von Initiativen hin, Mahnmale für die Opfer des Staatsterrors zu errichten, und beschreibt die Bedeutung von zwei für die Bewohner von Buenos Aires besonders identitätsstiftenden Orten – der *Plaza de Mayo* und des *Río de la Plata* – für die Erinnerung im Stadtraum.

Die Beiträge von Hugo Vezzetti und Stefanie Endlich beschäftigen sich mit den Diskussionen über die Errichtung zentraler Erinnerungsorte in beiden Städten. Hugo Vezzetti analysiert die Entstehung des *Parque de la Memoria* in Buenos Aires sowie die damit verbundenen Erwartungen und Konflikte. Die Auseinandersetzungen um das Projekt sieht er als Symptom der heutigen Situation Argentiniens im Hinblick auf Fragen der gesellschaftlichen Erinnerung, ihrer Akteure, Initiativen, Handlungslogiken und Grenzen. Vezzetti hebt hervor, dass breite Kreise der Zivilgesellschaft sich an den Diskussionen über den Gedenkpark beteiligten, er zeigt jedoch auch die Schwierigkeiten bei der Zusammenarbeit zwischen staatlichen Institutionen und der Menschenrechtsbewegung. Stefanie Endlich geht auf die langjährige Debatte ein, die der Errichtung des Denkmals für die ermordeten Juden Europas in Berlin vorausging. Sie fragt danach, inwiefern die ästhetische Sprache des Denkmals in politischen Vorgaben und Prämissen wurzelt, die zu Beginn der Denkmalsinitiative formuliert wurden, und welchen Einfluss die Findungsverfahren, Wettbewerbe und öffentlichen Diskussionen auf die Ästhetik hatten. Auch das Verhältnis zwischen dem fertigen Denkmal und dem inhaltlichen Anliegen des Projektes wird von ihr thematisiert.

Das Kapitel „Orte des Terrors, Orte des Gedenkens“ setzt sich mit den Herausforderungen auseinander, die sich durch konkrete Orte ergeben, die durch den Staat für repressive und/oder kriminelle Praktiken genutzt wurden. Wie ist es möglich, diesen Orten eine neue Bedeutung zu verleihen? Welche Aspekte müssen bei der heutigen Nutzung mit Priorität behandelt werden und welche Akteure sind am besten dazu geeignet, dies zu garantieren? Andreas Nachama beschreibt, wie seit Anfang der 1980er-Jahre auf einem Gelände an der Berliner Prinz-Albrecht-Straße, wo in der NS-Zeit Gestapo, SS und Reichssicherheitshauptamt ihre Zentralen hatten, dank verschiedener bürgerschaftlicher Initiativen ein historischer Lernort entstehen konnte. Auf dem ehemaligen Zentrum des nationalsozialistischen Terrors entstand eine heute als „Topographie des Terrors“ bekannte Ausstellung.

Der Beitrag von Maria Nooke beschäftigt sich mit dem Umgang mit den Überresten der Berliner Mauer, die zwischen August 1961 und November 1989 wie kein anderes Bauwerk die Systemgrenze zwischen den beiden Machtblöcken im Kalten Krieg markierte und als das Symbol der deutschen Teilung galt. Die Autorin zeigt die Schwierigkeiten auf, die damit verbunden waren,

gleichzeitig die Teilung der Stadt Berlin zu überwinden und die Erinnerung an die Zeit der Teilung auch für zukünftige Generationen wachzuhalten. Ein im Jahr 2005 vorgelegtes umfassendes Gedenkkonzept soll die seit 1989 entstandenen verschiedenen Mauer-Gedenkort miteinander verknüpfen und so für Besucher besser erschließen.

Lila Pastoriza analysiert den Umgang mit dem ehemaligen geheimen Haft- und Folterzentrum ESMA (*Escuela Mecánica de la Armada*; Mechanikerschule der Marine) in Buenos Aires. Im März 2004 wurde ein Abkommen unterzeichnet, das die Auflösung aller militärischen Einrichtungen auf dem 17 Hektar großen Grundstück und dessen Übergabe an die Stadt Buenos Aires verfügte, um dort einen „Ort der Erinnerung und zur Förderung und Verteidigung der Menschenrechte“ zu schaffen. Die Autorin untersucht drei Themenkomplexe, die seitdem die öffentliche Diskussion über die ESMA prägen: erstens die Frage, wie die Erinnerung die Narrative über die Vergangenheit im Verhältnis zur Gegenwart und den Anlässen des Gedenkens konstruiert; zweitens den Umgang mit der jüngsten Geschichte und drittens die unterschiedlichen Visionen für den „Ort der Erinnerung“.

Gabriela Alegre weist in ihrem Beitrag auf die geheime Terror- und Repressionsstrategie der letzten Militärdiktatur in Argentinien hin, deren Ziel die physische Vernichtung derjenigen Personen war, die die Diktatur als ihre Feinde betrachtete. Besonders in der Figur des „verschwundenen Gefangenen“ kann diese Repression zum Ausdruck. In ungefähr 500 auf das ganze Land verteilten geheimen Haftzentren wurde das „Verschwinden“ organisiert. Eines dieser Haftzentren war der in Buenos Aires gelegene *Club Atlético*. Die Autorin beschreibt, wie es dank der Aktivitäten von Nachbarschafts- und Bürgerinitiativen und mit Unterstützung der Stadtregierung gelang, an diesem viele Jahre von den Fundamenten einer Autobahnbrücke verdeckten Ort archäologische Grabungen durchzuführen und schließlich einen Gedenk- und Informationsort zu schaffen.

Über ein weiteres geheimes Haftzentrum in Buenos Aires, das Lager „Olimpo“, berichtet Ana Gluglielmucci. Sie beschreibt auf der Grundlage der Zeugenaussagen von Überlebenden die Funktionsweise des Haftzentrums und schildert dessen Umwandlung in einen Ort der Erinnerung. Die Identifizierung von Orten wie dem Haftzentrum „Olimpo“ steht in engem Zusammenhang mit den bis heute andauernden Bemühungen insbesondere zivilgesellschaftlicher

Organisationen um umfassende Aufklärung über die staatsterroristischen Verbrechen zwischen 1976 und 1983.

Elke Gryglewski beschreibt die Einrichtung einer Gedenk- und Bildungsstätte im Berliner Haus der Wannsee-Konferenz, wo am 20. Januar 1942 15 hochrangige Vertreter des nationalsozialistischen Regimes die Organisation der Deportation und Ermordung von elf Millionen Juden besprachen. Die Autorin beschreibt die Bildungsarbeit des Hauses und berichtet von Erfahrungen mit Gästen aus Argentinien, die den Ort alleine oder im Rahmen von pädagogischen Angeboten besucht haben. Deren Wahrnehmung der in der ständigen Ausstellung des Hauses dargestellten Ereignisse in Deutschland vor dem Hintergrund eigener Diktaturerfahrungen wirft immer wieder schwierige und zugleich wichtige und lohnenswerte Fragen nach dem geeigneten pädagogischen Umgang mit der Vergangenheit auf.

Das Kapitel „Ästhetische Sprachen des Gedenkens“ ist den verschiedenen künstlerischen Herangehensweisen an jene Herausforderungen gewidmet, die sich im Zusammenhang mit dem Entwurf und der Planung von Erinnerungs- und Gedenkortern stellen. Analysiert werden dabei auch die Potenziale und Grenzen unterschiedlicher Strategien. Ana Longoni beschäftigt sich mit einer in Argentinien als „El siluetazo“ bekannt gewordenen Form künstlerischen Engagements. Dabei handelt es sich um die Abbildung der Umrisse lebensgroßer Körperformen von Erwachsenen, Schwangeren oder Kindern, die als Silhouetten auf den Fassaden von Gebäuden der Innenstadt von Buenos Aires angebracht wurden. Die Silhouetten verstehen sich als eine Darstellungsform für die „Anwesenheit einer Abwesenheit“, d. h. der Tausenden von Gefangenen, die unter der letzten Militärdiktatur verschwunden sind. Nach Ansicht der Autorin ermöglichte diese Aktionsform eine Überwindung der Differenzen zwischen Kunst und Politik, zwischen Werk und Prozess sowie zwischen individuellem und kollektivem Handeln.

In dem Beitrag von Horacio González geht es um philosophische Überlegungen zum Zusammenhang zwischen Erinnerung, Gedenken und Kunst. Der Autor thematisiert die Spannungen zwischen individueller, nationaler und universeller Erinnerung. Er stellt die Frage, wann und unter welchen Bedingungen es ein politisch-historisches Ereignis vermag, eine Dramaturgie der urbanen Intervention zu nähren, die nach dem universalen Opfer sucht. Mit welcher künstlerischen Rhetorik und mit welcher Sprache vermag es die

Kunst, die Genese des Schreies nachzustellen, die tragischen Momente einer Geschichte zu reflektieren? Katharina Kaiser setzt sich mit Erzählungen über die Zeit des Nationalsozialismus aus der Perspektive der Bundesrepublik auseinander. Sie fragt unter Berufung auf Hannah Arendt danach, ob es Formen gibt, in denen die zu Abstraktion neigende große nationale Erzählung und die zu Umdeutungen und Projektionen tendierenden Familienerzählungen zusammengebunden werden können im Sinne des Nacherzählen dessen, was sich ereignet hat. Als ein Projekt, das mit der Beziehung von Text und Bild Erzählanlässe schafft, beschreibt sie das Denkmal „Orte des Erinnerns“ im Bayerischen Viertel in Berlin-Schöneberg.

Am Ende des vierten Kapitels präsentieren drei Künstler in kurzen Statements ihre Arbeiten und die ihnen zugrunde liegenden Konzepte: Ronald Klein Tank forscht für sein Internetprojekt „Berliner Mauerspuren“ seit dem Jahr 2001 auf dem ehemaligen Mauerstreifen immer wieder nach Spuren und sichtbaren Hinweisen auf die verschwundene Grenze. Er registriert die Landschaft in Bildern und Panoramaaufnahmen und zeichnet damit den Prozess des Verschwindens der Mauer nach. Horst Hoheisel geht davon aus, dass alles, was Künstler tun, um an Verbrechen der Vergangenheit zu erinnern, mehr oder weniger falsch ist, sein eigenes Werk inbegriffen. Es sei niemals möglich, das wahre Bild der wahren Geschichte zu zeichnen. Er kritisiert, dass die Erinnerung an die Opfer häufig in lauter Erinnerungs-Geschäftigkeit ganz verloren gehe und am Ende nur noch ein Geschäft des Politik- und Kulturbetriebes sei. Hoheisel beschreibt seine eigenen Versuche, als Katalysator in Buenos Aires einen Prozess der Erinnerung von unten anzustoßen. Die argentinische Künstlerin Diana Aisenberg stellt das Projekt eines kollektiven Lexikons vor, das aus der Begegnung mit dem Anderen entsteht. In ihm werden Informationen, Erfahrungen und persönliche Erinnerungen unterschiedlicher Menschen gesammelt. Beispielsweise wurden im Park der Erinnerung in Buenos Aires die Angehörigen von Verschwundenen dazu eingeladen, über das Wort *presencia* (Anwesenheit) zu schreiben. Am gleichen Ort zeichneten und beschrieben Schulkinder ihre Assoziationen im Zusammenhang mit dem Begriff *parque* (Park).

Das Kapitel „Zivilgesellschaftliche und staatliche Akteure“ ist der Auseinandersetzung mit jenen sehr unterschiedlichen Gruppen von Akteuren gewidmet, die Gedenkprojekte anstoßen und realisieren. Dazu gehören die Überlebenden

und Opfer von staatlicher Gewalt genauso wie zivilgesellschaftliche Organisationen sowie staatliche Akteure und Institutionen.

Der Beitrag von Anne Huffschnid ist ein Plädoyer für einen Austausch über Fragen der Erinnerung und des Gedenkens zwischen Deutschland und Argentinien. Im Idealfall könne es dabei für beide Seiten zu einem Lernen ohne Belehrung kommen, denn im Blick auf die andere Realität erweitert sich das Blickfeld, die Optik wird zugleich auf eigene blinde Flecken scharf gestellt. Wer erinnert sich an was? Und wie, warum und für wen findet Erinnerung statt? Dies sind zentrale Fragen, denen die Autorin auf der Grundlage ihrer Erfahrungen mit zivilgesellschaftlichen Erinnerungsprojekten in beiden Ländern nachgeht.

Bernt Roder analysiert die lokalhistorische Spurensuche und Erinnerungsarbeit durch Berliner Heimat- und Regionalmuseen und deren Zusammenarbeit mit örtlichen Geschichtsvereinen, Initiativen, Schulen und Heimatforschern. Er beschreibt ein außergewöhnliches Projekt lokalgeschichtlicher Erinnerungsarbeit im Berliner Stadtteil Prenzlauer Berg, wo auf Initiative ehemaliger Häftlinge durch bürgerschaftliches Engagement die geschichtliche Aneignung eines zu DDR-Zeiten als Verhör- und Haftstätte genutzten Gebäudes auf dem Rathausgelände möglich wurde. Birgit Salamon beschreibt die bürgerschaftlichen Initiativen, die nach 1989 zur Auflösung des Staatssicherheitsdienstes der DDR führten. Sie skizziert zudem die Aufgaben und Tätigkeiten des Büros der „Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik“ (BstU).

Miguel D'Agostino, ein Überlebender des geheimen Haftzentrums *Club Atlético*, beschreibt dessen Umwandlung in einen Erinnerungsort – nach langjährigen Bemühungen und gegen vielfältige Widerstände. Er betont dabei die zentrale Rolle, die Überlebende, Familienangehörige und Nachbarn spielten, um gegenüber der Stadtregierung zunächst archäologische Grabungen und später die Errichtung einer Gedenkstätte durchzusetzen. Patricia Valdez widmet sich der Entstehung und den Aktivitäten der Initiative *Memoria Abierta* (Offene Erinnerung), die 1999 als Ergebnis einer Vereinbarung zwischen mehreren argentinischen Menschenrechtsorganisationen entstand, um eine koordinierte und systematische Dokumentation und Erforschung des Staatsterrorismus zu gewährleisten. Die Dokumentations- und Forschungs-

arbeit bildet die Grundlage für weitere Aktivitäten (Fortbildungsangebote, Publikationen, Ausstellungen), die der Tradierung der Erinnerung in der Gesellschaft dienen. Wolfgang Kaleck beschreibt die Arbeit der Koalition gegen Straflosigkeit, eines Zusammenschlusses von Menschenrechtsgruppen, kirchlichen Gruppen und Juristenorganisationen unter Führung des Nürnberger Menschenrechtszentrums, die gemeinsam mit anderen europäischen und argentinischen Menschenrechtsorganisationen seit Ende der 1980er-Jahre aktiv ist, um die juristische Strafverfolgung von in Argentinien begangenen Menschenrechtsverbrechen wieder zu beleben und über die Verbrechen der argentinischen Militärdiktatur sowie die Rolle der deutschen Politik und Wirtschaft in diesem Zusammenhang zu informieren.

Im abschließenden Kapitel „Erinnerung in Bewegung: performative Erinnerung“ geht es um Erinnerungsinitiativen, die sich nicht oder nicht ausschließlich auf konkrete physische Orte beziehen, sondern die aus der Aktion heraus entstehen und daher in der Regel einen dynamischen und partizipativen Charakter aufweisen.

Angelika Meier skizziert den Entstehungsprozess des Vereins Aktives Museum in Berlin und erklärt dessen Arbeits- und Wirkungsweise in der Öffentlichkeit. Der aus einer Bürgerinitiative entstandene Verein informiert bezüglich nationalsozialistischer Verbrechen nicht primär über ein Gebäude oder Denkmal, sondern will interaktive Prozesse vermitteln, die immer wieder flexibel an veränderte gesellschaftliche Bedürfnisse angepasst werden.

Dorothea Kolland beschreibt die seit 1982 existierenden Aktivitäten des Kulturamtes Neukölln zur Aufarbeitung und Dokumentation der Geschichte des von Bürgerinnen und Bürgern dieses Berliner Arbeiterbezirkes geleisteten Widerstands gegen den Nationalsozialismus. Nach mehr als 25 Jahren Arbeit ist es dadurch inzwischen möglich, den Widerstand in diesem Bezirk relativ genau zu beschreiben, zu analysieren und an einem dafür geschaffenen Gedenkort multimedial darüber zu informieren.

Die beiden letzten Texte des Buches widmen sich Erinnerungsinitiativen in Buenos Aires. Estela Schindel bietet einen Überblick zu den performativen Erinnerungspraktiken der dortigen Menschenrechtsgruppen. Sie geht dabei auch auf die produktiven Spannungen ein, die sich durch solche Aktivitäten mit „traditionellen“ Formen des Gedenkens ergeben haben, und betont das kreative Potenzial, das sich gerade aus dem Zusammenwirken von Denkmalsetzung und



aktiven Formen des Erinnerns ergibt. Enriqueta Maroni, eine der Mütter der *Plaza de Mayo*, liefert ein eindringliches Zeugnis aus erster Hand für den kontinuierlichen und bis heute andauernden Kampf dieser Mütter, die Aufklärung darüber fordern, was mit ihren Kindern geschehen ist und wer, wann, wo und warum über deren Schicksal entschieden hat. Ihr Mut und ihre moralische Integrität haben die Mütter der *Plaza de Mayo* zu einer zentralen und universellen Referenz im Hinblick auf die argentinische Erinnerungskultur gemacht.

# **I. Erinnerungskulturen und Erinnerungsbrüche in historischer Perspektive**

## Topografien der Erinnerung und Gedächtniskollektive

Thema meines Beitrages sind einige theoretische Grundlagen des Sprechens über Gedenken, Erinnerung und Orte. Warum sollte man sich an einem Ort an etwas erinnern? Warum braucht Erinnerung Orte? Wer kann, wer soll sich wo an was erinnern bzw. kann oder soll erinnert werden? Wie wird Erinnerung als individuelle und kollektive Bewahrung und Vermittlung von Erlebtem und Gewusstem im spannungsvollen sozialen und politischen Bezugsfeld der Gegenwart relevant und welche Bedeutung kommt dann wiederum den Orten und Bauten zu? Die drei wichtigsten Autoren, die sich mit diesen Fragen auseinandersetzen, sind noch immer die Klassiker: Pierre Nora, Maurice Halbwachs sowie Jan und Aleida Assmann, mit den Konzepten „Gedächtnisorte“ (*Lieux de Mémoire*), „kollektives Gedächtnis“ und „kulturelles Gedächtnis“. Alle drei Konzepte weisen allerdings eine wichtige Lücke auf: Sie klären nicht die Frage des Zugangs. Wie kann ein Ort als Gedächtnisort funktionieren, wenn die Mehrzahl derer, die ihn besuchen, die dort erinnerten Ereignisse nicht selber erlebt hat, sich also ihrer nicht erinnert und auch nicht an sie erinnert werden kann? Wie tritt man in ein „Gedächtniskollektiv“ ein und wie wirkt sich die Zugehörigkeit eines Einzelnen für das Kollektiv und für ihn selber aus? In welchem Maße bestimmt sie eigenes Handeln in der Gegenwart? Warum wird ein Gegenstand im generationenübergreifenden kulturellen Gedächtnis bewahrt, ein anderer nicht, wie geschieht die Auslese?

### Orte der Erinnerung – *lieux de mémoire*

Seit 1984–1986 in Frankreich das von Pierre Nora konzipierte und herausgegebene mehrbändige Werk „Les lieux de mémoire“ erschien, ist dieser Begriff, auf Deutsch „Orte der Erinnerung“, aus der Diskussion über Geschichte und Gedächtnis nicht mehr wegzudenken. Das Werk sollte die Geschichte Frankreichs nicht über die großen Haupt- und Staatsaktionen vermitteln, sondern über die als Bildungs- und Erinnerungsgut noch heute im Bewusstsein der Bürger verankerten, für ihr Selbstgefühl als Franzosen bedeutsame Orte, Bauten und Texte und sogar Ideen. So sollte neben den geschichtswissenschaftlichen Diskurs die sozial und räumlich verankerte Erinnerung treten.<sup>1</sup> Wie die Orte und die Erinnerung genau zusammengehören, bedarf allerdings der weiteren Präzisierung. Hierzu liefert Pierre Nora selbst einen wichtigen Hinweis, mit dem er die Wahl des Begriffs *lieu de mémoire* begründet. Er bezieht sich dabei auf die *Ars memorativa* der antiken Rhetorik, die Kunst des Redners, sich die Argumente seiner Rede einzuprägen, indem er sie in der geplanten Reihenfolge und nur in Gedanken, nicht etwa als geschriebenen Text, an einer aufeinander folgenden Reihe von Orten deponierte. Später, im Reden, würde er dann – wiederum nur in Gedanken – denselben Weg abschreiten und die Argumente eines nach dem anderen aufnehmen und seinem Publikum vortragen. Solange der Redner selbst die Argumente niederlegt und wieder aufgreift, ist alles stimmig, und es handelt sich um eine Erinnerungsübung. Aber jeder andere, der die Argumente auf der Schwelle des Hauses oder im Atrium oder an den Säulen vorfände – angenommen, sie wären unterdessen lesbar festgehalten worden – und der sie vielleicht sogar ganz unverändert, aber in einer anderen Reihenfolge aufgriffe, trüge eine andere Rede vor, produzierte einen anderen Diskurs. Für jede andere Person könnten die Erinnerungsorte des Redners keine Erinnerungsorte sein, denn es ist unmöglich, die Erinnerung eines anderen direkt und sogleich als Erinnerung zu absorbieren. Das vorgefundene Argument und das darin aufgehobene Wissen und Wollen müssen zunächst gelernt, also aktiv angeeignet werden. Erst

1 Eine neue deutsche Ausgabe des Werkes ist vor einiger Zeit im C. H. Beck Verlag erschienen. Siehe Pierre Nora, *Erinnerungsorte Frankreichs*, München 2005. Eine von Hagen Schulze und Etienne François konzipierte, nach dem Vorbild der „*Lieux de mémoire*“ angelegte Sammlung von Texten aus und über Deutschland erschien 2001 unter dem Titel „*Deutsche Erinnerungsorte*“. Siehe Etienne François/Hagen Schulze (Hrsg.), *Deutsche Erinnerungsorte*, München 2001.

danach wird daraus wiederum Erinnerung, nun im Gedächtnis eines anderen, verwandelt und umlagert von den emotionalen und situativen Begleitumständen, die gemeinsam mit dem gelernten Wissen abgespeichert werden und mit ihm verbunden bleiben. Was für den Redner ein Erinnerungsweg ist, ist für jeden anderen erst einmal ein Lernweg. Das macht den Umgang mit den *lieux de mémoire* komplizierter, als zunächst abzusehen war.

Und noch eine weitere Komplikation ist zu bedenken: In der *Ars memorativa* sind die Orte, an denen die Argumente abgelegt werden, willkürlich wählbar, da es nur um eine Mnemotechnik geht. Die Orte der Erinnerung, wie sie von Nora aufgefasst werden und von allen anderen Autoren, die sich seinen Ansatz der Verräumlichung von Erinnerung zu eigen gemacht haben, sind selbst Ereignisorte. Das zu Erinnernde ist dort geschehen oder es ist zumindest mit dem Ort auf andere Weise eng verbunden. Das heißt, die Orte sind nicht willkürlich gewählt und sind auch nicht abwählbar. Sie sind nicht nur topografisch, sondern auch historisch und sozial gebunden, und von ihnen gehen soziale Bindungen aus. Indes ist es wichtig festzuhalten, dass ein Ereignisort wiederum auch nur für diejenigen ein Erinnerungsort sein kann, die dabei gewesen sind, die also selbst Zeugen sind. Für alle anderen ist er ein Lernort, an dem Wissen und Einsichten gewonnen werden können, die wiederum, umlagert von den emotionalen und situativen Begleitumständen des Lernens, Erinnerung werden. An die Stelle der Erinnerung an das selber erlebte Ereignis tritt die Erinnerung an das Lernerlebnis. Wer sich also aufmacht, um *lieux de mémoire*, Orte der Erinnerung, aufzusuchen, erbringt nicht Erinnerungsleistung an Orten, sondern Lernleistungen auf Stationen eines Weges. Der Weg gliedert sich in Abschnitte, die wiederum als Wege aufgefasst werden können. Diese setzen sich zu „Erinnerungstopografien“ zusammen, d. h. die im Rückblick in ihrem raum-zeitlichen Zusammenhalt erkennbar werdenden, von ganz persönlichen Optionen, Prioritäten und Zufällen gelenkten Lernwege und -schritte des Individuums.

### **Das kollektive Gedächtnis**

So weit die Antworten auf die Frage, wie und warum sich eine Person an einem Ort an etwas erinnern könnte oder sollte. Aber wie soll man sich denken, dass die individuellen, Raum durchmessenden und verbindenden Lernwege und Erinnerungstopografien zu gesellschaftlich relevanten Größen werden können? Wie soll man also das soziale Bezugssystem bezeichnen, das sie zugleich

voraussetzen und weiter konkretisieren? Hier ist der Begriff des kollektiven Gedächtnisses anzuwenden, der, ebenso wie der der *lieux de mémoire*, seit geraumer Zeit im Gebrauch ist. Er wurde von dem französischen Soziologen Maurice Halbwachs geprägt, der seit der Mitte der 1920er-Jahre an Texten über den sozialen Rahmen des Gedächtnisses arbeitete. Sein Werk „*La mémoire collective*“ erschien erst 1950, posthum, eine deutsche Übersetzung folgte 1967 unter dem Titel „Das kollektive Gedächtnis“.<sup>2</sup> Die Grundidee ist, dass neben dem individuellen, an die physiologischen Vorgänge im Hirn eines jeden Einzelnen gebundenen Merkvorgang bzw. Erinnerungsvermögen eine soziale Erinnerung anzunehmen ist, die das Wissen um Ereignisse, Werte und Beziehungen innerhalb einer Gruppe bewahrt. Der Begriff des kollektiven Gedächtnisses erlaubt es, Erinnerungsvermögen und Erinnerungsgut in größeren sozialen Einheiten zu denken.

Wie allerdings die Beziehung zwischen individuellem und kollektivem Gedächtnis und insbesondere die zwischen zwei oder mehreren verschiedenen Gedächtniskollektiven genau bestimmt werden kann, ist damit noch nicht geklärt. Wenn diese nämlich nicht nur gruppenspezifische Begebenheiten bewahren, sondern auch gruppenspezifische Sichten auf größere, weiter ausgreifende Ereignisse und Verhältnisse, dann ist davon auszugehen, dass es Divergenzen und Streit geben kann. Streit zwischen zwei gegenwärtigen gesellschaftlichen Formationen, die frühere Ereignisse und Zustände unterschiedlich erinnern und bewerten und daraus unterschiedliche Maximen für gegenwärtiges Handeln ableiten. Welche soziale und politische Bindungskraft entfaltet in diesem Fall das Gedächtniskollektiv für den Einzelnen? Sicher kann er nicht das mit dem Gedächtniskollektiv geteilte Wissen einfach vergessen. Aber kann er sich gegebenenfalls vom Kollektiv lösen, für ein anderes Partei ergreifen, sich einer anderen Gruppe zugesellen?

Maurice Halbwachs selber hat über den individuellen Zugang zu – oder Weggang von – größeren oder kleineren Gruppen wenig geschrieben, ganz einfach, weil er darin kein Problem sah: Ein Individuum kann sich aus seiner

- 2 Maurice Halbwachs, „*La mémoire collective*“ (1950), deutsch: *Das kollektive Gedächtnis*. Übersetzung aus dem Französischen von Holde Lhoest-Offermann, mit einem Geleitwort von H. Maus, Stuttgart 1967. Maurice Halbwachs wurde während des Zweiten Weltkrieges aus dem besetzten Frankreich deportiert und am 16. März 1945 im KZ Buchenwald ermordet.

Sicht im Laufe seines Lebens verschiedenen Gruppen anschließen, Gruppen berühren und wieder verlassen, an verschiedenen Gruppengedächtnissen Anteil haben und auch behalten, ohne mit Aufnahme-ritualen oder Zugangsbeschränkungen konfrontiert zu werden. Halbwachs sieht die Gruppen-erinnerung vor allem als Stütze für die individuelle Erinnerung, eine Stütze gegen das Vergessen, nicht als Medium der inklusiven und exklusiven Gruppenidentitätskonstruktion. Einen Bezug zum aktuellen politischen Handeln stellt er nicht her.

Seine grundlegende Erkenntnis, dass Erinnerung weder für Individuen noch für Gruppen ein fester, dauerhafter Besitz ist, sondern ein dynamischer Kommunikationsprozess, der innerhalb gegebener sozialer Rahmen stattfindet (*cadres sociaux*) hat Peter Carrier besonders prägnant wiedergegeben:

„Moreover, the frameworks in which collective memory is constituted can be small or large, provided that the information we receive from other people enables us to ‚place‘ ourselves ‚within one group or another‘. Such frameworks may be more or less stable, and members may belong to one or more than one framework, momentarily adopting, for example, the perspective of an architect, historian or painter. In other words, frameworks of collective memory are fixed neither in time nor in space; they are in flux, and relatively open, allowing existing members of social groups to depart, new ones to arrive, and some to be members of several groups at the same time.“<sup>3</sup>

Daraus ergibt sich, dass auch die Gedächtniskollektive keine statischen Formationen sein können, mit harten Grenzen, die Individuen und Inhalte auf Dauer in zugehörige und nicht zugehörige trennen und drinnen oder draußen halten. Solches wäre nur als Grenzfall zu denken, für eine Gruppe, die in räumlicher und sozialer Absonderung lebt. Im Übrigen ist davon auszugehen, dass Gedächtniskollektive nur in Momentaufnahmen feste Konturen aufweisen. Das heißt nicht, dass Veränderungen konfliktfrei erfolgen. Und

3 Peter Carrier, *The Contemporary Discourse of Memory and the Civilizing Process*, forthcoming in: Sabine Schindler (ed.), *The Merits of Memory. Uses and Abuses of a Concept*, Connecticut 2006. Die innerhalb des Textes in Anführungszeichen gegebenen Ausdrücke sind Zitate von Halbwachs, *On Collective Memory*, übersetzt von Lewis Coser, Chicago 1992.

es sagt noch nichts über die gegenseitige Verträglichkeit der Kollektive aus – und auch nichts über die Spannungen, denen sich eine Person aussetzt, die einem Gedächtniskollektiv angehört und sich in ihrem Handeln von diesem absetzt, um damit eine andere Erinnerung zur Geltung kommen zu lassen als die der eigenen Gruppe.

### **Das kulturelle Gedächtnis**

Das von Jan und Aleida Assmann entwickelte Konzept des kulturellen Gedächtnisses<sup>4</sup> antwortet auf die Frage, wie das kollektive Gedächtnis über viele Generationen hinweg funktioniert, also über große zeitliche Distanzen, über die das Weiterreichen der Erinnerung an Erlebtes und Gewusstes durch mündliche Überlieferung nicht mehr vorstellbar ist. Sie gehen davon aus, dass in der Gruppe bewahrte und zum Wiedergebrauch vorgehaltene Texte, Riten, Objekte, Bilder und Bauten wie Speicher und Katalysatoren wirken,<sup>5</sup> die die Gruppenerinnerung stets neu begründen. Damit wird nicht nur den Texten, sondern auch den Objekten eine Schlüsselfunktion für die Bewahrung und Festigung der Gruppenidentität zugewiesen, eine Idee, die alle Museumskuratoren und Denkmalpfleger glücklich machen sollte, da somit die ihnen anvertrauten Güter eine große kulturelle und politische, ja geradezu eine gemeinschaftsbegründende Bedeutung erhalten.

In neueren Publikationen differenziert Aleida Assmann den Begriff weiter in Speichergedächtnis und Funktionsgedächtnis.<sup>6</sup> Mit Speichergedächtnis bezeichnet sie den Modus, in dem nur aufgehoben, konserviert und katalogisiert wird, in dem die Objekte des kulturellen Gedächtnisses also einstweilen abgelegt und nicht für den Wiedergebrauch mobilisiert sind. Funktionsgedächtnis sei „demgegenüber die Auswahl, die Verengung und Wertzuschreibung, die Aneignung und Rückvermittlung an individuelle Gedächtnisse durch Institutionen der Kanonisierung, Erziehung, Bildung sowie öffentlicher Inszenierung von Kultur“.<sup>7</sup>

4 Jan Assmann, *Das kulturelle Gedächtnis: Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen*. 3. Aufl., München 2000.

5 Ebenda, S. 52

6 Aleida Assmann, *Erinnerungsräume. Formen und Wandlungen des kulturellen Gedächtnisses*, München 1999.

7 Aleida Assmann, *Das kulturelle Gedächtnis an der Millenniumsschwelle. Krise und Zukunft der Bildung*, Konstanz 2004, S. 24.



Sie schreibt weiter: „Konservierung und Pflege der Bestände sind die Voraussetzung für ein kulturelles Gedächtnis, aber erst durch individuelle Wahrnehmung, Wertschätzung und Aneignung, wie sie durch Medien, kulturelle Einrichtungen und Bildungsinstitutionen vermittelt werden, wird daraus ein kulturelles Gedächtnis.“<sup>8</sup> Auch hier möchten Denkmalpfleger und Kuratoren uneingeschränkt zustimmen. Eines bleibt allerdings weiterhin im Unklaren: die Beziehung zwischen der Substanz der Dinge und der sozialen Organisation der Erinnerung.<sup>9</sup>

Als Vorzustand des kulturellen Gedächtnisses definiert Jan Assmann das „kommunikative Gedächtnis“, das das von allen Zeitgenossen einer Generation einschließlich ihrer Eltern und Großeltern geteilte Wissen und die Erinnerung an zeitnahe Ereignisse umfasst.<sup>10</sup> Das kulturelle Gedächtnis formt sich erst im Abstand von zwei oder drei Generationen und wird Orte, Fakten und Ereignisse aufnehmen, die die Gruppenerzählung fortführen und sich den Gründungsmythen der Gruppe und den kulturellen Repräsentationen der älteren Vergangenheit zuordnen.<sup>11</sup> Die Zugangsregeln, d. h. wie ein Gegenstand vom kommunikativen Gedächtnis ins kulturelle Gedächtnis aufsteigt, diskutiert Assmann nicht. Sollte es sich um einen Sedi-mentierungsprozess handeln, der sich ohne benennbare Akteure, sozusagen im historischen Passiv mit der Zeit „ergibt“? Oder soll man doch in jedem einzelnen Falle fragen, wer mit welchen Mitteln das kulturelle Gedächtnis seiner Gegenwart und damit das der Zukunft beeinflusst hat und noch zu beeinflussen sucht?<sup>12</sup> Und wenn es unter den Genossen einer Zeit, die dasselbe kommunikative Gedächtnis teilen, Konkurrenz, Streit und Konflikte um die Frage gibt, welche materiellen Zeugnisse der (jüngeren) Vergangenheit für die nächste Generation aufzuheben sind, im Hinblick auf eine Bewahrung für das zukünftige kulturelle Gedächtnis der Gruppe – wer entscheidet

8 Ebenda.

9 Die Frage, inwieweit die Bedeutung den Denkmalen in ihrer Substanz innewohnt oder sozial konstruiert ist, diskutiere ich in meinem Aufsatz: *Héritage – identités – appartenances*, in: Diana Coulmas (Hrsg.), *Festschrift zum Städtebaurecht/ISR*, Institut für Stadt- und Regionalplanung, Berlin 2006, S. 57–72.

10 Assmann, *Das kulturelle Gedächtnis*, S. 50 f.

11 Ebenda, S. 52 und 54.

12 Vgl. Otto Gerhard Oexle, *Memoria als Kultur*, in: Otto Gerhard Oexle (Hrsg.), *Memoria als Kultur*, Göttingen 1995, S. 9–78.

dann, mit welcher sozialen Legitimation und mit welchem rechtlichen oder politischen Mandat?<sup>13</sup>

Geht es nur um die Bewahrung und Festigung der Gruppenidentität oder dessen, was die Erinnerungspolitik der herrschenden Regierung und des gesellschaftlichen Mainstream in jenem Moment für festigend hält, wird es einem Großteil der jüngeren Zeitzeugnisse schlecht ergehen. Sie werden die Zeit, in der sie nach drei Generationen reif für den Aufstieg ins kulturelle Gedächtnis wären, gar nicht erst erleben. Das kann wiederum der politischen Opposition nicht recht sein. In der sich abzeichnenden Kontroverse werden alle involvierten Akteure auszuhandeln haben, was festgehalten und was aufgegeben wird. Das Ungleichgewicht der Kräfte ist dabei konstituierend für die Verhandlungsstruktur. Das heißt aber nicht, dass immer schon vorher feststeht, wer verliert.

Die Konzepte von Nora, Halbwachs sowie von Jan und Aleida Assmann führen, aus ihrer jeweiligen Richtung, dicht an das gemeinsame Problemfeld heran und sind unverzichtbar für das Nachdenken über die Ortsbezogenheit, die soziale Organisation und Verfasstheit und die kulturelle Nachhaltigkeit von Erinnerung und Gedächtnis. Dass alle drei die Frage des Zugangs nicht abschließend klären, ist insofern verständlich, als die Autoren nicht die Absicht verfolgten, eine Theorie des erinnerungsgestützten oder Erinnerung erzeugenden und stützenden Handelns in der Gegenwart zu entwickeln. Das genau ist aber die Herausforderung der Gegenwart, sowohl für eine zeitgeschichtlich und politisch bewusste und verantwortlich handelnde Denkmalpflege und Stadtplanung als auch für eine informierte, die Gegenstände des kulturellen Gedächtnisses als Kulturerbe und soziale Ressource erkennende Politik.

### **Einige offene Fragen zum Umgang mit dem *Club Atlético* und der „ESMA“ in Buenos Aires**

Was haben diese Überlegungen mit der konkreten Situation in Argentinien zu tun? Im Mai 2002 hatte ich die Gelegenheit, in Buenos Aires die archäologischen Grabungen am Ort des ehemaligen *Club Atlético* unter der Autobahn im Stadtteil San Telmo zu besuchen. Auch die Einrichtungen der ESMA, der für

13 Ich habe das Konzept des kulturellen Gedächtnisses in anderem Zusammenhang ausführlicher erläutert. Vgl. Gabi Dolf-Bonekämper, *Lieux de mémoire et lieux de discord: la valeur conflictuelle des Monuments*, in: Roland Recht u. a. (Hrsg.), *Victor Hugo et le débat patrimonial*, Paris 2003, S. 121–144.



*Kontrollturm auf dem Gelände der ESMA*

© Gabi Dolff-Bonekämper

das Folterzentrum der Militärs genutzten Marineschule im Norden der Stadt, konnte ich sehen, allerdings nur von der Straße aus, sie waren damals noch militärisch besetzt. Für den weiteren Umgang mit beiden Orten scheint mir zunächst einmal die Notwendigkeit zu bestehen, genau die involvierten Akteure und Publika zu bestimmen. Zunächst muss man darüber nachdenken, wer aus eigenen Erfahrung wissen kann, was dort geschehen ist, wer sich selber daran erinnern kann, wer sich erinnern will und wer dort erst lernen muss, um sich dann daran zu erinnern und auf die Art nachträglich zum Zeugen zu werden.

Fassen wir unter den Akteuren die Zeugen, die Überlebenden und die Täter ins Auge: Sie alle erinnern sich, die waren dort, die waren dabei. Was werden sie wollen, dass man mit dem Ort tun soll? Mit der ESMA, die als Bauwerk existiert, oder mit dem *Club Atletico*, dessen Grundmauern ausgegraben wurden und der erst dadurch erst wieder sichtbar geworden ist? Werden sie wollen, dass man nichts verändert? Da beide Orte nach dem Ende der Diktatur stark verändert wurden, stellt sich hier auch die Frage, ob jemand eine Wiederherstellung des Zustandes in der Zeit der Diktatur wünschen könnte.

Und die Hinterbliebenen, die Forschenden, die Nachgeborenen der Opferfamilien, die Nachgeborenen der Täterfamilien, was wissen sie? Was wollen sie? Geht es für sie um Schuld und um Sühne? Oder geht es um die Ehrung der Opfer? Welche Lernerlebnisse können sie sich an dieser Stelle vorstellen? Werden sie wollen, dass man sie gar nicht verändert? Oder werden sie wollen, dass man die Orte verändert, und wenn ja, in welchem Sinne?

Und die Nichtwissenden, die Besucher von anderswo, die Fremden? Sie müssen vor allem lernen. Muss man für sie die Orte verändern? Muss man für sie die ganze Geschichte erzählen? Und wenn ja, wie? Wenn das Gebäude der ESMA unverändert gelassen wird, stellt sich die Frage, wie dann die Beziehung zwischen der erhaltenen Substanz des Bauwerks und der Dinge in ihm und den Ereignissen genau definiert wird. Was wissen die Mauer, die Wand, der Boden, der Tisch, der Stuhl, die Lampe von Geschehen in einem Raum? Ist die Substanz des Bauwerks der Beleg, der Speicher des Geschehens? Ist sie authentisch? Das mag man annehmen, aber ist sie auch lesbar?

Was passiert, wenn man die Substanz didaktisch aufbereitet, mit Hinweisschildern, erklärenden Texten und historischen Bildern? Sicherlich vermittelt man dadurch mehr Information, kann gezielter verdeutlichen, was hier geschah. Somit ist der Ort aber nicht mehr „authentisch“. Was passiert, wenn

man den Ort mit den geeigneten inszenatorischen Mitteln dramatisiert, zum Nacherleben herrichtet, gezielt emotionalisiert? Wird das Erleben der Besucher damit wirklichkeitsnäher? Und was passiert, wenn man den Ort ästhetisiert, weil er so, wie er ist, „unwürdig“ sei, der ästhetischen Überhöhung bedürfe, weil man die Opfer ehren will und das Gedenken und Erinnern in einem würdigen Raum stattfinden soll? Didaktisierung, Dramatisierung und Ästhetisierung sind, als Optionen für den Umgang mit Orten des Geschehens, für unterschiedliche Akteure bzw. Gedächtniskollektive verschieden erstrebenswert und für unterschiedliche Publika verschieden wirksam. Einen neutralen Diskurs kann es nicht geben. Auch eine Nicht-Intervention wäre nicht neutral.

Und was bedeutet die eine oder die andere Option ganz konkret für die möglicherweise dort wieder zu findende und weiterzugebende persönliche Erfahrung und Erinnerung von Zeugen? Ich denke, dass es nicht leicht sein wird, darüber Einigkeit zu erzielen. Die von den unterschiedlichen Akteuren gewünschten Konzepte der aktiven Erinnerung und Vermittlung am Ort, im Bau, im Detail, werden kollidieren. Die Gedächtniskollektive werden divergierende Einschätzungen des Geschehenen einbringen. Darüber muss verhandelt werden. Es kommt in jedem Falle darauf an, bei der Bewahrung und Herrichtung der Orte des Geschehens zu Orten der Erinnerung keine historische Substanz zu vernichten, selbst wenn heute noch nicht klar ist, ob und wann man die Fragen finden wird, für die sie Antworten bereithält. So ist die Konservierung der Orte die grundlegende Bedingung für alle weiteren, im Sinne eines vernünftigen Kompromisses auszuhandelnden Strategien.

## Die Erinnerungskultur Deutschlands

Die deutsche Erinnerungskultur gilt als besonders weit entwickelt. Der britische Historiker Timothy Garton Ash hat die Deutschen als führend, als „Weltmeister der Vergangenheitsaufarbeitung“ bezeichnet und halb anerkennend, halb kritisch-ironisch von einer DIN-Norm des Gedenkens gesprochen.<sup>1</sup> Auf jeden Fall weist die deutsche Erinnerungskultur spezifische Züge auf. Inwieweit ihre Züge von anderen als Vorbild begriffen werden können, wäre im Einzelnen zu untersuchen. Sicherlich unterscheidet sie sich von den Erinnerungskulturen anderer Länder darin, dass in ihrem Zentrum Komplexe stehen, die im Hinblick auf die Nationalgeschichte ausgesprochen negativ zu werten sind, sie basiert – wie der deutsche Historiker Reinhard Koselleck formuliert hat – auf einem „negativen Gedächtnis“.<sup>2</sup>

Bevor ich versuche, diese Erinnerungskultur etwas eingehender zu charakterisieren, sei nur kurz betont, dass ich unter „Erinnerungskultur“ den Umgang mit der Vergangenheit im öffentlichen Raum verstehe, einen Umgang, der

- 1 Vgl. Timothy Garton Ash, Vier Wege zur Wahrheit. Eine Zwischenbilanz, in: Die Zeit, 3. Oktober 1997, S. 44. Sowie Timothy Garton Ash, Strafgerichte, Säuberungen und Geschichtsstunden, in: Timothy Garton Ash, Zeit der Freiheit. Aus den Zentren des neuen Europa, München 1999.
- 2 Vgl. Reinhart Koselleck, Formen und Traditionen des negativen Gedächtnisses, in: Volkhard Knigge/Norbert Frei (Hrsg.), Verbrechen erinnern. Die Auseinandersetzung mit Holocaust und Völkermord, München 2002, S. 21–32.

bestimmte Formen aufweist, sich auf Institutionen abstützt und die Vergangenheit mit der Gegenwart in einer Weise in Beziehung setzt, dass diese – durch den Vorgang des Erinnerns, in dem sich Vergangenheit und Gegenwart begegnen – Relevanz für die Gegenwart erhält und dabei eine prinzipielle Orientierung im Hinblick auf die gegenwärtige Gesellschaft gegeben werden soll. Im Hinblick auf die Vergangenheit verhält sich das Erinnern selektiv.

Ich werde zunächst einige strukturelle Merkmale der gegenwärtigen Erinnerungskultur in Deutschland aufzeigen. In einem zweiten Schritt gehe ich auf die herausragende Bedeutung des Holocaust in der deutschen Erinnerungskultur ein. Danach frage ich nach dem Gewicht der Widerstandstradition und der Bedeutung der Erinnerung an den Kommunismus und seine Opfer im Rahmen der gegenwärtigen Erinnerungskultur. Anschließend spreche ich jüngst wiederentdeckte Erinnerungskomplexe an und frage, inwieweit sich hier eine grundlegende Veränderung der deutschen Erinnerungskultur andeutet. Es folgt ein Blick auf positive Erinnerungskomplexe, bevor ich abschließend versuche, das Verhältnis der verschiedenen Erinnerungskomplexe, die man als konkurrierende Vergangenheiten betrachten mag, zu bestimmen und die Erinnerungskultur Deutschlands in internationale Zusammenhänge einzuordnen.

### **Strukturelle Merkmale der deutschen Erinnerungskultur**

Gibt es – so mag man fragen – überhaupt „die Erinnerungskultur Deutschlands“? Oder gibt es mehrere Erinnerungskulturen in Deutschland? Ich denke, wenn man sich die Erinnerungskultur in Deutschland als ein vielfältiges, differenziertes, dem Wandel unterworfenes kulturelles Phänomen vorstellt, dann mag man von einer deutschen Erinnerungskultur sprechen. Man darf ihre Konsistenz und Kohärenz jedoch nicht überschätzen.

Die heutige deutsche Erinnerungskultur hat sich in einem längeren Prozess herausgebildet und ihre derzeitige Gestalt erst nach der Epochenwende 1989/90 erhalten. In ihr setzt sich viel von der Erinnerungskultur der alten Bundesrepublik fort, die sich seit den sechziger Jahren, verstärkt in den achtziger Jahren, herausgebildet hat, als eine neue Hinwendung zur Geschichte und zur Erinnerung erfolgte. Doch einige Elemente hat auch die DDR zu dieser Erinnerungskultur beigesteuert, obgleich die Erinnerungskultur der DDR, die auf das kommunistische System bezogen war, als Ganze verschwunden ist, allerdings in der Gestaltung der großen Gedenkstätten zur NS-Zeit partiell noch nachwirkt.

Zugleich jedoch sind die Orte stalinistischer Willkür in diesem Kontext zu nennen. Auch spielt die Erinnerung an die Teilungsgeschichte eine Rolle.

Die gegenwärtige Erinnerungskultur ist hoch differenziert und mehrfach geschichtet. In ihr sind vielfältige Spannungen erkennbar. Ihre Bandbreite reicht vom offiziellen Gedenken über vielfältige Gedenkrituale der Zivilgesellschaft bis zu Erinnerungsveranstaltungen in kritischer Absicht gegenüber dem vorherrschenden Geschichtsbewusstsein.

Die deutsche Erinnerungskultur weist nur eine verhältnismäßig geringe historische Tiefendimension auf. Im Wesentlichen hat sie Geschehnisse seit dem Ersten Weltkrieg, vor allem seit 1933, als Inhalte. Im Zentrum steht die NS-Zeit mit dem Holocaust, doch auch mit einigen anderen Komplexen, auf die ich später zurückkomme.

Die deutsche Erinnerungskultur weist eine Vielzahl von Erinnerungsorten auf, sie ist ausgesprochen polyzentrischer Art. In Deutschland gibt es nicht den Hauptschauplatz wie in anderen Ländern. Und doch ist heute Berlin in mehrfacher Hinsicht bedeutsam: Einmal hat gerade hier die Geschichte des 20. Jahrhunderts mit ihren Katastrophen in besonderer Weise ihre Spuren hinterlassen; hier gibt es besonders viele Erinnerungsorte. Zum anderen gibt es das unübersehbare Bestreben der verschiedensten Opfergruppen, in Berlin mit eigenen Gedenkorten vertreten zu sein. Dabei geht es um die Repräsentanz der verschiedenen Vergangenheiten im heutigen Berlin, der alten und neuen Hauptstadt, in der die politischen Institutionen Deutschlands – Regierung und Parlament – arbeiten.

In Deutschland stehen verschiedene Gedenktage nebeneinander. Nationalfeiertag ist der 3. Oktober, der an die Überwindung der deutschen Teilung erinnert. Weitere Gedenktage sind der 27. Januar als Tag der Opfer der NS-Herrschaft, der 8. Mai, der das Ende des Krieges und der NS-Herrschaft 1945 zum Gegenstand historischer Betrachtung macht, der 17. Juni, der an den Volksaufstand in der DDR 1953 erinnert, der 20. Juli, an dem das Attentat auf Hitler und damit der Widerstand gegen Hitler endgültig scheiterte, der 13. August, an dem sich der Bau der Mauer im Jahre 1961 jährt, der 9. November, an dem 1989 die Mauer geöffnet wurde, doch 1938 auch der denkwürdige Judenpogrom stattfand (außerdem die Revolution nach dem Ersten Weltkrieg 1918 ausgerufen wurde). Schon diese Erinnerungstage zeigen, dass es nicht den einen herausragenden nationalen Erinnerungstag gibt, sondern ein Ensemble von Erinnerungstagen, die an Vorgänge der jüngsten Geschichte erinnern.



Über die deutsche Erinnerungskultur wird vielfältig generell oder über Einzelkomplexe diskutiert. Sie ist in hohem Maße selbstreflexiv, d. h. die Erinnerungskultur hat selbst eine Geschichte, mit der sich die Öffentlichkeit wie die Wissenschaften auseinandersetzen. In den Merkmalen der deutschen Erinnerungskultur spiegeln sich – so lässt sich resümierend sagen – Belastungen und Brüche der neuesten Geschichte.

### **Die herausragende Bedeutung des Holocaust in der deutschen Erinnerungskultur**

Bis 1989/90 haben manche ausländischen Beobachter – etwa der israelische Ministerpräsident Schamir – die Befürchtung artikuliert, das als „Viertes Reich“ gekennzeichnete wiedervereinigte Deutschland werde die Erinnerungskultur, die der NS-Zeit gewidmet ist, liquidieren. Das Gegenteil ist eingetreten. Im Zentrum der heutigen Erinnerungskultur in Deutschland stehen die NS-Zeit und die NS-Verbrechen, insbesondere der Holocaust. Diese Verbrechen, der Holocaust vor allem, sind seit den sechziger Jahren in den Vordergrund der Erinnerung an die NS-Zeit in der Bundesrepublik gerückt. In der DDR bezog sich demgegenüber die Erinnerung an die NS-Zeit vorrangig auf den sieg- und opferreichen antifaschistischen Kampf. Im vereinigten Deutschland hat sich hier, wie in den meisten anderen erinnerungskulturellen Fragen, die westdeutsche Perspektive durchgesetzt, bei der seit den achtziger Jahren neben den Juden auch andere Opfergruppen wie Sinti und Roma, „Euthanasie“-Opfer, Homosexuelle und andere stärker mitgesehen worden sind.

Die heutige Erinnerungskultur, die den Opfern der NS-Herrschaft und ihrer Politik gewidmet ist, findet ihren Ausdruck bei Veranstaltungen vor allem am 27. Januar, auch bei Gedenkveranstaltungen am 9. November, bei denen es um die jüdischen Opfer geht. Manifest ist die Erinnerung an die NS-Zeit in einer großen Zahl von Gedenkstätten und Gedenkort. Die von der Bundeszentrale für politische Bildung herausgegebenen beiden voluminösen Bände über Gedenkstätten dokumentieren mehrere tausend Gedenkort und zahlreiche Gedenkstätten in allen Bundesländern.<sup>3</sup> Unter diesen ragen die großen, auf dem Gelände früherer Konzentrationslager errichteten Gedenkstätten

3 Vgl. Ulrike Puvogel u. a. (Hrsg.), Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus. Bd. I, Bonn 1996.

heraus, die neben dem authentischen Ort und den Sachzeugnissen sowie Denkmälern über ständige Ausstellungen, die sich zu zeithistorischen Museen neuer Art entwickeln, verfügen und zudem offene Lernorte darstellen. Genannt seien Dachau, Bergen-Belsen, Flossenbürg und Neuengamme im Westen und Buchenwald, Sachsenhausen und Ravensbrück im Osten, die gemeinsam vom Bund und den entsprechenden Bundesländern getragen werden.

Charakteristisch für die den NS-Opfern gewidmete Erinnerungskultur sind die Einrichtungen in Berlin, zu denen das an überaus repräsentativer Stelle gelegene große Denkmal für die ermordeten Juden Europas jüngst hinzugekommen ist. Denkmäler für andere Opfergruppen, etwa für die Sinti und Roma und die Homosexuellen, sind geplant bzw. entstanden. An größeren Einrichtungen sind zudem zu nennen die „Topographie des Terrors“, die „Gedenkstätte Haus der Wannsee-Konferenz“ und auch die vor den Toren der Stadt gelegene „Gedenkstätte Sachsenhausen“ sowie das – allerdings über den Holocaust hinausreichende – Jüdische Museum sowie zahlreiche Gedenkort, die entsprechend gekennzeichnet sind. In Berlin ist geplant, die großen Gedenkstätten zur NS-Zeit, zu der auch die „Gedenkstätte deutscher Widerstand“ zählt, in einer Stiftung zusammenzufassen, was zumindest eine gemeinsame Rahmenkonzeption erfordert und ein gemeinsames Auftreten in der Öffentlichkeit zum Ziel hat.

Aufgebaut wurden die Gedenkstätten im Westen ursprünglich gegen beträchtliche Widerstände, in gewisser Weise als Teil des oppositionellen Geschichtsdenkens. Inzwischen aber – verstärkt seit der Vereinigung – bildet die Gedenkstättenkultur das Zentrum der demokratischen Erinnerungskultur.

### **Das Gewicht der Widerstandstraditionen**

In der DDR hatte der Schwerpunkt der Erinnerung an die NS-Zeit im antifaschistischen Widerstand gelegen, in dem die Kommunisten die wichtigste Rolle gespielt hatten. Von dieser Erinnerungskultur ist wenig geblieben, sieht man von zahlreichen „Thälmannstraßen“ und anderen nach kommunistischen Widerstandskämpfern benannten Straßen und Plätzen ab. Auch von den Gestaltungen aus der DDR-Zeit ist einiges in den großen Gedenkstätten der neuen Bundesländer noch zu sehen, etwa der Obelisk mit den roten Dreiecken in Sachsenhausen oder der Glockenturm und Plastiken in Buchenwald. Auf Ganze gesehen wird der Widerstand der Arbeiterbewegung – wegen seiner Instrumentalisierung durch die SED – heute tendenziell sogar vernachlässigt.

Auch in der alten Bundesrepublik hatte man des Widerstandes schon früh gedacht, allerdings der Widerstandsbewegung des 20. Juli 1944. Ihre Anerkennung musste in den fünfziger Jahren durchgesetzt werden gegen eine verbreitete negative Sicht, die aus der NS-Zeit in die Nachkriegszeit hinüberreichte. Kritik an diesem Widerstand gab es allerdings dann auch von links. Und doch ist dieses Widerstandes regelmäßig gedacht worden, vor allem in der „Gedenkstätte Deutscher Widerstand“, die im Bendlerblock in Berlin, einem der entscheidenden Orte des Geschehens am 20. Juli 1944, schon früh eingerichtet wurde. Im Juli 2004, anlässlich der 60. Wiederkehr der Revolte, ehrten bei einer Feier die obersten Repräsentanten der Staatsorgane den Widerstand; Kanzler Gerhard Schröder hielt die Festrede. Die 60. Wiederkehr war – wie häufig bei runden Jahreszahlen – Anlass, sich dem historischen Geschehen auf vielfältige Weise, unter anderem durch zeitgemäße Fernseh-Doku-Dramen, zu widmen.

Zweifellos steht diese Widerstandstradition, die manchmal mit anderen Freiheitstraditionen zusammen gesehen wird, im Schatten der Erinnerung an die NS-Verbrechen und den Holocaust. Manche möchten sie noch weiter zurückdrängen, indem sie die NS-Diktatur als Konsensdiktatur kennzeichnen.

### **Die Erinnerung an den Kommunismus und seine Opfer**

Nach 1989/90 drängte sich die Aufarbeitung einer weiteren diktatorischen Vergangenheit in den Vordergrund, die der SED-Diktatur. Dafür wurden Einrichtungen geschaffen wie die „Gauck-Behörde“ (Der/Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR), die die Stasiunterlagen verwaltet und mit aufarbeiten soll, die Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages, deren Arbeit in der Gründung der „Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“ mündete, die den vergleichsweise umfassenden Auftrag hat, die Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur zu fördern. Im Laufe der Jahre verstärkte sich auch in diesem Feld das Bemühen, Einrichtungen der Erinnerungskultur zu schaffen. So sind inzwischen Gedenkstätten in den großen Haftanstalten der DDR in Hohenschönhausen und in Bautzen entstanden. Weitere Einrichtungen sind die Speziallager-Ausstellungen in Buchenwald und Sachsenhausen, die der Erinnerung an diese von den Sowjets am Orte früherer Konzentrationslager etablierten Lager und ihren Opfern gewidmet sind – ihr Aufbau war mit erheblichen Auseinandersetzungen mit den Opfergruppen der NS-Vergangenheit verbunden. Zu nennen sind zudem

Gedenkstätten, die an das Grenzregime der DDR und an die Mauer in Berlin erinnern. Zur Erinnerung an diese Vergangenheit gibt es eine wachsende Zahl von Gedenkort, kleineren Gedenkstätten (an Orten früherer GPU-Keller u. a.) etc. Zugleich versucht man, Täterorte wie die Normannenstraße, die Stasizentrale, zu erhalten, um das Repressionssystem zu dokumentieren und über dieses aufzuklären. Analog zu den Gedenkstätten der NS-Zeit gibt es auch zu diesen Gedenkstätten inzwischen ein – von der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur erarbeitetes und von Anna Kaminsky herausgegebenes – Nachschlagewerk, das eine große Zahl von Erinnerungsorten nennt.<sup>4</sup>

Trotz der wachsenden Zahl von Gedenkstätten und Gedenkort, die sich weitgehend auf das Gebiet der früheren DDR beschränken, ist nicht zu erwarten, dass sie die Gedenkstätten zur NS-Zeit in der Erinnerungskultur an Zahl und Bedeutung überflügeln. Die Verbrechen des SED-Regimes waren keineswegs unerheblich und dürfen nicht bagatellisiert werden, sind aber bezogen auf Deutschland nicht vergleichbar mit denen des Nationalsozialismus.

Dennoch spielt auch diese Vergangenheit eine Rolle in der Erinnerungskultur, wie etwa die Jahrestage des Mauerbaus oder auch zum Volksaufstand 1953 zeigen. Im Jahr 2003 ist dieser Volksaufstand, an den in der alten Bundesrepublik regelmäßig in mehr oder weniger ritualisierter Form erinnert worden war und der als Erinnerungstag 1990 aufgegeben wurde, in der deutschen Öffentlichkeit wiederentdeckt worden. Und auch dieses Geschehens, das den Freiheitstraditionen der deutschen Geschichte zugeordnet werden kann, wurde 2003 von den Repräsentanten aller Staatsorgane gedacht. Wahrscheinlich noch wirksamer war die starke mediale Beschäftigung mit dem Aufstand und seinem Scheitern, auch die bürgerschaftliche Beschäftigung mit dem Geschehen vor Ort.

Die Erinnerung an diese Diktatur hat inzwischen ihren Platz in der deutschen Erinnerungskultur, auch wenn festzustellen ist, dass die Erinnerung an die NS-Vergangenheit eindeutig dominant gegenüber der Erinnerung an die SED-Vergangenheit ist. Die Opfer dieser Diktatur äußern häufig Unzufriedenheit, weil sie glauben, in der Öffentlichkeit nicht hinreichend anerkannt zu werden.

4 Vgl. Annette Kaminsky (Hrsg.), *Orte des Erinnerns. Gedenkzeichen, Gedenkstätten und Museen zur Diktatur in SBZ und DDR*, Leipzig 2004.

## Wiederentdeckte Erinnerungskomplexe

In den letzten Jahren sind verstärkt im deutschen öffentlichen Raum Erinnerungskomplexe wieder aufgetaucht, die schon in der Nachkriegszeit eine Rolle gespielt hatten, dann aber in den Hintergrund getreten waren. Dies gilt für die Erinnerung an den Bombenkrieg und seine Opfer und mehr noch für die Opfer von Flucht und Vertreibung am Ende des Zweiten Weltkrieges und danach.

Es handelt sich hier um Erinnerungskomplexe, die mit dem Zweiten Weltkrieg verbunden sind und Deutsche in der Opferrolle zeigen. Der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft wird traditionell am Volkstrauertag gedacht: der gefallenen Soldaten, der Opfer der Zivilbevölkerung, auch der Vertriebenen, weiterhin der aus politischen und rassistischen Gründen Verfolgten. In der Nachkriegszeit, in den vierziger, fünfziger und teilweise sechziger Jahren standen die deutschen Opfer ganz selbstverständlich im Zentrum der deutschen Erinnerungskultur. Wirklich vergessen wurden die Opfer – entgegen manchen Behauptungen – auch in der Folgezeit nicht, wenn sie auch stärker an den Rand rückten. Immerhin hat sie etwa der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker in seiner berühmten Rede zum 8. Mai im Jahr 1985 eingehend gewürdigt.

In jüngster Zeit sind diese Opfergruppen wieder in den Vordergrund des medialen Interesses gerückt. So hat Jörg Friedrichs Buch über den Bombenkrieg eine beachtliche mediale Resonanz gefunden.<sup>5</sup> Dabei ist allzu häufig außer Acht gelassen worden, dass in vielen Städten die Erinnerung an die Zerstörung durchaus vorhanden ist und anlässlich von Gedenktagen durch Veranstaltungen, Ausstellungen etc. gepflegt wird. Hier wird die dezentrale Dimension der deutschen Erinnerungskultur deutlich.

Scheinbar neu entdeckt wurden auch die Vertriebenen – in Zeitschriften- und Fernsehserien, Buchpublikationen, nicht zuletzt in Günter Grass' Novelle „Im Krebsgang“. Auch hier muss der Historiker feststellen, dass Flucht und Vertreibung im öffentlichen Bewusstsein der Nachkriegszeit durchaus präsent waren, handelte es sich doch um einen gravierenden Vorgang, der ca. 12 Millionen Menschen betraf und 1,5 bis 2 Millionen Menschen das Leben kostete. Allerdings rückte auch hier das Gedenken seit den sechziger Jahren mehr in die Peripherie öffentlicher Erinnerung und wurde zunehmend zu einer Sache der

5 Vgl. Jörg Friedrich, *Der Brand. Deutschland im Bombenkrieg 1940–1945*, München 2002.

Betroffenen selber, unter denen die Beschäftigung mit dieser Erinnerung sehr unterschiedlich war, zumal aufs Ganze gesehen die Integration der Heimatvertriebenen erfolgreich war.

Das Projekt des Bundes der Vertriebenen, durch eine Stiftung ein Zentrum gegen Vertreibungen einzurichten, ist der Versuch, die Erinnerung an dieses Geschehen zu einem wesentlichen Bestandteil deutscher Erinnerungskultur zu machen. Damit soll so etwas wie Repräsentanz im nationalen Gedächtnis erreicht werden, woran sich vielfältige Debatten entzündet haben, die teils um das Verhältnis dieser Erinnerung zur Holocaust-Erinnerung, teils um die Frage, ob man ein derartiges Gedenken und Erinnern nicht besser übernational als national organisieren sollte, kreisen.

Fragt man nach den Ursachen dieser neuen Interessen an den genannten Komplexen, so wird man die neue Konstellation in Europa, zeithistorische Geschehnisse wie die Vorgänge im früheren Jugoslawien, doch auch Veränderungen der Einstellungen durch das Älterwerden bzw. die Ablösung von Generationen sehen müssen. Norbert Frei hat z. B. gemeint, dass die „skeptische Generation“ im Alter mit Blick auf die eigene Biografie begonnen habe, sich vom Ethos der Vergangenheitsbewältigung, dessen Hauptträger sie war, zu distanzieren.<sup>6</sup> Zu diskutieren ist, inwieweit wir hier eine Erweiterung der bisherigen Erinnerungskultur oder Symptome einer gänzlichen Neuorientierung zu sehen haben.

### **Positive Erinnerungskomplexe**

Vergleichsweise schwach ausgebildet sind in der gegenwärtigen deutschen Erinnerungskultur demokratische Traditionen, die etwa in der Staatssymbolik, der Flagge und der Nationalhymne zum Ausdruck kommen und auf den Vormärz und die Revolution von 1848 verweisen. Das 19. Jahrhundert mit seinen Kämpfen um Freiheit und Einheit liegt im Bewusstsein der Menschen der Gegenwart inzwischen weit zurück. Gustav Heinemann hatte als Bundespräsident in den frühen siebziger Jahren die Freiheitstraditionen deutscher Geschichte stärker bewusst machen wollen und die Gründung des „Museums für Freiheitsbewegungen“ in Rastatt angeregt.<sup>7</sup> Auch 2003, zum 150. Jubiläum

6 Vgl. Norbert Frei, 1945 und wir. Das Dritte Reich im Bewusstsein der Deutschen, München 2005.

der Revolution, gab es durchaus vielfältige Veranstaltungen und mediale Beschäftigung mit dem Thema.

Dennoch steht diese Geschichte eher am Rande der Erinnerungskultur; sie ist bislang auch wenig verknüpft mit den auf das 20. Jahrhundert bezogenen Erinnerungskomplexen, was immerhin möglich wäre, wenn man Freiheits- und Widerstandstraditionen aufwerten würde. Dabei wäre etwa eine Linie zu ziehen – und manchmal wird sie auch gezogen – von der Revolution von 1848 über die der freiheitlichen Arbeiterbewegung, die erste Demokratiegründung nach dem 9. November 1918 und den Widerstand gegen den Nationalsozialismus bis zum 17. Juni 1953 und dem Herbst 1989.

Abschließend sollen einige Merkmale und Tendenzen der gegenwärtigen deutschen Erinnerungskultur noch einmal festgehalten werden.

- 1) In ihr stehen verschiedene Erinnerungskomplexe in einem Spannungsverhältnis. Dabei ist die Dominanz der NS-Zeit und des Holocaust im Grunde unbestritten. Doch um die adäquate Berücksichtigung der anderen Erinnerungskomplexe geht der Streit.
- 2) Aufs Ganze gesehen herrscht ein „negatives Gedächtnis“ vor, in dem allerdings auch positive Komponenten enthalten sind. In der Regel wird *ex negativo* durch die Erinnerung Engagement für Menschenrechte und Demokratie begründet.
- 3) Die deutsche Erinnerungskultur ist nur als Bündel von Teilkulturen und als Interferenz vielfältiger Erinnerungsprozesse aufzufassen. Manches spricht dafür, dass sie sich gegenwärtig modifiziert, doch keineswegs grundlegend wandelt.
- 4) Die deutsche Erinnerungskultur ist nicht nur hoch differenziert, sie ist zunehmend weniger abgeschottet zu anderen nationalen Erinnerungskulturen. So weist das Holocaust-Gedenken eine internationale, teilweise universale Dimension auf. Auch im Hinblick auf die Erinnerung an den Stalinismus lassen sich Trends zur Internationalisierung des Gedenkens und der Erinnerung feststellen. Dies führt freilich nicht zur Einebnung der Unterschiedlichkeit nationaler Erinnerungskulturen, sondern eher zu einer neuen – nicht selten konfliktorischen – Kommunikation.

## Die öffentliche Erinnerungskultur in Argentinien

Wenn heutzutage von der Erinnerungskultur in Argentinien die Rede ist, bezieht man sich in der Regel auf die aktuellen Diskussionen über die Erinnerung an Ereignisse der jüngsten Vergangenheit, insbesondere auf die während der letzten Militärdiktatur begangenen Menschenrechtsverletzungen. Hingegen vertritt dieser Aufsatz eine historische Perspektive, denn die aktuelle Auseinandersetzung findet nicht im historischen Vakuum statt, sondern innerhalb eines Rahmens, der teilweise durch frühere Praktiken des Erinnerns – und auch des Vergessens – geprägt wurde. Erinnerung, auf individueller wie kollektiver Ebene, ist bei allen sozialen Gruppen vorhanden und dennoch kein statisches Element. Die Vorstellung eines Kollektivgedächtnisses setzt die Existenz von Individuen voraus, die Teil eines sozialen Gefüges sind und in Bezug auf die Vergangenheit der Gruppe gemeinsame Erinnerungen teilen. Dieses Gedächtnis wird in Prozessen sozialer Kommunikation und kultureller Reproduktion ständig konstituiert, erweitert, verändert, ersetzt und aktualisiert. Dabei entsteht eine Verschmelzung persönlicher individueller Erinnerungen mit den Selbstentwürfen, die innerhalb der Gruppe produziert und an (neue) Mitglieder weitergegeben werden und darüber hinaus mit Fremdzuschreibungen in Wechselwirkung stehen, die außerhalb der Gruppe erzeugt werden. Persönliche Erinnerung und soziales Gedächtnis sind untrennbar miteinander



verbunden. Wie alle sozialen Phänomene unterliegt die Erinnerung im Laufe der Zeit Veränderungen.<sup>1</sup>

Dementsprechend sollen in diesem Kontext wichtige Aspekte des Erinnerns in Argentinien in ihrer historischen Entwicklung behandelt werden. Als „Erinnerungskultur“ ist hier die Art und Weise gemeint, in der eine Gesellschaft sich ihre Vergangenheit vergegenwärtigt. Um die Merkmale einer solcher Erinnerungskultur zu erfassen, werden in drei Abschnitten folgende Fragen behandelt: Welche Ereignisse ruft man sich heute in Argentinien in Erinnerung? Wie wurden sie als kollektive Erinnerungen im öffentlichen Raum etabliert? Wurden die so entstandenen Darstellungen der Geschichte Argentiniens durch alternative Überlieferungen bzw. Erinnerungen infrage gestellt?

## Feiertage

Die nationalen Feiertage sind wichtige Elemente der öffentlichen Erinnerungskultur eines Landes. Durch sie werden historische Ereignisse öffentlich in Erinnerung gerufen und im alltäglichen Leben der Bevölkerung erlebbar. In der jährlichen Wiederholung der Feierlichkeiten werden komplexe historische Prozesse auf ein Datum und eine schematische Handlung reduziert. Derzeit werden in Argentinien folgende Feiertage begangen:

*Tabelle 1: Nationale Feiertage der Republik Argentinien*

Datum	Anlass
1. Januar	<i>Año Nuevo</i> (Neujahr)
kein festes Datum	<i>Viernes Santo</i> (Karfreitag)
2. April	<i>Día del Veterano y de los Caídos en la Guerra de las Malvinas</i> (Tag des Veteranen und der Gefallenen im Malvinenkrieg) (*)
1. Mai	<i>Día del Trabajador</i> (Tag des Arbeiters)
25. Mai	<i>Primer Gobierno Patrio</i> (Erste Patriotische Regierung)

1 Vgl. dazu Harald Welzer, Gedächtnis und Erinnerung, in: Friedrich Jaeger/Jörn Rüsen (Hrsg.), Handbuch der Kulturwissenschaften. Bd 3: Themen und Tendenzen, Stuttgart/Weimar 2004, S. 155–174.

Datum	Anlass
20. Juni	<i>Día de la Bandera. Muerte del Gral. Belgrano</i> (Tag der Flagge. Todestag General Belgranos) (*)
9. Juli	<i>Día de la Independencia</i> (Tag der Unabhängigkeit)
17. August	<i>Muerte del General San Martín</i> (Todestag General San Martíns) (*)
12. Oktober	<i>Día de la Raza</i> (Tag der Rasse) (*)
8. Dezember	<i>Inmaculada Concepción de María</i> (Unbefleckte Empfängnis Mariä)
25. Dezember	<i>Navidad</i> (Weihnachten)

(\*) Verschiebbarer Feiertag.

Quelle: Innenministerium der Republik Argentinien:

[www.mininterior.gov.ar/servicios/feriados2005.asp](http://www.mininterior.gov.ar/servicios/feriados2005.asp) (26. 5. 2005).

Um die Bedeutung dieser Feiertage im Hinblick auf eine spezifische Form des Gedenkens besser interpretieren zu können, ist es sinnvoll, sie mit den Feiertagen der Nachbarländer zu vergleichen. Der Vergleich zeigt, dass Argentinien ähnliche Traditionen mit seinen Nachbarn (und nicht nur mit ihnen) teilt, denn die Feiertage dieser Länder stammen hauptsächlich aus drei Traditionen:

1. Einer Gruppe von Feiertagen, die ihren Ursprung in althergebrachten, vor allem religiösen Feierlichkeiten haben, wie die Osterfeiertage, Weihnachten, Mariae Empfängnis, der Karneval und die Neujahrsfeiern. Zwischen den einzelnen Ländern bestehen gewisse Unterschiede, der auffälligste ist der Bedeutungswandel religiöser Feiertage in Uruguay, wo die *Semana Santa* (Heilige Woche) zur *Semana del Turismo* (Woche des Tourismus) und Weihnachten zum *Día de la Familia* (Tag der Familie) umgetauft wurde.

Tabelle 2: Feiertage religiösen bzw. althergebrachten Ursprungs

	Argentinien	Brasilien	Bolivien	Chile	Paraguay	Uruguay
1. 1.	Neujahr	Neujahr	Neujahr	Neujahr	Neujahr	Neujahr
6. 1.						Tag der Kinder (*)
6. 1.		Karneval	Karneval			Karneval (*)
	Karfreitag	Karfreitag	Karfreitag	Karfreitag	Kardon- nerstag und Karfreitag	Woche des Tourismus (*)
			Corpus Christi	Corpus Christi		
12. 10.		<i>Nuestra Sra. Aparecida</i>				
1. 11.				Tag der Heiligen		
2. 11.		Tag der Verstorbe- nen (*)	Tag der Heiligen			Tag der Verstorbe- nen (*)
8. 12.	Tag der Unbefleckten Empfängnis Marias			Tag der Unefleck- ten Emp- fängnis Marias	Tag der Jungfrau von <i>Caacupé</i>	
25. 12.	Weih- nachten	Weih- nachten	Weih- nachten	Weih- nachten	Weih- nachten	Tag der Familie

(\*) Arbeitstag.

2. Eine Gruppe von Feiertagen, die ihren Ursprung in eher modernen internationalen Traditionen haben. So begehen alle Länder am 1. Mai den „Tag der Arbeit“. Die Feiern zum *Día de la Raza* am Jahrestag der Entdeckung Amerikas werden dagegen nicht überall gleich gehandhabt: Brasilien,

Bolivien und Paraguay feiern ihn nicht, und Uruguay entschied sich auch hier wieder für eine Umdeutung und machte aus dem *Día de la Raza* den *Día de las Américas*.

Tabelle 3: Feiertage moderner Traditionen

	<b>Argentinien</b>	<b>Brasilien</b>	<b>Bolivien</b>	<b>Chile</b>	<b>Paraguay</b>	<b>Uruguay</b>
12. 10.	Tag der Rasse (*)			Tag der Rasse		Tag der Amerikas
1. 5.	Tag des Arbeiters	Tag der Arbeit	Tag der Arbeit	Tag der Arbeit	Tag der Arbeiter	Tag der Arbeiter

(\*) Arbeitstag

3. Eine Gruppe von Feiertagen, die der Nationalgeschichte gewidmet sind. Alle Länder feiern ihre Unabhängigkeit von Spanien oder von Portugal, wodurch eine scharfe Abgrenzung gegenüber der Kolonialzeit gezogen wird. Dennoch ist der Unabhängigkeitstag nicht der einzige Gedenktag – und genau hier treten wichtige Unterschiede auf. Argentinien feiert am 25. Mai die Einsetzung der ersten unabhängigen Regierung (*gobierno patrio*) und am 9. Juli die Unabhängigkeitserklärung, das heißt zwei gegen die koloniale Ordnung gerichtete Handlungen, gedenkt aber weder der Einrichtung einer im Verfassungstext verdichteten „neuen Ordnung“ (wie Uruguay am 18. Juli) noch der Einführung einer spezifischen republikanischen Staatsform (wie Brasilien am 15. November). Auch feiert Argentinien auf nationaler Ebene nicht die Gründung einer bestimmten Stadt, wie dies in Paraguay der Fall ist, wo die Erinnerung an die Gründung von Asunción auf indirektem Weg einen Bezug zur kolonialen Vergangenheit herstellt. Auch wenn man sich in fast allen Ländern das Heldenepos der Unabhängigkeit und die Verteidigung der nationalen Interessen gegen verschiedene äußere Gegner vergegenwärtigt, indem man bestimmte historische Ereignisse beschwört, fällt auf, dass Argentinien mehr als seine Nachbarn die Rolle der Helden seiner Gründungszeit, José de San Martín und Manuel Belgrano, betont und dass es ihrer am Jahrestag ihres Todes offiziell gedenkt, und nicht an ihrem Geburtstag, wie dies Uruguay mit

Artigas tut. Auch das Datum des jüngsten Feiertages fügt sich in dieses Bild ein: Am 2. April gedenkt man der Kriegsveteranen und besonders der Gefallenen des Malvinenkrieges.<sup>2</sup>

*Tabelle 4: Feiertage der Nationalgeschichte*

Argentinien	Brasilien	Bolivien	Chile	Paraguay	Uruguay
Tag der Unabhängigkeit 9. 7.	Tag der Unabhängigkeit 7. 9.	Tag der Unabhängigkeit 6. 8.	Tag der Unabhängigkeit 19. 8.	Tag der Nationalen Unabhängigkeit 15. 5.	Erklärung der Unabhängigkeit 25.8.
Erste Patriotische Regierung 25. 5.	Proklamation der Republik 15. 11.				Verfassungseid 18.7.
Todestag General San Martins 17. 8. (#)			Ehrentag der Marine 21. 5.	Tag der Helden des Vaterlandes 1. 3.	Schlacht von las Piedras 18. 5. (*)
Tag der Flagge. Todestag Gral. elgranos 20. 6. (#)			Ehrentag des Heeres 19. 9.	Tag des Friedens im Chaco 12. 6.	Landung der 33 Orientales 19. 4. (*)
Tag des Veteranen und der Gefallenen im Malvinenkrieg 2.4. (#)				Tag der Schlacht von Bogarón 29.9.	Geburtstag José Artigas 19.6. (*)
				Tag der Gründung von Asunción 15.8.	

(\*) Arbeitstag (#) Nicht verschiebbarer Feiertag

- 2 Für einen Vergleich der Gedenktage in den lateinamerikanischen Ländern siehe Javier Uriarte, *Las fechas y la invención del sistema simbólico nacional en América Latina*, in: Hugo Achugar (Hrsg.), *Derechos de memoria. Nación e Independencia en América Latina*, Montevideo 2004, S. 341–422.

## **Die Konstituierung der öffentlichen Erinnerungskultur in Argentinien**

Zwar finden normalerweise zahlreiche individuelle Erinnerungen über verschiedene Wege Eingang ins Kollektivgedächtnis, die öffentliche Erinnerungskultur ist jedoch nicht ein spontanes oder natürliches Abbild der Erinnerungen der Bewohner eines Landes, sondern das Resultat kultureller Veränderungen, sozialer Verhandlungen und politischer Maßnahmen. Ein gutes Beispiel dafür ist die in Argentinien unmittelbar auf die Ereignisse folgende Einrichtung zweier Gedenktage, die an die Loslösung von Spanien erinnern und in gewissem Sinne miteinander in Konkurrenz stehen: die Einsetzung der ersten unabhängigen Regierung in Buenos Aires am 25. Mai 1810 und die Unabhängigkeitserklärung in Tucumán am 9. Juli 1816. Die weitere Entwicklung der Gedenkfeiern steht im engen Zusammenhang mit dem Entstehungs- und Konsolidierungsprozess des argentinischen Nationalstaates. Von besonderer Bedeutung war in diesem Prozess die Ausdehnung des Bildungssystems, das vor allem ab den 1880er-Jahren einen großen Einfluss auf die Herausbildung einer nationalen Identität sowie auf die Gestaltung der öffentlichen Erinnerungskultur ausübte. Als die argentinische Gesellschaft sich infolge der massiven Einwanderung von Menschen unterschiedlicher Herkunft ab dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts rasch wandelte, wurde den öffentlichen Schulen die Aufgabe übertragen, bestimmte Bildungsinhalte weiterzugeben, die zu einer Identifikation der Schulkinder, d. h. der zukünftigen Staatsbürger, mit der argentinischen Nation führen sollten. Der Geschichtsunterricht stellte die Verherrlichung heroischer Figuren und Taten in den Mittelpunkt, die den neuen Generationen von Argentinern, deren Eltern erst vor einigen Jahren im Land angekommen und innerhalb anderer Traditionen aufgewachsen waren, als tugendhafte Vorbilder dienen sollten. Die öffentlichen Schulen vermittelten aber nicht nur Kenntnisse der Landesgeschichte, sondern sorgten auch für eine emotionale Identifizierung, indem sie den Kindern die Verehrung des Vaterlandes mittels gefühlsbetonter Feiern und Rituale näherbrachten. An großen offiziellen Feiern, denen eine immer größere Bedeutung beigemessen wurde, mussten zahlreiche Kinder aus den öffentlichen Schulen teilnehmen.<sup>3</sup>

3 Vgl. Lilia Ana Bertoni, *Construir la nacionalidad: héroes, estatuas y fiestas patrias, 1887–1891*, in: *Boletín del Instituto de Historia Argentina y Americana „Dr. Emilio Ravignani“*, Jg. 1992, Heft 5, Buenos Aires 1992, S. 77–111. Siehe auch Lilia Ana Bertoni, *Patriotas*,



*Plaza de la Victoria ca. 1840*

Quelle: *Malerische Reise in Süd- und Nordamerika: eine geordnete Zusammenstellung des Wissenswürdigsten von den Entdeckungsreisen ...* verfasst von einer Gesellschaft Reisender und Gelehrter unter der Leitung des Herrn Alcide d'Obigny, Leipzig, Baumgärtner, 1841.

Zur gleichen Zeit und mit derselben Absicht, das patriotische Bewusstsein der Bevölkerung zu wecken, wurden die historischen Stätten aufgewertet. Da die alten Bauwerke auf die koloniale Vergangenheit verwiesen und von wenigen Ausnahmen abgesehen aus diesem Grund für eine nationalstaatliche Erinnerungskultur als ungeeignet betrachtet wurden, konzentrierte man sich vor allem auf die öffentlichen Plätze und auf die Errichtung von Museen und Denkmälern. Besondere Aufwertung als geschichtsträchtiger Raum erfuhr dabei die *Plaza de Mayo*, deren Umgestaltung sich in mehreren Schritten vollzog. Die erste Pyramide, eine wenig anspruchsvolle Lehmziegelkonstruktion, war

cosmopolitas y nacionalistas. La construcción de la nacionalidad argentina a fines del siglo XIX. Buenos Aires: 2001, S. 41–77.



### *Maifeierlichkeiten ca. 1900*

Originalaufnahme aus dem Nachlass Max Uhle, Ibero-Amerikanisches Institut (IAI), N-0035 s 81.

am 25. Mai 1811 auf der *Plaza de la Victoria* eingeweiht worden. 1856 wurde eine Ummantelung aus Ziegelsteinen und Mörtel hinzugefügt, was den Umfang der Pyramide erweiterte. Auf ihrer Spitze brachte man die Statue der Republik an. 1873 wurde eine Statue des Generals Belgrano auf dem benachbarten Areal der *Plaza 25 de Mayo* aufgestellt. Die Zerstörung der Arkaden, die 1884 die Zusammenlegung zweier bis zu diesem Zeitpunkt getrennter Plätze zu einer neuen Einheit ermöglichte, brachte es mit sich, dass die Pyramide nicht mehr im Zentrum der Anlage stand. 1912 wurde sie an den Standort verschoben, an dem sie sich heute befindet (Berjman 2001).<sup>4</sup>

Der Bau oder materielle Wiederaufbau von Gedenkstätten beschränkte sich nicht auf die Hauptstadt, sondern breitete sich über das ganze Land aus

4 Vgl. Berjman, Sonia (2001): *La plaza española en Buenos Aires 1580/1880*, Buenos Aires 2001.



und füllte in den Provinzen die Plätze der wichtigsten Städte mit Denkmälern. Diese zeichnen sich unter anderem durch den hohen Stellenwert der Darstellung der Helden und der Republik aus. Dabei wurde den Körpern große symbolische Bedeutung beigemessen. Dies äußerte sich noch deutlicher an der Rückführung der sterblichen Überreste von im Ausland verstorbenen historischen Persönlichkeiten und deren Aufbewahrung in Mausoleen, die man für diesen Zweck an besonderen Orten einrichtete. So wurden im Jahr 1880 die Überreste des in Frankreich 1850 gestorbenen José de San Martín nach Argentinien überführt und in der Kathedrale beigesetzt, wo sie bis heute von Soldaten eines von ihm gegründeten Regiments bewacht werden.

Der Bau von Denkmälern und Gedenkstätten war nicht nur der staatlichen Initiative zu verdanken. Der ganze Prozess wurde von verschiedenen Bürgerinitiativen begleitet, vorangetrieben und sogar finanziell unterstützt. Außerdem wurde 1889 das *Museo Histórico Nacional* (Nationales Historisches Museum) ins Leben gerufen, das sich unter anderem um die Zusammenführung von Gegenständen kümmerte, die bis zu diesem Zeitpunkt von Patrizierfamilien privat aufbewahrt worden waren und nun dem Publikum als „nationales Erbe“ zugänglich gemacht wurden. Mangels authentischer Gegenstände und Bilder, die als besonders wichtig erachtete historische Geschehnisse und Persönlichkeiten veranschaulichen konnten, bestellte das Museum in manchen Fällen selbst Gemälde und Porträts, die viele Jahre nach den Ereignissen und sogar nach dem Tod der Protagonisten angefertigt wurden. Viele davon, vor allem die historischen Gemälde, wurden vervielfältigt und über verschiedene Kanäle – unter ihnen das Bildungssystem – in Umlauf gebracht und verwandelten sich so in Darstellungen, die im Volk bald eine breite Akzeptanz genossen.<sup>5</sup>

Zur Schaffung einer offiziellen Erinnerungskultur gehörte die Festlegung eines Kanons der nationalen Symbole in Regelungen, die Farbe, Maße und Muster des Wappens und der Fahne genau definierten und die bis zu diesem Zeitpunkt bestehende Formenvielfalt beendeten. Die Bedeutung der Fahne als ein von allen Parteien anerkanntes Symbol des Vaterlandes wurde besonders gefordert und erreichte ihren Höhepunkt im 20. Jahrhundert mit der

5 Vgl. Álvaro Fernández Bravo, *Material Memories: Traditions and Amnesia in Two Argentine Museums*, in: Jens Andermann/William Rowe (Hrsg.), *Images of Power: Iconography, Culture and the State in Latin America*, New York/Oxford 2005, S. 86–89.



### Argentinische Flaggen<sup>6</sup>

Errichtung des imposanten Fahnendenkmals in Rosario, das 1957 sozusagen als „symbolhafte Darstellung des Symbols“ eingeweiht wurde. Sie bleibt auch in der Zeremonie des Fahneneides lebendig, die bis heute in den Schulen durchgeführt wird.

### **Offizielle Erinnerungskultur, alternative Überlieferungen und ausgeblendete Tatsachen**

Die erzielten Erfolge bei der Verbreitung öffentlicher Symbole bedeuteten aber nicht, dass bezüglich der Inhalte der nationalen Erinnerungskultur ein Konsens erreicht wurde. Aus diesem Grund war es nicht möglich, einen „nationalen Pantheon“ einzurichten. Das Einvernehmen beschränkte sich auf die Notwendigkeit, die Helden der Unabhängigkeit zu ehren. Dennoch waren die Erinnerungspraktiken, die vorzugsweise Eingang in den öffentlichen Raum erhielten, nicht neutral in Bezug auf die Ereignisse der damaligen jungen Vergangenheit. So hielten beispielsweise die 1887 eingeweihten Statuen für General Lavalle in Buenos Aires und für General Paz in Córdoba nicht nur das Andenken der Helden der Unabhängigkeit lebendig, sondern erinnerten auch an zwei wichtige Figuren, die gegen die Herrschaft von Juan Manuel de Rosas gekämpft hatten. Im Fall des ehemaligen Präsidenten Sarmiento, der ebenfalls einer der wichtigsten Gegner des Regimes von Rosas gewesen war, entschloss man sich nur ein Jahr nach seinem Tod für den Bau eines Denkmals, das auf der Grundlage der Entwürfe Auguste Rodins verwirklicht und zehn Jahre später eingeweiht wurde. Auf diese Weise fanden bestimmte Erinnerungen Eingang in den öffentlichen Raum, die bald in hegemonialer Weise ein Geschichtsverständnis vermittelten, in dem viele Provinz*caudillos* und besonders Juan Manuel de Rosas als Ausdruck der Barbarei erschienen. Andererseits ließen die nun im öffentlichen Raum vervielfältigten Erinnerungen der prominenten Familien kaum Platz für Repräsentationsformen, die untergeordneten Gruppen gewidmet waren oder diesen eine Identifizierung ermöglichten.

Hingegen verfügten die zur Oberschicht zählenden Frauen über einen gewissen Raum für ihre Selbstdarstellung, die unter anderem in dem zum Kanon der wichtigsten Werke gehörenden historischen Gemälde der ersten Interpretation der Nationalhymne im Salon von María Sánchez de Thompson zum Ausdruck kommt. Daran konnte auch später eine Gruppe von Frauen der Oberschicht anknüpfen, um ihre Kontrolle über die wichtigste Fürsorge-



*Präsidentinnen der Sociedad de Beneficencia zwischen 1823 und 1910*<sup>7</sup>

einrichtung des Landes, die *Sociedad de Beneficencia*, bis in die 1940er-Jahre zu legitimieren. In der Selbstdarstellung der *Sociedad* wurde immer auf die lange, nicht nur symbolische Kontinuität der Institution und ihrer Führung hingewiesen, die auf die Rolle der Patrizierdamen in der ersten Zeit der Unabhängigkeit bildhaft zurückgeführt werden konnte.

Dies alles bedeutet nicht, dass die Erinnerungskultur, die um 1910, während der Feierlichkeiten zum hundertjährigen Jubiläum der Mairevolution, offiziell festgesetzt zu sein schien und sich weiter konsolidierte, die einzige war. Die Erfahrungen und Erzählungen der Angehörigen anderer sozialer oder politischer Gruppen wurden über mündliche und schriftliche Kanäle überliefert und später unter anderem in Form von Liedsammlungen festgehalten.<sup>8</sup> Sie fanden zum Teil auch Eingang in Darstellungen, auf deren Grundlage die revisionistische Geschichtsschreibung eine Neuinterpretation der argentinischen Geschichte

7 Album histórico de la Sociedad de Beneficencia de la Capital, 1823–1910. Buenos Aires 1910.

8 Héctor Pedro Blomberg (Hrsg.), *Cancionero federal. Los poetas de la tiranía*, Buenos Aires 1936.

ausarbeitete. Diese zeichnete sich im Wesentlichen dadurch aus, dass sie hauptsächlich die Rollenverteilung zwischen „Helden“ und „Tyranen“ umkehrte und durchaus nicht auf die dichotome Grundausrichtung verzichtete.<sup>9</sup>

Einige Gruppen hatten sehr wenige Möglichkeiten, sich Gehör zu verschaffen. Dies betrifft vor allem die Indianer und die Afroargentinier. Ihre Abwesenheit in der öffentlichen Erinnerungskultur ist auffallend. In beiden Fällen geht es weniger um das Vergessen als um eine absichtliche Negierung der Existenz dieser Gruppen der argentinischen Bevölkerung. Der verbreitete Glaube, dass alle Afroargentinier in den Unabhängigkeitskriegen oder spätestens im Verlauf der Gelbfieberepidemie von 1870 gestorben und dass die Indianer während der bis heute als „Wüstenfeldzug“ (*Campaña del desierto*) bezeichneten Militärexpedition ausgerottet worden seien, entspricht nicht den historischen Tatsachen. Vielmehr reproduziert dieser Diskurs die symbolische Verbannung beider Gruppen aus den offiziellen Darstellungen der argentinischen Nation, die Hand in Hand mit ihrer sozialen Diskriminierung bis heute fort dauert.

Ein wichtiges Moment in der Entwicklung der öffentlichen Erinnerungskultur in Argentinien stellt die Regierung Juan Domingo Peróns (1945–1955) dar. In ihrer ersten Phase bezweckte zwar die peronistische Bewegung keinen Bruch mit den damals verbreiteten Darstellungen der argentinischen Geschichte. Ihre Positionierung gegenüber den Eliten, die diese hervorgebracht hatten, sowie ihre eigenen Rituale standen jedoch im Widerspruch zur Vorstellung eines ehrfurchtvollen Gedenkens der Helden, das bis zu diesem Zeitpunkt im Vordergrund gestanden hatte. Dies manifestierte sich vor allem in den feierlichen Aufmärschen und Massenmobilisierungen, die zur Bestätigung des peronistischen Regimes an verschiedenen Orten inklusive der *Plaza de Mayo* stattfanden.

Außerdem betrieb das peronistische Regime symbolische Eingriffe in die nationale Gedächtniskultur, die später zur Grundlage seiner eigenen Erinnerungskultur wurden, und bediente sich dabei des Bildungssystems und der Massenmedien.<sup>10</sup> In diesen Vorgängen spielte die Figur Eva Peróns in vielerlei Hinsicht eine entscheidende Rolle. Unter anderem trug sie zu einer größeren

9 Für eine klassische Auseinandersetzung mit dem historischen Revisionismus vgl. Tulio Halperín Donghi, *El revisionismo histórico argentino*, Buenos Aires 1970.

10 Mariano Plotkin, *Mañana es San Perón. Propaganda, rituales políticos y educación en el régimen peronista (1945–1955)*, Buenos Aires 1994.

Sichtbarkeit der Frauen auf der öffentlichen Bühne bei. Die große Bedeutung, die die körperliche Anwesenheit Eva Peróns an politischen Veranstaltungen erlangt hatte, erreichte ihren Höhepunkt in den Trauerfeierlichkeiten und besonders in der Einbalsamierung ihres Körpers.<sup>11</sup> Nach Peróns Sturz schaffte man die Leiche auf Befehl der Militärbehörden heimlich ins Ausland. Das Ziel dieses Vorgehens ebenso wie die Zerstörung der Residenz des Ehepaars Perón, die Verfolgung ihrer Anhänger, das Verbot peronistischer Symbole und sogar des Namens Perón war, jegliche Erinnerung an das Regime auszurotten. Diese Strategie führte zu einem genau gegenteiligen Resultat. Die peronistischen Symbole, die ursprünglich vom Staatsapparat erzeugt worden waren, fügten sich mit den persönlichen Erinnerungen der Anhänger zu einem gegenläufigen Erinnerungsdiskurs, aus dem der Widerstand der Peronisten sich so lange nährte, bis es ihnen in den 1970er-Jahren gelang, den öffentlichen Raum symbolisch und praktisch erneut zu besetzen.

### **Schlussbetrachtungen**

Allein dieser knappe historische Überblick zeigt die Vielfaltigkeit der Formen, in denen sich das soziale und kulturelle Gedächtnis in Argentinien schon vor der letzten Diktatur äußerte: in Erzählungen und Berichten, Beschreibungen und Eingriffen in den öffentlichen Raum, Bildern und Gegenständen, Gedenkfeiern, Medienerzeugnissen, Gesten, Körpersprache usw. Die verschiedenen Ausdrucksformen des Gedenkens sind ebenso wichtig wie die in Erinnerung gerufenen historischen Gegebenheiten. Da die Erinnerung in ihrem Wesen untrennbar vom Vergessen ist, nehmen beide Prozesse in der Konstruktion von Identitäten eine wichtige Rolle ein.

Wie in vielen anderen Ländern übernahm der Staat in Argentinien eine aktive Rolle bei der Schaffung einer öffentlichen Erinnerungskultur mit der Absicht, breite Bevölkerungsschichten an eine bestimmte Vorstellung von Nation zu binden. Dabei gelang es einigen Gruppen, ihre eigenen Erinnerungen als nationale Erinnerungen festzuschreiben, während andere Erzählungen aus dem öffentlichen Raum verbannt wurden. So entstand wiederholt eine starke Dissoziation zwischen proklamierter Gleichheit und Homogenität einerseits

11 Für eine Analyse der öffentlichen Bedeutung des Körpers von Eva Perón siehe Beatrix Sarlo, *La pasión y la excepción*, Buenos Aires 2003, S. 17–114.

und realer Diskriminierung andererseits. In diesem Kontext versuchte man, den Mangel an sozialer Integration und politischem Konsens über einen offiziell verordneten Vergangenheitskult auszugleichen, dessen Hauptadressaten die Schulkinder waren. Auf diese Weise konnte die emotionale Identifikation der Einwandererkinder mit der argentinischen Nation in kurzer Zeit erreicht werden. Soziale und politische Konflikte wurden dadurch jedoch nicht gelöst.

Bei der Konstituierung der öffentlichen Erinnerungskultur wurde den sterblichen Überresten jeweils eine besondere Rolle als Materialisation der Erinnerung zugewiesen. Wiederholt wurden diese in der argentinischen Geschichte zum Objekt von Vernichtungsaktionen, die auf die Zerstörung des Gedächtnisses abzielten. Zwar werden heute die autoritären Züge der früheren öffentlichen Erinnerungskultur explizit abgelehnt, zahlreiche Formen des alten Vaterlandskultes bestehen jedoch unhinterfragt weiter. Ähnliches gilt für die Neigung, die Erinnerungen konkurrierender Gruppen als illegitim zu betrachten. Es bleibt abzuwarten, ob die aktuellen Diskussionen um die Erinnerung an die jüngste Vergangenheit sich in dieser Frage erschöpfen oder ob sie längerfristig zu einer tief greifenden Veränderung der öffentlichen Erinnerungskultur im Sinne eines demokratischen Pluralismus betragen.

## **II. Denkmale und Mahnmale: Erfahrungen und Herausforderungen**



## Erinnerungsorte in Berlin

Berlin zeichnet sich durch eine Fülle von Denk- und Gedenkorten aus. Mehrere hundert Denkmale, Gedenksteine, Informationstafeln und andere Formen der Kennzeichnung allein zur NS-Zeit und zur DDR-Geschichte sind gegenwärtig im Berliner Stadtraum verortet. Berlin bietet aufgrund seiner Geschichte auch ausreichend Berührungsflächen zum Erinnern. Zwei spezifische Diktaturen haben die Stadt geprägt und ihre Spuren hinterlassen: Berlin war Reichshauptstadt des NS-Regimes von 1933 bis 1945, ab 1949 war der östliche Teil der Stadt die Hauptstadt des SED-Staats DDR. Die Stadt ist ein Geschichtsraum von höchster Dichte.

Angeichts der hohen „Summe an Gedenken“ sollte man sich allerdings nicht zu der Annahme verleiten lassen, in Berlin werde von jeher kontinuierlich und in großer Eintracht Gedenkarbeit geleistet. Das Erinnern geht zumeist auf das beharrliche, jahrelange Engagement Einzelner bzw. auf den Einsatz bürgerschaftlicher Initiativen zurück. Vieles musste sich gegen die weitverbreitete Sehnsucht nach Verdrängen und Vergessen durchsetzen und vieles ist erst aus langwierigen und erhitzten Debatten erwachsen. Diese heftigen Diskurse aber haben die Aufmerksamkeit in Gesellschaft und Politik nachhaltig geschärft, sie haben die Reflexion über die geschichtliche Identität dieser Stadt immer wieder mit neuen Impulsen bereichert. Dabei war Berlin im Übrigen stets auch Spiegel der Erinnerungsdebatten auf gesamtdeutscher Ebene.

Dass kritische Erinnerung unabdingbar oder zumindest politisch opportun ist, darüber besteht heute, ungeachtet sporadischer Gegenströmungen, weitgehend Konsens. Dazu gehört ganz wesentlich, dass die Spuren der verschiedenen Diktaturerfahrungen bewahrt und lesbar gemacht werden. Die Kennzeichnung der Spuren kann sehr unterschiedliche Gestalt haben: als erhaltenes Sachzeugnis mit oder ohne Erläuterung, als Denkmal, als einzelne Informationstafel oder als zusammenhängende Geschichtsrouten, als künstlerisches Zeichen, als Gedenkstätte oder Dokumentationszentrum.

Die Optionen, aus Spuren der Vergangenheit einen erkennbaren Erinnerungsort werden zu lassen, sind also sehr breit gefächert. Das Charakteristische dabei ist der dezentrale Ansatz unserer Erinnerungslandschaft: Die Markierung der Vergangenheit erfolgt an den konkreten historischen Bezugsorten, die einzelnen Orte haben ihr ganz spezifisches Themenprofil, das ihnen eine unverwechselbare inhaltliche Referenz verleiht. Natürlich liegt in der Pluralität der Formen auch eine gewisse Gefahr: Dezentralität neigt *per se* zu Eigendynamik und „Wildwuchs“, sodass dem externen Betrachter der Gesamtkontext verloren gehen kann.

Im Folgenden möchte ich die Vielgestaltigkeit der existierenden Erinnerungsorte in Berlin vorstellen. Dabei werde ich versuchen, diese Vielfalt typologisch fassbar zu machen. Da dies zwangsläufig nur anhand ausgewählter Fallbeispiele geschehen kann, wird der Überblick nur cursorisch sein. Die Fallbeispiele konzentrieren sich auf vier typologische Bereiche: die Kennzeichnung von historischen Orten durch Informationstafeln; zeitgeschichtliche Informationseinrichtungen an historischen Orten; klassische Denk- und Mahnmale sowie Installationen und künstlerische Zeichen.

### **Kennzeichnung von historischen Orten durch Informationstafeln**

Die Markierung einzelner Gebäude oder Ereignisorte durch eine Erläuterungstafel zählt zur wohl gängigsten Variante historischer Information im Stadtraum. Darüber hinaus sind seit Mitte der neunziger Jahre aber auch regelrechte Wegesysteme aus Informationstafeln entstanden.

Der Prototyp eines solchen Geschichtswegs ist die „Geschichtsmeile Wilhelmstraße“, die die „Stiftung Topographie des Terrors“ im Auftrag der Berliner Senatsbauverwaltung erarbeitet hat. Entlang der Wilhelmstraße hatten sich im 19. Jahrhundert die wichtigsten Ministerien Preußens bzw. des



### *Mahnort Kurfürstenstraße*

© Gabriele Camphausen

Deutschen Reiches angesiedelt, nach 1933 zudem die Zentralen des national-sozialistischen Terrorapparats. Die meisten Gebäude wurden nach dem Zweiten Weltkrieg dem Verfall preisgegeben und schließlich abgerissen. An insgesamt 23 ausgewählten Standorten dokumentiert die „Geschichtsmeile Wilhelmstraße“ die Geschichte dieses historischen Regierungsviertels. Auf gläsernen Text-Bild-Tafeln erläutert die Straßenausstellung die Nutzungsgeschichte der jeweiligen Gebäude und informiert über die Amtsinhaber, die von diesen Orten aus die Regierungspolitik mitbestimmten. Eröffnet wurde die „Geschichtsmeile Wilhelmstraße“ im April 1996. Sie galt zunächst als befristetes Projekt, wurde dann aber aufgrund des großen Zuspruchs in der Öffentlichkeit als dauerhaftes Vorhaben gesichert.

In Anlehnung an dieses Modell wurde Ende der neunziger Jahre die „Geschichtsmeile Berliner Mauer“ entwickelt. Auf Glastafeln, die über den früheren innerstädtischen Grenzverlauf zwischen Ost- und West-Berlin verteilt sind, werden mauergeschichtliche Ereignisse erläutert – Ereignisse, z. B. Fluchtversuche, die an dem jeweiligen Standort stattgefunden haben. Die

Texterläuterungen erfolgen in deutscher Sprache sowie in den Sprachen der früheren alliierten Besatzungsmächte.

Eine Ergänzung erfährt diese Mauermeile durch den Mauerweg Berlin-Brandenburg, der zurzeit entlang der Berliner Außengrenze aufgebaut wird. Wegemarken an ausgewählten Stationen informieren auf Deutsch und Englisch über die mauerhistorische Aussage der betreffenden Standorte.

Eine weitere Form der Kennzeichnung im Stadtraum begegnet uns in einigen Buswartehallen, die an historisch wichtigen Plätzen verortet sind. Exemplarisch nenne ich den „Mahnort Kurfürstenstraße“. Er befindet sich dort, wo während des Zweiten Weltkriegs das berüchtigte „Judenreferat“ des Reichssicherheitshauptamts war. Leiter des Referats war Adolf Eichmann, Organisator der Massendeportationen europäischer Juden in die Konzentrations- und Vernichtungslager.

Bis zur Einrichtung des „Mahnorts Kurfürstenstraße“ im Dezember 1998 gab es keinen Informationshinweis auf die Geschichte dieses Ortes. Heute kann man dort eine deutsch-englische Plakatdokumentation sehen, die über den Ort sowie die Person Eichmanns informiert. Die Realisierung dieser Dokumentation beruht auf Initiativen unterschiedlicher Art. Ausgangspunkt war eine private Projektidee, die „Stiftung Topographie des Terrors“ leistete die inhaltlichen Arbeiten, die finanzielle Sicherung übernahm die Privatfirma Wall AG.

### **Zeitgeschichtliche Informationseinrichtungen an historischen Orten**

An manchen historischen Orten in Berlin sind in den letzten Jahrzehnten Dokumentationszentren bzw. Gedenkstätten aufgebaut worden: Institutionen, die am überlieferten Geschichtsschauplatz über den Ort und seine Vergangenheit informieren – durch Ausstellungen, durch geführte Rundgänge, durch Diskussionsveranstaltungen und andere Bildungsangebote.

Beispiele dafür sind die „Gedenkstätte Deutscher Widerstand“, das Haus der Wannsee-Konferenz, die „Topographie des Terrors“ und die „Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen“. Es handelt sich um zentrale Orte deutscher Diktaturgeschichte, die in ihrer heutigen Form einen besonderen Stellenwert in der Berliner bzw. der gesamtdeutschen Erinnerungslandschaft besitzen und die eine spezifische, didaktisch ausdifferenzierte Variante von Erinnerungsort widerspiegeln.

### **Klassische Denk- und Mahnmale**

Wir kennen vermutlich alle die Crux eines Denkmals: Es soll gleichsam alles leisten. Es soll dem Thema angemessen sein, es soll ästhetisch ansprechen, es soll eine Situation 1 : 1 wiedergeben, es soll realistisch sein, es soll symbolisch überhöhen, es soll den Schrecken der Vergangenheit hautnah in die Gegenwart transformieren usw. Da die Explosionskraft dieses Ansatzes auf der Hand liegt, hat so manche Denkmalsetzung zu einem tiefen Dissens geführt, der bis heute nicht aufgelöst werden konnte.

Das Beispiel, das ich im Folgenden vorstelle, ist ebenfalls nicht konfliktfrei verlaufen, erwies sich aber immerhin als realisierungsfähig. Es geht um die lange Geschichte des Erinnerns am Bahnhof Berlin-Grunewald. Ab Oktober 1941 nutzten die Nationalsozialisten den Bahnhof Grunewald als Deportationsbahnhof: Tausende jüdischer Bürgerinnen und Bürger wurden von den dortigen Verladerampen aus in die Ghettos und Konzentrationslager im besetzten Osteuropa transportiert. Nach dem Krieg wurde die Geschichte dieses Ortes jahrzehntelang ignoriert. Erste Gedenktafeln, die aus den Jahren 1953 und 1973 stammten, wurden gestohlen. Erst in den achtziger Jahren löste sich allmählich die Erinnerungsblockade. Im Zuge der wachsenden öffentlichen Aufmerksamkeit schrieb das Land Berlin schließlich einen Wettbewerb aus, den der polnische Künstler Karol Broniatowski gewann. 1991 – 50 Jahre, nachdem der erste Transportzug vom Bahnhof Grunewald in das Ghetto Lodz losgefahren war – wurde sein Entwurf umgesetzt. Das Deportations-Mahnmal besteht aus rauem Beton: eine 18 Meter lange und 3 Meter hohe Gedenkwand mit eingelassenen Negativformen menschlicher Körper, die den Weg zu den Deportationsgleisen nachzeichnet. Eine Stele mit Inschrift erläutert die Geschichte des Ortes.

Trotz dieser Denkmalsetzung trat keine Ruhe ein, da die Deutsche Bahn Anfang der neunziger Jahre den Abriss der historischen Verladerampen plante, um dort eine Reinigungsanlage für ICE-Züge zu bauen. Massive öffentliche Proteste führten zu einem Kurswechsel. Die Deutsche Bahn sagte zu, die Rampen zu erhalten und einen öffentlich zugänglichen Gedenkort zu errichten. „Mahnmal Gleis 17“, so der Name des Ortes, wurde am 27. Januar 1998, dem Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus, eingeweiht. „Mahnmal Gleis 17“ steht in einem engen inhaltlichen Zusammenhang mit der 1991 errichteten Gedenkwand von Broniatowski. Während die Gedenkwand den Weg zu den



*Bahnhof Berlin-Grunewald, „Mahnmal Gleis 17“*

© Gabriele Camphausen

Deportationsgleisen thematisiert, ist das neue Mahnmal an einer ehemaligen Verladerampe selbst verortet: an Gleis 17, von wo aus 186 Deportationszüge abgefahren sind.

Den Kern des Mahnmals bilden 186 Objekte aus Stahlguss, die im Gleisbett eingelassen sind. Auf ihnen sind das Datum der Deportation, die Anzahl der Deportierten, der Abfahrtsort Berlin sowie der Bestimmungsort zu lesen. Die das Gleis überwuchernde Vegetation wird stehen gelassen, als Zeichen dafür, dass von hier niemals wieder ein Zug fährt.

Von Beginn an traf „Mahnmal Gleis 17“ auf sehr anerkennende und überregionale Resonanz. Erhebliche Sorgen hat jedoch in jüngster Zeit die geplante Errichtung von Stadtvillen und Geschäftsräumen in der Umgebung des Mahnmals hervorgerufen. Der öffentliche Protest gegen ein solches Vorhaben, das den Erinnerungsort, seine Wirkung und seine Würde zu beschädigen drohte, führte Mitte des Jahres 2005 zu einer Kurskorrektur. Die Baupläne wurden abgespeckt, und die Sichtachse am Mahnmal soll ungestört bleiben.

## Installationen und künstlerische Zeichen

Eine Sprachform, die sich von der klassischen Denkmalgestaltung deutlich unterscheidet, begegnet uns bei den „Denkzeichen zur Erinnerung an die Ermordeten der NS-Militärjustiz“ am Murellenberg, unweit des Berliner Olympia-Stadions. Auf dem früheren Militärgelände am Murellenberg war zur NS-Zeit eine Hinrichtungsstätte der Wehrmacht eingerichtet worden. Zahlreiche Wehrdienstverweigerer, Befehlsverweigerer und Deserteure wurden hier zwischen August 1944 und April 1945 erschossen.

Seit 1994 hatte sich eine Initiative der Evangelischen Kirche und einzelner Bürger dafür eingesetzt, an dieser Stelle eine Erinnerungsstätte einzurichten und auf die Verbrechen der NS-Militärjustiz aufmerksam zu machen. Unterstützung fand diese Initiative auch durch die kommunalen Vertreter des Stadtbezirks. 2001 wurde ein Kunstwettbewerb ausgelobt, dessen Preisträgerin die argentinische Künstlerin Patricia Pisani aus Buenos Aires wurde. Die im Mai 2002 eingeweihte Installation von Frau Pisani umfasst 104 Verkehrsspiegel, die entlang einem Waldweg in der Nähe des Erschießungsorts aufgestellt sind. Der eigentliche Erschießungsort ist nicht zugänglich, da er sich innerhalb eines polizeilichen Sperrgebiets befindet.

Auf 16 dieser 104 Spiegel sind Texte eingraviert, die über die Ereignisse in der Murellenschlucht informieren. Die gewählte Gestalt „Verkehrsspiegel“ signalisiert ein „Achtung“. Die Spiegel sollen auf das hinweisen, was außerhalb unseres Blickfeldes liegt: auf die verdrängten Verbrechen der NS-Justiz.

Die Installation setzt auf Irritation und Anregung, nicht auf didaktische Unterweisung im üblichen Sinne. Sie will den Blick öffnen für etwas, das objekthaft nicht vorhanden ist, das sich der Betrachter selbst sichtbar und verständlich machen muss. Weiterführende Sachinformationen müssen sich die Besucher bei Bedarf eigenständig verschaffen. Sie werden in dieser Hinsicht nicht versorgt, sie werden gleichsam zur Selbstversorgung aufgerufen.

Als letzte Anschauungsbeispiele stelle ich zwei Zeichen aus dem „Projekt Sieben künstlerische Zeichen“ an den ehemaligen innerstädtischen Grenzübergängen vor. Diese sieben Installationen sind aus einem künstlerischen Wettbewerb hervorgegangen, den die Senatsbauverwaltung 1996 durchgeführt hat. Im Brennpunkt des Wettbewerbs standen die ehemaligen Grenzübergänge zwischen Ost- und West-Berlin. Das Ergebnis sind künstlerische Zeichen an



### *Denkzeichen, Murellenberg*

© Gabriele Camphausen

sieben ehemaligen Grenzübergängen – Zeichen, die in sehr unterschiedlicher Formensprache das Thema Übergang bearbeiteten.

Ein in einem Leuchtkasten installiertes Doppelporrait zeigt einen russischen und einen amerikanischen Soldaten. Die Portraits verbildlichen die früheren Hinweistafeln „Sie verlassen den amerikanischen Sektor“. Darüber hinaus schaffen die Bilder den Bezug zu jenem historischen Moment, in dem sich am „Checkpoint Charlie“ sowjetische und amerikanische Panzer gegenüberstanden.

Zwei scheinbar normale touristische Gebrauchsgegenstände, nämlich zwei Fernrohre, sind in unscheinbarer Umgebung aufgestellt. Doch das eigentliche Sichtfeld wird gestört: Das im Fernrohr sichtbare Bild ist mit dem Schriftzug „Übergang“ überblendet. Die verschwundene Grenzsituation wird zurück ins Gedächtnis des Betrachters gerufen und darauf aufmerksam gemacht, dass der heute so banal und peripher erscheinende Ort einmal ein brisanter politischer Ort war.

Abschließend kann man festhalten, dass erkennbare und lesbare Erinnerungsorte in Berlin häufig das Ergebnis jahrelanger Bemühungen sind. Und



ohne private sowie bürgerschaftliche Initiativen wäre unsere Erinnerungskultur um vieles ärmer. Oder anders ausgedrückt: Durch das Engagement der Einzelnen ist unsere Erinnerungskultur so lebendig. Die Wege und Sprachen des Erinnerns sind außerordentlich vielfältig. Sie reichen von der reinen Sachinformation bis hin zum ausgefeilten didaktischen Angebot, von der Gestaltung eines Mahnmals bis hin zur Kunstinstallation, die keinerlei klassischen pädagogischen Ehrgeiz zeigt, die irritieren und neugierig machen will. Was uns als Betrachter, als Passanten anspricht und was uns interessiert – diese Wahl müssen wir allerdings ganz eigenständig treffen.

## Erinnerungsorte in Buenos Aires

Auf Fotografien von Berlin nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs sind die Zeichen des Untergangs eines Regimes offensichtlich. Zerstörte Gebäude, unbefahrbare Straßen voller Bombenkrater und Trümmerberge sind räumliche Evidenzen einer historischen Zäsur. Die Ungeheuerlichkeit der Ruinen steht im Verhältnis zur monumentalen (Selbst)zerstörung. Auch der Untergang der DDR – darüber hinaus auch der Sowjetunion – fand seine ikonografische Entsprechung in den Bildern der Berliner, die auf die Mauer kletterten, oder in den Bildern der gestürzten Denkmäler der sowjetischen Revolutionshelden.

Was Buenos Aires betrifft, gibt es keine vergleichbaren Bilder für die Zeit nach dem Ende der argentinischen Militärdiktatur. Im Unterschied zu einem Krieg hinterlässt das Verschwindenlassen von Menschen keine sichtbaren Spuren in der Stadt. Darum geht es ja gerade bei dieser repressiven Methode: Die Bürger sollen die Einschüchterungsaktionen wahrnehmen, aber die repressiven Aktionen finden verdeckt im Untergrund statt. Zugleich allgegenwärtig und geheim verbreitet sich der Staatsterror durch die Stadt, verankert sich aber nicht sichtbar in der urbanen Landschaft. Eine der gelungensten Darstellungen von Buenos Aires zu Zeiten der Militärdiktatur ist Marcho Bechis Film „Garage Olimpo“.<sup>1</sup> Luftaufnahmen zeigen immer

1 In Deutschland kam der Film unter dem Titel „Junta“ in die Kinos.



*Von Nachbarn während einer Aktion im Stadtteil San Telmo aufgehängtes Schild an einem Haus, in dem eine „Verschwundene“ gelebt hat*

© Grupo de Arte Callejero

wieder eine ereignislose Stadt ohne wahrnehmbare Gefahren und sichtbare Gewalt. Der Film schafft es, ein bedrängendes Bild der Stadt zu rekonstruieren, wobei die Bedrängnis gerade durch die unmittelbare Nähe zur Gegenwart entsteht: Es handelt sich um eine erkennbare, vertraute Stadtlandschaft. Wo die Verbrechen stattgefunden haben, welche Spuren sie auf der Oberfläche der Stadt hinterlassen haben, ist schwer aufzuweisen.

Das Ende der Militärdiktatur und die Amtsübernahme durch die demokratische Regierung im Dezember 1983 fanden im städtischen Raum kein eindeutiges Bild. Die Regierung von Präsident Alfonsín stützte sich auf eine Selbstinszenierung, die die Tugenden der „demokratischen Stadt“ betonte. So wurden Gebäude für die öffentliche Nutzung wiederentdeckt, die geschichtliche Wahrzeichen sind: das *Cabildo de Buenos Aires*, Sitz der Regierungen nach der Unabhängigkeit Spaniens, sowie der Regierungssitz *Casa Rosada* und das Parlamentsgebäude *Congreso* wie auch der Boulevard *Avenida de Mayo*, der die

Exekutive und Legislative verbindet. Mit kulturpolitischen Aktionen wie Konzerten und Freiluftveranstaltungen wurden die öffentlichen Räume zurückerobert, was zur Atmosphäre der demokratischen Aufbruchstimmung beitrug. Der Übergang vom Trauma der Diktatur zum Wiedererlernen der Demokratie setzte jedoch andere Prioritäten, und so konzentrierten sich die Staatsorgane auf die Aufarbeitung der Verbrechen der Militärdiktatur durch das Zusammentragen von Beweismaterial und die strafrechtliche Verfolgung. Fragen des „Gedenkens“ spielten in der Öffentlichkeit eine geringere Rolle. In der ersten Phase nach dem Übergang zur Demokratie stand die Frage, wie die Spuren des Staatsterrors im Stadtraum materiell sichtbar zu machen seien, nicht auf der politischen Tagesordnung.<sup>2</sup>

Die Bestrebungen, Geschichtsschreibung im Stadtraum zu betreiben, erfordern gewiss einen zeitlichen Abstand. Sie sind zugleich Ergebnis als auch Spiegelung der verschiedenen Momente der Aufarbeitung und Auseinandersetzung mit der Vergangenheit. In Argentinien wurde diese Auseinandersetzung vor allem von der Bewegung vorangetrieben, die sich aus Menschenrechtsorganisationen und den Angehörigen der Verschwundenen gebildet hatte. Diese Bewegung war nicht nur der einzige aktive Widerstand gegen die Militärdiktatur gewesen, sondern sie hatte auch eine Bildersprache und einen Modus der politischen Aktion entwickelt, in denen die Aneignung des öffentlichen Raumes eine wesentliche Rolle spielte; sie bildeten die Grundlage der argentinischen Erinnerungskultur.<sup>3</sup> Die Inanspruchnahme des öffentlichen Raumes

- 2 Versteht man Zeugenschaft als Aufbegehren gegen das Vergessen, das ebenso bleibend sein kann wie der Stein, so bildet der Bericht *Nunca Más* (Nie Wieder) das erste „Mahnmal“ zum Gedenken an die Verschwundenen. Der Abschlussbericht der „Nationalen Kommission über das Verschwinden von Personen“ (CONADEP) begründete einen ersten grundsätzlichen gesellschaftlichen Konsens über den Staatsterror während der Militärdiktatur. Trotz der Kritik an Teilaspekten der Arbeit der Kommission ist der Abschlussbericht der CONADEP mit seiner Beweislast eine Hommage an die Opfer und ein zeitgeschichtliches Dokument. Es lässt sich eine Analogie zu den Yzkor Bikher ziehen, den in der Shoa zerstörten Erinnerungsbüchern der jüdischen Gemeinden, die nach James Young auch als Mahnmale aus Papier gelesen werden können.
- 3 Vgl. Elizabeth Jelin (1995): *La política de la memoria: el Movimiento de Derechos Humanos en la Argentina*, in: Carlos Acuña u. a., *Juicio, castigos y memorias. Derechos humanos y justicia en la política argentina*, Buenos Aires 1995, S. 101–146; Inés Gonzalez Bombal, *Derechos humanos: la fuerza del acontecimiento*, in: Eliseo Verón u. a., *Discurso político. Lenguajes y acontecimientos*, Buenos Aires 1987.

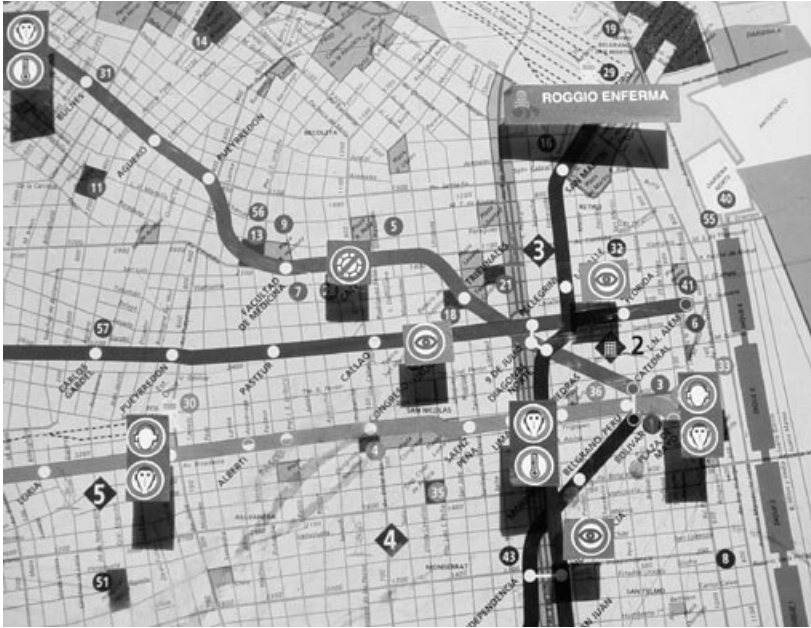
ist der starken Tradition der politischen Mobilisierung in der argentinischen Geschichte verpflichtet und beeinflusst seitdem auch deutlich die Formen des Protestes und der politischen Aktion in Argentinien. Eine nähere Untersuchung einiger dieser Praktiken ist im Kapitel VI dieses Bandes nachzulesen.

Im letzten Jahrzehnt hat es immer mehr Versuche gegeben, ehemalige Orte des Staatsterrors in öffentliche Erinnerungsorte zu verwandeln sowie Räume für das Gedenken zu schaffen. Aus verschiedenen Gründen ist jedoch die Topografie der Erinnerung in Buenos Aires immer noch nicht vollständig. Zum einen liegt noch keine umfassende Information vor, da bislang längst noch nicht alle Orte der illegalen Repression bekannt sind. Noch offen ist auch die Diskussion darüber, auf welche Weise Erinnerungen an den Staatsterror in die Stadt eingeschrieben werden sollen, und vor allem, wie diese Geschichte zu erzählen ist. Es scheint auch nicht leicht zu sein, darüber einen gesellschaftlichen Grundkonsens zu finden. Trotzdem lassen sich auf dieser unvollständigen und komplexen Landschaft einige Orte benennen, die deutlich zu *lieux de memoire* geworden sind.

### **Netzwerk des Staatsterrors: Geheime Haftzentren in Buenos Aires**

Während der letzten Militärdiktatur existierten ungefähr 550 geheime Haftzentren mit jeweils unterschiedlicher Zeitdauer.<sup>4</sup> Ausgehend von Zeugenberichten hatte die CONADEP (*Comisión Nacional sobre la Desaparición de Personas*; Nationale Kommission über das Verschwinden von Personen) 1984 360 geheime Haftzentren gezählt, im Laufe der Zeit wuchs die Anzahl mit den neuen Meldungen. Die genaue Anzahl lässt sich aus zweierlei Gründen nicht genau präzisieren: Zum einen ist der Erkenntnisstand noch ungenügend, weil immer wieder bislang unbekannte Haftzentren entdeckt bzw. angezeigt werden. Zum anderen waren viele der als geheime Haftzentren vermeldeten Orte ursprünglich Polizeireviere, Gefängnisse oder militärische bzw. polizeiliche Einrichtungen, die parallel zu ihren regulären Tätigkeiten Aufgaben in der Struktur des geheimen Staatsterrors wahrnahmen. Dazu zählen auch Orte wie die Polizeizentrale *Departamento Central de Policía* oder Strafanstalten für „normale“ Strafgefangene, die heute weiter in Betrieb sind.

4 1984 lagen der CONADEP Nachweise über 360 geheime Haftzentren vor, aber seitdem haben neue Aussagen diese Schätzung auf 550 geheime Haftzentren gebracht; vgl. [www.memoriaabierta.org.ar](http://www.memoriaabierta.org.ar) (22. 5. 2008).



*Plan der U-Bahn von Buenos Aires mit Hinweisen des Grupo de Arte Callejero zu Haftzentren während der Diktatur im Zentrum der Stadt*

© Grupo de Arte Callejero

Laut dem Staatssekretariat für Menschenrechte der Stadt Buenos Aires existierten sieben geheime Haftzentren in der Stadt Buenos Aires. Eine zurzeit noch nicht abgeschlossene Zählung kommt auf 49 geheime Gefängnisse in der Hauptstadt.<sup>5</sup> Neben den üblichen polizeilichen und militärischen Einrichtungen sind auch leer stehende Gebäude, Privatwohnungen und sogar vor Anker liegende Schiffe für diesen Zweck genutzt worden.

Seit der Rückkehr zur Demokratie haben Gruppierungen der Überlebenden und Menschenrechtsorganisationen, oft in Begleitung von nachbarschaftlichen Initiativen, die Enteignung oder Umwidmung dieser Gebäude vorangetrieben, um sie in öffentliche Gedenkstätten zu verwandeln, als ein materielles Zeugnis

5 Es handelt sich um die Forschungsarbeit „Topografía de la memoria“, die von der Initiative *Memoria Abierta* betrieben wird; siehe [www.memoriaabierto.org.ar](http://www.memoriaabierto.org.ar) (22. 5. 2008).

dessen, was in Argentinien geschehen ist. Bis heute ist es in drei Fällen gelungen, erste Schritte zur Einrichtung von Gedenkstätten wahrzunehmen: in der Mechanikerschule der Marine (*Escuela de Mecánica de la Armada*; ESMA), dem *Club Atlético* und dem *Olimpo*. Zwei weitere Orte unterliegen einem Entsignungsverfahren, viele andere funktionieren noch als Dependancen der Polizei. Besonders flagrant ist der Fall des sogenannten Garage Azopardo, in dem heute eine Pass- und Personalausweisstelle untergebracht ist.<sup>6</sup>

### **Die Escuela de Mecánica de la Armada**

In der Mechanikerschule ESMA war eines der größten Haftzentren der Militärdiktatur untergebracht. Von 1976 bis 1983 bildete es die Basis für die repressiven Aktionen der Marine und war zugleich ein Grundpfeiler ihrer politischen Macht. Schätzungsweise 5000 Menschen sollen dort ihrer Freiheit beraubt worden sein. Dort existierte eine geheime Entbindungsstation, auf der inhaftierte Frauen gebaren, bevor sie ermordet und ihre Kinder illegal zur Adoption freigegeben wurden. Aufgrund ihrer Lage in einem Mittelschicht-Stadtteil an einem breiten Boulevard, der zudem Einfahrtstraße zur Hauptstadt ist, und aufgrund der vielen Zeugenberichte über ihre Funktionsweise wurde die ESMA zu einem Wahrzeichen des Staatsterrors.<sup>7</sup> Die neoklassische Fassade des Hauptgebäudes mit ihren vier Säulen und einem großen Nationalwappen ist für viele Argentinier zum Synonym für die Verbrechen der Militärdiktatur geworden, obwohl das eigentliche Haftzentrum in anliegenden Gebäuden untergebracht war. Der

- 6 Auf dem Symposium sprach der ehemalige Verschwundene Miguel d'Agostino von der be-  
stürzenden Erfahrung, seinen Pass in einem ehemaligen Inhaftierungszentrum erneuern  
lassen zu müssen.
- 7 In der ESMA überlebten vergleichsweise mehr Inhaftierte als in anderen Zentren, weil die  
Marine den Plan verfolgte, Häftlinge für die Zusammenarbeit an unterschiedlichen  
politischen und kriminellen Projekten zu gewinnen. Eine ebenso relevante Rolle im re-  
pressiven System kam zwei weiteren Haftzentren zu: *La Perla* in der Provinz Córdoba und  
*Campo de Mayo*, 30 km von der Hauptstadt entfernt, mit 5000 Hektar die größte Garnison  
Argentiniens. Letzteres war das Hauptzentrum für die Repressionsmaßnahmen des Heeres.  
Schätzungsweise sollen zwischen 1975 und 1982 5000 Inhaftierte nach *Campo de Mayo* ge-  
kommen sein, von denen nur 43 Menschen überlebten. Dort gab es auch eine geheime Ent-  
bindungsstation. Obwohl dieses Zentrum eine ebenso wichtige Rolle wie die ESMA spielte,  
ist es in der Öffentlichkeit weniger bekannt. Die Zivilbevölkerung hat keinen Zugang zur  
Garnison, und die Anlagen, die während der Repression genutzt wurden, sind danach ab-  
gerissen worden.

Gesamtkomplex mit 34 Gebäuden war 1924 auf einer von der Stadtverwaltung abgetretenen, 17 Hektar großen Liegenschaft errichtet worden.

Auch nachdem die CONADEP nachgewiesen hatte, dass die ESMA ein Haft- und Folterzentrum gewesen war, nutzte die Marine die Einrichtung zunächst weiter. Menschenrechtsorganisationen und Angehörige von in der ESMA Inhaftierten forderten jahrelang die Umwidmung zum Erinnerungsort und zum Gedenkort für die Verschwundenen sowie die Verlagerung der militärischen Dependancen und die komplette Übergabe in die zivile Sphäre.

Im Jahr 1998 ordnete der damalige Staatspräsident Carlos Menem per Erlass die Verlagerung der Aktivitäten der Marinehochschule in eine andere Marinebasis an. Der Erlass sah vor, das Grundstück in eine Parkanlage zu verwandeln. Eine argentinische Flagge an der Stelle des abzureißenden Hauptgebäudes sollte zum „Symbol für die nationale Einheit“ werden. Das Vorhaben stimmte mit Menems politischem Programm zum Umgang mit der Vergangenheit überein. Nach der Begnadigung der Mitglieder der Militärjunta beruhte seine Politik auf der Negierung des Geschehenen und sollte „ein neues Kapitel aufschlagen“, ohne Auseinandersetzung mit der Vergangenheit. Diese Politik der falschen „Versöhnung“ wurde von den Menschenrechtsorganisationen sowie von breiten Schichten der Zivilgesellschaft abgelehnt. Angehörige von in der ESMA Verschwundenen reichten eine Klage ein, ein Bundesrichter gab ihnen recht und verhinderte die Durchführung des Projektes aufgrund „der Verpflichtung des argentinischen Staates, die Anlage als kulturelles Erbe unter Schutz zu stellen und Beweismittel für Gerichtsverfahren sicherzustellen“. Im Februar 2001 erklärte der Oberste Gerichtshof Menems Erlass für verfassungswidrig.

In den Jahren 2000 und 2002 widerriefen verschiedene Gesetze des Stadtparlaments die Grundstückabtretung von 1924 an die Marine und widmeten den Gebäudekomplex der ESMA einem zu gründenden *Instituto Espacio para la Memoria* (Institut Raum für die Erinnerung), das der „Pflege und Tradierung des Gedenkens und der Geschichte der Ereignisse während des Staats-terrors der 1970er- und Anfang der 1980er-Jahre bis zur Wiedereinführung des Rechtsstaates, sowie der Hintergründe, Folgen und Nachwirkungen“ gewidmet sein soll. Im März 2004 kam es zu einer Vereinbarung zwischen der National- und der Stadtregierung. Sie sah die Demilitarisierung der Einrichtung, die Rückgabe des Grundstücks an die Stadt und die Schaffung einer Gedenkstätte, die der Erinnerung und den Menschenrechten gewidmet sein soll, vor. Die



Vereinbarung wurde mit einer gut besuchten Veranstaltung gefeiert, die mit dem 28. Jahrestag des Militärputsches zusammenfiel. Im Rahmen des vom damaligen Präsidenten Nestor Kirchner durchgeführten Festaktes wurden die Türen der ESMA für das Publikum geöffnet.

Ende 2007 ist die Marine vollständig ausgezogen. Zur Verwaltung wurde ein Ausschuss aus Vertretern der Bundes- und der Stadtregierung sowie von 14 Menschenrechtsorganisationen und einem Überlebenden des ehemaligen Haftzentrums ins Leben gerufen. In den Räumlichkeiten werden u. a. ein „Haus der Identität“ der Großmütter der *Plaza de Mayo*, das Staatsarchiv für Erinnerung sowie verschiedene Kulturzentren ihren Sitz haben. Unter der Schirmherrschaft der UNESCO wird dort zudem ein Internationales Menschenrechtsinstitut errichtet. Alle Institutionen sollen bis 2010 ihre Arbeit aufnehmen. Das Gebäude, in dem während der Diktatur die Gefangenen inhaftiert waren, wird leer bleiben und nur mit Hinweistafeln versehen sein.

Hinsichtlich der zukünftigen Zielsetzung des Gedenkortes gab es und gibt es nach wie vor unterschiedliche Vorstellungen.<sup>8</sup> Wegen der zentralen Rolle der ESMA in der kollektiven Vorstellungswelt und Erinnerung der Argentinier und aufgrund der Beteiligung der nationalen Regierung an dem gesamten Prozess ist jedoch damit zu rechnen, dass die ESMA zu einem zentralen Gedenkort Argentiniens wird.

### **Der Club Atlético, El Olimpo und das Haus auf der Straße Virrey Ceballos**

Weitere drei geheime Haftzentren, gleichwohl weniger bekannt und von geringerer symbolischer Bedeutung als die ESMA, werden derzeit in öffentliche Erinnerungsorte umgewandelt. Sie sind zwar nicht so sichtbar wie die ESMA, doch liegen auch sie in dicht besiedelten Stadtteilen von Buenos Aires. Während der Diktatur waren ihre Fassaden unauffällig in die Stadtlandschaft integriert, doch dahinter agierten Einheiten des Staatsterrors. Hinter ihren unschuldig klingenden „Kriegsnamen“ verbargen sich Staatsverbrechen unerhörter Grausamkeit.

Der sogenannte *Club Atlético* stand unweit der *Casa Rosada* am selben Boulevard, der hinter dem Regierungssitz verläuft, im Stadtteil *San Telmo*, der mit seinen Häusern aus der Kolonialzeit ein beliebtes Touristenziel ist. Das

8 Siehe dazu den Beitrag von Lila Pastoriza in diesem Buch.

Haftzentrum befand sich im Keller eines Gebäudes der Versorgungs- und Werkstättenabteilung der Verwaltung der Bundespolizei. Sein Name stammt von der Nähe zum *Club Atlético Boca Juniors*, einem beliebten Fußballverein. Das Haftzentrum war 1977 ein knappes Jahr lang in Betrieb. Schätzungsweise 1500 Inhaftierte wurden dort ihrer Freiheit beraubt. Das Gebäude wurde 1978 im Zuge der Bauarbeiten für die Autobahn *25 de Mayo* abgerissen, die Reste liegen unter der Autobahntrasse begraben.<sup>9</sup>

Es ist den Anwohnern der Gegend zu verdanken, dass sie diese unsichtbar gemachte Geschichte wieder zum Vorschein gebracht haben, indem sie der an diesem Ort Verschwundenen gedachten – zum Beispiel durch eine Skulptur, die einen Autobahnträger umrankte. Überlebende und Angehörigenvereine forderten immer wieder Ausgrabungen zur Spurensicherung, um materielle Beweismittel über die Existenz des geheimen Haftzentrums einzusammeln und den Platz als Erinnerungsort aufzuwerten. Mit Unterstützung des städtischen Untersekretariats für Menschenrechte begannen im April 2002 die Ausgrabungsarbeiten. Es stellte sich heraus, dass unter der Autobahn die Struktur des Haftzentrums unberührt geblieben war, einige Trennwände der Zellen konnten freigelegt werden. Ein Ausschuss aus Vertretern der Menschenrechtsorganisationen, sozialen und nachbarschaftlichen Initiativen arbeitet seitdem zusammen mit Überlebenden und Angehörigen von Verschwundenen an der archäologischen Rekonstruktion des Ortes, der Dokumentation der Geschehnisse und an Zeitzeugenberichten.

Das geheime Haftzentrum *El Olimpo* lag im Westen der Stadt in *Floresta*, einem Wohngebiet mit einfachen, eingeschossigen Einfamilienhäusern. Der Ort gab die Vorlage für den bereits erwähnten Film „Garage Olimpo“, der Regisseur ist ein Überlebender. Der Film rekonstruiert den fließenden Übergang zwischen dem Grauen im Folterzentrum und dem Alltagsleben im Stadtteil. Ehemalige Inhaftierte sprechen von einer in das Stadtleben eingebetteten „Parallelwelt“. Der Name offenbart die messianische Selbstgerechtigkeit der

9 Der Architekt Marcelo Castillo wies im Rahmen seines Vortrages beim Symposium „Urbane Erinnerungskulturen im Vergleich“ 2005 darauf hin, dass im *Club Atlético* die Dualität der Stadtraumpolitik der Diktatur deutlich werde: Auf der einen Seite wurden Großvorhaben wie die Autobahnen realisiert, für die Hunderte von Gebäuden zerstört werden mussten. Diese sichtbare Stadtplanung ging einher mit einem Netz geheimer Haftzentren, das eine unsichtbare, verleugnete Stadt bildete.

Täter, die sich als gottähnliche „Herren über Leben und Tod“ feierten: Am Eingang hing ein Schild mit der Aufschrift „Willkommen im Olymp der Götter. Die Zenturionen“. Das Haftzentrum war dem Korps I des argentinischen Heeres zugeordnet und befand sich in einer Lagerhalle, die als Endhaltestelle für Omnibusse fungiert hatte, bevor sie zu Beginn der Militärdiktatur von den Streitkräften enteignet wurde. Ein Teil der Einrichtungen des *Olimpo*, zum Beispiel die Zellentüren, stammte aus der Anlage des *Club Atlético*, der Ende 1977 geschlossen worden war. Die Gefängniszellen wurden 1978 von Inhaftierten gebaut, die von anderen Haftzentren dorthin verlagert worden waren. *El Olimpo* war nur knapp sechs Monate, von August 1978 bis Januar 1979, in Betrieb. In dieser Zeit wurden ca. 700 Inhaftierte dort untergebracht.

Nach der Rückkehr zur Demokratie wurde das Gebäude der Bundespolizei übergeben und als technische Überprüfungsstelle für Fahrzeuge genutzt. Seit 1996 gab es etliche Versuche, den Abzug der Polizei durchzusetzen und das Gebäude in eine Gedenkstätte zu verwandeln. Dank einer gemeinsamen Initiative der Überlebenden des Haftzentrums, der Menschenrechtsorganisationen und der politisch engagierten Nachbarn gelang es schließlich, *El Olimpo* als Erinnerungsort zu etablieren. 2002 wurde es zum „historischen Ort“ der Stadt Buenos Aires erklärt. 2005 musste die Polizei ausziehen und die Nationalregierung übertrug es der Stadt Buenos Aires mit dem Zweck, dort einen „Ort zur Wahrung der historischen Erinnerung an die Verbrechen des Staatsterrors und zur Förderung der Menschenrechte und der demokratischen Werte“ einzurichten. Eine Arbeitsgemeinschaft aus Überlebenden, Angehörigen von Verschwundenen, ehemaligen Inhaftierten, Menschenrechtsorganisationen und Mitarbeitern der Stadtregierung arbeitet an einem Konzept für die zukünftige Nutzung des Ortes.

Ein drittes ehemaliges Haftzentrum, das zur Umwidmung in einen Gedenkort zurückgewonnen werden konnte, ist eine Privatwohnung im Stadtteil *San Cristóbal*. Das Haus an der Straße *Virrey Ceballos* 630 konnte, ausgehend von Aussagen von Überlebenden und mit Hilfe der Anwohner, als ehemaliges geheimes Haftzentrum identifiziert werden. Es handelt sich um eine sogenannte operative Wohnung der Luftwaffe, die während der Militärdiktatur als geheimes Haftzentrum diente. 2004 verabschiedete das Stadtparlament ein Enteignungsgesetz, mit dem das Haus der Allgemeinheit gewidmet und zum historischen Ort erklärt wurde. Das städtische Untersekretariat für

Menschenrechte begann damit, gemeinsam mit Menschenrechtsorganisationen und Stadtteilinitiativen ein Nutzungskonzept zu erarbeiten. Die beteiligten Beamten heben hervor, dass die Nachbarn besonders aktiv an der Diskussion beteiligt sind und Vorschläge eingereicht haben, um das Gebäude in Zukunft als Dokumentations- und Informationszentrum zur Förderung und Verteidigung der Menschenrechte zu nutzen.

### **Gedenkort und Spurensicherung: Multiplikation der Erinnerung**

Während die Orte des Staatsterrors entdeckt, zurückgewonnen und in Erinnerungsorte verwandelt werden, sind in den letzten Jahren auch verschiedene Initiativen entstanden, um Mahnmale für die Verschwundenen zu errichten.

Im Jahr 1997 schlug ein Verbund der Menschenrechtsorganisationen dem Stadtparlament vor, einen Gedenkpark und ein Mahnmal für die Opfer des Staatsterrors zu schaffen. Letzteres sollte die Anerkennung der Opfer und die Verurteilung der Täter im öffentlichen Raum vermitteln. Das Mahnmal sollte zudem als Ort der Trauer dienen, die den Hinterbliebenen durch das Verschwindenlassens verwehrt worden war. Das private Gedenken der Familienangehörigen sollte mit dem gesellschaftlichen Gedenken zusammenkommen.<sup>10</sup> Das Stadtparlament stimmte dem Vorhaben zu und verabschiedete 1998 ein entsprechendes Gesetz.<sup>11</sup>

Der „Park der Erinnerung“ (*Parque de la Memoria*) erstreckt sich gemäß dem ursprünglichen Konzept als Streifen an der Küste des *Río de la Plata*. Der Fluss ist ein bedeutungsschwerer Ort, da Tausende von Menschen aus Flugzeugen ins Wasser geworfen wurden und ihre Leichen nie auftauchten. Der Gedenkpark umfasst 14 Hektar und wird einen von einer Zickzacklinie durchbrochenen künstlichen Hügel erhalten. In diese Schneise wird das „Mahnmal für die Opfer des Staatsterrorismus“ eingelassen, das alle bekannten Namen von

10 Die „Kommission für das Monument für die Opfer des Staatsterrorismus“ besteht aus Repräsentanten der Regierung und des Parlaments der Stadt Buenos Aires, der Universität Buenos Aires sowie der folgenden Organisationen: *Abuelas de Plaza de Mayo*; *Asamblea Permanente por los Derechos Humanos*; *Buena Memoria Asociación Civil*; *Centro de Estudios Legales y Sociales*; *Familiares de Desaparecidos y Detenidos por Razones Políticas*; *Fundación Memoria Histórica y Social Argentina*; *Liga Argentina por los Derechos del Hombre*; *Madres de Plaza de Mayo (Línea Fundadora)*; *Movimiento Ecuaménico por los Derechos Humanos y Servicio Paz y Justicia*.

11 Siehe [www.parquedelamemoria.org.ar](http://www.parquedelamemoria.org.ar) (22. 5. 2008).

Verschwundenen und Ermordeten tragen soll. Zudem wird Platz ausgespart für weitere Namen, die in Zukunft bekannt werden. Vorgesehen sind außerdem ein Platz mit einem Skulpturenensemble sowie eine Mehrzweckhalle für temporäre Ausstellungen und Veranstaltungen.<sup>12</sup>

Das Projekt wurde von den radikalisierten Flügeln der Menschenrechtsbewegung kritisiert, darunter dem Verein der ehemaligen Inhaftierten *Asociación de Ex Detenidos-Desaparecidos* sowie einem der beiden Vereine der *Madres de Plaza de Mayo*. Letztere vertreten die Auffassung, dass kein „Todesritual“ mit den Verschwundenen verbunden werden darf, weil das bedeute, die Geschichte für abgeschlossen zu erklären und die Erinnerung steinern festzuschreiben. Die Impulsgeber des Mahnmals hatten jedoch den Wunsch geäußert, die Gestaltung der Rasenfläche solle eine „offene Wunde“ darstellen und keine Narbe. Dies ist nur eine von vielen Diskussionen, die das Projekt ausgelöst hat.<sup>13</sup>

Ebenfalls Ausdruck der Vielfalt von Initiativen und Interessenlagen ist der im April 2006 eingeweihte Gedenkort „Promenade der Menschenrechte“ (*Paseo de los Derechos Humanos*), eine fünf Hektar große Promenade innerhalb des *Parque Indoamericano*, die vom Umweltministerium der Stadtregierung und Bürgerinitiativen dieses dicht besiedelten, eher ärmeren Wohngebiets vorangetrieben wurde.<sup>14</sup> Die Parkgestaltung wurde unter Beteiligung von Anwohnern, Architekten und Bürgerinitiativen entwickelt. Dort sollen 470 Bäume einheimischer Spezies gepflanzt werden, ein Spielplatz entstehen und eine Reihe Hügel angelegt werden, auf denen 20 Menschenrechtsvereine

12 Die Parkanlage und das Mahnmal, das mit seiner Zickzackform von einigen Beobachtern als Zitat von Daniel Libeskind's Entwurf für das Jüdische Museum in Berlin gedeutet wird, hat das Architekturbüro Varas, Baudizzone, Lestard entworfen. Drei bereits aufgestellte Skulpturen stammen von den Künstlern Roberto Aizenberg, Dennis Oppenheim und William Tucker.

13 Siehe dazu den Beitrag von Hugo Vezzetti in diesem Band.

14 Die beteiligten Gruppen sind die Stiftung *Fundación Memoria Histórica y Social Argentina*; der Verein *Memoria Abierta*; der Verein der Familienangehörigen jüdischer Verschwundener; die Familienangehörigen der Verschwundenen der Werft *Astilleros Astarsa*; der ehemalige Ausschuss für die Verschwundenen von Mercedes Benz; die Stadtteilinitiativen für Gedenken und Gerechtigkeit von *Villa Lugano*, *Villa Soldati* und *Villa Celina*; der Bolivianische Verein (in Gedenken an die 40 bolivianischen Verschwundenen); die Sekundarschule *Escuela Superior de Comercio Carlos Pellegrini* und die Abiturientenjahrgänge 1972 und 1976 des *Colegio Nacional Buenos Aires*.

Hommagen an ihre Verschwundenen einrichten können.<sup>15</sup> Die Parkanlage wird auf Pfaden durchquert, die zu einem zentralen Gedenkort führen. Das Vorhaben vereint somit den Erhalt der Grünflächen mit einem Gedenkort für die Angehörigen der verschiedenen Opfergruppen.

### **Eine Landschaft der Erinnerungen**

Die Schaffung von zentralen Erinnerungsorten wie der ESMA oder des „Park der Erinnerung“ ist von großer Bedeutung, insofern dadurch eine gewisse gesellschaftliche Deutungsgeschichte konsolidiert wird und ein sozialer Konsens über die Geschichte zum Ausdruck gebracht wird. Dabei besteht aber die Gefahr, dass der Rest der Stadt sozusagen „normalisiert“ wird, als gäbe es im restlichen Stadtraum keine Spuren der während der Diktatur verübten Verbrechen und der Komplizenschaft mit dem Regime. Ernst zu nehmen ist dieser Aspekt besonders deshalb, weil es in einer Stadt wie Buenos Aires schwerfällt, die Orte des Staatsterrors eindeutig abzugrenzen. Viele dieser Orte gehören zum Stadttaltag, wie etwa der städtische Flughafen *Aeroparque*, von dessen militärischem Bereich die „Todesflüge“ starteten, bei denen viele „Verschwundene“ ermordet wurden. Über den alltäglichen Umgang mit städtischen Artefakten, die wie die Autobahnen oder die für die Fußballweltmeisterschaft 1978 errichteten Stadien zu den Stadtplanungsprojekten der Militärdiktatur gehörten und von ihrem Autoritarismus geprägt sind, wurde in Buenos Aires nicht diskutiert – im Unterschied etwa zu den öffentlichen Debatten, die in Berlin über die Nutzung von ehemaligen NS-Gebäuden stattfand, wie etwa dem heutigen Sitz des Auswärtigen Amtes.

Eine aktive Gedenkkultur besteht nicht nur aus Erinnerungsorten, sondern sie sollte auch das gesellschaftliche Gedenken durch das Aufspüren der Vergangenheit im Alltag vorantreiben. Seit dem Ende der Militärdiktatur haben verschiedene zivilgesellschaftliche Mikroinitiativen ihr Gedenken an die Verschwundenen in ihrem lokalen bzw. sektorspezifischen Umfeld zum Ausdruck gebracht, etwa durch Gedenktafeln in Gewerkschaften, Universitäten oder Sekundarschulen. Auch die Stadt beginnt, dieses Gedenken durch die Namensgebung von Straßen und Plätzen aufzugreifen. So gibt es inzwischen eine dem verschwundenen Schriftsteller gewidmete *Plaza Rodolfo Walsh* und eine Straße

15 Der endgültige Grundriss wurde von dem Architekten Gonzalo Conte von *Memoria Abierta* entworfen.



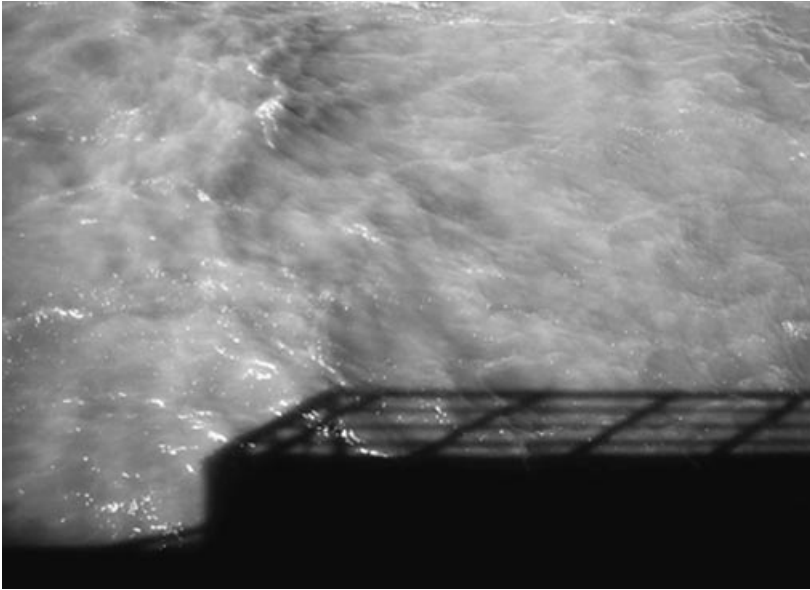
Die „Plaza de Mayo“ im Zentrum von Buenos Aires, im Hintergrund der Regierungssitz „Casa Rosada“

© Rainer Klemke

*Azucena Villaflor*, im Gedenken an die verschwundene Gründerin der *Madres de Plaza de Mayo*.

Was die Erinnerung im Stadtraum und im Alltag betrifft, so dürfen bei der Aufzählung zwei Orte nicht fehlen, die für die Einwohner von Buenos Aires besonders identitätsstiftend sind: die *Plaza de Mayo* und der *Río de la Plata*.

An der *Plaza de Mayo* steht nicht nur das Gebäude der Nationalregierung, sondern hier befinden sich auch die Ministerien, der Sitz der Stadtregierung, das kolonialzeitliche Rathaus (*cabildo*) und die Kathedrale. Der Platz ist nicht nur der politische Mittelpunkt der Stadt Buenos Aires, sondern der gesamten Nation. Mitten auf dem Platz steht eine 1860 errichtete Pyramide, die dem Aufbruch von 1810 gewidmet ist, als eine Demonstration der Bürger vor dem *cabildo* zum Ausgangspunkt der Unabhängigkeit von Spanien wurde. Seitdem ist die *Plaza de Mayo* der bedeutendste Schauplatz der argentinischen Politik und das symbolische Machtzentrum, in dem Massendemonstrationen statt-



*Der Río de la Plata, der wichtigste Erinnerungsort von Buenos Aires*

© Pablo Mehanna

finden. Besonders während der Amtszeiten von Präsident Juan Domingo Perón war dies der Fall. Er hielt auf Balkon der *Casa Rosada* seine Ansprachen. Seit die Mütter der Verschwundenen 1977 auf diesen Platz gegangen sind, steht die *Plaza de Mayo* für den Kampf der *madres*, und so gilt er heute für viele als *Plaza de las Madres*. Anhänger der *Madres de Plaza de Mayo* haben auf die Fußbodenplatten rund um die Pyramide herum das Symbol der Mütter schlechthin, ihre weißen Kopftücher, aufgemalt. Diese Bilder wurden 2005 zur „Geschichtsstätte“ erklärt. Die *Plaza de Mayo* ist zwar ein Denkmal geworden, bleibt aber weiterhin auch ein Schauplatz und eine Arena der Politik und des Gedenkens, unter anderem, weil dort die Mütter weiterhin donnerstags ihre Runden gehen.

Der *Río de la Plata* nimmt eine wesentliche Rolle in der Vorstellungswelt der Stadt und in ihrer Kulturgeschichte ein. Der Fluss ist identitätsstiftend: Die Bezeichnung der Stadtbewohner als *porteños* stammt von dem Wort *puerto*, Hafen. Allerdings hat die Stadt immer ein zwiespältiges Verhältnis zum Fluss



gehabt. Viele Beobachter, wie der Architekt und Stadtplaner Le Corbusier, haben ihre Verwunderung darüber ausgedrückt, dass die Stadt dem Fluss in ihrer baulichen Entwicklung den Rücken zugekehrt hat, während neue Bauten und künstliche Landstriche den Zugang zum Wasser immer weiter erschweren. Die Beziehung zum *Río de la Plata* hat sich jedoch deutlich und bleibend gewandelt, seit es ins öffentliche Bewusstsein gedungen ist, dass Tausende Verschwundene bei lebendigem Leibe von Militärflugzeugen ins Wasser geworfen wurden. Seitdem ist der Fluss zu einem Sammelgrab geworden, der das nie aufgeklärte Schicksal der Opfer des argentinischen Staatsterrors zugleich aufzeigt und verbirgt. Abgesehen von einigen Trauerfeiern, bei denen Familienangehörige der Verschwundenen Blumen ins Wasser geworfen haben, gab es bis heute keine offizielle oder kollektive Handlung, die der neuen Bedeutung des *Río de la Plata*s für die Argentinier Rechnung getragen hätte. Vielleicht vermag es der am Fluss gelegene „Park der Erinnerung“ nach seiner Einweihung, diese Rolle wahrzunehmen. Bis dahin wird der Fluss, trotz all der Gedenkstätten und Mahnmale, die in der Stadt entstehen, mit seinen schweigsamen Gewässern weiterhin der wichtigste Erinnerungsort der Stadt Buenos Aires bleiben.

## Mahnmale des Staatsterrorismus in Buenos Aires

### *Politik und Repräsentation*

#### **Orte und Namen**

Das Projekt eines Gedenkparks am *Río de la Plata* entstand 1998 als Ergebnis einer Vereinbarung zwischen der Universität Buenos Aires und der Stadtregierung. Ursprünglich sollte die Parkanlage „Park des Friedens“ (*Parque de la Paz*) heißen. In den Unterlagen zum Ideenwettbewerb war von drei Denkmälern die Rede. Das erste sollte dem „Frieden und dem Zusammenleben“ gewidmet sein, da das ausgewählte Areal eine Deponie für die Trümmer des im Juli 1994 von einem Bombenanschlag zerstörten jüdischen Gemeindezentrums AMIA (*Asociación Mutual Israelita de Argentina*) war. Das zweite Mahnmal galt den „Opfern des Staatsterrorismus“ und sollte aus den Namen der Opfer sowie einem Skulpturenensemble bestehen. Schließlich sollte auf Initiative einer katholischen Einrichtung, der *Casa Argentina en Israel Tierra Santa*, ein Denkmal gestaltet werden, das der nationalen Einheit gewidmet ist und den Namen des Bischofs Ernesto Segura tragen sollte, der sich für die jüdisch-katholischen Beziehungen eingesetzt hatte. Zeitgleich beschloss das Stadtparlament die Errichtung eines Gedenkparks mit einem Skulpturenensemble „als Hommage an die Inhaftierten, Verschwundenen und Todesopfer des Staatsterrorismus der 1970er- und Anfang der 1980er-Jahre“.<sup>1</sup>

1 Die Vereinbarung der Universität mit der Stadtregierung wurde am 19. März 1998 unterzeichnet. Das Gesetz des Stadtparlaments zur Gründung des Mahnmals wurde am 21. Juli 1998 verabschiedet.

Seit 1998 gibt es allerdings keinerlei Einrichtung zur Koordinierung dieser drei Vorhaben. Zwar wurde ein Gedenkpark-Ausschuss geschaffen, an dem Stadtparlamentarier, Entsandte der Stadtregierung, der Universität Buenos Aires sowie zehn Vertreter von Menschenrechtseinrichtungen teilnehmen. Dieser Ausschuss war es, der den Skulpturenwettbewerb ausgerufen hat, der heute unter dem Namen „Park der Erinnerung“ bekannt ist. Seitdem beziehen sich alle Verlautbarungen über das „Projekt“ auf das Mahnmal für die Opfer der Militärdiktatur bzw. auf das Skulpturenensemble. Die zwei weiteren Denkmäler sind umgetauft worden in „Denkmal für die Opfer des Bombenanschlags auf das Gemeindezentrum AMIA“ und „Denkmal für die Gerechten unter den Völkern“. Das Verhältnis dieser beiden Denkmalvorhaben zum Gesamtprojekt ist unklar, da zwar die jeweiligen Areale in der geplanten Parkanlage vorgesehen sind, sie aber unerwähnt bleiben, was das „Projekt“ selber betrifft: Weder das Gesetz zur Errichtung des Parks noch die öffentlichen Unterlagen führen sie auf.<sup>2</sup> Im Falle des Mahnmals für die Verschwundenen und Todesopfer der Militärdiktatur ist es auf den Einsatz der Menschenrechtsvereinigungen zurückzuführen, dass die Initiative vorangetrieben und von der Stadtregierung verabschiedet wurde.

Die Ergänzung des Originalprojektes durch weitere Opfergruppen, derer mitgedacht werden soll, macht deutlich, dass die Behörden eine Strategie der Kompensation und Neutralisation betreiben. Die einzigartige Wirkungskraft eines Mahnmals für die Verschwundenen, das an eine umstrittene politische Vergangenheit adressiert ist, wird neutralisiert durch das Gedenken an die Opfer des AMIA-Anschlags, diese „allzu jüdische“ Dimension wiederum wird durch ein Gedenken christlichen Inhalts kompensiert. In diesem Raum der Verdichtungen und Dissoziationen vermengt sich das Gedenken an die Verschwundenen mit Motiven, die mit Klischees über Antisemitismus, NS-Völkermord und die biblische Figur der „Gerechten“ assoziiert sind. Hier lässt sich jene Globalisierung der Gedenkkultur erkennen, auf die Andreas

- 2 Für ausführliche Informationen zu dem Projekt siehe [www.parquedelamemoria.org.ar](http://www.parquedelamemoria.org.ar) (22. 5. 2008) sowie *Comisión Pro Monumento a las Víctimas del Terrorismo de Estado* (2003). Mein Dank an Gonzalo Conte und Evedia Gabin für ihre Informationen.
- 3 Andreas Huyssen, *El Parque de la Memoria. Una glosa desde lejos* (Der Parque de la Memoria. Eine Glosse aus der Ferne), in: *Punto de Vista* 68 (2000). Englische Version in *Present Pasts: Urban Palimpsests and the Politics of Memory*, Stanford.

Huyssen hingewiesen hat: ein Modus der Aneignung einer Vergangenheit, die keine differenzierte Auseinandersetzung mit einer spezifischen, nationalen Erfahrung sucht, die es jedoch gerade zu tradieren gilt.<sup>3</sup> Beim jetzigen Stand des Vorhabens – mangels einer gesamtverantwortlichen Instanz und öffentlichen Diskussionen und angesichts der Gleichgültigkeit der Bevölkerung, was dieses Gebiet am Rande der Stadt betrifft, fördert diese Überlagerung der Denkmäler und Skulpturen vor allem die Assoziationen nach dem Prinzip der Analogie.<sup>4</sup>

Seit Beginn des Gedenkpark-Projektes ist das staatliche Handeln von Fluktuationen gekennzeichnet und schwankt zwischen Kompromisslösungen und kompensierenden Angeboten. Die Durchführung des Projektes, die theoretisch dem Gedenkpark-Ausschuss obliegt, wird in der Praxis an die Vertreter der Menschenrechtsgruppen delegiert. Unabhängige Experten sind am Entscheidungsprozess nicht beteiligt, weder Wissenschaftler noch Personen, die sich mit Fragen der Zeitgeschichte, der Gedenkkultur, der ästhetischen Repräsentation, der Denk- und Mahnmäler, der Stadtplanung usw. befassen.

Ähnlich ist die Situation, was das andere Großvorhaben in Sachen Gedenkkultur betrifft, das „Nationale Museum der Erinnerung“ auf dem Gelände der Mechanikerschule der Marine (Escuela mecánica de la Armada; ESMA), eines ehemaligen Haft- und Folterzentrums. Hier kommt erschwerend hinzu, dass andere Menschenrechtsgruppen den Ton angeben, und so besteht das Risiko, dass die Stadt Buenos Aires zwei großflächige Gedenkort in geringer Entfernung voneinander erhält, die mit sehr unterschiedlichen Kriterien und Zielsetzungen entstanden sind.

## Begehungen und Absichten

Der *Parque de la Memoria* liegt abseits der urbanen Topografie, anhand derer die geschichtlichen Spuren der Diktatur in der Stadt rekonstruiert werden können, und so ist der *Río de la Plata*, in dem zahlreiche Verschwundene, aus Flugzeugen geworfen, den Tod fanden, der einzige Bezugspunkt für eine Tradierung des Gedenkens. Das erste Problem, das sich dort für die Entstehung eines *lieu de mémoire* ergibt, besteht in der Tatsache, dass dieser Ort im Lebensalltag der Stadteinwohner quasi unsichtbar ist. Nicht der Standort ist falsch ausgewählt, sondern es wurde nichts unternommen, um dieses Areal in die Wahrnehmung

4 Graciela Silvestri, *Memoria y monumento*, in: *Punto de Vista* 64 (1999).



*Ansicht des „Parks der Erinnerung“ in Buenos Aires mit der Skulptur Monumento al escape (Denkmal für die Flucht) von Dennis Oppenheim*

© Pablo Mehanna

und Erfahrung der Stadt zu integrieren.<sup>5</sup> Das Gesetz zur Errichtung des Parks legt einige Richtlinien über die Platzierung des Mahnmals fest: Es soll entstehen „in direktem Kontakt zum Fluss, das heißt unter Verzicht auf jegliche Vorrichtungen zwischen dem Mahnmal und dem Wasser“. Grundsätzlich wird hier die alte, versöhnliche Vorstellung einer Stadt, die am Fluss zur Natur zurückfindet, der tragischen Bedeutung des Gedenkens in der Gegenwart entgegengesetzt: der Fluss als das kollektive Grab der Toten ohne Namen. Diese Bedeutung ist jedoch im kollektiven Bewusstsein keineswegs fest verankert.

Die Umsetzung des Projektes offenbart einen gewissen Zustand des kollektiven Gedächtnisses, der geprägt ist von der Aktion der Angehörigen der Opfer und der Erinnerungspolitik der Stadtregierung. Diese Erinnerungsarbeit bleibt vorrangig auf die Erfahrung der sogenannten Betroffenen beschränkt, wie es

5 Der Standort unterscheidet sich deutlich von dem Gelände der ESMA, das an das Stadtleben angebunden, vom Massaker der Diktatur gezeichnet ist und in Aussagen von Überlebenden immer wieder konkret genannt wird.



*Ansicht des Denkmals mit den Namen der „Verschwundenen“ im „Park der Erinnerung“ in Buenos Aires*

© S. Karkowsky

das Gesetz bei der Zielsetzung des Mahnmals auch definiert: Es gehe darum, einen Ort zu schaffen, „an dem die Familien ihr Recht auf Trauer und Gedenken ausüben dürfen“.<sup>6</sup> Diese Dimension eines Rituals, die eine Wiedergutmachung für die Abwesenheit der Angehörigen schaffen soll, kommt etwa in einer Äußerung einer der Mütter der *Plaza de Mayo* zum Ausdruck: „Ich möchte den Namen meines Sohnes berühren ... Die Namen werden alle auf einer gewissen Höhe angebracht sein, damit wir sie alle berühren können.“<sup>7</sup> Es ist nichts dagegen einzuwenden, dass die direkten Betroffenen in der Zielsetzung zentral berücksichtigt werden. Es wäre aber wünschenswert gewesen, wenn eine staatliche Instanz diesen ersten Ansatz erweitert, eine Diskussion angetrieben

6 Marcelo Brodsky, Génesis y evolución de una idea, in: Ramona. Revista de Artes Visuales 9/10 (2000/2001), S. 6–7. <http://www.ramona.org.ar/files/r9y10.pdf> (22. 5. 2008).

7 Taty de Almeida (2000/2001), ‘Quiero tocar el nombre de mi hijo ...’ Conversación con Tati Almeyda de Madres de Plaza de Mayo, Línea Fundadora, in: Ramona. Revista de Artes Visuales 9/10 (2000/2001), S. 10–12. <http://www.ramona.org.ar/files/r9y10.pdf> (22. 5. 2008).

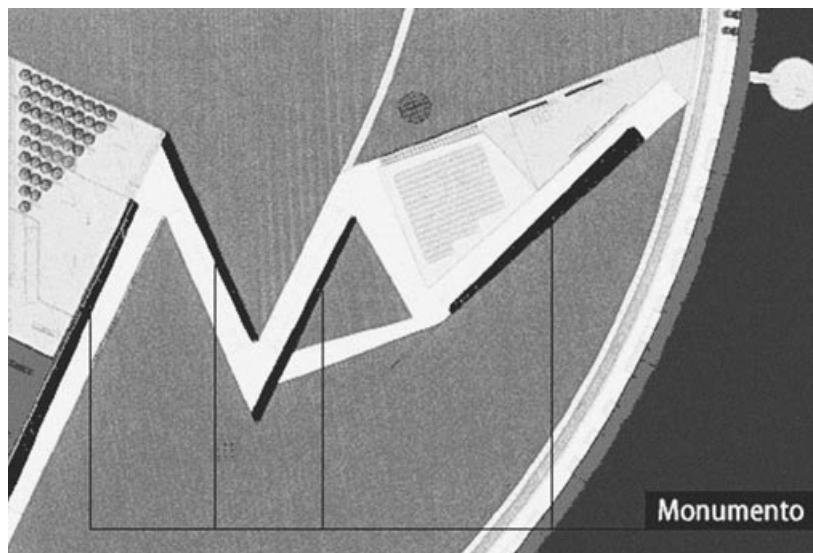


*Ansicht des Denkmals mit den Namen der „Verschwundenen“ im „Park der Erinnerung“, am Ufer des Río de la Plata*

© S. Karkowsky

und eine Auseinandersetzung gefördert hätte, sodass auch andere Akteure und Zugangsformen einbezogen worden wären, besonders angesichts der Tatsache, dass es bis auf einige Interventionen in den Kulturzeitschriften *Punto de Vista* und *Ramona* keinerlei öffentliche Diskussionen über das Projekt gegeben hat. Das Vorhaben ist den Bürgern der Stadt Buenos Aires weitgehend unbekannt, und es scheint auch keine Priorität auf der Tagesordnung der parlamentarischen Fraktionen oder anderer Nichtregierungsorganisationen zu sein.

Selbstverständlich sind die im Ausschuss gut vertretenen Menschenrechtsorganisationen in der Öffentlichkeit unentbehrlich. Ihre Rolle als Berater und Beteiligte soll mit diesen Ausführungen nicht im Geringsten angezweifelt werden. Sie werden besonders als Antreiber dieser Initiative gebraucht. In Abwesenheit anderer Akteure und Visionen jedoch und angesichts der Schwäche des Staates besteht das Risiko, dass die Initiatoren letzten Endes quasi die einzigen Adressaten der Gedenkaktionen werden. Diese Entwicklung lässt sich bereits im Falle des Museums in der ESMA erkennen, das auf der Ebene des National-



*Skizze des Denkmals mit seinen Zick-Zack-Linien*

© [www.parquedelamemoria.org.ar](http://www.parquedelamemoria.org.ar)

staates vorangetrieben wird. Die staatliche Projektleitung ist handlungsunfähig, es findet keinerlei öffentliche Diskussion statt, und so besteht die Wahrscheinlichkeit, dass das Museum zur Kompensation für die Vertreter der Opfer wird bzw. zu einer Hommage an den militanten Aktivismus – in beiden Fällen eine selbstbezügliche Fixierung durch Organisationen und Traditionen, die ihrer selbst gedenken.

### **Repräsentationen: Gedächtnis und Geschichte**

Jede Analyse der aktiven Auseinandersetzung mit dem Gedenken, die das Mahnmal auslöst, muss davon ausgehen, dass die zukünftige Wirkungskraft unbestimmbar bleibt, da sie von schwer voraussiehenden politischen und kulturellen Rahmenbedingungen abhängt. Die Architektur des Mahnmals ist von symbolischer Ausdruckskraft. Es ist als zickzackförmige, gebrochene Struktur aus Mauern angelegt. Wie es sich anderswo auch bewährt hat, laden die mit Tausenden von Namen beschrifteten Mauern zum Parcours ein. Unter den



Namen sind auch weiße Stellen für die nicht identifizierten Leichen. Der Parcours endet am Fluss. Zum Ritual des Gedenkens an die Toten, zur Ehrung eines jeden Opfers, kommt die Pilgerung hinzu, die im Fluss die ominöse Spur eines Verbrechens nachzeichnet, mit dem sich die gesamte argentinische Gesellschaft auseinandersetzen muss. In dieser Hinsicht bedeutet das Mahnmal für die Öffentlichkeit ein Bewusstwerden dessen, dass es weniger um eine Vergegenwärtigung als um eine verantwortungsvolle Wiederaneignung der Vergangenheit geht. Bei jedem architektonischen Bau gibt es einen weitreichenden Grad an Unbestimmbarkeit, was die Rezeption und Aneignung durch die Nutzer betrifft. Das architektonische Konzept des Mahnmals zielt auf eine Beziehung, die durch die Nutzung entsteht. Durch die räumliche Anlage wird eine rituelle Begehung möglich, die zur Besinnlichkeit und zum Nachdenken einlädt. Das Mahnmal löst sich auf diese Weise von den Absichten seiner Urheber, es lässt Schweigen aufkommen und fordert eine aktive Auseinandersetzung und eine Zeitdauer: eine Durchdringung der Zeiten, der Vergangenheit und der Gegenwart. Gleichzeitig distanziert es sich von der Vergangenheit, insofern ein Teil dieser Vorzeit endgültig abgetrennt, unverfügbar, unwiederbringlich ist.<sup>8</sup>

Die Tradierung und Rezeption der Botschaft gilt in diesem Zusammenhang als eine Art Vermächtnis der Opfer. Die Kraft dieser Botschaft wurzelt in der Darstellung eines moralischen und politischen Verbrechens, die eine materielle Verdichtung schafft. Im Kern dieses Erbes gibt es etwas nicht Wiedergutzumachendes, ein ethisches Defizit, das durch die Bezugnahme auf die Werte der Gerechtigkeit und der Solidarität geschlossen werden soll. Selbstverständlich kann es persönliche Gedenkmomente geben für jene, für die jeder Name für einen Lebensabschnitt, für Lebensgeschichten, Zuneigungen, Zugehörigkeiten steht – denn jeder Name steht für den unendlichen

- 8 Mir geht es nicht darum, die Ästhetik der Leere und den Begriff der Undarstellbarkeit ins Spiel zu bringen, die in Fachkreisen des Gedenkens im Zusammenhang mit dem Holocaust zu Stereotypen geworden sind. Was hier auf dem Spiel steht, ist die unvermeidliche Beschwörung einer Abwesenheit, die Darstellung des Massentodes, die in den Stein und in den riesigen Fluss eingeschrieben werden soll und die sich zugleich in den Bereich des Unmöglichen, an die Grenze der eigenen Erfahrungen, begibt. Der Parcours wird sinnvoll sein, wenn die Arbeit des Sehens und Berührens in den materiellen Trägern einen Horizont wiederfindet, aber diese Auseinandersetzung ist nicht ein direkter Effekt der materiellen Stimuli. Soll es eine „Konstruktion“ geben, wie es so oft heißt, dann sollte sie im Sinne eines eigenen Erfahrungsprozesses und einer eigenen Zeitlichkeit sein.

Reichtum der persönlichen, familiären oder kollektiven Erinnerungen. Der Sinn eines Mahnmals besteht allerdings darin, dass die persönliche und die bürgerliche Praxis im Symbol und im Ritual zusammenkommen, die persönliche Ergriffenheit und die gesellschaftliche Selbstbefragung, denn die Gesellschaft ist durch das Verbrechen, das ihre Grundlagen erschüttert hat, auf den moralischen Prüfstand gestellt worden.

Selbstverständlich ist diese Wirkung auf das öffentliche Bewusstsein nicht garantiert; das gilt jedoch für das gesamte Projekt, insofern es von den Aktionen der intendierten Rezipienten abhängt, von einer kollektiven, pluralistischen, nachhaltigen Aneignung, die der Gleichgültigkeit und den wechselnden Launen der Gesellschaft standhält. Dafür ist jedoch eine konsequente Arbeit notwendig, um diese Fragestellung in der Öffentlichkeit zur Diskussion zu stellen, den Erfahrungs- und Ideenaustausch zu fördern, die Unterstützung der politischen Parteien und der gesellschaftlichen Einrichtungen zu gewinnen. In dieser Hinsicht ist bislang kaum etwas unternommen worden: Der Park liegt an einem Standort, der geografisch und symbolisch vom Stadtleben getrennt ist. Umso deutlicher wird der Bedarf nach einer zivilgesellschaftlichen Konstruktion, die wichtiger ist als die materielle Umsetzung. Das Projekt zur öffentlichen Diskussion zu stellen erfordert allerdings, Meinungsunterschiede und Fragestellungen zuzulassen, denn unter Umständen kommen Vorstellungen und mögliche Nutzungen ins Gespräch, die von den vom Projektausschuss vorgesehenen abweichen. Handelt es sich um ein *lieu de mémoire*, liegt die größte Gefahr nicht in der Diskussion, sondern in der Gleichgültigkeit. Schließlich ist ein Mahnmal keine Vorrichtung, die eine gerade beginnende und wohl noch jahrzehntelang währende Auseinandersetzung mit der Vergangenheit stabilisieren oder gar abschließen könnte. Des Weiteren schließt das Mahnmal auch keineswegs die Möglichkeit aus – im Gegenteil: es fordert eigentlich danach –, andere Denkmäler oder Träger für Gedenkaktionen zu entwickeln.

Die wichtigste Initiative des Ausschusses ist in diesem Zusammenhang der künstlerische Wettbewerb, der 17 Skulpturen und 59 Gedenkzeichen einbezieht. Welche Träger bietet die Kunst als weitere Bedeutungsschicht für den Gedenkpark? Ursprünglich als Ergänzung des Mahnmals konzipiert, ist die Kunst im öffentlichen Raum in den Mittelpunkt gerückt: Die Kunstaustellung herrscht vor. Das Konzept des Ausschusses beschreibt das Mahnmal in wenigen Worten und geht dafür umso länger auf das Skulpturenensemble

ein, das „in Lateinamerika eines der bedeutendsten Projekte der letzten Jahre [ist], was Kunst im öffentlichen Raum betrifft“, und das „dazu beitragen wird, dass die Rolle der Kunst als eine Art, das Schweigen zu vermeiden, bestärkt wird“.<sup>9</sup> Wer das Mahnmal konzipiert hat, bleibt unerwähnt, was jedoch mit der starken auktorialen Prägung und der figurativen Ausrichtung der ausgewählten Skulpturen als künstlerischer Zeugenschaft kontrastiert. Auch die Texte der Kunstexperten über die ausgewählten Arbeiten werden ausführlich vorgestellt, was damit zusammenhängt, dass Berater aus der künstlerischen Sphäre eine größere Einflussnahme auf das Management des Projektes ausüben als andere Experten. Ein weiterer Grund mag in der gegenwärtigen Entwicklung bestehen, auf die wie erwähnt Andreas Huyssen hingewiesen hat, nationale bzw. lokale Gedenkkulturen in „globalen“ Vorrichtungen einzugliedern. Wie dem auch sei, das Mahnmal steht in einem problematischen Verhältnis zu diesen Skulpturen, Zeichen und Installationen, was bereits Kritik ausgelöst hat.<sup>10</sup>

Grundsätzlich muss festgehalten werden, dass die Skulpturen hinzugefügt worden sind, ohne das Zusammenwirken von Wahrnehmungen, Ritualen und Erfahrungen zu problematisieren. Dabei wird angenommen, die Skulpturen könnten die Erinnerung in Richtungen intensivieren, die von den Motiven der Künstler vorgegeben werden. Im Gegensatz zum Mahnmal, in dem die auktorialen Markierungen gelöscht worden sind, unterstreichen die Skulpturen emphatisch die auktoriale Funktion durch die Fiktion einer direkten und transparenten Beziehung zwischen den Intentionen des Künstlers, seinem Werk und den Begleittexten. Zwar entgeht kein Mahnmal dem Risiko der Selbstzelebrierung, doch gerade im Falle der vorgesehenen Kunst lässt sich sagen, dass die Absicht der Selbstzelebrierung eine quasi strukturelle Bedingung ist. So wird die internationale Dimension dieses Vorhabens in der Selbstdarstellung des Projektes besonders hervorgehoben.

9 Lilan Llanes, *Quienes cierran los ojos al pasado se convierten en ciegos para el futuro*, in: Comisión Pro Monumento a las Víctimas del Terrorismo de Estado, Buenos Aires 2003, S. 14–16.

10 Vgl. Graciela Silvestri, *El arte en los límites de la representación* (Kunst an der Grenze der Repräsentation), in: *Punto de Vista* 68 (2000). Siehe auch Lux Lindner, *Bocetos en una servilleta*, in: *Ramona. Revista de Artes Visuales* 9/10 (2000/2001), S. 16. <http://www.ramona.org.ar/files/r9y10.pdf> (22. 5. 2008)

Das Skulpturenensemble scheint den Wertmaßstäben und der Prestigeskala der visuellen Künste zu entsprechen. Dazu kommen die politischen Gründe für die Wahl einiger Kunstwerke, die besonders die inhaltliche Dimension der Zeugenschaft bzw. die Intentionen der Künstler berücksichtigen.<sup>11</sup> Neben globalen Assoziationen erscheinen wiedererkennbare Bildmotive: Zellen, Folterinstrumente, verstümmelte Körper, explizite Anprangerungen, bekannte Opfer – eine Darstellung, in der fast alles ausdrücklich ausgesprochen wird. Die Sinndeutungen vermehren sich in einer undefinierten Zeichenkette und werden zugleich festgeschrieben im Sinne der Lacanschen *suture*. In dieser Befriedungsfunktion repräsentieren die Künstler, bewusst oder unbewusst, eine in der Gesellschaft weit verbreitete Geisteshaltung und einen gesellschaftlichen *common sense*.

### **Staatliche Erinnerungspolitik**

Die öffentliche Diskussion über das Mahnmal, die im Anfangsstadium des Projektes aufkam, brachte Konflikte in der Menschenrechtsbewegung zum Vorschein und offenbarte zugleich die politische Konfliktivität des Gedenkens in seiner gegenwärtigen Konfiguration. Das Vorhaben wurde vom radikaleren Flügel der Menschenrechtsaktivisten aus zweierlei Gründen abgelehnt. Zum einen, weil diese Aktivisten die politischen Parteien, die der Gesetzesvorlage zugestimmt hatten, für Komplizen der Straffreiheit des Militärs halten. In diesem Zusammenhang kommt das Problem zum Vorschein, Erinnerungsarbeit leisten zu wollen, während die Folgen des zu gedenkenden Ereignisses, besonders in Sachen strafrechtlicher Gerechtigkeit, noch offen sind.<sup>12</sup> Zum anderen hat es besonders die Fraktion der *Madres de Plaza de Mayo* unter der Leitung Hebe de Bonafinis abgelehnt, der Ermordeten durch die Namensnennung zu gedenken, was nichts anderes heißt als die Ablehnung der Benennung der Abwesenheit,

- 11 Mittlerweile fällt es schwer, an die selbstgenügsame Souveränität des Künstlers auf der Suche nach dem Ausdruck seines Engagements zu glauben. Die Globalisierungstendenz lässt sich daran ablesen, wie durch die Skulpturen kulturelle Gedächtnisse addiert werden: das Gedächtnis der Ureinwohner Lateinamerikas („Huaca“ de Germán Botero), religiöse Motive aus der Renaissance („Pietà de Argentina“, von Rini Hurkmans) oder die Ideale der Generation des Vietnam-Kriegs („Victory“ von William Tucker), um nur einige anzuführen.
- 12 Inés Vasquez, ¿Parque Justicia?, in: Ramona. Revista de Artes Visuales 9/10 (2000/2001), S. 8. <http://www.ramona.org.ar/files/r9y10.pdf> (22. 5. 2008). Inés Vasquez vertritt die Position des Vereins der Überlebenden, der *Asociación de Ex Detenidos Desaparecidos*.

für die das Mahnmal steht. Was damit abgelehnt wird, ist, dass die Hommage den Verschwundenen als Opfer und nicht als Kombattanten gilt. Hier kollidiert die epische Erinnerung an die revolutionären Kämpfe mit einer Auffassung des Mahnmals als Trauerarbeit für das unwiderruflich Verstorbene – nicht nur die Opfer, sondern auch das unwiderruflich Vergangene im politischen und gesellschaftlichen Leben. Die Konfrontation mit der Darstellung des Todes lässt sich nicht mit der Vorstellungswelt der Kampfhandlungen vereinbaren; bestenfalls ruft sie eine immer unvollständige, fragile, unsichere Wiedergutmachung hervor. Damit möchte ich nicht sagen, dass die Trauerarbeit das Ende der Kämpfe bewirkt, sondern dass sie auf einen Unterschied hinweist: Es handelt sich um andere Kämpfe, insofern wir anders sind.<sup>13</sup>

Es darf nicht verkannt werden, dass durch die Nennung der Tausenden von Namen des Massakers in seiner tragischsten Dimension gedacht und dabei auch die Bedeutung aufgegriffen wird, die der Bericht *Nunca más* (Nie Wieder) anvisiert hatte: Den Verschwundenen ihren Namen zurückzugeben, um somit die Ungeheuerlichkeit der Menschenrechtsverletzungen zur Sprache zu bringen. Dieser erste Konsens nach dem Ende der Diktatur, der mit dem Mahnmal betont werden sollte, hat eine größere Reichweite als die Anliegen der direkten Angehörigen; er unterscheidet sich auch wesentlich von den Bestrebungen derjenigen, die im Mahnmal nach einer Hommage für Kämpfe und Ideale suchen. Das bedeutet nicht, dass nicht dieser Kämpfe und dieser Ideale mit einem Mahnmal gedacht werden könnte, aber das wäre dann ein anderes Denkmal.

Auf welche Weise der „Park der Erinnerung“ in Zukunft genutzt werden wird, wie die Bürger sich diesen aneignen, ist schwer vorauszusehen. Das Projekt ist aber ein Symptom der heutigen Lage der gesellschaftlichen Erinnerung, ihrer Akteure, Initiativen, Handlungslogik und Grenzen. Das Mahnmal steht für die Nachhaltigkeit der Menschenrechtsbewegung, aber auch für die Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit mit dem Staat. In der Tat war das

13 Dieser Modus der Erinnerung, bei dem keine Zäsur mit der Vergangenheit anerkannt werden kann und der an der Gegenwart als Kontinuität einer Erfahrung festhält, fällt als Psychodynamik eigentlich in den Randbereich der Halluzination. Angesichts der Insistenz auf dem Begriff des „Traumas“ (einem Konzept, das nur unter Vorbehalt für soziale Prozesse verwendet werden sollte) ist es sinnvoll, auf Freud zurückzukommen, der Anzeichen des Traumas im „Wiederholungszwang“ sah, der eigentlich eine Folge der fehlerhaften Erinnerung ist.

Neue an diesem Projekt das Zusammenwirken der sozialen Bewegung und der staatlichen Instanzen. Angesichts der gegenwärtigen Dilemmata treten jedoch die Schwierigkeiten beider Parteien zutage: einerseits die der Menschenrechtsorganisationen, sich mit der gesellschaftlichen Meinung auseinanderzusetzen, und andererseits die des Staates, die Meinungsbildung und Projektdurchführung aktiv zu gestalten. Die gesellschaftlichen Bedingungen sind nicht die günstigsten, was die Rolle der Erinnerungsarbeit zum Aufbau einer Kultur der Menschenrechte betrifft. Die Zerstörung des öffentlichen Raumes und die soziale Fragmentierung sind Prozesse, die in der Stadt Buenos Aires seit Jahren zu beobachten sind. Die offenkundige Delegitimierung des Staates bis hin zur teilweisen Handlungsunfähigkeit hat diesen Prozess zusätzlich vertieft.

Die Fragmentierung der Erinnerungen und die Überlagerung der Initiativen sind diesem allgemeinen Prozess der institutionellen und politischen Zersplitterung nicht fremd. Ein Regierungsprogramm im Bereich der Menschenrechte zur Tradierung des Gedenkens darf diesen Umständen nicht den Rücken kehren. Die Mobilisierung breiter Kreise der Zivilgesellschaft, so legitim sie auch ist, vermag es nicht, die politische Aktion des Staates zu ersetzen, der als Vermittler wirken sollte, um Differenzen zu schlichten und unterschiedliche Ansichten und Interessen zu repräsentieren – besonders angesichts einer Gesellschaft, deren Verhältnis zur Geschichte konfliktreich ist.

## Das Berliner Denkmal für die ermordeten Juden Europas

Im Mai 2005, nach einer 17 Jahre währenden, höchst emotional geführten Debatte, wurde das Denkmal für die ermordeten Juden Europas der Öffentlichkeit übergeben.<sup>1</sup> Im ersten Ansturm der Besucher auf das Stelenfeld schoben sich Aspekte in den Vordergrund, die im Vorfeld nicht erwartet worden waren und neue Fragen aufwarfen. Ist „Stelenspringen“ oder Versteckspielen, Rauchen oder Picknicken mit der Würde des Ortes vereinbar? Mit welchen Mitteln könnte die touristische Profanisierung des Denkmals verhindert werden? Oder zeigt sich gerade darin die erhoffte Offenheit der Memorial-Architektur, zu der man doch – so der viel zitierte Politiker-Satz – „gern hingehen“ sollte?

Mittlerweile haben sich derartige Aufregungen gelegt. Die Besucherzahlen sind hoch, die Resonanz überwiegend positiv. Das Denkmal hat seinen Platz in Stadtführungen unterschiedlichster Art eingenommen. In kürzester Zeit ist es zu einer touristischen Attraktion geworden, mit allen möglichen damit verbundenen Vor- und Nachteilen, bis hin zu einer Reihe schnell

1 Unter <http://www.zeitgeschichte-online.de/md=Holocaust-Mahnmal-Inhalt> (22. 5. 2008) sind die Texte nachzulesen, die die Verfasserin 1997 bis 2006 (12 Folgen) für die Zeitschrift Kunststadt Stadtkunst über das Holocaust-Denkmal geschrieben hat (Zeitgeschichte online, Das Holocaust-Mahnmal und die Geschichte seiner Entstehung, Juni 2005). Dort sind auch zahlreiche Literaturhinweise zu finden.

errichteter Imbissbuden am Rande des Areals, mit Postkartenständen, Souvenirs und spektakulärer Aussichtsterrasse.

Der neue Fokus auf Formen der Wahrnehmung und der Aneignung löst die Auseinandersetzung um die schwierige Entstehungsgeschichte ab. Deren früh verhärtete Positionen waren so oft wiederholt und in Publikationen beschrieben worden, dass auch viele Kritiker des Projektes bereit waren, nach Fertigstellung des Denkmals ein neues Kapitel aufzuschlagen und mit frischem Blick zu einem unvoreingenommenen Urteil über Ästhetik und Nutzung zu kommen. Wen interessieren wirklich noch die Etappen des Zustandekommens und die frühen Weichenstellungen? Das Ergebnis hat sich offenbar verselbstständigt; es hat, wie es scheint, seine Entstehungsgeschichte hinter sich gelassen. Deren labyrinthische Etappen sind jungen Leuten oder internationalen Besuchern sowieso kaum noch zu vermitteln.

Dennoch macht es Sinn, noch einmal auf den Anfang und auf den konfliktreichen Prozess zurückzublicken und zu fragen: Auf welche Weise wurzelt die ästhetische Sprache des Denkmals auch in politischen Vorgaben und in – teils expliziten, teils unterschwellig – Prämissen, die zu Beginn der Denkmalsinitiative formuliert und in den späteren Planungsetappen beibehalten wurden? Wie wurde die Ästhetik durch die Findungsverfahren und Wettbewerbe geprägt und durch die öffentliche Diskussion beeinflusst? Wie verhält sich das konkrete Ergebnis – das Kunstwerk „Stelenfeld“ mit seinem unterirdischen „Ort der Information“ – zum inhaltlichen Anliegen des Projektes und zur politisch definierten Aufgabe? Und im Blick auf die Zukunft: In welcher Weise wird seine Existenz die Gedenkstättenlandschaft verändern?

Wenn man sich mit diesen Fragen beschäftigt, kann man aufschlussreiche Einblicke in die bundesdeutsche Erinnerungskultur gewinnen.

### **Politische Weichenstellungen**

Schon sehr früh, im ersten Aufruf 1988, hatten die Initiatoren des Denkmalsprojektes, eine Bürgerinitiative, wesentliche Prämissen festgelegt. Gefordert wurde vor allem ein großes, ein „unübersehbares“ Mahnmal zur Erinnerung an die ermordeten Juden Europas; groß und monumental, weil nur auf diese Weise die monströse Dimension der NS-Verbrechen zum Ausdruck gebracht werden könne. Eine solche „zentrale Gedenkstätte“, so war in den Aufrufen der Initiative zu lesen, sei eine „Verpflichtung für alle Deutschen“. Wesentliche



Prämissen waren somit die Großdimensionierung und die ausschließliche Widmung für die ermordeten Juden, ohne Einbeziehung der ebenfalls aus rassistischen Motiven ermordeten anderen Gruppen, vor allem der Sinti und Roma und der „Euthanasie“-Opfer, aber auch der Homosexuellen, die in der NS-Ideologie als „Gemeinschaftsfremde“ und „Entartete“ kriminalisiert und in Konzentrationslager verschleppt wurden. Für die ermordeten Juden sollte im Ursprungsland der Verfolgung mit dem Holocaust-Mahnmal erklärtermaßen ein symbolischer Trauerort geschaffen werden, an dem die Nation der Täter ein mahnendes Zeichen an sich selbst richtet und zugleich der Welt signalisiert, dass Berlin, nach der Wiedervereinigung Deutschlands wieder zur Hauptstadt bestimmt, nun bereit ist, diese Erinnerungspflicht auf sich zu nehmen.

Die ursprüngliche Idee der Bürgerinitiative, das Mahnmal auf dem Gelände der heutigen „Topographie des Terrors“ zu errichten, der ehemaligen Zentrale von Gestapo (Geheime Staatspolizei), SS (Schutzstaffel der NSDAP) und Reichssicherheitshauptamt, scheiterte damals am breiten Widerstand aller Gruppen und Personen, die die Überformung dieses zentralen Täterortes, Ausgangspunkt der Verfolgung aller gesellschaftlichen Gruppen, durch ein monumentales Holocaust-Denkmal ablehnten; stattdessen entstand dort in den folgenden Jahren nach den Vorstellungen dieser Gruppen eine aktiv arbeitende Dokumentationsstätte. So wandten sich die Initiatoren des „Denkmals für die ermordeten Juden Europas“ 1990, nach dem Fall der Mauer, einem Areal südlich des Brandenburger Tors zu, einige Schritte von der zerstörten „Neuen Reichskanzlei“ und deren Bunkieranlagen entfernt. Das Brachland des ehemaligen Grenzmauer- und Todesstreifens befand sich damals im Eigentum des Bundes. Die Bundesregierung stellte ein 20 000 qm großes Grundstück zur Verfügung und signalisierte ihre Bereitschaft, das zukünftige Denkmal zu finanzieren und die Trägerschaft zu übernehmen.

Die räumliche Nähe des neuen Standortes zur Reichskanzlei und zu den Bunkern von Hitler und Goebbels sollte dem Projekt Holocaust-Denkmal gewissermaßen die Weihe eines „authentischen“ Ortes verleihen, der mit der viel beschworenen historischen „Authentizität“ der bereits bestehenden Gedenkstätten mithalten sollte. Wie die Initiatoren diesen räumlichen Bezug deuteten, wird in einem Satz deutlich, der später auch in der Wettbewerbsausschreibung zitiert wurde: „Auf den Trümmern dieses Zentrums der Nazimacht ein Denkmal für die ermordeten Juden zu setzen, heißt, die Ermordeten über

ihre Mörder, die Opfer über die Täter zu erheben.“ Die darin zum Ausdruck kommenden Ideen von Grab und Auferstehung, von Kampf und Sieg, von der dämonischen Rolle Hitlers und vom Ruinenmythos verliehen dem Denkmalsvorhaben gleichermaßen mythologische wie mystische Momente. Diese fanden in vielen späteren Wettbewerbsentwürfen ihren Niederschlag, auch in dem nun realisierten Stelen-Environment als symbolischem Gräberfeld und besonders in dessen unterirdischer Fortsetzung, im „Ort der Information“, in dem die Stelen wie Stalaktiten in die Tiefe ragen und als grabmalsähnliche Elemente die gesamte Ausstellungsarchitektur prägen. Nach dem Durchschreiten steigen die Besucher aus der Düsternis der NS-Geschichte wieder zurück ins Licht der Gegenwart.

Für die Frage nach dem Verhältnis von Politik und Memorialkunst ist interessant, dass die hier skizzierten, von der Bürgerinitiative anfangs entwickelten Prämissen von staatlicher Seite nahtlos übernommen wurden, als 1993 das Denkmalsanliegen der Initiative in das Projekt eines „zentralen deutschen Denkmals“, also in ein „nationales“ Vorhaben umgewandelt wurde. Hintergrund dieser Entscheidung war die höchst umstrittene Umwidmung der „Neuen Wache Unter den Linden“, ebenfalls im Jahr 1993, zur „Zentralen Gedenkstätte der Bundesrepublik Deutschland für die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft“. Diese pauschale Widmung und die christliche Leidens- und Opferikonografie provozierten Kritik und Ablehnung von vielen Seiten und wurden zu Recht als Affront vor allem gegenüber den jüdischen Opfern des NS-Regimes empfunden.

Mit der stark vergrößerten Bronzereplik der Käthe-Kollwitz-Skulptur „Mutter mit totem Sohn“ („Pietà“, 1937) war 1993 für den Gedenkraum der Neuen Wache eine problematische Form gewählt worden. Die ikonografische Anspielung dieser Skulptur auf Opferbereitschaft und emotionale Geborgenheit im Tod musste angesichts der Kriege der jüngsten Geschichte als fragwürdig empfunden werden, ebenso die Wahl des christlichen Pietà-Motivs für eine Gedenkstätte, in der „aller Opfer“, der Kriegstoten wie auch der ermordeten Juden, gedacht werden sollte. Hinzu kam die pauschale Widmung der Neuen Wache „für die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft“. In ihr sahen viele eine Gleichsetzung der Opfer von NS-Herrschaft mit NS-Tätern, die zu Kriegsoffern geworden waren, aber auch eine Gleichsetzung mit Opfern der Verfolgung durch Stalinismus und DDR-Unterdrückung. Vor allem

waren Überlebende der nationalsozialistischen Judenverfolgung und Angehörige der ermordeten Juden nicht bereit, an der Seite jener Menschen zu trauern, die dort Kränze für gefallene Wehrmachtsangehörige niederlegten. Diese Kritik führte zum Versprechen des damaligen Bundeskanzlers, ein gesondertes nationales Holocaust-Denkmal zu errichten. Das Projekt der Bürgerinitiative schien dafür wie geschaffen.

Welche Unterschiede es allerdings zwischen einer Denkmalsetzung durch engagierte Bürger und einem offiziellen staatlichen Gedenakt gibt und geben muss, wurde nicht diskutiert, weder als Bund und Land sich die Zielsetzung der Initiative zu eigen machten noch bei der darauf folgenden Formulierung der Wettbewerbsaufgabe. Wer sind die Adressaten des Denkmals? Was ist Sinn und Zweck des Projekts? Mit welchen politischen Zielen, mit welchen gesellschaftlichen Erwartungen ist es verbunden? Sollten nichtjüdische Besucher motiviert werden, sich in die Opfer und ihre Schicksale einzufühlen? Wie verhält sich im „Land der Täter“ die emphatische Trauer zum kritischen Nachdenken? Kann bei diesem deutschen Nationaldenkmal, das die eigene Schuld nicht ausblenden sollte, die Opferperspektive im Zentrum stehen, wie es in Israel oder in den ehemals besetzten Ländern der Fall ist? Oder sollte nicht besser in aufklärender Weise an die Taten erinnert werden und an die Bedingungen, unter denen der Völkermord zustande kam?

Befürchtet wurde auch, dass die ausschließliche Widmung für die jüdischen Opfer zu einer nachträglichen, gewissermaßen staatsoffiziellen Rangfolge und Hierarchisierung der Opfergruppen führen könnte, zumal die Ausgrenzung der anderen Gruppen schon von Anfang an zu einer fatalen und kränkenden Debatte um die Behauptung der Einzigartigkeit der jüdischen Opferrolle geführt hatte. Konsequenz dieser frühen Entscheidung sind die nationalen Einzeldenkmäler für die ermordeten Sinti und Roma und für die verfolgten Homosexuellen, beide in unmittelbarer Nachbarschaft des Holocaust-Denkmal; beide sollten spätestens 2008 errichtet werden. Auch für ein angemessenes Gedenken an die „Euthanasie“-Opfer hat sich 2007 eine Initiativgruppe gebildet; der historische Ort der Planungszentrale des „Euthanasie“-Mordprogramms liegt ebenfalls in der Nähe des Holocaust-Denkmal, genau dort, wo sich heute die Philharmonie befindet. So beinhalteten die Prämissen der Jahre 1988 und 1993 die Vorentscheidung für eine Ansammlung weiterer, den verschiedenen Gruppen gewidmeter Denkmäler an stadtzentra-

ler Stelle. Wer diese Denkmalssequenz heute als übertrieben kritisiert, übersieht die politische Weichenstellung der frühen Zeit, die die Forderung nach Einzeldenkmälern geradezu provoziert hat.

Als 1993 die Entscheidung für das nationale Holocaust-Denkmal getroffen war, gab es noch andere ernsthafte Einwände. Sie kamen vor allem von jenen, die in den Bereichen Gedenkstättenarbeit, Pädagogik und Geschichtsvermittlung arbeiteten: Würde die Fokussierung der öffentlichen Wahrnehmung auf die Ermordung der Juden in den Vernichtungslagern den differenzierten Blick verstellen auf die schrittweise verschärften Prozesse der gesellschaftlichen Ausgrenzung, Entrechtung und Vertreibung im deutschen Reichsgebiet seit 1933? Was bedeutet es für die notwendige Beschäftigung mit jüdischer Kultur und jüdischem Leben in Vergangenheit und Gegenwart, wenn dieses Thema in der breiten Öffentlichkeit mit dem grabmalsähnlichen Stelenfeld des Holocaust-Denkmal identifiziert wird? Und: Würde das neue zentrale Denkmal die öffentliche Aufmerksamkeit für die existierenden Gedenkstätten an den authentischen Orten beeinträchtigen?

Die Erörterung dieser Fragen hätte 1993 eigentlich die Basis für eine Neudefinition der Aufgabe bilden müssen. Viele Kritiker des Projektes hatten sie schon von Anfang an gestellt, waren damit aber von den Initiatoren des Denkmals meist in eine Ecke mit „Ewiggestrigen“ und Antisemiten gestellt worden. Erst nach dem Scheitern des ersten, offenen Wettbewerbs 1994/95 durften diese Fragen in einem offiziellen dreiteiligen Colloquium diskutiert werden. Trotz breiter Kritik und vielfacher Ablehnung unter den 70 „Experten“ behielten die Auslober des Findungsverfahrens – die Vertreter der Bundesrepublik Deutschland, des Landes Berlin und der mittlerweile in einen Förderkreis überführten Bürgerinitiative – jedoch alle wesentlichen Prämissen und den Standort bei. Die Colloquien hatten nur mehr Legitimationsfunktion. Ein zweiter Wettbewerb mit eingeladenen Teilnehmern führte 1997 schließlich zur Entscheidung für das „Field of Memory“. Für diesen Entwurf hatte sich der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl besonders eingesetzt.

1995 wurde die öffentlich-rechtliche „Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas“ gegründet. 1999 folgte der formelle Beschluss des Deutschen Bundestags, das Stelenfeld des US-amerikanischen Architekten Peter Eisenman an diesem Standort zu realisieren und die Widmung für die ermordeten Juden beizubehalten. Befürchtet wurde allerdings, dass das Kunstwerk allein

die intendierte Wirkung nicht ausreichend zum Ausdruck bringen würde. Daher sollte, so der politische Beschluss, das Denkmal durch einen „Ort der Information“ ergänzt werden. Eisenman entwarf ihn als relativ kleine unterirdische Raumfolge, die die Besucher durchwandern.

### **Zum Verhältnis von inhaltlichem Anliegen und künstlerischem Ergebnis**

Wie bei kaum einem anderen Denkmalsprojekt der Gegenwart wird beim Berliner Holocaust-Denkmal das schwierige Spannungsfeld von Kunst und Politik, von künstlerischer Eigenständigkeit und politischen Zielen und Eingriffen deutlich. Ursprünglich hatte der durch seine abstrakten stählernen Raumkunstwerke international bekannte US-amerikanische Bildhauer Richard Serra das Stelenfeld gemeinsam mit dem Architekten Eisenman entworfen. Serra kündigte jedoch seine Mitarbeit auf, als im Laufe der Realisierungsplanung der Auftraggeber immer mehr Kompromisse forderte, um das Stelenfeld funktionaler und besucherfreundlicher zu gestalten. Eisenman hingegen sah als Architekt keine Probleme darin, die Wünsche seines Auftraggebers – auch hier vor allem durch den damaligen Bundeskanzler vertreten – zu erfüllen.

Das „Field of Memory“ hat die Form eines das gesamte Gelände überziehenden plastischen Reliefs aus 2711 Betonpfeilern, bis zu 4,80 Meter hoch. Sie sind 0,95 Meter tief und 2,38 Meter breit – daher die mit kunstgeschichtlichen Bedeutungen aufgeladene Bezeichnung „Stele“ – und unterschiedlich hoch. Sie sind auf strengem Raster, aber sanft gewölbtem Untergrund angeordnet und neigen sich in wellenförmigem Rhythmus leicht nach verschiedenen Seiten. Während der Untergrund zur Mitte hin fast unmerklich in die Tiefe führt, ragen die Stelen immer mehr in die Höhe. Zwischen ihnen verlaufen enge, gepflasterte Wege, die man nur einzeln begehen kann; der Abstand beträgt weniger als einen Meter.

Das Stelenfeld ist angelegt als affektives *Environment*, als individuell erlebbares Raumkunstwerk, das die Besucher selbst zum Teil des Kunstwerks macht und in ihnen unmittelbar Gemütsbewegungen und Gefühle auslösen soll. Dahinter steht die erklärte Absicht, die Besucher dazu zu bringen, sich mit all ihren Sinnen in die Situation der Opfer zu versetzen und zu versuchen, deren Ängste und Existenzbedrohungen nachzuvollziehen. Wenn sie in die schmalen Wege zwischen den immer höher aufragenden Pfeilern eintauchen, sind

*Denkmal für die ermordeten Juden Europas*

© Stefanie Endlich

sie allein gelassen und verunsichert, denn sie empfinden die Neigungen der Stelen, die durch Wölbungen und Mulden des Untergrunds bedingt sind, als zufällig und willkürlich; tatsächlich basieren die Bodenmodulationen (so der Erläuterungsbericht der beiden Entwurfsverfasser im Wettbewerb 1997) auf einer kalkuliert verfremdeten Projektion der Berliner Geländetopografie und einer artifiziell verschlüsselten Konfrontation geometrisch-formaler und historisch entstandener Raster – was die Besucher allerdings nicht nachvollziehen können. Doch ist es nach Eisenmans Meinung auch gar nicht notwendig, den gedanklichen Ausgangspunkt mit seinen theoretischen und philosophischen Wurzeln zu verstehen. Wichtig sei, dass die Besucher die Neigungen als „Zerstörung der Illusion von Sicherheit“ empfinden.

Daraus ergibt sich die doppelte Frage nach der Qualität des Stelenfeldes als ästhetischem Produkt und nach seiner Eignung als Memorialkunst. Wird es in der intendierten, unmittelbar emotional wirksamen Weise wahrgenommen, empfunden und erlebt – ganz anders also als Arbeiten der Konzeptkunst, die



*Denkmal für die ermordeten Juden Europas*

© Stefanie Endlich

die Komplexität der Wirklichkeit ins Bewusstsein bringen und die Betrachter zum Nachdenken provozieren? Und wenn das Stelenfeld in der geplanten Weise tatsächlich „funktioniert“ – welche Art des Gedenkens und Erinnerns wird dadurch hervorgerufen? Lädt es ein zu „meditativer Nachdenklichkeit“ und „bewusster Insichgekehrtheit“, wie Kunstkritiker meinen? Oder verführt es mittels diffuser Beklemmungsgefühle zur vorschnellen Identifikation, zum gedankenlosen, eher sentimentalen Sich-Einfühlen in die Rolle der Opfer? Welche Haltung zur Geschichte kommt in ihm zum Ausdruck?

Befragungen zeigen, dass das Kunstwerk von vielen Besuchern als eindrucklich empfunden wird. Gelobt wird die Schönheit und Perfektion des dunklen, glatten Betons, die erstaunliche Akustik, die den städtischen Lärm immer mehr zurücktreten lässt, das sich von selbst einstellende Schweigen der Besucher, das Spannungsfeld zwischen geometrisch-strenger Form und vielfältigen symbolhaften und metaphorischen Assoziationen, vom jüdischen Friedhof bis zum wogenden Weizenfeld und zu Meereswellen, Bilder sanfter

Harmonie und beseelter Natur. Die von vielen erhoffte, von vielen aber auch befürchtete verunsichernde oder gar bedrohliche Wirkung hingegen mag sich in der erwarteten Wucht und Radikalität nicht einstellen. Das Stelenfeld wirkt eher harmonisch und weniger monumental, als es seine Ausmaße erwarten lassen. Dies hängt nicht zuletzt auch mit den zuvor beschriebenen politisch geforderten Abschwächungen zusammen, die zum Rückzug des Bildhauers Serra geführt hatten.

Trotz der überwiegend positiven Besucherresonanz macht es Sinn, den gedanklichen Ansatz dieses „affektiven Environments“ und seine intendierte Wirkungsweise als Memorialkunst zur Diskussion zu stellen. Welches Geschichtsbild legt es nahe? Die Geschichte – ob nun die NS-Verbrechen oder heutige Entwicklungen betrachtet werden – erscheint als das Unbegreifliche, dem der Einzelne schicksalhaft ausgeliefert ist. Ob der Besucher sich als Opfer fühlt oder ob die hier provozierten Gefühle allgemein menschlich, orts- und zeitlos sind, ist eine bisher nur wenig diskutierte Frage.

Eisenman sagte: „Vereinzelung hat etwas Verunsicherndes, das universell ist. Das Gefühl, allein zu sein, nicht zu wissen, wie man sich fühlt, ist wertfrei. Ich hoffe, genau das begegnet jedem Besucher, nicht nur Deutschen oder Juden oder Eskimos oder Marsmenschen. Individuelle Einsamkeit ist weder im Besitz der Täter noch der Opfer.“<sup>2</sup>

Eine solche Ambivalenz ist also durchaus beabsichtigt. Die hier angesprochenen Fragen der Täter-Opfer-Dualität werden in Geschichtswissenschaft, Pädagogik und Philosophie längst diskutiert, zum Beispiel im Blick auf das Verhältnis der nicht mehr selbst beteiligten nachfolgenden Generationen zur historischen Schuld. Darüber hinaus weisen sie auch auf das schwierige Feld der Totalitarismusdebatte.

Der unterirdische „Ort der Information“, den allerdings nur ein Teil der Besucher durchwandert, führt vom allgemein Menschlichen zum konkreten Thema zurück. In seinen vier Räumen bringt er die Dimension des Mordes an den europäischen Juden und die Widmung des Denkmals konkret zum Ausdruck. Allerdings ist auch er – mit emotional wirksamer Ausstellungsarchitektur und fast sakraler Lichtregie – unmittelbar eingebunden in das Gesamtkonzept des affektiven *Environments*.

2 Interview im Berliner Tagesspiegel, 7. 2. 1999.



### **Zur Veränderung der deutschen Gedenkstättenlandschaft**

Von Anfang an hatten die Initiatoren der Erinnerungsarbeit in den bestehenden Gedenkstätten wenig Achtung entgegengebracht. Das Holocaust-Denkmal, so hieß es, sei der Gradmesser für das gesellschaftliche Bewusstsein und werde allein die zentrale, die „eigentliche“ Erinnerung verkörpern. Versuche des Bundes und des Landes Berlin, zum späten Zeitpunkt das Denkmal und seinen „Ort der Information“ mit der international erfolgreichen Arbeit der anderen Gedenkstätten zu verknüpfen und ein arbeitsteiliges Konzept zu entwickeln, haben bisher noch zu keinem sichtbaren Ergebnis geführt. Sinnvoll wäre es vor allem, das Denkmal in engem Zusammenhang mit der „Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz“ zu sehen, die am historischen Ort der damaligen Besprechung das Thema „Völkermord an den europäischen Juden“ über eine Ausstellung und ein differenziertes pädagogisches Programm vermittelt. Die wenige Minuten vom Holocaust-Denkmal entfernte „Topographie des Terrors“ am Ort der Planungszentralen der NS-Verbrechen wiederum informiert über die Strukturen und Wirkungszusammenhänge, was für das Verständnis der Geschichte des Völkermordes unverzichtbar ist.

Der Bund bemühte sich allerdings als Träger des Holocaust-Denkmals, diesem eine Schlüsselrolle in der bisher dezentral strukturierten Gedenkstättenlandschaft zuzuweisen und es zur zukünftigen Anlaufstelle für die Masse der Besucher und zum „Portal“ für die anderen Gedenkort in Berlin, Deutschland und Europa zu machen. Dass sich das touristische Interesse zunächst und vor allem auf das Denkmal richtet, ist offensichtlich und wird vermutlich auch auf Dauer so bleiben. Zurückzuführen ist das vor allem auf seine prominente stadträumliche Lage, auf das ungewöhnliche baukünstlerische Konzept und nicht zuletzt auf den offensichtlichen, von vielen als spektakulär empfundenen *Event*-Charakter des Stelenfeldes – und weniger auf seinen thematischen Bezug. Unwahrscheinlich ist allerdings, dass die „Stiftung Denkmal“ mit ihrer geringen personellen und finanziellen Ausstattung und ihrem unterirdischen, aus vier relativ kleinen Präsentationsräumen und einem Foyer bestehenden „Ort der Information“ die Schlüsselrolle erfüllen kann. Noch nicht einmal die ihr vom Bundestag auferlegte „Portalfunktion“ – das Angebot fundierter Informationen zu den anderen Opfergruppen und Erinnerungsorten – konnte die Stiftung bisher angemessen bewältigen.

Das politische Ordnungs- und Zentralisierungsdenken des Bundes kam 2005 in einem Konzept zum Ausdruck, das die großen Berliner Gedenkstätten an den Orten der NS-Geschichte in einer gemeinsamen Stiftung zusammenführen wollte: die „Topographie des Terrors“, die „Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz“, die „Gedenkstätte Deutscher Widerstand“ in der Stauffenbergstraße und das bisher allein vom Bund betriebene „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“ selbst. Dabei ging es vermutlich auch um stärkere bundespolitische Kontrolle der großen arbeitenden Gedenkstätten mit ihrem jeweils unverwechselbaren Profil. Aufgrund der veränderten politischen Konstellationen nach der Bundestagswahl 2005 wurde dieses Konzept nicht realisiert. Die Zeitverzögerung bietet Chancen für verstärktes Nachdenken. Sinnvoll wäre es, das Holocaust-Denkmal in die langjährig gewachsene, arbeitsteilig und multiperspektivisch strukturierte Gedenkstättenlandschaft einzufügen, ohne ihm von vornherein eine Führungsposition zu verleihen. Andererseits wäre eine engere und inhaltlich effektivere Zusammenarbeit der großen, autonom arbeitenden Berliner Gedenkstätten längst an der Tagesordnung. Das im Sommer 2008 politisch beschlossene Gedenkstättenkonzept des Bundes sieht eine „Ständige Konferenz“ der Leiter dieser vier Institutionen vor, zur besseren Vernetzung ihrer Arbeit. Die konzeptionellen Fragen sind weiterhin offen, die Strukturprobleme ungelöst.

Zunächst bleibt festzuhalten, dass das neue nationale Denkmal sich offener zeigt als erwartet oder befürchtet. Es erzwingt keine einheitliche Sicht auf die NS-Geschichte, wenngleich es bestimmte Formen der Betrachtung nahelegt. Der mit dem *Event*-Charakter verbundenen Banalisierung des Themas muss in der zukünftigen Arbeit entgegengewirkt werden. In diesem wie auch in anderen affektiven *Environments* tritt die Komplexität der historischen Ereignisse zurück hinter die emotionsbetonte Annäherung, die Auseinandersetzung mit den Ursachen und Strukturen hinter der Identifikation mit den Opfern. Diese Fragen können jedoch nicht vorrangig auf der ästhetischen Ebene diskutiert werden.

Ungeachtet der konkreten Gestaltung des Denkmals ist es allerdings ein Gewinn, dass im Denkmal eine sichtbare öffentliche Ehrung für die ermordeten Juden Europas zum Ausdruck kommt. Ob diese Hochachtung auch gesellschaftlich umfassend wirksam werden kann und in welcher Weise sie für politische Ziele eingesetzt – oder auch vereinnahmt – wird, kann nur die Zukunft zeigen.

### **III. Orte des Terrors, Orte des Gedenkens**

## Die offene Wunde der Bundeshauptstadt

*Von der nationalsozialistischen Terrorzentrale zum Lernort*

„Diese Stätte ist eine Notwendigkeit in der Bundeshauptstadt Berlin. Wir brauchen diese offene Wunde in Berlin, sie muss schmerzen, gefragt ist nicht die Salbe, die nur die Symptome kuriert. Diese Wunde muss schmerzen, damit das beste Monument, das man für die Opfer schaffen kann, eine Gesellschaft ohne Antisemitismus, ohne Rassismus, die von Toleranz und Humanität geprägt ist, nicht gefährdet wird.“ So die Worte von Bundesbauminister Klaus Töpfer anlässlich der feierlichen Enthüllung des Bauschildes für den Neubau der „Stiftung Topographie des Terrors“ am 8. Mai 1995 im Plenarsaal des Berliner Abgeordnetenhauses.

Gestapo (Geheime Staatspolizei), SS (Schutzstaffel) und Reichssicherheitshauptamt hatten in den Gebäuden Prinz-Albrecht-Straße 8 und in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft in der NS-Zeit ihre Zentralen. Nach 1945 waren die Reste der zerstörten Häuser abgeräumt worden, jeder Hinweis auf die traurige Geschichte dieses Viertels schien ausgelöscht zu sein, denn bis Mitte der achtziger Jahre bestimmten ein Bauschutt-Recyclingunternehmen und ein Autodrom, auf dem Fahren ohne Führerschein möglich war, das Stadtbild dieses Quartiers.

Verschiedene Berliner Initiativen nahmen schließlich die Informationen, die über das Gelände im Zusammenhang mit dem seit Ende der siebziger Jahre

betriebenen Wiederaufbau des kriegszerstörten Martin-Gropius-Baus aufkamen, zum Anlass, die verborgene Geschichte des „Prinz-Albrecht-Geländes“ dauerhaft sichtbar zu machen. Während der Preußenausstellung 1981 wurde erstmals in größerem Maß auf die Geschichte des Ortes hingewiesen.<sup>1</sup> Im Rahmen der Erschließung der südlichen Friedrichstadt durch die Internationale Bauausstellung (IBA) wurde 1983 ein Wettbewerb mit dem doppelten Ziel ausgelobt, auf die „geschichtliche Tiefe des Ortes“ einzugehen sowie auf dem ehemaligen Gestapo-Gelände einen Stadtpark einzurichten. Bei der Ausschreibung des Wettbewerbs ging man noch davon aus, dass ein „Museum für Deutsche Geschichte“ im benachbarten Martin-Gropius-Bau untergebracht werden würde. In der Aufgabenstellung des Wettbewerbs hieß es unter anderem:

„Dem Ort soll seine eigene Geschichte zurückgegeben werden und die Stadt soll ihn zugleich wieder in ihr Leben, also auch ihren Alltag einbeziehen können.

So wird das Gelände östlich des ehemaligen Kunstgewerbemuseums (Martin-Gropius-Bau) auch ein Ort der Erholung für die Bewohner der näheren Umgebung sein. Das mit Grün unterversorgte Kreuzberg soll an dieser Stelle einen Stadtteilpark erhalten. [...]. In der Neugestaltung muss auch die ideelle Bedeutung sichtbar werden, die diesem Gelände als eine Stätte der Erinnerung, des Nachdenkens, des Erschreckens und des Gedenkens zukommt. Die Neugestaltung dieses Ortes soll das Vergessen unterbrechen und ihn im Bewusstsein der Bewohner und Besucher der Stadt zum festen Bestandteil des Berliner Stadtgefüges machen.“<sup>2</sup>

194 Wettbewerbsarbeiten wurden der Jury vorgelegt. Trotz kontroverser Diskussion vergab die Jury Preise. Gewinner wurden Professor Jürgen Wenzel und Nikolaus Lang (Berlin). Der Entwurf sah vor, dass große gegossene Stahlplatten, auf denen NS-Dokumente faksimiliert eingeprägt sein sollten, das gesamte Gelände versiegeln. Gleichzeitig sollte eine in einem strengen geometrischen Raster zwischen den Dokumenten ausgebreitete Baumreihung das Gelände mit den Baumkronen überdachen.

- 1 Andreas Bekiers/Karl Robert Schütze, *Zwischen Leipziger Platz und Wilhelmstraße. Das ehemalige Kunstgewerbemuseum zu Berlin und die bauliche Entwicklung seiner Umgebung von den Anfängen bis heute*, Berlin 1981.
- 2 Dokumentation, *Offener Wettbewerb Berlin, Südliche Friedrichstadt, Gestaltung des Geländes des ehemaligen „Prinz-Albrecht-Palais“*, Berlin 1985.

Eine breite öffentliche Diskussion des Wettbewerbsergebnisses verwarf eine künstlerische Überformung des Geländes. Im Dezember 1984 beschloss der Berliner Senat, das Wettbewerbsergebnis nicht zu realisieren. Diesem Senatsbeschluss folgte eine erneute Diskussionsphase, an deren Ende 1987 die provisorische Gestaltung des Geländes durch die für die 750-Jahr-Feier der Stadt verantwortliche Berliner Festspiele GmbH im Auftrag des Kultursenators stand. Das Besondere im Vorfeld der Realisierung des Provisoriums war das große Engagement von Bürgern und Initiativen. Sie waren es, die am 8. Mai 1985 unter dem Motto „Es darf kein Gras darüber wachsen“ zu einer Grabungsaktion aufrufen, um auf dem ehemaligen Gestapo-Gelände eine „Denk-Stätte“ zu schaffen. Die Grabungsaktion führte dazu, dass tatsächlich in dem angeblich in den fünfziger Jahren „tiefenttrümmerten“ Gelände noch Spuren der Nazi-Terrorzentralen entdeckt wurden. Daraus ergab sich die Forderung nach systematischen archäologischen Grabungen, die 1986 im Auftrag des Kultursenators erfolgten.

Zu gleicher Zeit liefen die Vorbereitungen für die „Berlin-Ausstellung“, der zentralen historischen Ausstellung zur 750-Jahr-Feier im Westteil der damals noch geteilten Stadt, die unter der wissenschaftlichen Leitung von Reinhard Rürup und Gottfried Korff die Geschichte der Stadt thematisieren sollte. Die Berliner Festspiele GmbH und der für Geschichte zuständige wissenschaftliche Leiter, Reinhard Rürup, waren außerdem beauftragt, ein Konzept für die Dokumentation der Geschichte des „Prinz-Albrecht-Geländes“ zu entwickeln. Zeitgleich fand mit großer öffentlicher Anteilnahme im Februar 1986 ein Hearing in der Akademie der Künste statt, das um grundsätzliche Möglichkeiten des Umgangs mit diesem Gelände rang. So wurde die Frage gestellt, wessen an diesem „Ort der Täter“ zu gedenken sei und wie dies zu geschehen habe. Bürgerinitiativen bildeten sich, wie die „Initiative zum Umgang mit dem Gestapo-Gelände“, Menschenrechtsorganisationen und Betroffenenverbände engagierten sich genauso wie Einzelpersonlichkeiten.

Aus dem öffentlichen Diskussionsprozess kristallisierte sich schließlich heraus, dass unter Einbeziehung der materiellen Grabungsfunde das Gelände durch eine dokumentarische Ausstellung inhaltlich erschlossen werden sollte. Die Ausstellung sollte in einem provisorischen Ausstellungspavillon auf dem Gelände platziert werden. Mit den inhaltlichen Vorarbeiten wurde im Sommer 1986 begonnen. Bei den Fundamentarbeiten für das Gebäude wurden die dann

für die Anschaulichkeit der Ausstellung markanten Keller gefunden und in die Präsentation miteinbezogen. Es handelte sich um die Reste eines in den vierziger Jahren von Häftlingen des KZ-Sachsenhausen als Behelfsbau errichteten zusätzlichen Kantinen- und Küchengebäudes der SS.

Am 4. Juli 1987 wurde die Ausstellung und das durch Informationstafeln historisch erschlossene Gelände als Lernort eröffnet. Bernhard Horstmann, ehemaliger Häftling des Gestapo-„Hausgefängnisses“, erinnerte sich anlässlich der Ausstellungseröffnung an seine Inhaftierung 1945 in der Prinz-Albrecht-Straße:

„So waren diese Gebäude in den letzten Monaten und Wochen des Dritten Reiches zwar nicht der Ort der Ausübung des physischen Terrors, aber sie waren der Ort der Angst. Nicht körperlich betrieben wurde der Schrecken hier, sondern ersonnen, systematisiert, verwaltet, organisiert und schließlich routinemäßig abgehakt. Es ist kaum zu glauben, aber hier wurde einmal die Woche rasiert, gebadet, Nagelpflege gestattet, es gab Lese-, Rauch- und Schreib-erlaubnis, und all dies wurde peinlich genau beachtet. Nichts kennzeichnet den pervertierten, menschenverachtenden Ungeist dieses Ortes mehr als diese teuflische, und doch so sehr deutsche Ordnung – sogar in der Vernichtung.

So spricht aus diesen Überresten, deren Erhaltung die eine Aufgabe der historischen Kultur ist, eine Mahnung: Das Schlimmste, was einem Land widerfahren kann, ist die zwangsläufige Koinzidenz von menschlicher Macht und menschlicher Willkür. Möge es dieser Ausstellung vergönnt sein, die Erinnerung daran und die Wachsamkeit vor ihr stets lebendig zu erhalten. Der Rechtsstaat ist alles!“<sup>3</sup>

Schnell entwickelte sich die auf einem Schandfleck Berlins errichtete Ausstellung „Topographie des Terrors“ zu einer über Berlin hinaus beachteten Präsentation der 750-Jahr-Feier der Stadt. Schließlich reagierte der Berliner Senat auf das große Interesse und Medienecho. Die ursprünglich bis 22. November 1987 geplante Präsentation schloss nicht zusammen mit der Berlin-Ausstellung im Martin-Gropius-Bau ihre Pforten, sondern wurde unbefristet verlängert.

Ende 1988 hatte sich der Diskussionsprozess so weit fortgesetzt, dass das Archäologische Landesamt die ausgegrabenen Zellenböden des ehe-

3 Bernhard Horstmann, Eine teuflisch-deutsche Ordnung, in: 38. Berliner Festwochen, 88. Magazin, Berlin 1988, S. 118 f.

maligen Gestapo-„Hausgefängnisses“ als „unbewegliches Bodendenkmal“ unter Schutz stellte.

Damit ergab sich eine Hierarchie der ausgegrabenen Spuren, denn neben den Zellenböden waren auf dem Gelände Teile der Außenmauern der Gebäude Prinz-Albrecht-Straße 8, des barocken Prinz-Albrecht-Palais sowie die in die Ausstellung einbezogenen sogenannten Küchenkeller ausgegraben und mit den historischen Sachverhalt umreißenden Hinweistafeln erläutert. Auch befanden sich zwei Schuttberge auf dem Gelände, ebenso die Spuren eines im Robinienwäldchen betriebenen Autodroms, das angeblich eine Fahrbahnstrecke von 4000 m hatte.

Dann hatte sich die Diskussion teilweise verlagert. Die Journalistin Lea Rosh forderte, auf dem Gelände ein Memorial-Monument zu errichten, das die Millionen ermordeter jüdischer Menschen einzeln beim Namen nennt. Dem setzten andere entgegen, hier sei der Ort, wo die „Perversion der Staatsmacht zu den Organisatoren des Völkermords stattgefunden habe, hier gelte es, die Täter dingfest zu machen“. Hier sollte der Versuch unternommen werden, darzustellen, wie es die NSDAP geschafft habe, „aus vormaligen integren Institutionen eines demokratischen Gemeinwesens die Agenturen der Menschenjagd, des Pogroms, der Massen-Internierung und des millionenfachen Mordes zu machen“.<sup>4</sup>

Im Februar 1989 veröffentlichte die „Akademie der Künste Berlin“ ein umfangreiches Gutachten „Zum Umgang mit dem Gestapo-Gelände“. Im Vorwort hieß es: „Der Ort ist jetzt präsent. Nun stellt sich die Frage, wie die nächsten Schritte aussehen, um ihn konkret und differenziert zu definieren, daß er zum Denk-Ort entwickelt werden kann, geeignet, die Vergangenheit wirklich zu begreifen, um sie für die Zukunft zu überwinden.“<sup>5</sup>

Das Berliner Abgeordnetenhaus beschäftigte sich ausführlich und oftmals in seinem „Ausschuss für Kulturelle Angelegenheiten“ mit der zukünftigen Gestaltung des „Prinz-Albrecht-Geländes“. Wolfgang Scheffler, einer der wissenschaftlichen Berater der Ausstellung und der Begleitpublikation, unterschied im Abgeordnetenhaus zwischen zwei Formen der möglichen zukünftigen Nutzung: einer zeremoniösen Gedenkstätte oder einem Ort für die

4 Peter Jochen Winters, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27. 9. 1987.

5 Zum Umgang mit dem Gestapo-Gelände. Gutachten im Auftrag der Akademie der Künste Berlin, mit Beiträgen von Stefanie Endlich, Leonie Baumann und Robert Frank, Dezember 1988, Berlin 1989.



dokumentarische Überlieferung im Zusammenhang mit anderen West-Berliner Schauplätzen, die vom Terror und Widerstand Zeugnis ablegten.

Schließlich berief der Kultursenator eine achtköpfige Fachkommission, um ein umfängliches Gutachten zum weiteren Umgang mit dem Gestapo-Gelände zu erarbeiten. Das in seinen Grundzügen Ende 1989 fertiggestellte Memorandum wurde schließlich in den Wochen nach dem Fall der Mauer überarbeitet, um der veränderten Lage des Geländes in der wiedervereinten Stadt gerecht zu werden. Schließlich wurde im März 1990 das Gutachten vorgelegt, das unter anderem folgende Forderungen für die künftige Gestaltung und den weiteren Umgang des Geländes festlegte:

- Errichtung eines Besucher- und Informationszentrums zur Geschichte der NS-Terrorzentralen, das neben einer Dauerausstellung zur Geschichte und Gegenwart des Geländes eine Benutzerbibliothek und ein Benutzerarchiv enthält.
- Errichtung von Vortrags-, Konferenz- und Arbeitsräumen.
- Errichtung eines Begegnungszentrums.

Diese Ergebnisse wurden nicht nur mit den politischen Entscheidungsträgern im Berliner Abgeordnetenhaus öffentlich diskutiert, sondern auch in zwei Anhörungen mit Experten und Betroffenenorganisationen erörtert. Von den zahlreichen Stellungnahmen, die sich im Tenor alle für das von der Fachkommission vorgelegte Gutachten aussprachen, seien hier nur zwei Stimmen zitiert.

Zentralrat der Juden in Deutschland: „Natürlich müssen umfangreiche Informationen auf diesem Gelände eingeplant werden für den Bürger, insbesondere für den jungen Menschen, der kaum Kenntnis hat von dem, was auf diesem Gelände einst vor sich gegangen ist. [...] Natürlich soll und muß es sich um eine offizielle Gedenkstätte handeln. [...] Ich bezeichne das als eine Schande, eine ausgesprochene Schande, daß hier so viele Jahre vergehen mußten, wo Spuren verwischt und Dinge zerstört wurden.“<sup>6</sup>

6 Heinz Galinski, Die Zukunft des Berliner „Prinz-Albrecht-Geländes“ („Gestapo-Geländes“). Zum Abschlußbericht der „Fachkommission zur Erarbeitung von Vorschlägen für die künftige Nutzung des „Prinz-Albrecht-Geländes“ („Gestapo-Geländes“). Gespräche und Abstimmungen mit Vertretern von Organisationen und Initiativen sowie Gedenkstättenleitern und Experten aus dem In- und Ausland. Vorgelegt von Stefanie Endlich im Auftrag der Senatsverwaltung für Kulturelle Angelegenheiten und der Berliner Festspiele GmbH für die „Topographie des Terrors“, Berlin 1990.

Zentralrat der Sinti und Roma: „Wir brauchen ein Zentrum, das die Völkermordverbrechen der Nazis aufarbeitet und darüber hinaus jede Form von Genozid und Ethnozid.“<sup>7</sup>

Zwischenzeitlich hatte die „Senatsverwaltung für Kulturelle Angelegenheiten“ aus dem Fachkommissionsbericht und den Anregungen der öffentlichen Diskussionen eine Senatsvorlage erarbeitet, die am 13. Februar 1992 vom Senat beschlossen und dem Abgeordnetenhaus zur Kenntnisnahme vorgelegt wurde. Neben den bereits dargelegten inhaltlichen Grundzügen wurde hier festgelegt, dass die „Topographie des Terrors“ eine Stiftung öffentlichen Rechts werden sollte, an der neben dem Land Berlin die Bundesrepublik Deutschland beteiligt sein sollte. Ebenfalls beschlossen wurde die Errichtung eines Dokumentations- und Besucherzentrums, für das ein Realisierungswettbewerb ausgelobt werden sollte. Nur wenig später begannen die Vorarbeiten für die Ausschreibung des Bauwettbewerbs.

Der damalige Kultursenator Ulrich Roloff-Momin setzte in den Jahren 1991 bis 1995 die Empfehlungen der Fachkommission um, wandelte das Projekt der Berliner Festspiele in eine selbstständige Stiftung um, berief einen internationalen Beirat, an dessen Spitze bis zu seinem Tod Ignatz Bubis, der Präsident des Zentralrates der Juden in Deutschland, stand, sicherte die Finanzierung der Stiftung durch Beitritt des Bundes und veranlasste einen internationalen Realisierungswettbewerb für den zu errichtenden Neubau eines Dokumentationszentrums, das nicht nur die Ausstellung enthalten sollte, sondern auch eine Bibliothek, ein Benutzerarchiv, einen Veranstaltungssaal sowie andere zur aktiven Auseinandersetzung mit dem Naziterror geeignete Foren. Das Wettbewerbsergebnis für den Neubau der „Topographie des Terrors“ wurde im März 1993 im Tagesspiegel kommentiert:

„Eine Zäsur des Geländes.

Die Aufgabe war eigentlich nicht zu lösen: Eine Ausstellungshalle, ein Besucher- und Dokumentationszentrum und später noch ein Begegnungszentrum – insgesamt über 5400 Quadratmeter – wünschte die Stiftung ‚Topographie des Terrors‘ auf dem Gestapo/Prinz-Albrecht-Gelände unterzubringen, ohne den Charakter des Gedenkparks zu verändern. [...] Preisrichter Dieter Hoffmann-Axthelm hatte einen ‚undekorierten Schuppen‘

7 Ebenda.

gefordert, eine Architektur, die sich nicht selbst inszeniert auf Kosten des leeren Raums, der für sich spräche und den es unbedingt zu erhalten gelte. Er bekam ihn vom Schweizer Architekten Peter Zumthor aus Haldenstein. Dessen nach kontroverser Diskussion mit dem ersten Rang ausgezeichneten Entwurf sieht eine abstrakte Gebäudehülle, eine ‚reine Struktur‘ vor, die aus einem Betonbalken-Tragwerk besteht. Industrieglas soll die Zwischenräume füllen und den Dialog zwischen den Gebäudenutzern und dem Gelände fördern. In einem Großraum im Erdgeschoß sollen temporäre Ausstellungen und die zentrale Dokumentation ‚Topographie des Terrors‘, die zur Zeit an gleicher Stelle in einem Provisorium untergebracht ist, gezeigt werden. Die Versammlungs-, Archiv- und Arbeitsräume des Besucher- und Dokumentationszentrums sind in geschlossenen Raumbehältern in den beiden Obergeschossen vorgesehen.“<sup>8</sup>

Als am 8. Mai 1995 das Bauschild enthüllt wurde, sagte Ignatz Bubis, Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland, bei einem Festakt im Plenarsaal des Berliner Abgeordnetenhauses unter anderem:

„Wenn manche im Ausland überheblich meinen, das alles hat nur in Deutschland passieren können, so muß man sich vergegenwärtigen, daß sich doch 1930 oder selbst 1933 niemand hat vorstellen können, daß im Land der Dichter und Denker so etwas möglich ist, und deshalb will ich auch vor dieser Überheblichkeit warnen [...]. Wir wissen aus der geschichtlichen Erfahrung vieler Jahrhunderte, daß die Menschheit tatsächlich nur sehr schwer lernt und sehr schnell wieder vergißt. Und damit man die Möglichkeit des Lernens hat und damit diese Geschichte nicht in Vergessenheit gerät, ist die Schaffung dieser Stätte hier notwendig [...] und deshalb bin ich dankbar, daß auch die Bundesregierung bereit ist, diese Stiftung mit zu unterstützen und dafür zu sorgen, daß hier eine Möglichkeit geschaffen wird, aus der Vergangenheit für die Zukunft zu lernen.“

Keiner konnte wissen, dass neun Jahre der Agonie folgen würden. Am 11. April 2005 lobte der Bund einen neuen internationalen Bauwettbewerb aus. Das Ergebnis stand Ende Januar 2006 fest und wurde in den Jahren

8 Oliver G. Hamm, in: Der Tagesspiegel, 26. 3. 1993.



*Dauerausstellung der Stiftung Topographie des Terrors*

© Hans D. Beyer, Stiftung Topographie des Terrors

danach umgesetzt. Die „Stiftung Topographie des Terrors“ arbeitet seit dem 4. Juli 1987 mit provisorischen Ausstellungen auf dem Gelände. Sie hat jährlich etwa 350 000 Besucher. Seit 1995 zeigte die Stiftung eine Reihe von Sonderausstellungen und Dokumentationen, die in Berlin und andernorts als Wanderausstellungen gezeigt wurden und werden: Berlin 1945; Die Bücherverbrennung am 10. Mai 1933; Jüdische Geschichte in Berlin; 1936 – Olympische Spiele und Nationalsozialismus; Vor aller Augen: Fotodokumente des nationalsozialistischen Terrors in der Provinz; Der Volksgerichtshof – Hitlers politisches Tribunal.

Darüber hinaus wurde eine Fachbibliothek mit ca. 20 000 Büchern aufgebaut sowie eine Datenbank eingerichtet, die mehrere tausend Blatt der wichtigsten einschlägigen Dokumente erschließt. Abschließend möchte ich Norbert Lammert zitieren, damaliger Kulturpolitischer Sprecher der CDU/CSU Fraktion, der 2001 die Bedeutung der „Topographie des Terrors“ unterstrich:

„Was auf diesem Gelände geschehen ist, das 1933 von der Gestapo und 1939 vom Reichssicherheitshauptamt bezogen wurde, ist nicht Berliner Stadtgeschichte, sondern Nationalgeschichte. Es ist das schrecklichste Kapitel unserer Geschichte.

Das wiedervereinigte Deutschland muss in seiner Hauptstadt demonstrative Zeichen setzen, Zeichen des Erinnerns, des Gedenkens und insbesondere unserer festen Entschlossenheit, die nach dem völligen politischen und moralischen Zusammenbruch unseres Landes mühsam wieder errichtete deutsche Demokratie und das Leben und die Freiheit aller Menschen in diesem Lande, welcher Nationalität, religiösen Überzeugung auch immer, mit allen Kräften zu verteidigen“.<sup>9</sup>

9 Aus der Rede zum Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Jüdisches Museum, „Topographie des Terrors“, Denkmal für die ermordeten Juden Europas“ am 25. Januar 2001.

## Die Berliner Mauer. 1961 bis 1989

Als die DDR-Führung am 13. August 1961 in einer gezielten Aktion die Grenze zwischen Ost-Berlin und West-Berlin mit Stacheldraht abspernte und innerhalb kürzester Zeit eine undurchlässige Grenzanlage, die „Berliner Mauer“, durch die Millionenstadt baute, gingen die Bilder von der Ungeheuerlichkeit dieser Grenzschießung um die ganze Welt. 28 Jahre später, am 9. November 1989, stand das Bauwerk wiederum im Fokus des weltweiten Interesses. Die Mauer war gefallen. Die Bilder von jubelnden Menschen und die Euphorie über das Ende der Teilung der Stadt und des Landes bewegten nicht nur die Berliner, nicht nur die Deutschen in Ost und West, sondern wiederum die Menschen weltweit. Mehr als 28 Jahre hatte die Mauer Berlin geteilt.

Ihr Anfang und ihr Ende markieren wichtige Stationen einer historischen Epoche, die unter den Begriffen „Kalter Krieg“ und „Teilung der Welt in zwei Machtblöcke“ in die Geschichte eingegangen sind. Diese weltpolitische Bedeutung ist besonders im internationalen Kontext von Interesse, hat doch der Kalte Krieg die politische Entwicklung der Nachkriegszeit bis zum Zusammenbruch des Ostblocks am Ende der achtziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts bestimmt. Die symbolische und faktische Bedeutung der „Berliner Mauer“ erschöpft sich jedoch nicht in dieser weltpolitischen Dimension, sondern betrifft darüber hinaus auf vielschichtige Weise den lokalen, nationalen und gesellschaftspolitischen Kontext.

Die Mauer markierte nicht nur die Systemgrenze zwischen den beiden Machtblöcken im Kalten Krieg, sondern sie war das Symbol der deutschen Teilung und stand in besonderem Maße als manifestes Zeichen für das kommunistische Regime in der DDR. Die Mauer entlarvte die Unmenschlichkeit dieses Systems, dessen Menschenverachtung in Todesschüssen auf Flüchtlinge seinen stärksten Ausdruck fand. Mit ihrem Fall wurde sie darüber hinaus zum Wahrzeichen des Einsatzes gegen die Unfreiheit und für den Kampf um Demokratie. Damit ist die Mauer auch das Symbol für die friedliche Überwindung der Teilung geworden.

Wenn wir heute über den Wert dieses Zeugnisses der Geschichte nachdenken und nach adäquaten Formen des Gedenkens und Erinnerns suchen, müssen wir uns der Komplexität dieser Bedeutung stellen. Es gilt also, sich der einzelnen Perspektiven und Schichten der Geschichte zu vergewissern, aber auch den Umgang mit dieser Vergangenheit in den letzten 15 Jahren zu reflektieren.

### **Perspektiven und Bedeutungen der Geschichte**

Zunächst stellt sich die Frage nach den Ursachen für den Mauerbau. Er war keine unmittelbare Folge des Zweiten Weltkrieges, sondern ein Ergebnis der Systemauseinandersetzung in der Nachkriegszeit. Aber auch in dieser Perspektive war der Mauerbau nicht zwingend. Zwingend war er lediglich zur Sicherung der SED-Diktatur. Deshalb wurde die Mauer 1961 auf Betreiben der DDR-Führung gebaut. Nur so konnte die Abwanderung der Bevölkerung gestoppt und der damit verbundenen Destabilisierung der SED-Herrschaft Einhalt geboten werden. Für die Existenz der DDR war die geschlossene Grenze eine unabdingbare Voraussetzung.

Weiterhin sind die unmittelbaren und mittelbaren Folgen der Teilung für die Menschen zu betrachten. Sie hatte für Millionen Deutsche gravierende Konsequenzen. Zahllose Familien wurden durch den Bau der Mauer getrennt, Lebensperspektiven zerstört, Menschen ihrer Freiheit oder Heimat beraubt. Viele wollten und konnten sich mit der Begrenzung ihrer Freiheit und der Trennung nicht abfinden. Beim Versuch, aus der DDR zu flüchten, wurden Hunderte junger Menschen an der Grenze getötet bzw. starben an den Folgen von Verletzungen. Zehntausende wurden bei Fluchtversuchen gefasst oder schon allein wegen der Absicht, möglicherweise das Land verlassen zu wollen, verhaftet. Sie wurden als Staatsfeinde stigmatisiert und zu hohen Haftstrafen verurteilt.

Schließlich geht es um die unterschiedlichen Erfahrungen der Menschen in Ost und West, die sich an der Mauer festmachen lassen. Es sind Erfahrungen, die sich mit Freiheit und Unfreiheit verbinden, mit Macht und Ohnmacht und den Möglichkeiten oder Begrenzungen, sich dem zu entziehen oder sich dagegen aufzulehnen.

Erinnern wir uns: Die Mauer bildete faktisch einen Ring um West-Berlin. West-Berlin war eine Insel, der Zugang zum Umland abgeschnitten. Die Mauer beschränkte zwar die Bewegungsfreiheit der West-Berliner, sie konnte ihnen aber nicht die Freiheit nehmen. Unfreiheit brachte sie für die Menschen in der DDR. An der Mauer zeigte sich, dass Freiheit oder Unfreiheit nicht an dieses Bauwerk, sondern an das politische System gebunden waren.

Während man im Westen seinen Protest an die Mauer schreiben konnte, ein Besuch an der Mauer zu jedem Touristenprogramm gehörte oder man, wie seit Mitte der 1980er-Jahre üblich, mit Graffiti seine Weltsicht kundtat oder auch nur die hässliche Fassade verschönte, war im Osten bereits jegliche Annäherung an die Grenzanlagen gefährlich. Nicht nur die Sperranlagen verhinderten ein Verlassen des Landes. Sie wurden durch ein System der Überwachung und Bespitzelung der Bevölkerung ergänzt, das seinesgleichen auf der Welt sucht.

Erst mit der Änderung der außenpolitischen Bedingungen seit Mitte der 1980er-Jahre, dem eruptionsartigen Ansteigen der Fluchtwelle ab Sommer 1989 und mit dem Erstarken der Demokratiebewegung in der DDR wurde deutlich, dass das Herrschaftssystem gegen den Willen des Volkes nicht mehr aufrechtzuerhalten war. Der Mauerfall war insofern die logische Konsequenz dieser Entwicklung. Er beschleunigte den Zerfall der beiden Blöcke und beendete die Auseinandersetzungen des Kalten Krieges.

### **Der Umgang mit der Mauer und den Spuren der Teilung**

Unmittelbar nach dem Mauerfall begann die Zerstörung der Grenzanlagen. Dem begeisterten Tanz auf der Mauer folgte die private Aneignung des verhassten Bauwerks, das seine Funktion endgültig verloren hatte. Mit Werkzeugen ausgerüstet, begannen die Berliner und Berlin-Besucher, die Mauer zu zerstören und sich Steine als Erinnerungszeichen an das historische Ereignis für zu Hause zu sichern. Noch heute sind echte oder angeblich echte Stücke der Mauer beliebte Souvenirs und ein einträgliches Geschäft



für diejenigen, die sich der Vermarktung des historischen Bauwerks verschrieben haben.

Auf der Ost-Berliner Seite eroberte man indessen die Mauer, indem sie nun auch von dieser Seite als Projektionsfläche für künstlerische Gestaltung diente. So entstand die heute weltberühmte „East-Side-Gallery“, ein Teil der ehemaligen, nach Ost-Berlin gerichteten Hinterlandmauer, an der Künstler aus aller Welt die Bedeutung des Mauerfalls mit ihren Mitteln kommentierten. Eine weitere Form der privaten Aneignung war die Erkundung des ehemaligen Todesstreifens. Er wurde vielfach fotografisch festgehalten und gefilmt. Ein besonders eindruckliches Dokument sind die Bilder von einem Überflug über den Grenzstreifen aus dem Frühjahr 1990, der den Zustand der Grenzanlagen vor dem systematischen Abriss dokumentiert.

Fast zeitgleich zur privaten und gesellschaftlichen Aneignung wurde auch mit dem organisierten Rückbau der Grenzanlagen begonnen. Schon im Dezember 1989 beschloss der Ministerrat der im November gebildeten DDR-Übergangsregierung in Übereinstimmung mit dem Magistrat von Ost-Berlin, die Mauer abzureißen. Die Spuren des brutalen Einschnitts in die Stadt sollten so schnell wie möglich beseitigt werden. Der Abriss betraf nicht nur die 45 000 Mauerelemente, sondern auch die weiteren Elemente des Grenzsicherungssystems. Dazu gehörten die sogenannte Hinterlandmauer, die den Grenzbereich gegen Ost-Berlin abschirmte, und die pionier- und signaltechnischen Anlagen wie Grenztürme, Signalzäune, Fahrzeugsperrern, das Grenztelefonnetz, Postenbunker und anderes mehr. Am 1. Juli 1990, als mit der Einführung der Wirtschafts- und Währungsunion die Kontrollen an der Grenze endgültig eingestellt wurden, waren bereits über hundert grenzüberquerende Straßen von den Grenzanlagen befreit und konnten dem Verkehr zurückgegeben werden. Die letzten Elemente der innerstädtischen Mauer wurden im November 1990 entfernt.

Der zügige Abriss entsprach dem politischen und gesellschaftlichen Konsens: „Die Mauer muss weg“. Die Berliner wollten das verhasste Bauwerk nicht mehr vor Augen haben, die Stadt sollte wieder eins sein. Während Institutionen und Einzelpersonen aus anderen Ländern sich einzelne Segmente der Mauer sicherten und diese als Erinnerungszeichen an die Periode des Kalten Krieges und die Überwindung der Blockkonfrontation in aller Welt aufstellten, wurden in Berlin die Spuren beseitigt. Nur wenige Stimmen votierten in dieser Zeit für



*Dokumentationszentrum Berliner Mauer. Blick vom Aussichtsturm auf den ehemaligen Grenzstreifen*

© Brigitte Hiss, 2004

den Erhalt eines Teils der Grenzanlagen, um nachfolgenden Generationen ein Stück der Geschichte anschaulich zu erhalten. Exemplarisch sollte dies in der Bernauer Straße erfolgen, die durch ihre dramatische Geschichte in den Tagen des Mauerbaus Teil des kollektiven Gedächtnisses geworden ist.

Heute befindet sich an diesem Ort ein Gedenkensemble, das aus drei Teilen besteht: der „Gedenkstätte Berliner Mauer“, dem „Dokumentationszentrum“ und der „Kapelle der Versöhnung“. Alle drei Erinnerungsorte sind für sich Dokumente der Teilung und bieten in jeweils spezifischer Form Zugang zu ihrer Geschichte.

Die Gedenkstätte fungiert als historisches Sachzeugnis und Mahnmal. Sie umfasst einen weitgehend original erhaltenen Abschnitt der ehemaligen Grenzanlagen, der in seiner Tiefenstaffelung erhalten geblieben ist und durch die Gestaltung künstlerisch überhöht wurde. Die vorhandenen Elemente dokumentieren den Aufbau der Grenzbefestigung, wie er 1989 an diesem konkreten Ort bestand. Der Mahnmalbereich umfasst eine Länge von 70 m und wird von

7 m hohen Stahlwänden räumlich gefasst. Diese sind an der Innenseite poliert und reflektieren die erhaltenen Teile der Grenzanlage. Sie bewirken damit eine optische Verlängerung der Mauer. Die Außenseiten haben eine rostende Oberfläche. An einer dieser Rostwände ist die Widmung der Gedenkstätte angebracht: „In Erinnerung an die Teilung der Stadt und im Gedenken an die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft“.

Das Dokumentationszentrum befindet sich gegenüber der Gedenkstätte im ehemaligen Gemeindehaus der Versöhnungsgemeinde. Das Gebäude ist selbst ein Dokument der Teilung. Es wurde 1965 als Ersatz für die Kirche gebaut, die unzugänglich im Grenzstreifen stand. Mit einem breit gefächerten Informationsangebot ermöglicht das Dokumentationszentrum die Annäherung an die Geschichte und die Auseinandersetzung mit Ursachen, Verlauf und Folgen der Teilung. Im Jahr 2002 wurde es durch einen Aussichtsturm komplettiert, der einen eindrucksvollen Blick auf die Gedenkstätte mit den Resten der ehemaligen Sperranlagen ermöglicht. Von hier ist die Brache des ehemaligen Grenzstreifens zu erkennen, die sich noch heute entlang der Bernauer Straße erstreckt und als Wunde in der Stadt erkennbar ist. Auf dieser Brache des ehemaligen Todesstreifens steht die Kapelle der Versöhnung, die am Standort der alten Kirche erbaut wurde. Behutsam wurden die noch vorhandenen Spuren der Kirche und des Grenzstreifens in den schlichten Lehm- und Ziegelmurwerk integriert. Die Kapelle ist ein Ort der Kontemplation und weist mit ihrem Auftrag zur Versöhnung in die Zukunft.

Die „Gedenkstätte Berliner Mauer“ war schon vor ihrer Errichtung heftig umstritten. Es gab Befürworter und Gegner dieser Einrichtung. Engagement für einen Erinnerungsort stand gegen Forderungen zur kompletten Tilgung der Mauer. Mittlerweile ist die Einrichtung etabliert und wird von den Besuchern positiv angenommen. Dennoch gibt es weiterhin Kritik, die sich auf die Gestaltung der Gedenkstätte bezieht. Zu beobachten ist ein wachsendes Interesse der Berlin-Besucher, die nach Spuren der Mauer suchen und irritiert sind über die Schwierigkeiten, solche zu finden.

Im Herbst 2004, anlässlich des 15. Jahrestages des Mauerfalls, löste eine private Installation am „Checkpoint Charlie“ eine heftige Debatte über die Erinnerungskultur zur Geschichte der Teilung aus. Die als zentrales Mahnmal deklarierte Installation polarisierte die öffentliche Meinung. Stimmen, die wegen der starken emotionalen Wirkung auf die Besucher am Besuchermagnet

„Checkpoint Charlie“ für den Erhalt der an den geltenden Gesetzen vorbei errichteten Installation votierten, standen kritischen Bewertungen gegenüber. Sie wendeten sich gegen eine künstlich errichtete Mauer jenseits des historischen Ortes mit einer ausschließlich auf Emotionalisierung zielenden Symbolik. Die Debatte verdeutlichte, wie schwierig es ist, die Komplexität der historischen Bedeutung der Mauer im öffentlichen Raum zu erinnern. Als zentrales Moment der Kritik wurde in der Debatte deutlich, dass die Mauer im Stadtbild nicht mehr zu finden ist und vorhandene Erinnerungsorte den von ihr ausgehenden Schrecken nicht widerspiegeln können.

Die Auseinandersetzungen waren Auslöser für die Erarbeitung eines umfassenden Gedenkkonzeptes zur Geschichte der Berliner Mauer. Dieses setzte bei der Bestandsaufnahme bisher existierender Erinnerungsorte und Kennzeichnungen des Mauerverlaufs an. Deutlich wurde, dass es bereits eine Vielzahl solcher Orte und Gedenkzeichen gibt, die hauptsächlich durch privates oder bürgerschaftliches Engagement erhalten oder errichtet wurden. Sie existieren jedoch weitgehend unverbunden nebeneinander und sind kaum bekannt. Dazu gehört das von dem Künstler Ben Wagin bereits 1990 gestaltete „Parlament der Bäume“ im heutigen Regierungsviertel.

Teile dieses Mahnmals wurden in das vom Architekten Braunfels erbaute Marie-Elisabeth-Lüders-Haus auf eindrückliche Weise integriert, in dem sich der wissenschaftliche Dienst des Bundestages befindet. Die historischen Sachzeugnisse der Mauer und eine frühe künstlerische Bearbeitung zur Erinnerung an die Opfer werden bewahrt und innerhalb des Parlamentsgebäudes sichtbar gemacht. Spuren des Grenzregimes sind damit an einem zentralen Ort des demokratisch verfassten vereinigten Deutschlands zu einer eindrucksvollen Synthese mit dem Bau gebracht worden. Laut einer Empfehlung des Kulturausschusses des Deutschen Bundestages soll in Zukunft an dieser Stelle ein Totenbuch zur Erinnerung an die Opfer der Teilung ausgelegt werden, an dessen Realisierung der „Verein Berliner Mauer“ in Kooperation mit dem „Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam“ arbeitet.

Die einzelnen dezentralen Orte werden durch verschiedene Markierungen miteinander verbunden. Zu den Markierungen gehört eine doppelte Kopfsteinpflasterreihe, die den Grenzverlauf im Innenstadtbereich nachzeichnet. An verschiedenen markanten Stellen wird sie durch Informationstafeln

der Geschichtsmeile ergänzt. Eine weitere Markierung erfolgt durch die Realisierung des Mauerradweges, der gegenwärtig ausgebaut wird. Er ermöglicht es, die ca. 155 km lange Strecke der Grenze um West-Berlin herum und damit Länge und Ausmaß der Grenze nachzuvollziehen. Auch entlang des Mauerradweges werden zahlreiche Erinnerungszeichen und zusätzliche Informationen zu finden sein.

Das Gedenkkonzept für die Mauer nimmt die entstandene dezentrale Gedenklandschaft auf und zielt darauf, die vorhandenen Gedenkort e erkennbar miteinander zu verknüpfen und damit für die Besucher zu erschließen. Dieses Konzept trägt der Tatsache Rechnung, dass sich die Mauer durch die gesamte Stadt um West-Berlin herum zog und in ihrer Komplexität nicht nur an einem Ort erfahrbar gemacht werden kann. An drei herausragenden Orten, die jeweils für ein prägnantes Thema der Teilung stehen, sollen die verschiedenen Bedeutungskomplexe erkennbar dokumentiert werden.

Von zentraler Bedeutung bleibt die Bernauer Straße. An diesem geschichtsträchtigen Ort ist die Zerstörung der Stadtlandschaft noch heute als Narbe im Weichbild der Stadt erfahrbar. In Ergänzung zum Gedenkensemble soll unter Einbeziehung des Grenzstreifens auf dem Gelände des Nordbahnhofs und entlang der Straße bis zum Mauerpark eine Erinnerungslandschaft entstehen, in der die Geschichte des Mauerbaus und seiner Folgen für die Menschen dokumentiert wird. Hier hat das Gedenken an die Opfer der Teilung seinen Platz und hier werden die Mechanismen der Machtsicherung durch das Grenzregime der DDR dokumentiert.

Der ehemalige Grenzübergang „Checkpoint Charlie“ als zweiter zentraler Erinnerungsort steht für die Konfrontation im Kalten Krieg und die Unterstützung der West-Alliierten zur Weiterexistenz von West-Berlin. Hier wird die weltpolitische Dimension aufgenommen. Das nahe gelegene „Haus am Checkpoint Charlie“ fungiert als historisches Dokument, das eindrücklich die Haltung der West-Berliner im Kampf gegen die Mauer aufzeigt und die Stimmung aus dieser Perspektive verdeutlicht.

Für den nationalen Aspekt der Teilungsgeschichte steht als zentraler Ort das „Brandenburger Tor“. Dieses nationale Symbol integriert verschiedene prägnante Daten der deutschen Geschichte, zu denen nicht zuletzt der Mauerfall im November 1989 und die deutsche Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 gehören.

**Fazit**

Der Umgang mit der Berliner Mauer war in den letzten 15 Jahren vom Zwiespalt geprägt, die Teilung zu überwinden und wieder eins zu werden, aber auch die Erinnerung an diese Zeit wachzuhalten. Mit dem neuen Gedenkkonzept wird versucht, die Defizite im Umgang mit der komplexen Bedeutung der Berliner Mauer zu überwinden. Alle wesentlichen Aspekte der Teilungsgeschichte zur Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur, zur Überwindung der Teilung und zur Einbettung in den welthistorischen Kontext sollen einbezogen und erweiterte Möglichkeiten der Beschäftigung eröffnet werden.

## Erinnerung als Politik: die Grundlinien der Diskussion

Als der damalige argentinische Präsident Néstor Kirchner am 24. März 2004 ankündigte, die Einrichtungen der *Escuela Mecánica de la Armada* (ESMA, Mechanikerschule der Marine) sollten in ein „Museum der Erinnerung“ umgewandelt werden, zweifelte niemand an der politischen und symbolischen Tragweite dieser Entscheidung und ebenso wenig daran, dass dies den bislang latenten Streit über die jüngste Geschichte des Landes neu entfachen würde.<sup>1</sup> Während der Journalist Mariano Grondona von „halbem Gedenken“ sprach und die Verantwortlichen des „antisubversiven Kampfes“ diesen rechtfertigten, begannen in einigen Kreisen Diskussionen über das Profil des zukünftigen Museums.

Bereits kurz nach Beginn der Militärdiktatur hatten die Angehörigen von Verschwundenen mit ihrer Suche begonnen und Anzeigen erhoben. Dafür standen weltweit die „Mütter der Plaza de Mayo“. 1985, nach dem Amtsantritt der demokratischen Regierung, belegten die Gerichtsverfahren gegen die Verantwortlichen der Militärjuntas – damals noch unter dem vorherrschenden Diskurs der „zwei Dämonen“ – auf beeindruckende Weise die zentrale Rolle

1 Bei dieser Studie handelt es sich um eine leicht gekürzte Übersetzung des Beitrages *La memoria como política pública: los ejes de la discusión*, der 2005 in Buenos Aires in dem von Marcelo Brodsky herausgegebenen Band *Memoria en construcción. El debate sobre la ESMA* erschienen ist.

des terroristischen Staates bei den während der Diktatur verübten Menschenrechtsverletzungen. Die folgenden zwei Jahrzehnte standen im Zeichen einer Auseinandersetzung zwischen Straflosigkeit und Gerechtigkeit, Vergessen und Erinnern. Vor diesem Hintergrund geht es seit dem 24. März 2004 in der Auseinandersetzung mit der jüngsten Geschichte des Landes darum, diejenigen Werte herauszuarbeiten, die künftig das soziale Zusammenleben regeln sollen. „Wir sind Zeugen eines Prozesses, der zur Entstehung neuer Werte führt, d. h. zu der Entscheidung, den furchtbaren Ereignissen der Vergangenheit mit einem Gerechtigkeitsideal zu begegnen, das erst jetzt seinen moralischen Rückhalt im urbanen Raum gefunden hat“, stellte damals die Psychoanalytikerin Eva Giberti fest.

Am 24. März 2004 unterzeichneten der Nationalstaat und die Stadtregierung von Buenos Aires eine später durch das Stadtparlament ratifizierte Vereinbarung, die verfügte, dass alle militärischen Einrichtungen auf dem 17 Hektar großen Grundstück der ESMA aufgelöst und an die Stadt Buenos Aires zurückgegeben werden sollten, um dort einen „Ort der Erinnerung und zur Förderung und Verteidigung der Menschenrechte“ zu schaffen. Mit der beginnenden Diskussion wurde die Erinnerung in zunehmendem Maße umstritten. Nicht wenige Aktivisten, die ihre Erinnerungen an die Zeit der Diktatur schon in die hintersten Winkel ihres Gedächtnisses verbannt hatten, entdeckten nun, wie der Umgang eines Volkes mit seiner Vergangenheit (und besonders mit deren dunklen Kapiteln) auf seine Gegenwart und Zukunft wirkt. Nicht wenige Experten, die die Vergangenheit auf die simple Nennung historischer Tatsachen reduzierten, die mutmaßlich für sich selbst sprechen, mussten anerkennen, dass jede Erinnerung von Anforderungen, die die Gegenwart an sie stellt, beeinflusst wird. Menschenrechtsorganisationen, Gruppen von Überlebenden der geheimen Folterzentren sowie Vertreter akademischer und kultureller Kreise begannen sich mit Fragen zu befassen, die schon nach kurzer Zeit ihre Komplexität offenbarten. In einigen Bereichen bestand Konsens, es kam aber auch zu Unstimmigkeiten. Auf diese Art und Weise entdeckte man das enorme politische Potenzial, das in der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit steckt. Was muss getan werden, damit verschiedene Ansätze nebeneinander existieren und miteinander kommunizieren können und so Übereinkünfte ermöglichen, die zu Fortschritten führen?



## **Zeit zu debattieren**

Es ist Zeit zu debattieren. Was soll dargestellt werden? Mit welchem Ziel? Auf welche Art und Weise? Es gibt grundlegende Fragen, die viele andere nach sich ziehen. „Denkmäler leben, solange man über sie diskutiert“, hat der deutsche Künstler Horst Hoheisel gesagt. Diese Position vertreten auch diejenigen, die sich für Erinnerungsprojekte einsetzen, die einer permanenten Neuinterpretation offenstehen. Wie können einseitige, mit hegemonialem Anspruch auftretende Erinnerungsdiskurse verhindert werden? Auf welche Weise kann sich diese verwüstete Gesellschaft eine Gegenwart schaffen, indem sie die Vergangenheit durchdringt? Die politische und kulturelle Diskussion birgt komplexe Herausforderungen und gleichzeitig bietet sie nicht zu unterschätzende Chancen. Es muss im Kleinen begonnen werden, mit dem Ziel, Diskussionsformen zu strukturieren, Positionen einander gegenüberzustellen, sie anzuhören und einzubeziehen. Auch ist notwendig, die Diskussion in breitere Schichten der Gesellschaft zu tragen, das Verhältnis zwischen Staat und Zivilgesellschaft zu klären, die verschiedenen Bereiche, in denen heute diese Diskussionen geführt werden, zu vernetzen und nach Wegen zu suchen, um realistische Konsenslösungen zu erarbeiten. Und man muss sich Zeit lassen. Vielleicht ist das einer der Wege, damit die starke Rolle des Staates im Bereich der Erinnerungspolitik nicht zu hegemonialen Diskursen führt, sondern zur kritischen Aneignung einer entscheidenden Phase unserer Geschichte beiträgt.

In den laufenden Debatten um Fragen des Gedenkens, der Geschichte und ihrer Darstellung haben sich drei Themenkomplexe herauskristallisiert. Der erste kreist um die Frage, wie die Erinnerung die Narrative über die Vergangenheit im Verhältnis zur Gegenwart und den Anlässen des Gedenkens konstruiert. Ein weiterer Themenkomplex bezieht sich auf unsere jüngste Geschichte. Beim dritten Themenkomplex geht es um die Visionen für den „Ort“ oder das „Museum“ des Gedenkens.

## **Bewusstes Erinnern**

Was ist die Erinnerung? Ist es eine Rückkehr zur Vergangenheit mit Hilfe von Datenbanken und vernetzten Archiven, um sich der „wahren Erinnerung“ anzunähern? Oder eine Auswahl, die nie neutral oder aseptisch sein kann, die sich das Geschehene kritisch aneignet? Die Frage nach der „Unschuld“ oder Intentionalität der Erinnerung ist von zentraler Bedeutung, wenn über

staatliche Erinnerungspolitiken diskutiert wird. Gehen wir von einem leeren Krug aus, den es mit Dokumenten und Zeitzeugenberichten zu füllen gilt? Oder von einem Prozess, der von Deutungen und Wünschen ausgeht, sich der Vergangenheit zuwendet, und in diesem Hin und Her die Vergangenheit rekonstruiert? „Die Erinnerung ist stets eine Konstruktion: was erinnert wird, was vergessen wird, und welche Deutungen dem Lauf der Geschichte gegeben werden, ist nicht mit dem Lauf der Ereignisse implizit vorgegeben, sondern geht auf eine Wahl zurück, die ethische und moralische Folgen hat“, haben Alejandra Oberti und Roberto Pittaluga behauptet.<sup>2</sup> Wenn es keine „reinen“ Erinnerungen gibt, die spontan aus den Tatsachen „entspringen“; wenn in den Worten von Primo Levi „die Erinnerung ein wunderbares, aber trügerisches Instrument“ ist, und nach Ricardo Forster ein „Schlachtfeld aus Wahrheiten und Lügen“, so wird klar, dass das Risiko eines „schlechten Gebrauchs“ besteht, etwa durch Kanalisierung der Vergangenheit, durch Verdrehung oder durch Wiederholung der Fakten bis hin zu ihrer Sterilisierung oder Sakralisierung, durch ihre Nutzung zur Entlastung von Gewissen oder durch ihre Verschwendung als nostalgische und lähmende Übung.

„Bewusstes Erinnern“ kann dazu führen, dass Einheitsdiskurse und hegemoniale Erzählungen über die Vergangenheit unterstützt werden. Mónica Muñoz nennt als Beispiel dafür das Vorwort des Berichtes *Nunca Más* (Nie Wieder), wenn dort bekräftigt werde, die Mehrheit der Verschwundenen seien „des Terrorismus unschuldig“ gewesen, womit eine bestimmte Auslegung der Fakten erzwungen werde, die den Leser von seiner Verpflichtung enthebe, darüber nachzudenken, ob etwa diejenigen, die nicht „unschuldig“ gewesen wären, Folter und Verschwinden verdient hätten. Pilar Calveiro weist darauf hin, dass es „viele Formen gibt, sich zu erinnern“. Sie bezeichnet die Gegenwart, die aktuelle Realität, als den bedeutendsten Impuls für die Erinnerung. In Bezug auf unsere jüngsten Vergangenheit fragt sie: „Wie lassen sich kollektive, notwendigerweise plurale Formen der Erinnerung konstruieren?“ In ihrer Antwort greift sie auf Walter Benjamin zurück: „Es ist die Gegenwart, oder besser gesagt, es sind die Gefahren unserer Gegenwart, unserer gegenwärtigen Gesellschaften, die das Erinnern heraufbeschwören. In diesem Sinne setzt die

2 Alejandra Oberti/Roberto Pittaluga, ¿Qué memoria para qué políticas?, in: El Rodaballo. Revista de política y cultura 13 (2001).

[die Erinnerung] nicht bei den Ereignissen der siebziger Jahre an, sondern sie beginnt mit unserer Wirklichkeit und wendet sich in die Vergangenheit, um diese als eine flüchtige Erleuchtung zurückzubringen, damit sie im Augenblick der gegenwärtigen Gefahr aufblitzt.“<sup>3</sup>

Calveiro vertritt die Auffassung, dass die Erinnerung im Unterschied zur Geschichte von der eigenen Lebenserfahrung ausgeht und sie dadurch, dass sie ihr einen Sinn verleiht, auch tradierbar, an andere vermittelbar werden lässt. Während die Geschichte eine Art festes Archiv bildet, entwirft die Erinnerung, die von der Gegenwart angetrieben wird, immer wieder sich wandelnde Erzählungen und deutet die Vergangenheit ständig neu. Was ist dann aber die „wirkliche Erinnerung“? Calveiro bevorzugt den Begriff der „Zuverlässigkeit der Erinnerung“ im Sinne eines Formulierens von sinnstiftenden Fragen an die Vergangenheit anstelle des Verharrens in Wiederholungen. „Die Verbindung zwischen der Bedeutung, die die Vergangenheit für ihre Akteure hatte, und derjenigen, die sie für die Herausforderungen der Gegenwart hat, ist das, was es erlaubt, dass die Erinnerung eine zuverlässige Erinnerung ist.“ Dies ist nicht möglich, wenn den Geschehnissen der Vergangenheit die Bedeutung abgesprochen wird, die sie einst hatten. Genau das passiert aber laut Calveiro, wenn die Kämpfe der 70er-Jahre idealisiert werden und ihre politische Dimension verdrängt wird. „Diese Idealisierung friert die Erinnerung ein, sie verschließt sie, schottet sie ab, sie erlaubt nicht die Auseinandersetzung, sondern sie verhindert sie.“

### **Die zu erzählende Geschichte**

Eine Grundsatzfrage in der Diskussion lautet: Welche Geschichte soll das „Museum der Erinnerung“ erzählen? Ausgehend von welchem Konsens wird die Konstruktion unterschiedlicher Erinnerungen, auf denen das museale Narrativ gründet, vorangetrieben? Ist es angemessen, von „einer“ Erzählung zu sprechen, oder sollte von mehreren die Rede sein? Auf welches „Drehbuch“ sollten sich die Ausstellung und Darstellung stützen? „Die Erinnerung ist immer eine soziale Erzählung“, schreibt Pilar Calveiro. „Es handelt sich um ein mehrstimmiges Werk, in dem es nicht darum geht, eine einheitliche Erzählung aus einem Guss und ohne Risse aufzubauen, sondern die Widersprüche, Unterschiede, Spannungen deutlich zu machen, sodass die Zweideutigkeit, die

3 Pilar Calveiro, *Memorias virósicas*, México, D. F. 2000.

Mehrdeutigkeit, selbst das Schweigen, eine komplexere Dimension auf vielen unterschiedlichen Ebenen entstehen lassen.“<sup>4</sup>

Die narrative Artikulation dessen, was in Argentinien geschehen ist, bleibt weiterhin ein heikles Thema; weil die Geschehnisse noch nahe liegen, weil die Protagonisten an der jetzigen Diskussion teilnehmen, weil ein Teil der Bevölkerung sich der Vergangenheit nicht stellen möchte, und besonders aufgrund Natur des Geschehenen: Der Staat selbst hat unmenschliche Verbrechen gegen einen Teil der Gesellschaft verübt, was alle aus der argentinischen Geschichte bekannten Gewaltphänomene bei Weitem übertrifft. Genau dies macht den „harten Kern“ des „Museums der Erinnerung“ aus: zu erzählen, was geschehen ist, und Elemente beizusteuern, die dazu beitragen zu erklären, wie dies möglich war.

Es gibt unterschiedliche und zum Teil miteinander im Konflikt stehende Erzählungen über die Zeit des Staatsterrorismus. Welche von ihnen sind am besten dazu geeignet, als Grundlage für die Darstellungen der Vergangenheit im Rahmen einer staatlichen Erinnerungspolitik zu dienen? Die von einem Kampf zwischen zwei Fraktionen vor den Augen einer fassungslosen Gesellschaft? Die von einer den Streitkräften aufgezwungenen Reaktion auf die terroristische Aggression junger Idealisten, die „durch andere Interessen instrumentalisiert wurden“? Die von den Exzessen psychopathischer und krankhafter Täter, die unschuldige Opfer ermordeten? Die von einem nicht nachvollziehbaren Einbrechen des „absoluten Bösen“ in unsere Geschichte? Die von einer Eskalation von Kämpfen, in deren Rahmen die herrschenden Schichten eine disziplinierende Vernichtung planten? Alle oder einige dieser Diskurselemente lösen in Argentinien eine politische Auseinandersetzung über nicht aufgearbeitete Themen der Gegenwart aus. Dies erklärt die heftigen Auswirkungen, zu denen es seit der Rückkehr zur Demokratie jedes Mal kommt, wenn es um das Thema Erinnerung geht.

Die zahlreichen gesellschaftlichen Gruppen, die Wahrheit, Gerechtigkeit und Erinnerung fordern, bilden ein breites Spektrum unterschiedlicher Ansichten. Die Diskussionen zwischen ihnen beziehen sich nicht so sehr auf die zentrale Rolle des Staatsterrorismus (dessen Wesen sie von anderen Gewalt-

4 Sandra Lorenzano/Pilar Calveiro, Legados de la experiencia y la narración, in: *MilPalabras* 5 (2003).

5 Federico Lorenz, Lo que está en juego en la ESMA, in: *Puentes* 11 (2004).

formen unterscheiden), sondern auf die Erklärung des historischen Prozesses, der ihn ermöglichte, insbesondere der Rolle, die verschiedene gesellschaftliche Gruppen und Schichten und ganz besonders die bewaffneten Organisationen spielten. So unterstreicht der Historiker Federico Lorenz, dass „die Verantwortung der *Guerrilla*-Organisationen bei Gewalthandlungen genauso explizit benannt und dargestellt werden muss wie der Staatsterrorismus; aber nicht in einer Art und Weise, welche die Gleichsetzung beider Gewaltformen ermöglicht, die sich grundlegend voneinander unterscheiden“.<sup>5</sup> Feierstein wiederum betont: „Oft werden zwei Diskussionen miteinander verwechselt und über Kreuz geführt. Eine Sache ist die kritische Untersuchung der politischen Aktionen der verschiedenen linken Organisationen jener Jahre. [...] Eine ganz andere Sache ist es jedoch (und mit anderen Auswirkungen), wenn die notwendige Kritik an diesen Aktionen dazu benutzt wird, um den Organisationen, deren Mitglieder ermordet wurden, einen (wie auch immer gearteten) Teil der Verantwortung für diese Morde zuzuweisen.“<sup>6</sup>

Die Arbeit von Oberti und Pittaluga beschäftigt sich ebenfalls mit diesem Thema, wobei die Autoren sich besonders für die Untersuchung der Militanz in den siebziger Jahren interessieren: „Wenn es über etwas kaum Zweifel gibt, dann betrifft dies die Maßlosigkeit des ausgeübten Terrors. [...] Das hindert uns jedoch nicht daran, andere Fragestellungen aufzuwerfen; wir sind der Auffassung, dass die Praxis und die politischen Positionen der bewaffneten Linken jener Jahre zum Gegenstand eines kritischen Erinnerns werden sollten. So wie der Terror der Diktatur nicht aus seinen unmittelbaren Umständen heraus erklärt werden kann, ist es notwendig, die Aktionen der bewaffneten Linken zu untersuchen, wenn diese Kräfte – zusammen mit ihren Erfahrungen und Erwartungen – als aktive Subjekte und nicht einfach als passive Opfer begriffen werden sollen.“

Pilar Calveiro geht ihrerseits der Frage nach den Verantwortlichkeiten nach, indem sie darauf hinweist, es gehe nicht um eine diffuse Verantwortung, die zu gleichen Teilen unter allen verteilt ist, sondern um „konkrete, spezifische politische Verantwortungen“, die nicht von Tausenden von „Dämonen“ getragen wurden, sondern von konkreten politischen Akteuren (Parteien, Gewerkschaften, Unternehmer, der katholischen Kirche, bewaffneten Organisationen, usw.).

6 Daniel Feierstein, *Seis estudios sobre genocidio*, Buenos Aires 2000.

Sie vertritt die Auffassung, die „Theorie der zwei Dämonen“ habe, insofern sie von einer diabolischen Konfrontation zwischen Militär und *Guerrilla* ausgehe, die Verantwortung des Staates und der Gesellschaft unterschlagen. Heute bestehe die Gefahr einer Verlagerung dieser Theorie auf einen einzigen Dämon, das Militär, was erneut eine Unterschlagung der politischen Dimension bedeuten würde. In diesem Fall könne es zu einem Gedächtnisverlust kommen, weil ein Großteil der Ereignisse der siebziger Jahre damit seines historischen Sinnzusammenhangs beraubt werde und somit heute als eine Art Wahn erscheine. Calveiro hält es unbedingt für notwendig, das Verhältnis zu untersuchen, das zwischen Gewalt und Politik bestand, und eine politische Bilanz der Aktionen der bewaffneten Organisationen zu ziehen.<sup>7</sup> Es müsse eine Auseinandersetzung mit der politischen Geschichte vor dem Militärputsch 1976 einschließlich der Frage nach dessen Ursachen erfolgen. Zu untersuchen sei auch, wie die argentinische Gesellschaft bereits lange vor dem Putsch durch den Autoritarismus durchdrungen worden sei und inwiefern das von den Streitkräften implementierte autoritäre Modell von der militaristischen Logik der *Guerrilla*-Organisationen reproduziert worden sei. Calveiro betont die besondere Rolle, die den ehemaligen Aktivisten im Hinblick auf diese Analyse zukommt, vor allem hinsichtlich des Prozesses, der sie zu einer politischen und militärischen Niederlage führte.

### Die Dilemmata des Museums

Wie lassen sich diese Analysen mit der Diskussion über das „Museum der Erinnerung“ in der ESMA verbinden? Meiner Ansicht nach muss ein Ort der Erinnerung an den Staatsterrorismus vermitteln, worin dieses Phänomen bestand; er muss alle Informationen zur Verfügung stellen, die notwendig sind, um dessen Ursachen und Entstehung nachvollziehen zu können. Wenn ein solches Museum zudem in einem Ort wie der ESMA (wo ein geheimes Haft- und Vernichtungszentrum eingerichtet war) angesiedelt ist, dann spielt der Ort selbst tatsächlich eine nicht übertragbare testimoniale Rolle, indem er die Existenz des großen Verbrechens, das der Staatsterrorismus dort verübt hat, heraufbeschwört und evident macht.

7 Pilar Calveiro, Puentes de la memoria, terrorismo de Estado, sociedad y militancia, („Brücken der Erinnerung, Staatsterrorismus, Gesellschaft und Militanz“), in: Lucha Armada 1 (2005).

Dies ist der Ausgangspunkt für die Debatte über ein ganzes Konglomerat von Ideen und Vorschlägen für die Gestaltung des Museums. Etwas übertragen bedeutet, etwas an andere weitergeben, ein Vermächtnis konstituieren. Dies geschieht durch die Darstellung der Fakten, was immer auch bedeutet, dass diesen ein Sinn zugeschrieben wird. Es gibt Darstellungen, die versuchen, das Geschehene so genau wie möglich zu reproduzieren. Solche Rekonstruktionen, die vorgeben, identisch mit der Vergangenheit zu sein, vermitteln ein in sich geschlossenes Narrativ, das keine Modifikationen erlaubt und auch nicht dazu einlädt, sie vorzunehmen. Was damit verfolgt wird, ist ja gerade, dass sich beim Besucher diese repetitive Erinnerung einprägt. Andere, „nicht vollständig ausgearbeitete“, Formen des Tradierens greifen zu Darstellungsformen, die eine gewisse Distanzierung zum Geschehenen schaffen und so beim Empfänger Interesse und Neugier auslösen, die zur Interpretation, zur Aufarbeitung und zur Reflektion der Ereignisse führen. Diese Fragen sind von besonderer Bedeutung, wenn es um den Staatsterrorismus geht, da die Rekonstruktion des Grauens immer das Risiko beinhaltet, den Besucher gänzlich erdrückt und sprachlos zurückzulassen, während offene Darstellungsformen, die Information mit stark symbolischen Elementen kombinieren, den Besucher einbeziehen und seine Teilnahme stimulieren.

„Historische Orte“, die wie die ESMA materielle Zeugnisse sind, leisten nicht nur einen Beitrag zur Kenntnis der geschichtlichen Fakten. Sie funktionieren auch als Zeugnis und Beweis für das Geschehene. Dies ist der erste Grund für ihre Sicherung und Erhaltung. Es ist nicht der einzige. Sie bieten ein riesiges Potenzial für die Tradierung der Vergangenheit, denn man darf nicht aus den Augen verlieren, „dass es etwas ungewollt Moralisierendes in diesen Orten gibt“.<sup>8</sup> Meines Erachtens gilt es, sie so zu nutzen, dass sie nicht sakralisierend und blockierend wirken, sondern so, dass sie den Dialog über das Geschehene innerhalb und zwischen den Generationen fördern. Üblicherweise heißt es, dass diese Orte „von alleine sprechen“, und in einem gewissen Sinne ist das wohl auch so. Indem er diese Orte sieht, anfasst und begeht, empfindet der Betrachter die konkrete Präsenz der Vergangenheit. In diesem Sinne „spricht“ der Ort der Geschehnisse, Emotionen und Gedanken werden ausgelöst. Das geschieht zum Beispiel beim Begehen des Offizierskasinos der ESMA, in dem

8 „Relación entre el hoy y el ayer“, in: Stephanie Schell-Faucon, *¿Aprender de la Historia?*, in: Ciencia y Educación I B & W Bildung und Wissenschaft I, Bonn 2001.



*Dachgeschoss des Offizierskasinos auf dem Gelände der ESMA, in dem während der Diktatur Schlafkojen für Gefangene eingerichtet waren*

© Rainer Klemke

die Verschwundenen interniert waren. Mehr noch: Insofern man dort die Vergangenheit „einatmet“, regt die „Leere“ der Gegenwart zur Neugier und zum Nachdenken an. Die Starrheit einer rekonstruierten Szenerie würde meines Erachtens genau dies verhindern.

Diese Orte sind jedoch nicht dazu geeignet, um Diskussionen zu führen.<sup>9</sup> Zudem kann man nicht davon ausgehen, dass es ausreicht, sie zu besichtigen, um das Geschehene und dessen Ursachen zu verstehen oder um seine Nachwirkungen bis in die Gegenwart aufzudecken. Deswegen ist es notwendig, andere Zugangsformen zu entwickeln, die dem Besucher einen Anreiz geben, Fragen zu stellen, nachzuforschen, Dokumente, Erinnerungen, Untersuchungen

9 „Die kontraproduktiven Auswirkungen der moralischen Überladung dürfen niemals aus dem Blick geraten. Erwachsene werden von der Aura dieser Orte eingeschüchtert, und dadurch wird verhindert, dass sie sich auf Diskussionen einlassen“. Schell-Faucon, ¿Aprender de la Historia?



und weitere Materialien, zu denen ein Zugang ermöglicht werden muss, zu konsultieren. Mehrere der Konzepte für die Nutzung der ESMA stimmen darin überein, dass einige der Gebäude auf dem Gelände diesen Zwecken gewidmet werden sollten.

Wenn die ergiebigste Phase von Gedenkstätten in den vorangehenden Diskussionen besteht, wird es notwendig sein, andere Erfahrungen kennenzulernen und zu untersuchen (ohne aus dem Blick zu verlieren, welche Unterschiede bestehen). In einigen Arbeiten über Gedenkstätten an ehemaligen nationalsozialistischen Konzentrationslagern<sup>10</sup> wird darauf hingewiesen, dass es notwendig sei, Veränderungen in deren Arbeitsweise durchzuführen, wenn das Ziel darin bestehe, aus der Geschichte zu lernen. Die Experten warnen vor „moralischer Überladung“ und empfehlen, von der „ritualisierten Erinnerung“ (die für Generationen, die die Opfer nicht kannten, an Sinn verliert) zu aktiveren Formen überzugehen, wie der Rekonstruktion von Lebensgeschichten und der künstlerischen Aufarbeitung der geschichtlichen Ereignisse mit dem Ziel, „den Opfern ein Gesicht zu verleihen und einen Raum für eine ästhetisch-emotionale Annäherung an das Unfassbare“ zu bieten. Das Aufgeben einer „moralisierenden Didaktik“, an deren Stelle eine erlebnisorientierte Didaktik tritt, in der es um eine aktive Beteiligung des Adressaten geht, soll die bis in die 1990er-Jahre dominierende „Betroffenheitspädagogik“ überwinden. Diese könnte sich als kontraproduktiv erweisen, indem sie bei Erwachsenen zu Distanzierung und schweigender Verdrängung führt und Jugendliche argwöhnisch auf die Belehrung reagieren. Es gelte, individuelle Zugänge zu dem Thema zu fördern, die Gefühle nicht der Vernunft entgegenzusetzen.

### **Umstrittene Fragen**

Die Darstellung des Staatsterrorismus steht vor der Alternative, die Darstellung des Grauens zu privilegieren oder aber den Akzent auf die kritische Reflektion über den Staatsterror, seine Hintergründe und Auswirkungen zu legen. Auch wenn alle Konzepte für das Museum die Beschreibung des Geschehenen und ein gewisses Maß an historischer Kontextualisierung vorsehen, so liegt der Unterschied darin, welche Lesart betont wird. In den laufenden Diskussionen sind, wie bereits erwähnt, höchst umstrittene Fragen aufgekommen: Auf

10 Vgl. ebenda.

welchem Diskurs soll die Darstellung basieren? Soll eine Vielzahl von Stimmen berücksichtigt werden oder nicht? Wie soll das Gelände genutzt werden? Sollen die physische Rekonstruktion oder der Symbolismus betont werden? Die Antworten auf all diese Fragen stehen in engem Zusammenhang mit der jeweiligen Position im Hinblick auf die „Inszenierung des Grauens“. Diejenigen, die grundsätzlich gegen eine solche Inszenierung sind, verweisen insbesondere auf die lähmende Wirkung auf den Betrachter.

Aus der Perspektive der Überlebenden weist Pilar Calveiro darauf hin, dass das direkte Zeugnis überwältigend wirken kann: „Stelle ich mein eigenes Leiden, meinen eigenen Schmerz in den Vordergrund, bleibt dem Gegenüber nur das Schaudern. Es besteht aber auch die Möglichkeit, die Darstellung aus einer anderen Perspektive vorzunehmen, die dem Betrachter die Anteilnahme an der Lebensgeschichte erlaubt, statt im Grauen ausgeschlossen zu werden. Diese Art Erzählung fördert das Zuhören und löst den Zuhörer aus der Erschütterung und dem Grauen, sodass die eigene Reflektion einsetzen kann.“<sup>11</sup>

Daniel Feierstein, der in seinen Arbeiten davor warnt, dass die Narrative über den Genozid letzten Endes mittels der „symbolischen Realisierung“ zur Legitimierung des Massenmordes führen, vertritt die Auffassung, dass die Mehrheit der Museen den Massenmord im Moment des Grauens „einkapselt“, sodass sie die gleiche soziale Lähmung auslösen, die jene Praktiken zum Ziel hatten. Im Anschluss an seine Überlegungen können wir uns fragen, ob die Ablehnung der Vielstimmigkeit nicht letztlich verhindert, dass über Meinungsunterschiede hinsichtlich der Vergangenheit diskutiert und eine Verständigung gesucht wird. Und entspräche es den Fragen der jüngeren Generationen nicht viel eher, sich nicht auf ein „Aufzeigen“ des Geschehenen zu beschränken, sondern ihnen die Möglichkeit zu bieten, unterschiedliche Erklärungsansätze kennenzulernen?

Die Menschenrechtsorganisationen stimmten darin überein, die Anlagen einschließlich des Sportplatzes als juristisches Beweismittel zu erhalten, das Gelände und die Gebäude mit einem Leitsystem zu versehen, das deren Nutzungszweck in den siebziger und achtziger Jahren vermerkt, und die ESMA erst nach dem vollständigen Umzug der Marine für den Publikumsverkehr zu öffnen. Ausgehend von diesem Konsens ergaben sich zwei konzeptionelle

11 Sandra Lorenzano, Legados de la experiencia y la narración.



*Das Eingangsgebäude auf dem Gelände der ESMA heute*

© Rainer Klemke

Ausrichtungen, die mit den jeweiligen Antworten auf die oben angesprochenen Fragestellungen zusammenhängen.

Mehrere Menschenrechtsorganisationen plädierten für eine gemischte Nutzung des Geländes, bei der die spezifische Auseinandersetzung mit dem Staatsterrorismus ergänzt wird durch andere Nutzungskonzepte. Dabei handelte es sich zumeist darum, Räume zu schaffen für soziale Initiativen, die sich an jene Bevölkerungsschichten richten, die besonders hart von der Wirtschaftskrise und Gewalterscheinungen betroffen sind – im Sinne des vergangenen und aktuellen Engagements für Menschenrechte. Im Hinblick auf die Gedenkstätte sahen die Konzepte meistens vor, die Repräsentation des geheimen Haftzentrums der ESMA besonders im Offizierskasino und den anliegenden Gebäuden zu verankern und andere Gebäude als Dokumentationszentrum über den Staatsterrorismus, seine Hintergründe und Auswirkungen zu nutzen sowie als Ausstellungsorte für künstlerische Auseinandersetzungen bzw. als Orte der Vermittlung, in denen verschiedene Zugangsformen angeboten werden. Dabei

bestand Konsens hinsichtlich eines vorsichtigen Umgangs mit der Darstellung des Grauens (auch wenn das eine oder andere Konzept Teilrekonstruktionen vorsieht) sowie hinsichtlich der Aufgabe des Museums, die Reflexion über das Geschehene zu fördern.

Einen grundlegend anderen Ansatz stellte das Konzept dar, das vorsah, dass das „gesamte Gelände“ (das als juristisches Beweismittel unter Schutz gestellt ist) „keinem anderen Zweck als dem des materiellen Zeugnisses des Genozids gewidmet sein soll mittels der Darstellung und Rekonstruktion des geheimen Haft- und Vernichtungszentrums“.<sup>12</sup> Ziel war es, die Vorgehensweise der Marine deutlich zu machen und die Identität der dort internierten Verschwundenen und Überlebenden darzustellen. Dieses Konzept ging nicht konform mit dem Vorschlag, den Raum für andere Nutzungen anzupassen. Auf dem Gelände sollten auch keinerlei öffentliche oder private Institutionen wirken (und zwar ausdrücklich nicht einmal das Nationalarchiv und das Institut „Raum der Erinnerung“). Demnach würde der Publikumsverkehr einen Sinnverlust für den Raum bedeuten. Es wurde die Meinung vertreten, dass dort, „wo Tod war, darauf hingewiesen werden, erinnert, gezeigt werden muss, bewusst werden muss, dass es Tod gab, wer diejenigen waren, die gestorben sind, warum sie gestorben sind und wer sie ermordet hat. Es ist nicht erstrebenswert, dass es dort jetzt Leben gibt“. Vorgeschlagen wurde auch eine „Rekonstruktion“ des Offizierskasinos.

### **Andere Stimmen, unsere Stimmen**

Wir Überlebenden der geheimen Haftzentren fühlen uns unseren abwesenden Mithäftlingen durch ein Vermächtnis verbunden. Primo Levi hat dies als den Wunsch formuliert, dass für die Worte derjenigen, die der Sprache beraubt wurden, ein Raum gefunden werde, ein Resonanzraum, eine Darstellung in der eigenen Gegenwart. Dieses Bestreben, das viele von uns teilen, bringt unterschiedliche Narrative mit sich, je nach dem Sinn, den jeder einzelne seinen eigenen Erfahrungen gibt. Und selbst wenn es nicht leicht ist, lohnt es sich, diesen

12 „Vorschlag der Vereinigung der ehemaligen in Haft Verschwundenen für das Gelände und den Sportplatz der ESMA“, 2005 dem Zweiparteienausschuss vorgelegt. In einem Vorentwurf im Februar 2004 hatte die Vereinigung gefordert: „Es gilt die Mechanismen, Parcours oder was auch immer zu entwerfen, die es erlauben, den Ort zu besuchen und zu begehen und dafür zu hassen, wofür er bestand.“

vielen Stimmen (der so oft heraufbeschworenen „Polyphonie“) einen Raum zu geben, nicht nur aus Respekt vor den Meinungsunterschieden, sondern gerade, weil damit die Abwesenden einbezogen werden, ihre unterschiedlichen, sich widersprechenden, ähnlichen, mehrdeutigen, angespannten, zurückhaltenden oder wie auch immer gearteten Haltungen.

Pilar Calveiro betont, dass es unter den Überlebenden nicht eine einzige Stimme gibt, sondern viele, die alle Partei ergreifen, dass aber zugleich doch eine gewisse Einheit besteht. „Ich habe immer das Gefühl gehabt, wir bilden eine eigenartige Gruppe. Der eine ist leicht irre, der andere etwas zwangsneurotisch, der eine mag nicht reden, der andere gibt ständig Zeitzeugenaussagen von sich, der eine schreibt Fiktion, der andere widmet sich der Mathematik. Dieses breite Spektrum bildet ein einzigartiges Mosaik, von dem jeder nur ein kleiner Stein ist. Daraus ergibt sich eine Art kaleidoskopische Vision, als bedeute das Überleben diese ganzen Steinchen, die sich zusammen im Kaleidoskop bewegen. Das ist meine Empfindung, und so gesehen kann es selbstverständlich keine einheitliche Darstellung geben.“

Selbstverständlich gibt es keine einheitliche Darstellungsform. Für die einen war es das Wichtigste, dass das Gelände der ESMA zu einem Ort des Gedenkens und der Trauer wird – mittels der physischen, punktuellen, „mimetischen“ Rekonstruktion inszeniert. Für die anderen wiederum sollte das dort begangene Grauen „gezeigt“ werden mittels Aussagen der Opfer, mit Stimmen, Modellen, Schautafeln, Zeitzeugenberichten, die eine Distanz herstellen und das Nachdenken und Hinterfragen erlauben. Es gibt Narrative, die den Heroismus, den Kampfgeist der Häftlinge betonen, andere ihren Alltag, ihre Formen, Widerstand zu leisten, einschließlich Schwächen, Ängsten, solidarischen Gesten, Zweifel, politischen Diskussionen und ihrer Hoffnung. Die Auslegung der zu vermittelnden Fakten hängt von der Wahl der jeweiligen Themen ab: Ein jeder wird sich auf gewisse Aspekte konzentrieren wollen und andere ablehnen. Wie auch immer: keine Wahl, kein Vorschlag ist neutral. Vor diesem Hintergrund bin ich der Überzeugung, dass der Versuch unternommen werden muss, ausgehend vom Grundkonsens über die uneingeschränkte Verurteilung des Staatsterrorismus Teillösungen zu finden, die veränderbar bleiben, damit erste Fortschritte erreicht werden können. Die Grundbedingung sollte lauten, dass niemand daran gehindert wird, seine Meinung zu sagen, keine Diskussion abgewürgt wird und keine abweichenden Ansichten ausgeschlossen werden.

Meiner Ansicht nach sind wir, die wir Aktivisten waren und das Grauen der Vernichtungspolitik überlebt haben, in der Lage, eine wesentliche Rolle in diesem Prozess der Konstruktion der Erinnerung zu spielen. Dabei ist es nicht nur wichtig zu wissen, dass wir durch unsere Zeugenaussagen einen Beitrag zur Erkenntnis leisten können, sondern auch, uns über unsere Grenzen bewusst zu sein und uns auf den Dialog einzulassen mit anderen Menschen, die nicht die gleichen Spuren tragen wie wir und die keine vergleichbare Vergangenheit haben. Vor allem aber müssen wir uns der Tatsache bewusst werden, dass es keinen Besitzanspruch auf die Konstruktion der Erinnerung gibt. Dafür gibt es aber Empfänger, größtenteils aus den nachfolgenden Generationen, die nie die direkten Aussagen der Überlebenden hören werden und die es zu berücksichtigen gilt, wenn über die Tradierung nachgedacht wird. Ich glaube auch, dass für diejenigen von uns, die in den siebziger Jahren an der politischen Aktion beteiligt waren, die Aufarbeitung der Geschichte aus der Gegenwart dieses zerrütteten Landes heraus über das Zeugnisablegen hinausgeht und bedeutet, eine aktive Rolle im Verständnis des Geschehen zu spielen. Dazu müssen wir an der Erforschung der geheimen Haftzentren arbeiten, ihr Verhältnis zur Gesellschaft aufklären, unseren verdrängten Massenmorden und der heutigen Straflosigkeit nachgehen und uns selbst einbringen, um unsere eigene Praxis zu hinterfragen.

## **Die Rekonstruktion geheimer Haftzentren in Buenos Aires**

Die letzte Militärregierung, die in unserem Land 1976 an die Macht kam, verfolgte eine geheime Terror- und Repressionsstrategie, deren Ziel die physische Vernichtung derjenigen Personen war, die die Diktatur als ihre Feinde betrachtete. In der Figur des „verschwundenen Gefangenen“ kommt die Repression der argentinischen Militärdiktatur zum Ausdruck. In ungefähr 500 auf das ganze Land verteilten geheimen Haftzentren wurde das „Verschwinden“ organisiert. Um eine Person zu eliminieren, benötigte man verborgene, illegale Orte, an denen sie untergebracht werden konnte. Für die Gesellschaft handelte es sich dabei um geheime Orte, deren Existenz und Betrieb nur unter Rückgriff auf staatliche Mittel möglich war. Die große Mehrheit der Haftzentren befand sich in Polizeigebäuden oder in Einrichtungen der Armee, in denen ein Teil der Räumlichkeiten dafür eingerichtet wurde.

Die Kenntnis ihrer Existenz verdanken wir einzig den Aussagen der Überlebenden. Diese begannen noch während der Diktatur, im Ausland ihre Rechte einzufordern. Später wandten sie sich auch an alle gerichtlichen Instanzen, die in unserem Land zur Verfügung stehen. Seit der Rückkehr zur Demokratie haben Gruppen von Überlebenden und Menschenrechtsorganisationen die Wiederaneignung und/oder die Enteignung dieser Einrichtungen verlangt, um sie in Orte der Erinnerung und materielle Zeugnisse für die Ereignisse während der Diktatur umzuwandeln.

Heute wissen wir, dass in der Stadt Buenos Aires sieben geheime Haftzentren bestanden: die *Garage Azopardo*, der *Club Atlético*, *Virrey Ceballos*, die ESMA (*Escuela Mecánica de la Armada*; Mechanikerschule der Marine), *Olimpo*, *Orletti* und die *Coordinación Federal*. Diese sieben Orte wurden zur Beseitigung politischer Gegner eingerichtet und umgebaut. In der Liste tauchen natürlich die zahlreichen Polizeikommissariate nicht auf, die oft als vorübergehende Orte der geheimen Inhaftierung von Gefangenen dienten. Derzeit wird an der Rekonstruktion von drei der genannten Orte gearbeitet. Ein vierter befindet sich in der Phase der Enteignung, für einen fünften besteht ein Gesetzentwurf hinsichtlich seiner Enteignung. Die beiden übrigen gehören noch immer der Bundespolizei.

Der erste dieser Orte, der in unserer Stadt rekonstruiert wurde, ist das Gelände des ehemaligen geheimen Haftzentrums *Club Atlético*. Dies geschah im April 2002, als die Stadtregierung beschloss, mit dem Aushub des Areals zu beginnen, auf dem sich das dreistöckige Gebäude der Versorgungsabteilung der Bundespolizei befunden hatte, um im Stadtviertel San Telmo eine Autobahn zu bauen. Heute sind die Kellergeschosse dieses Gebäudes für alle sichtbar. Auch die Überreste von Zellen, in denen zwischen Februar und Dezember 1977 über 1500 Personen festgehalten und gefoltert wurden, sind zu erkennen.

Am 24. März 2004 ordnete Staatspräsident Néstor Kirchner die Räumung der ESMA an. In einem Abkommen mit der Stadtregierung von Buenos Aires, der das Gelände gehört, wurde entschieden, auf diesem 17 Hektar umfassenden Areal mit mehr als dreißig Gebäuden einen Ort der Erinnerung und der Förderung und Verteidigung der Menschenrechte einzurichten. Im Oktober 2004 beschloss die Nationalregierung die Räumung des Geländes des ehemaligen Inhaftierungszentrums *El Olimpo* und übergab es der Stadtregierung. Bis zu diesem Zeitpunkt war dort eine Werkstätte der Bundespolizei für die Kontrolle von Motoren in Betrieb gewesen. Die beiden Zentren *Virrey Ceballo* und *Orletti* befinden sich in der Phase der Enteignung.

Ich möchte betonen, dass der Staat diese Entscheidungen nach Jahren des Kampfes, der Anklagen, der Forderungen und des aktiven Engagements von Organisationen und Überlebenden, aber auch von Anwohnern und von gesellschaftlichen und politischen Kreisen traf, die sich der Wahrheit, der Gerechtigkeit und der Erinnerung verpflichtet fühlen. Allein die Existenz dieser Gebäude ist schon als öffentliche Anklage der Ereignisse in unserem Land zu verstehen. Auch wenn die ESMA auf nationaler und internationaler Ebene der bekannteste dieser





*Archäologische Ausgrabungsarbeiten am Ort des ehemaligen geheimen Haftzentrums Club Atlético*

© Rainer Klemke

Orte ist und damit in gewisser Weise ein nationales Symbol des Staatsterrorismus darstellt, sind auch die übrigen in verschiedene Stadtviertel eingefügten Zentren Spuren, die uns die Gleichzeitigkeit verborgener, illegaler und geheimer Handlungen und des alltäglichen, sichtbaren Lebens der Stadtbewohner während der Diktatur verdeutlichen. Diese Gebäude zu betrachten, sie zu durchwandern, ihre leeren Räume oder im Fall des *Club Atlético* die Resultate der archäologischen Wiederherstellung zu erleben, ermöglicht es uns, die Ereignisse kennenzulernen, uns die Abscheulichkeit der hier begangenen Verbrechen zu vergegenwärtigen und über unsere Geschichte nachzudenken. Gleichzeitig glauben wir aber, dass die Einrichtung dieser Stätten als Orte der Erinnerung nicht nur ihre materielle Rekonstruktion, sondern auch die Überlieferung der damaligen Ereignisse einschließen muss, dass über die Forschung ein Beitrag zur Aufklärung der Funktionsweise der Zentren zu leisten ist, dass die Verantwortlichen der Repression angeklagt werden und den Ermordeten ihre Identität, ihre Lebensgeschichte und ihre Ideale zurückgegeben wird, für die sie kämpften.

In der Mehrheit der Fälle wurden Kommissionen gebildet, in denen Menschenrechtsorganisationen, soziale Organisationen, Vertreter der Stadtviertel und Angehörige der in den verschiedenen geheimen Haftzentren verschwundenen Gefangenen mitarbeiten. Wir glauben, dass die Beteiligung der Betroffenen und der involvierten Gruppen an der Rekonstruktion dieser Orte und an der Entscheidungsfindung hinsichtlich ihrer Verwendung unabdingbar ist.

Jeder Ort ist ein Fall für sich mit einer eigenen Geschichte, eigenen Protagonisten und unterschiedlichen Wechselwirkungen zwischen den in jedem Stadtviertel organisierten Gruppen. Es gibt viele unterschiedliche Gestaltungsvorschläge, feierliche, aktive, institutionelle, partizipative, die sich fast nie widersprechen. Auch wenn es sich um eine langfristige Aufgabe handelt, betrachten wir die Suche nach einem Konsens als grundlegend, denn die staatliche Durchsetzung eines bestimmten Gestaltungs- oder Erinnerungsmodells bringt das Risiko mit sich, dass das Gedächtnis, das ein kollektiver Aufbauprozess und das Resultat eines Zusammenflusses verschiedener Stimmen sein sollte, in eine „offizielle“ und versteinerte Version der Geschichte verwandelt wird.

Dabei dürfen wir nicht außer Acht lassen, dass die Rekonstruktion der geheimen Haftzentren und die Forschung auch einen Beitrag zur Aufklärung der historischen Wahrheit leisten müssen, indem sie Beweisstücke liefern. Die Kenntnis der tatsächlichen und unleugbaren Handlungen trägt dazu bei, das Gedächtnis an das Geschehene lebendig zu halten. Sie trägt zum Verständnis der Geschehnisse bei und verdeutlicht die Verantwortungen, die Komplizenschaften und das Stillschweigen.

Die Kenntnis der Ereignisse, ihrer Modalitäten, ihrer Ursachen und ihres Zwecks bedingt nicht nur die Erinnerung an den Terror, die oft lähmend ist, sondern auch eine Aufarbeitung der Epoche mit ihren Denkmustern, Idealen und Engagements, die die verschwundenen Gefangenen und die Ermordeten nicht zu Opfern macht, sondern ihrem Tod einen Inhalt gibt. In gewissem Sinn soll es möglich gemacht werden, dass die Verschwundenen wieder als Menschen auftauchen, die wegen ihrer Ideale ermordet wurden, weil sie anders dachten und sich eine andere Gesellschaft vorstellten.

Diese Arbeit unterstützen und bejahen wir auch deshalb, weil die Auseinandersetzung mit Menschenrechtsverletzungen der Vergangenheit es uns erlaubt, über die Gegenwart nachzudenken und auf eine andere Zukunft hinzuarbeiten.

## Das ehemalige geheime Haft-, Folter- und Vernichtungslager *El Olimpo*<sup>1</sup>

*El Olimpo* war eines der in der Stadt Buenos Aires während der letzten Militärdiktatur (1976–1983) eingerichteten geheimen Haftzentren.<sup>2</sup> Nach Aussagen von Überlebenden wurde das Lager vom 16. August 1978 bis Ende Januar 1979 auf einem in der Straße *Ramón Falcón* zwischen *Lacarra* und *Olivera* im Stadtviertel *Floresta* gelegenen Gelände betrieben. Das Gebäude gehörte seit 1976 der Abteilung für Kraftfahrzeuge der argentinischen Bundespolizei. Zu den dort Inhaftierten gehörten auch Personen, die aus anderen in der Stadt oder der Provinz Buenos Aires gelegenen geheimen Haftzentren kamen, und zwar überwiegend aus den Zentren *Club Atlético* und *Banco*. Ein Teil der Einrichtung des Lagers *El Olimpo* – u. a. die Türen der Haftzellen – stammte noch von der Ausstattung des Haftzentrums *Club Atlético*, das Ende der 1970er-Jahre abgerissen wurde, als die Autobahn *25 de Mayo* gebaut wurde.

- 1 Die HerausgeberInnen sind der Ansicht, dass der Begriff „Vernichtungslager“ nur im Hinblick auf die nationalsozialistische Mordmaschinerie verwendet werden sollte. Sie sprechen daher im argentinischen Kontext von „geheimen Haft- oder Gefangenenlagern“. Einige argentinische AutorInnen sehen dies jedoch anders, sie verwenden bewusst auch im argentinischen Kontext den Begriff „Vernichtungslager“ (*centros de exterminio*). Aus Respekt vor ihnen erfolgte daher auch eine entsprechende Übersetzung des Begriffs ins Deutsche.
- 2 Die Autorin schreibt im Namen der „Arbeits- und Konsensgruppe für die Wiedergewinnung der Erinnerung des ehemaligen Haft-, Folter- und Vernichtungszentrums *El Olimpo*“.



*Das Gebäude El Olimpo heute*

© Ana Guglielmucci

Nach den bisher gemachten Zeugenaussagen kam die erste Gruppe der in diesem Haftzentrum untergebrachten Verschwundenen aus dem Lager *Banco*. Meist wurden die entführten Personen mit verbundenen Augen und gefesselten Händen und Füßen in Pkws oder Lastern des Heeres ins Zentrum *El Olimpo* gebracht. Kamen sie aus einem anderen geheimen Haftzentrum, so behielten sie die ihnen dort von den Wachmannschaften zugewiesenen Buchstaben und Nummern. Handelte es sich um „neue Entführte“, so bekamen sie bei Ankunft im Zentrum einen Buchstaben und eine Nummer zugewiesen. Zusammen mit der systematischen Anwendung von Folter als Verhörmethode gehörte diese Praxis zu den ersten Methoden, die u. a. mit dem Ziel eingeführt wurden, die in Haft verschwundenen Personen ihrer Identität zu berauben.

Das geheime Haftzentrum *El Olimpo* bestand aus zwei gegenüberliegenden Zellenbereichen, zwischen denen ein Hof lag. Einer dieser Bereiche umfasste vier Zellenreihen, die jeweils aus zehn Zellen bestanden und die durch einen

Gang getrennt waren. Jede Reihe verfügte über zwei Latrinen. Von einem der Gänge gingen die Duschen und der Waschraum ab. Der zweite Bereich – auch Einzelhaftbereich genannt – bestand aus fünf Zellen und einem auch *Quirófano* („OP-Saal“) genannten Folterraum. In einem weiteren Trakt befanden sich Küche, Internierungssaal, Krankenstation, Foto- und Drucklabor, Kapelle, weitere Folterräume, „Besprechungsraum und Nachrichtendienst“ sowie die Büros des Wachpersonals und der selbsternannten *Grupos de Tareas* (GT) oder „Einsatzkräfte“. In diesem Haftzentrum konnten rund 150 Häftlinge gleichzeitig untergebracht werden. In der Zeit, in der das Zentrum betrieben wurde, sind nach Angaben von Überlebenden ca. 500 Personen interniert gewesen. Die hier stationierten Einsatzkräfte setzten sich aus Mitgliedern der argentinischen Bundespolizei und der Polizei der Provinz Buenos Aires sowie aus Angehörigen des Heeres, des Strafvollzuges und des Grenzschutzes zusammen. Sie waren der „Nachrichtenabteilung 601 des Heeres“ unterstellt, hatten ihre Basis in den geheimen Haftzentren *Club Atlético* und *Banco* und operierten in Verbindung mit anderen Haftzentren, darunter auch der Mechanikerschule der Marine (ESMA; *Escuela Mecánica de la Armada*).

### **Einrichtung einer Erinnerungsstätte im Haftzentrum *El Olimpo***

In Argentinien konnten die Orte, die als geheime Haftzentren gedient hatten, mithilfe der Aussagen der Überlebenden vor der Nationalen Kommission für die Aufklärung des Schicksals der Verschwundenen (CONADEP; *Comisión Nacional de la Desaparición de Personas*) 1984 und weiteren nationalen und internationalen Menschenrechtsorganisationen sowie verschiedenen Gerichtsinstanzen ermittelt werden. Dazu gehören auch die Aussagen im Strafverfahren gegen die Militärjuntas (1985), in den „Wahrheitsprozessen“ (1995), in den im Ausland wegen des Verschwindens ausländischer Bürger in Argentinien angestregten Verfahren und anderen Gerichtsinstanzen, vor denen weiterhin Verfahren anhängig sind.

Die Identifizierung dieser Orte steht in engem Zusammenhang mit der Suche nach Wahrheit und Gerechtigkeit für die von Staats wegen begangenen Verbrechen während der jüngsten Militärdiktatur und ist vor allem von Mitgliedern der Zivilgesellschaft vorangetrieben worden. Nachdem aufgrund der Verabschiedung des Schlusspunktgesetzes (*Ley de Punto Final*) und des Befehlsgesetzes (*Ley de Obediencia Debida*) sowie der Begnadigung



*Demonstrationen für die Einrichtung eines Erinnerungsortes vor dem Gebäude El Olimpo im Jahr 2005*

© Ana Guglielmucci

der obersten Befehlshaber der Streitkräfte und der *Guerilla*-Organisationen keine Gerichtsverfahren mehr stattfanden, erlangte die Forderung nach „Wachhalten der Erinnerung“ als Mittel der Anprangerung und Mobilisierung im Zusammenhang mit den Prozessen und Folgen der begangenen Verbrechen besondere Bedeutung. Diese von der Gesellschaft ausgehende Benennung der begangenen Verbrechen äußerte sich in Argentinien in der Gründung zahlreicher Organisationen zur Bekämpfung der Straffreiheit und zur Förderung der Menschenrechte. Einige dieser Organisationen erlangten internationalen Rang. Zu nennen sind die Organisation der Mütter der Verschwundenen, *Madres de Plaza de Mayo*, und die der Großmütter, *Abuelas de Plaza de Mayo* sowie die Bürgerrechtsorganisation *Servicio de Paz y Justicia*, die Vereinigung der Kinder von Verschwundenen *Hijos por la Identidad y la Justicia Contra el Olvido y el Silencio*, die Vereinigung der Angehörigen politisch Inhaftierter und Verschwundener *Familiares de Desaparecidos y Detenidos por razones políticas*,

die Ökumenische Bewegung *Movimiento Ecu  nico por los Derechos Humanos*, der argentinische Verband der Menschenrechte *Liga Argentina por los Derechos del Hombre*, die *Asamblea Permanente por los Derechos Humanos*, die Vereinigung ehemaliger in Haft Verschwundener *Asociación de ex Detenidos Desaparecidos*, der *Centro de Estudios Legales y Sociales*, die Stiftung *Fundaci  n Memoria Hist  rica* usw.

Die Initiative, auf dem Gelände des ehemaligen Haftzentrums „El Olimpo“ einen Ort des Gedenkens einzurichten, stammt von einer Gruppe   berlebender und verschiedenen Menschenrechtsorganisationen und politisch organisierten Bürgern. Erste Schritte zur Räumung des Geländes durch die argentinische Bundespolizei gehen dabei auf das Jahr 1996 zurück. Aber erst am 4. Oktober 2004 kam es zur Unterzeichnung einer Vereinbarung zwischen dem damaligen Staatspräsidenten Néstor Kirchner und dem damaligen Regierungschef der Stadt Buenos Aires, An  bal Ibarra, mit der das Bundesinnenministerium das Gelände an die Stadt Buenos Aires übertrug, und zwar mit dem Ziel, eine „Stätte des Gedenken an die vom Staat begangenen Verbrechen und zur Förderung der Menschenrechte und der demokratischen Werte“ einzurichten. Am 8. Juni 2005 räumte die Polizei schließlich das Gelände, das von B  rgerrechtsinitiativen und dem damaligen Unterstaatssekretariat für Menschenrechte der Stadt Buenos Aires übernommen wurde. Zur Gestaltung des Geländes bildete sich eine Arbeitsgruppe, der   berlebende, Angehörige der in Haft Verschwundenen, Vertreter zahlreicher Menschenrechts- und Bürgerrechtsorganisationen und Mitarbeiter der Stadtregierung angehörten.

### **Geschichtsforschung**

Die geschichtlichen Forschungsarbeiten über den Betrieb des ehemaligen Haftzentrums *El Olimpo* sowie über die dort begangenen Verbrechen gegen die Menschenrechte beruhen auf den von   berlebenden und von Angehörigen der in Haft Verschwundenen gemachten Aussagen. Ziel der Forschung ist es, die Arbeitsweise des Lagers zu rekonstruieren und die dort inhaftierten Personen zu identifizieren. Gleichzeitig sollen Impulse für die Suche nach weiteren   berlebenden des Haftzentrums *El Olimpo* gegeben und zusätzliche Informationen gesammelt werden. Bisher konnten aufgrund der angestellten Nachforschungen rund 70 Freigelassene und 82 in Haft Verschwundene identifiziert werden. Dabei spielen die   berlebenden mit ihren Erinnerungen eine herausragende

Rolle. Mit ihren Zeugnissen werden das Verschweigen und die Verheimlichung der Verbrechen durchbrochen.

Das Projekt der Rekonstruktion des Geschehenen umfasst verschiedene Aufgaben wie die Aufbereitung der architektonischen Daten, Dokumente, Fotomaterialien und Zeugenaussagen. Mit den angewendeten archäologischen Restaurierungs- und Konservierungstechniken konnte der Bereich freigelegt werden, in dem die in Haft verschwundenen Personen gefangen gehalten wurden und der aus 40 Zellen bzw. „Schläuchen“ bestand sowie Latrinen, Duschen und Waschraum. Als das Zentrum geschlossen wurde, ist dieser Bereich abgerissen worden, sodass heute nur noch die Abdrücke der Trennwände und Decken der Zellen und Latrinen zu erkennen sind, die mit mehreren Farbschichten und einer dicken Schicht Asphalt überdeckt wurden.

Die Arbeiten vor Ort dauern weiterhin an und werden so lange fortgesetzt, wie sie dazu beitragen, über die vom Staat in unserem Land begangenen Verbrechen zu reflektieren und das Geflecht der ideellen und praktischen Komplizenschaften zu enthüllen, ermöglicht durch eine Politik der bis heute noch sichtbaren wirtschaftlichen Ausgrenzung, des Ausverkaufs des Landesvermögens und der sozialen Ungerechtigkeit. Durch die Forschungsarbeiten soll in diesem ehemaligen Haftzentrum ein Ort geschaffen werden, in dem die Erinnerung an das Geschehene und die Suche nach Wahrheit den Anspruch auf Gerechtigkeit wieder möglich macht.



## **Die Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz**

### **Ort des Terrors**

Spricht man vom Haus der Wannsee-Konferenz als „Ort des Terrors“, so trifft diese Beschreibung eher im übertragenen Sinne zu. Obwohl 1942/43 jüdische Zwangsarbeiter für Arbeiten im Garten und in der Küche ausgebeutet wurden und litten, zeichnet sich der historische Ort vornehmlich durch das Wohlbefinden der Täter aus. Von 1940 bis 1945 als Gästehaus des Sicherheitsdienstes und der SS genutzt, diente die als private Sommerresidenz erbaute Villa mit ihrer Gartenanlage in den Sommermonaten oft als Picknickgelände für Angehörige der SS und des SD; auch gaben sich übernachtende Gäste laut Dokumentenlage exzessivem Alkoholgenuss hin. Selbst die wichtigste Versammlung in diesem Haus, die heute dem historischen Ort den Namen gibt, fand in einer für die Anwesenden angenehmen Atmosphäre statt. So waren die Teilnehmer für den 20. Januar 1942 zu einer „Besprechung mit anschließendem Frühstück“ geladen worden, und Reinhard Heydrich und Adolf Eichmann stießen im Anschluss mit einem Cognac auf den Erfolg nämlicher Besprechung an.

Weil es sich bei dem Haus der Wannsee-Konferenz überwiegend um einen Ort der Täter handelte, war es nach 1945 sehr schwierig, am Ort eine Gedenkstätte einzurichten oder eine andere Institution, die die historischen Geschehnisse berücksichtigte. Von 1952 bis 1988 wurde das Haus als Land schulheim für den Westberliner Arbeiterbezirk Neukölln genutzt. Bereits 1964

forderte der jüdische Historiker und Auschwitzüberlebende Joseph Wulf, ein „Dokumentationszentrum zur Erforschung des Nationalsozialismus und seiner Folgeerscheinungen“ einzurichten. Er wurde in seiner Forderung von vielen namhaften Personen unterstützt, die auch bereit waren, das Projekt finanziell zu tragen. Seitens der Politik wurde das Projekt mit den Argumenten abgelehnt, man wolle den Kindern nicht den Erholungsort wegnehmen, oder, die Geschichte des Hauses sei dunkel genug, es sei besser, wenn sich hier lachende Kinder aufhielten.

Dass es bei der Ablehnung jedoch um andere Motive ging, kann man an einem Nebenschauplatz der Auseinandersetzungen um das geforderte Dokumentationszentrum sehen: Eine der Personen, die gewillt waren, Wulf zu unterstützen, war Axel Springer. Er knüpfte seine Zusage jedoch an die Bedingung, Wulf und sein Unterstützerkreis sollten auf den zweiten Teil des Namens für das Zentrum verzichten. „... und seiner Folgeerscheinungen“ hätte für die konkrete Arbeit des Zentrums auch die Frage impliziert, was aus den Tätern in der Nachkriegszeit geworden war. Durch die Politik der Regierung Adenauer zur Integration ehemaliger Nationalsozialisten, heute vielfach an Namen wie Globke, Kiesinger oder Filbinger festgemacht, gab es auch in weiten Teilen des öffentlichen Dienstes personelle Kontinuitäten. Angesichts der durch den Kalten Krieg bedingten Systemkonkurrenz sahen Springer und andere in der Offenlegung personeller Kontinuitäten die Gefahr der Unterstützung kommunistischer Propaganda. Die entscheidenden Politiker hatten in den 1950er-, 1960er- und 1970er-Jahren kein Interesse, einen Ort zu etablieren, der zwangsläufig Fragen provoziert, wer die Teilnehmer der Besprechung im Januar 1942 waren, was aus ihnen geworden ist und – nach der Feststellung, dass ein erheblicher Teil von ihnen nicht angemessen zur Verantwortung gezogen wurde – die weiterführende Frage nach personellen Kontinuitäten im öffentlichen Leben der bundesrepublikanischen Gesellschaft überhaupt aufwirft. Die Gedenkstätten in ehemaligen Konzentrationslagern konnten zwar auch erst auf Drängen der ehemaligen Häftlinge eingerichtet werden, dennoch war dieser Schritt leichter zu gehen. Einerseits ist es für postdiktatorische Gesellschaften tendenziell einfacher zu konstatieren, wie schrecklich ein während der Diktatur begangenes Verbrechen ist oder Mitleid mit den Opfern dieser Verbrechen zu formulieren – was bei Besuchen in KZ-Gedenkstätten aus guten Gründen die dominierenden Empfindungen vieler Besucher sind –, als die Frage nach



*Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz*

© Haus der Wannsee-Konferenz

den Verantwortlichkeiten für diese Verbrechen zu stellen. Andererseits handelt es sich bei den im Kontext der KZ-Gedenkstätten zu benennenden Tätern um diejenige Gruppe, von der eine Distanzierung schnell vollzogen werden kann.

Ganz anders verhielt und verhält es sich mit der Tätergruppe, für die das Haus der Wannsee-Konferenz steht, nämlich diejenige, deren Mitglieder bürokratisch penibel den Mord organisierten und dokumentierten, mehrheitlich ohne direkt an Gewaltexzessen beteiligt zu sein. Die im öffentlichen Leben der Bundesrepublik vertretenen ehemaligen Täter und Mitläufer gingen etwa Anfang der 1980er-Jahre regulär in Pension und gerieten daher weitgehend in Vergessenheit. Darüber hinaus hatte es wichtige Entwicklungen im erinnerungspolitischen Diskurs gegeben – vor allem war mit Ausstrahlung der US-amerikanischen TV Serie „Holocaust“ der Mord an den europäischen Juden ins Bewusstsein der deutschen Öffentlichkeit zurückgeholt worden. So fiel Ende der 1980er-Jahre die Entscheidung, eine Gedenkstätte im Haus der Wannsee-Konferenz zu errichten. Zum 50. Jahrestag der Konferenz am

20. Januar 1992 als Gedenk- und Bildungsstätte eröffnet, gehört die Einrichtung zu den jüngeren Gedenkstätten der Bundesrepublik, deren Geschichte vom historischen Ort bis zur Etablierung und Anerkennung im öffentlichen Raum als Bildungseinrichtung die Geschichte des Umgangs mit der national-sozialistischen Vergangenheit widerspiegelt.

Für die meisten Besucher/innen der Gedenk- und Bildungsstätte, die nicht an von der Bildungsabteilung angebotenen pädagogischen Veranstaltungen teilnehmen, ist das Haus vornehmlich „Ort des Terrors“. Sie kommen vor allem wegen der 90-minütigen Besprechung am 20. Januar 1942, während derer 15 hochrangige Vertreter der SS, der NSDAP und verschiedener Ministerien die Organisation und Kooperation bei der Deportation und Ermordung von elf Millionen Juden besprachen. Die Darstellung dieser Besprechung wiederum nehmen sie im Kontext der in der ständigen Ausstellung dargestellten Entwicklung von der Entrechtung und Vertreibung bis zum Beginn des systematischen Massenmords der deutschen und europäischen Juden wahr. Dies führt vielfach dazu, dass Besucher/innen sehr oft den Kontrast zwischen dem „schönen“ Ort und den „schrecklichen Ereignissen“ hervorheben, die hier „stattfanden“. Diese Wahrnehmung ist nachvollziehbar und kann im engen Sinne nicht als falsch bezeichnet werden. Dennoch ist es wichtig, die Diskrepanz zwischen realen Ereignissen am historischen Ort und der aktuellen Wahrnehmung zu beschreiben, da sich – je nach Gewichtung des einen oder anderen – Folgen für den Umgang mit dem Ort ergeben.

### **Ort des Gedenkens**

Wegen ihrer Wahrnehmung haben viele unbetreute Besucher/innen das Bedürfnis nach Gedenkzeremonien, wie sie in ehemaligen Konzentrationslagern zur Erinnerung an den Tod und das Leiden der Opfer durchgeführt werden. Aufgrund der beschriebenen historischen Ereignisse im Haus verbieten sich jedoch solche Formen des Gedenkens. Das Gedenken an einem Ort der Täter wie dem Haus der Wannsee-Konferenz kann nur individuell stattfinden. Allerdings brauchen die Besucher/innen eine Grundlage, um gedenken zu können: das Wissen um die Geschichte. Die Einrichtung vermittelt diese mit ihren Angeboten und versucht darüber hinaus, die Fähigkeit zur Empathie mit den Opfern zu fördern. Das bedeutet, dass die Auseinandersetzung mit der Geschichte sich hier, wie an anderen Orten der Täter, nicht nur auf die Täter

beschränken darf. Die Perspektive der Opfer wird in der ständigen Ausstellung und in allen pädagogischen Veranstaltungen mit einbezogen, weil dies eine notwendige Voraussetzung ist, um das Ausmaß der begangenen Verbrechen begreifen zu können.

Die Bildungsarbeit steht in engem Zusammenhang mit der Geschichte des Hauses. Die Besprechung am 20. Januar 1942 ist Sinnbild für das Zusammenwirken unterschiedlicher Institutionen im Hinblick auf die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden. Diese Institutionen gestalteten den Völkermord als arbeitsteiligen Prozess, der es den Mitarbeitenden der einzelnen Institutionen ermöglichte, sich nicht persönlich für ihr Tun verantwortlich zu fühlen. Die einzelnen Beamten konnten sich schon allein aufgrund der Dokumente, die auf ihre Schreibtische gelangten, das Schicksal der Opfer vorstellen, wenn sie die ihnen zugänglichen Informationen im Kontext der antisemitischen Propaganda interpretierten. Dennoch nahmen die meisten den Mord an Millionen Menschen als bloßen bürokratischen Vorgang wahr. Vor diesem Hintergrund wurde das Angebot für Berufstätige – insbesondere des öffentlichen Dienstes – entwickelt, deren Berufsgruppe während der Zeit des Nationalsozialismus in den Völkermord involviert war, sich im Rahmen von Seminaren mit der Geschichte ihrer Berufsgruppe während des Nationalsozialismus zu beschäftigen und Strukturen zu hinterfragen, die das passive oder aktive „Mitmachen“ einzelner Beteiligter begünstigten. Zunächst ging es vor allem um Berufsgruppen, bei denen die Mitwirkung bei der Ausgrenzung, Verfolgung und Ermordung der Juden offensichtlich ist (Justiz- und Kommunalverwaltung, Finanz-, Gesundheits- und Sozialbehörden, die Polizei oder das Militär), jedoch stellte man im Laufe der Jahre fest, dass es auch zu vermeintlich unbeteiligten Berufsgruppen wie den Friseuren oder Gärtnern Bezugspunkte gibt. Die Schaffung einer „Reichseinheitlichen Dauerwelle“ oder das Verbot exotischer Pflanzen geben einerseits Aufschluss über die weitreichenden Bemühungen des NS-Regimes, die Gesellschaft unter nationalistischen und rassistischen Vorzeichen gleichzuschalten.

Beschäftigt man sich mit der Schaffung der „Volksgemeinschaft“, wird andererseits – auch durch die Auswahl der Quellen – deutlich, dass nicht alle Deutschen Teil dieser Gemeinschaft sein durften. Das führt zu der Frage, wo es Handlungsspielräume für Angehörige aller Bevölkerungs- oder Berufsgruppen gab, vor deren Augen die Juden ausgegrenzt, entrechtet, deportiert und ermor-

det wurden. Dieser alltagsgeschichtliche Ansatz und insbesondere die Nutzung historischer Dokumente hatten wichtige Folgen für die Arbeit mit Schüler- und Studentengruppen. Im Rahmen von Studientagen zu unterschiedlichen Themenkomplexen, die von „Judentum und jüdisches Leben in Europa vor 1933“ über „Juden unter nationalsozialistischer Herrschaft“, „Planung und Organisation des Völkermords“, „Herrschaft und Alltag im Nationalsozialismus“ bis hin zu „Nachwirkungen des NS-Regimes in Politik und Gesellschaft seit 1945“, „Die heutige Auseinandersetzung mit dem NS-Regime und seinen Verbrechen“ und „Kontinuitätslinien des Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus“ reichen, erarbeiten sich die Schülerinnen und Schüler in kleinen Gruppen anhand der historischen Dokumente Teilaspekte der genannten Aufgabenfelder. Die Ergebnisse der Kleingruppenarbeit werden im Rahmen einer Präsentation mit anschließender Diskussion zusammengeführt. Da dieser Lernansatz nicht dem im Schulunterricht meist durch die Rahmenbedingungen vorgegebenen Lernen entspricht, entwickeln sie bei diesem Zugang vielfach ein verstärktes Interesse an der Thematik.

Gerade bei Schülergruppen kann oft festgestellt werden, dass die Erarbeitung der Geschichte eine für sie wichtige Grundlage für die Bereitschaft ist, die Erinnerung an die Opfer aufrechtzuerhalten. Im Laufe ihrer Beschäftigung mit den Dokumenten, die die Ereignisse sowohl aus der Perspektive der Täter (z. B. Gesetze, Verordnungen, Tagebucheinträge) als auch der Opfer (Briefe, Tagebucheinträge, Autobiografien) zeigen, gewinnt das Schicksal der verfolgten Menschen eine immer größer werdende Bedeutung. Ihre Präsentationen zeichnen sich mehrheitlich durch Empathie mit den Verfolgten aus.

### **Argentinische Besucher/innen im Haus der Wannsee-Konferenz**

Zu den Besucher/innen der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz gehören auch Gäste aus Argentinien, die alleine oder im Rahmen von pädagogischen Angeboten den Ort besuchen. Oft sind es Angehörige von während des Nationalsozialismus verfolgten jüdischen Menschen. Sie stellen hier, wie viele Nachkommen von Verfolgten, aber auch andere Besucher, Fragen, warum und wie der systematische Massenmord an den europäischen Juden geschehen konnte oder wer die Konferenzteilnehmer waren und was aus ihnen nach 1945 wurde. Andererseits wollen sie ihrer ermordeten Angehörigen gedenken. Andere argentinische Besucher/innen kommen als Touristen, die

sich bei ihrem Berlinbesuch auch mit der Geschichte des Nationalsozialismus beschäftigen wollen. Schließlich gibt es Besucher/innen aus Argentinien, deren Interesse primär durch die argentinische Diktaturerfahrung motiviert ist. Sie nehmen die in der ständigen Ausstellung dargestellten Ereignisse vor dem Hintergrund eigener Erfahrungen wahr. Dabei kommt es oft zu Aussagen wie „so war das bei uns auch“, „das erinnert mich an ...“ oder „solche ‚Lager‘ gab es bei uns auch“. Angesichts dieser Vergleiche, die auch von Besucher/innen anderer Länder mit Gewalterfahrung formuliert werden, stellte sich die Frage, ob und wie die jeweiligen Mitarbeiter/innen sich dazu verhalten sollen.

Eine schwierige Frage. Die Unterschiede zwischen den von den Deutschen während des Nationalsozialismus und den während der argentinischen Militärdiktatur begangenen Verbrechen sind offensichtlich, jedoch muss ein sachlicher Hinweis zur Problematik von Gleichsetzungen auf die Betroffenen so wirken, als würde ihr persönliches Leid nicht ernst genommen. Das Trauma eines ehemaligen Gefangenen eines Geheimen Haftzentrums in Buenos Aires würde nicht dadurch vermindert werden, dass man ihm erläutert, wie viele Menschen innerhalb kurzer Zeit in einem nationalsozialistischen Vernichtungslager ermordet wurden.

Damit wird deutlich, dass es bei der Begegnung mit diesen Besucher/innen um andere Fragestellungen und Erkenntnisse gehen muss, die zu einer gemeinsamen Beschäftigung mit der Geschichte des Ortes führen. So könnte zum Beispiel auf die Fragen eingegangen werden, wie eine gewalttätige Diktatur entsteht, welche Strukturen staatlichen Massenverbrechen den Weg ebnen, oder auch, welche Strukturen es Gesellschaften in Diktaturen ermöglichen, Verbrechen nicht wahrzunehmen, obgleich sie sich „vor aller Augen“ abspielen. Vor allem aber können gemeinsame Fragen im Bereich der Nachwirkungen dieser Geschichte für das Heute und Jetzt liegen. Sowohl die argentinischen Besucher/innen als auch die Mitarbeitenden der Gedenk- und Bildungsstätte sind, unabhängig von der Frage, wie weit die jeweilige Diktaturgeschichte ihres Landes zurückliegt, interessiert an der Frage, wie eine Gesellschaft mit den Folgen dieser Geschichte umgehen kann und sollte. Wie kann angemessen der Opfer erinnert werden? Wie gehen die Gesellschaften mit den Tätern und Mitläufern, aber auch mit den Helfern um? Wie kann bei den nachfolgenden Generationen Empathie für das Leiden der Opfer gefördert werden? Wie soll das Grauen an den historischen Orten dargestellt werden, sodass die Besu-

cher/innen sich der Geschichte öffnen und nicht von ihr abgeschreckt werden? Diese und andere Fragen sind es wert, gemeinsam besprochen zu werden, um voneinander lernen zu können. Und wenn argentinische Besucher/innen sich erstaunt zeigen oder sehr kritisch anmerken, dass im Haus der Wannsee-Konferenz Angehörige der Bundeswehr und der Polizei an Studientagen zur Rolle der Wehrmacht und der Polizei im Nationalsozialismus teilnehmen, weil diese Berufsgruppen in Argentinien aufgrund der personellen Kontinuitäten noch zu sehr mit den Tätern der Militärdiktatur identifiziert werden, so können diese Rückfragen Anlass zu einer selbstkritischen Reflexion bieten, ob und inwiefern bei der historisierten Beschäftigung mit den Tätern die Perspektive der Opfer in den Hintergrund getreten ist. Ein Dialog mit den Besucher/innen aus Argentinien ist lohnend und wertvoll, wenn er auch als solcher begriffen wird. Es ist nicht allein die argentinische Gesellschaft, die von der vermeintlichen Erfolgsgeschichte des Umgangs mit der Vergangenheit in Deutschland lernen kann – auch die deutsche Gesellschaft kann sechs Jahrzehnte nach Ende des Zweiten Weltkriegs noch viel dazulernen.



## **IV. Ästhetische Sprachen des Gedenkens**

## ***El Siluetazo***

### *Künstlerisch-politische Praktiken der städtischen Intervention in der argentinischen Menschenrechtsbewegung*

Die kollektive Herstellung von Silhouetten ist wohl eine der einprägsamsten künstlerisch-politischen Praktiken, die den Forderungen der Menschenrechtsbewegung im öffentlichen Raum – nicht nur in Buenos Aires, sondern landesweit – eine starke Sichtbarkeit verliehen hat. Die Interventionen bestanden in nichts anderem als der schlichten Abbildung der Umrisse lebensgroßer Körperperformen (von Erwachsenen, Schwangeren oder Kindern), die als Silhouetten anschließend auf den Fassaden der Gebäude der Innenstadt angebracht wurden. Damit entstand eine Darstellungsform für die „Anwesenheit einer Abwesenheit“, nämlich der Tausenden von Gefangenen, die unter der letzten Militärdiktatur verschwunden sind.

Die Anfänge dieser Aktionen gehen auf den dritten Widerstandsmarsch<sup>1</sup> zurück, den die Mütter der *Plaza de Mayo* noch zu Zeiten der Diktatur für den 21. September 1983 einberufen hatten. Aufgrund seiner Bedeutung und Ausmaße wurde er als *Siluetazo*, als Silhouettenmarsch bekannt. Initiiert wurde diese Praxis von drei visuellen Künstlern, Rodolfo Aguerreberry, Julio Flores

1 Die Widerstandsmärsche sind 24-stündige Besetzungen der *Plaza de Mayo*, die mit einem Marsch zum Kongressplatz enden und seit 1981 jedes Jahr durchgeführt werden.



*Während des ersten Siluetazo in Buenos Aires, 21. September 1983*

© Alfredo Alonso, Archiv des CeDInCI

und Guillermo Kexel. Unterstützt wurde die Durchführung von den Müttern und Großmüttern der *Plaza de Mayo* sowie von anderen Menschenrechtsorganisationen und politischen Aktivisten. Seit dieser ersten Intervention entwickelten sich die Silhouetten zu einem starken „öffentlichen“ visuellen Mittel, dessen Einsatz sich spontan weiter verbreitete.

Der *Siluetazo* steht für einen dieser außerordentlichen Momente der Geschichte, in denen eine Kunstinitiative mit den Forderungen der sozialen Bewegungen (in diesem Falle der Mobilisierungen der Mütter der *Plaza de Mayo*) einhergeht und die dank der Impulse einer Menschenmenge, die auf diese Weise zum Subjekt der kollektiven Produktion wird, Gestalt annimmt. Hunderte von Demonstranten beteiligten sich damals mit Zeichnungen an einer improvisierten, riesigen Freilichtwerkstatt: Sie brachten den eigenen Körper für das Aufzeichnen der Silhouetten ins Spiel und befestigten trotz schärfster polizeilicher Überwachung die Silhouetten an Mauern, Denkmälern und Bäumen. Inmitten einer feindseligen und repressiven Stadt wurde eine (zeitweilig) befreite Zone kollektiven Schaffens erobert, die mei-



*Während des ersten Siluetazo in Buenos Aires, 21. September 1983*

© Alfredo Alonso, Archiv des CeDInCI

nes Erachtens als Neudefinition der künstlerischen sowie der politischen Praktiken verstanden werden könnte.<sup>2</sup>

### **Ursprung und Umformulierung der Idee**

1982 konzipierten die bereits erwähnten Künstler Aguerreberry, Flores und Kexel ein Werk, das die quantitative Dimension des Verschwindens von Menschen darstellen und den Raum umfassen sollte, den die Gesamtheit der Körper eingenommen hätte: „Das primäre Ziel war die Visualisierung, das Vermessen des Raumes, den die 30 000 während ihrer Haft verschwundenen Personen eingenommen hätten.“ Auslöser für diese Idee war die Oktoberausgabe des Magazins „Le courrier de l'UNESCO“ von 1978, in der ein Werk des polnischen Künstlers Jerzy Skapski abgebildet war. Es stellte vierundzwanzig Reihen winziger Frauen-, Männer- und Kindersilhouetten dar, unter denen

2 Die wichtigsten Artikel zu den Silhouetten sind abgedruckt in: Gustavo Bruzzone/Ana Longoni (Hrsg.), *El siluetazo*, Buenos Aires 2006.

folgender Text stand: „Jeden Tag starben in Auschwitz 2370 Menschen, genauso viele wie die Figuren hier darstellen. Das Konzentrationslager in Auschwitz funktionierte 1688 Tage lang. Ebenso viele Exemplare sind von diesem Schild gedruckt worden. Insgesamt sind in dem Lager ca. vier Millionen Menschen umgekommen.“

Die Darstellung jedes einzelnen Opfers, um die erdrückende Gesamtzahl zu vermitteln, ist die Verfahrensweise, die die argentinischen Künstler von Skapskis Ansatz übernommen haben. Als neues Element kam die Lebensgröße der Silhouetten hinzu. Dabei wurden verschiedene Varianten dieser ursprünglichen Idee angedacht, so zum Beispiel das Aufdrucken der Silhouetten auf eine Stoffplane, die so lang gewesen wäre, dass das Werk aufgrund seiner Dimensionen in keinen Ausstellungssaal gepasst und demzufolge den Ausstellungsraum von außen hätte umhüllen müssen, oder die Anfertigung eines Labyrinths aus Papier, an dessen Wände die 30 000 Figuren geklebt werden sollten. In jedem Fall machten die Dimensionen, die die große Anzahl von Silhouetten annahm (ca. 60 000 Quadratmeter), der Gruppe deutlich, dass sie unmöglich Herstellung und Aufbau alleine bewältigen konnte.<sup>3</sup>

Ein weiterer Anstoß kam aus dem lateinamerikanischen Exil in Europa. Der Internationale Verband zum Schutz von verschwundenen Künstlern in aller Welt (AIDA; *Asociación Internacional de la Defensa de los Artistas*) stellte eine Reihe von Flaggen und Fahnen für Demonstrationen her, auf denen die Verschwundenen als gesichtslose Büsten oder Silhouetten dargestellt waren. Laut Zeitzeugenberichten soll ein peronistischer Aktivist während seines Exils in Frankreich Aguerreberry, Flores und Kexel vorgeschlagen haben, den Müttern der *Plaza de Mayo* diesen Gedanken zu vermitteln, um ihn von Demonstranten umsetzen zu lassen.<sup>4</sup> So wurde aus einem politischen Ansatz, der zu Zeiten der Diktatur zwar riskant, aber in seiner Wirkung auf die Kunstszene beschränkt war, ein soziales Ereignis im Rahmen der wachsenden Ablehnung gegen die Diktatur.

Die Initiative der Künstler wurde von den Müttern angenommen, umformuliert und von den Menschen realisiert, die sie in ihren Interventionen im öffentlichen Raum begleiteten, die sich das Verfahren aneigneten und in

3 Carlos López Iglesias, *Siluetas*, in: Bruzzone/Longoni, *El siluetazo*.

4 So Fernando Bedoya und Joan Prim, Gespräche mit der Autorin.

die Tat umsetzen. „Ursprünglich sah das Projekt vor, jede einzelne Silhouette persönlich zu gestalten, sie mit Kleidung, physischen Eigenschaften, Geschlecht und Alter zu versehen, sogar Techniken wie Collage, Farbe und Porträt anzuwenden.“<sup>5</sup> Vorgesehen war die Herstellung einer Silhouette für jeden Verschwundenen. Die Mütter wiesen aber darauf hin, dass die verfügbaren Listen der Opfer nur unvollständig seien, sodass die Silhouetten alle gleich und ohne Inschriften gestaltet werden sollten.

Die Künstler hatten bereits vor der Kundgebung Rollen Packpapier, Farben und Pinsel sowie 1500 zuvor hergestellte Silhouetten auf den Platz gebracht. Sie hatten auch Schablonen vorbereitet, um ein einheitliches Bild zu schaffen. Die kollektive Produktion selbst vereitelte allerdings jeglichen Vereinheitlichungsversuch. Die spontane und massive Beteiligung der Demonstranten führte dazu, dass die Künstler bald nicht mehr gebraucht wurden. In ihren eigenen Worten: „Eine halbe Stunde [nachdem wir angekommen waren] hätten wir den Platz wieder verlassen können, da wir völlig überflüssig waren.“<sup>6</sup> Trotz der Entscheidung, den Silhouetten keinerlei Erkennungszeichen zu verleihen, schrieben die Leute spontan den Namen eines Verschwundenen, das Datum seines Verschwindens oder aber auch nur einfache Sätze auf die Figuren. Beeindruckt von dem Geschehen brachte ein Demonstrant rote Papierherzen mit, die er auf die Silhouetten rund um den Platz klebte. Die Großmütter der *Plaza de Mayo* wollten auch die Kinder und schwangeren Frauen dargestellt haben. Immer lauter wurde der Ruf nach Differenzierung oder Individualisierung, nach der genauen Identität, nach einem gewissen Gesichtszug (Nase, Mund, Augen), und bald wurden die Wünsche sogar zur Bedingung: In dieser Menge Silhouetten soll auch meine Silhouette stehen, die meines Vaters, meiner Mutter oder meines Sohnes, die eines verschwundenen Freundes oder Bruders. „Ein Junge kommt auf einen Zeichner zu und bittet ihn: ‚zeichnest du mir meinen Papa?‘ [...] So entstehen Paare, Mütter und Kinder, eine Gruppe Fabrikarbeiter [...]. Die verschiedenen ‚Zeichner‘ stellen in einem Prozess kollektiven Schaffens das dar, wonach ihnen zumute ist oder worum sie gebeten werden.“<sup>7</sup>

5 López Iglesias, Aussage der Gruppe, ebenda.

6 Aguerrebey in Hernán Ameijeiras, *A diez años del Siluetazo*, La Maga, 31. März 1993.

7 López Iglesias, ebenda.

### **Den eigenen Körper zur Verfügung stellen, einen Körper zurückgewinnen**

Eduardo Grüner versteht die Silhouetten als „Versuch, das Verschwundene darzustellen: d. h. nicht nur das ‚Abwesende‘ – da jede Darstellung definitionsgemäß ein abwesendes Objekt darstellt –, sondern das mit Absicht abwesend Gemachte, das in irgendeiner materiellen oder symbolischen Gewaltform zum Verschwinden Gebrachte; in unserem Fall ist es die Darstellung der Körper derjenigen, die aufgrund einer systematisch betriebenen Politik oder einer bewussten Strategie verschollen sind“.<sup>8</sup> Die eingesetzte Logik – so folgert Grüner – ist die der Restitution des Bildes als Substitution, als Ersatz für den abwesend gemachten Körper. Neben den Schablonen benutzten die Demonstranten ihren eigenen Körper als Muster: „Die Papierrollen wurden auf dem Rasen oder den Fußwegen ausgebreitet, und nach und nach legten sich junge Leute auf das Papier, während andere die Umrisse nachzeichneten, die anschließend ausgemalt wurden.“<sup>9</sup>

Die Silhouette wird somit zur Spur von zwei abwesenden Körpern: Zum einen ist es die Spur des eigenen zur Verfügung gestellten Körpers, zum anderen die Spur des nachgezeichneten, verschwundenen Körpers. Damit stellt diese Praxis die „zerrissenen Solidaritätsbände durch zutiefst berührende, symbolische Handlungen“<sup>10</sup> wieder her. Die Handlung, den eigenen Körper ins Spiel zu bringen, ist in sich mehrdeutig: Den Platz des Abwesenden einzunehmen bedeutet zu akzeptieren, dass jeder der Anwesenden den Platz des Verschwundenen hätte einnehmen und somit von seinem ungewissen und verhängnisvollen Los hätte getroffen werden können; ihn zu verkörpern bedeutet gleichzeitig aber auch, ihm eine Körperlichkeit und ein – wenn auch flüchtiges – Leben zurückzugeben. Der Körper des Demonstranten anstelle des Verschwundenen als lebender Träger der Silhouettenzeichnung kann als „atmende Spur“ verstanden werden oder, wie eine Mutter der *Plaza de Mayo*

8 Eduardo Grüner, *La invisibilidad estratégica, o la redención política de los vivos. Violencia política y representación estética en el Siglo de las Desapariciones*, in: Bruzzone/Longoni, *El siluetazo*.

9 Aguerreberry, Flores y Kexel, ebenda.

10 Roberto Amigo Cerisola, *Aparición con vida: las siluetas de detenidos-desaparecidos*, in *Arte y violencia, México 1995*, S. 275. Siehe auch „La Plaza de Mayo, Plaza de las Madres. Estética y lucha de clases en el espacio urbano“, in: AA.VV. *Ciudad/Campo en las artes en Argentina y Latinoamérica*, Buenos Aires 1991, S. 89–99.

sagte, als Symbol dafür, dass „in jeder Silhouette ein Verschwundener zum Leben erweckt wird“.<sup>11</sup>

Der *Siluetazo* hinterließ nicht nur aufgrund der Produktionsmodalität eine nachhaltige Wirkung. Am Morgen danach gellte ein lautloser Schrei von den Wänden der Gebäude. Die Presse druckte Kommentare von Passanten ab, die sich durch diese gesichtslosen und sie dennoch anblickenden Figuren irritiert oder verstört fühlten. Die Silhouetten zeigten das, was die Öffentlichkeit ignorierte oder ignorieren wollte. Auf diese Weise wurde der Schweigepakt gebrochen, der während der Diktatur hinsichtlich der Folgen des Staatsterrors und der Verantwortlichen in der Gesellschaft bestand und der sich in dem selbstrechtfertigenden Ausdruck „wir wussten nichts davon“ zusammenfassen lässt.

So werden auch gemeinhin die Silhouetten als visuelle Umsetzung der von den Müttern seit 1980 erhobenen Forderung verstanden, dass die Verschwundenen lebend wieder erscheinen (*aparición con vida*). Die Forderung ging auf die damals kursierenden Gerüchte zurück, dass der Repressionsapparat Verschwundene in geheimen Lagern gefangen hielt. Diese minimale Hoffnung, dass einige Verschwundene weiterhin am Leben waren, nahm mit der Zeit in dem Maße ab, in dem Massengräber aufgedeckt wurden und die wenigen Überlebenden über die grausamen Vernichtungsmethoden berichteten. Die Forderung *aparición con vida* nahm dennoch lange Zeit einen zentralen Stellenwert im Diskurs der Mütter ein. Dabei appellierten sie nicht mehr unmittelbar an die Politik, sondern eher an eine ethische und sogar erlösende Dimension.

Was die Artikulierung zwischen dieser Forderung und der Bildebene betrifft, gibt es unterschiedliche Auffassungen. Roberto Amigo weist darauf hin, dass die Silhouetten „die Abwesenheit der Körper in einer Inszenierung des Staatsterrors verdeutlicht haben“,<sup>12</sup> während Gustavo Buntinx die Auffassung vertritt, dass sie die Hoffnung der Mütter auf Leben bestätigten: „Anwesenheit-für-Abwesenheit, wie die der Verschwundenen [...]. Die Leere füllt sich durch die Lebenshandlung derjenigen, die diese Leere offenlegen, anprangern und im gleichen Atemzug ausfüllen. *Aparición con vida*. Es geht hier nicht nur um die künstlerische Unterlegung einer Losung, sondern auch um ihre lebendige

11 Gustavo Buntinx, *Desapariciones forzadas/resurrecciones míticas*, in: VVAA, *Arte y Poder*, Buenos Aires 1993, S. 236–255.

12 Amigo, *Aparición*, S. 272.



Realisierung.“<sup>13</sup> Grüner schlägt eine umgekehrte Lesart vor und weist darauf hin, dass „eine weitere Ebene im Spiel ist, etwas, das den Betrachter notwendigerweise beunruhigt: Die Silhouetten reproduzieren die polizeiliche Prozedur, am Tatort die Umrisse der Leiche mit Kreide nachzuzeichnen. Da ist zum einen die politische Geste, die dem Feind – den sogenannten Ordnungskräften – seine Ermittlungsmethoden entreißt und damit eine Nähe herstellt, als wollte sie aussprechen: ‚Ihr wart es‘; zum anderen ist in den Silhouetten auch eine unbewusste Geste enthalten, die zugibt, dass diese Silhouetten Leichname, tote oder durch Gewalt ‚abwesende‘ Körper darstellen, mitunter auch im Widerspruch mit dem eigenen Diskurs, der es vorzieht, weiterhin von ‚Verschwundenen‘ zu sprechen.“ Um diese Assoziierung mit dem Tod zu vermeiden, forderten die Mütter von den Künstlern, alle Silhouetten stehend anzubringen. Damit mussten die Künstler auf ihre Idee verzichten, die Silhouetten an den Boden zu heften. Die Mütter brachten sogar ihre Bedenken darüber zum Ausdruck, dass auf dem Boden Abdrücke hinterlassen werden könnten, die Assoziierungen mit dem Tod wecken.<sup>14</sup>

### Die Silhouetten als (neue) Kunst

Inwiefern definiert der *Siluetazo* die künstlerische Praxis neu? Wenn auch nur vorübergehend, so bedeutete der *Siluetazo* aufgrund der Dynamik der kollektiven und partizipativen Schöpfung die effektive Sozialisierung der künstlerischen Produktions- und Distributionsmittel in dem Maße, wie der Zuschauer als Produzent hinzutrat. Das visuelle Ereignis „wird von allen geschaffen und gehört allen“.<sup>15</sup> Diese radikal partizipative Praxis äußert sich in der Sozialisierung eines Konzeptes, in der gemeinsamen Reproduktion eines Bildes mit einfachen, jedoch wirksamen Formen und Verfahren sowie in der Hervorbringung des Bildes selbst. Buntinx sieht in der tatsächlichen Sozialisierung der künstlerischen Produktionsmittel durch den *Siluetazo* „eine radikale Liquidierung der modernen Kategorie der Kunst als reine Kontemplation, als vom Leben losgelöste Instanz“. Es gehe hier aber auch um die Wiedergewinnung der „magisch-religiösen Dimension

13 Buntinx, ebenda.

14 Nach Kexel, *Precisiones*, in Bruzzone y Longoni, ebenda.

15 Fernando Bedoya y Emei, *Madres de Plaza de Mayo. Un espacio alternativo para los artistas plásticos*, Dossier in: *La Bizca* año I núm. 1, Buenos Aires, Nov./Dez. 1985.

der Kunst, die ihr die Moderne entzogen hatte“,<sup>16</sup> die dem Bild Aura und Wunderkraft zurückgibt.

Wenn dem so wäre, dann stellt sich die Frage, ob es legitim ist, den *Siluetazo* der autonomen Sphäre, die die Moderne „Kunst“ nennt, zuzuschreiben. Einerseits lässt sich der *Siluetazo* in eine bestimmte Genealogie der antihegemonialen künstlerischen Praktiken einordnen. Der *Siluetazo* reiht sich in die lateinamerikanische Kunsttradition ein, die revolutionäre politische Prozesse begleitet hat: vom mexikanischen *Muralismo* über die Grafik in der kubanischen Revolution bis zu den chilenischen Brigadisten der Wandmalerei in Zeiten der *Unidad Popular*.<sup>17</sup> Eine nähere Beziehung lässt sich mit der argentinischen Avantgarde der 1960er-Jahre, insbesondere mit den Aktionen von Alberto Greco herstellen: Ausweisung von Alltagssituationen, die er mit seiner Signatur als Kunstwerke herausstellt, sowie Aktionen mit lebenden Figuren (so stellte er Personen gegen eine Leinwand und füllte den nicht von der Person bedeckten Teil mit Farbe aus). Zum Zeitpunkt der Interventionen sind die Silhouetten allerdings weder von ihren Erzeugern noch von den Zeitzeugen als Kunst angesehen, sondern vielmehr als eine spezifisch visuelle Form des Kampfes und der Erinnerung interpretiert worden. Aguerreberry sieht in den Silhouetten keine Kunst, sondern ein „weiteres von den Künstlern auszulotendes Gebiet: die Schaffung von Systemen, die den Menschen den schöpferischen Ausdruck leichter machen“.<sup>18</sup>

Amigo vertritt die Auffassung, dass mit Ausnahme des kleinen Künstlerkerns, der das Projekt initiiert hatte, die Hersteller der Silhouetten zwar ästhetisch die Wirklichkeit mit einem politischen Ziel verwandelten, jedoch „kein künstlerisches Bewusstsein ihrer Aktion hatten, sodass die politische Forderung und der Kampf maßgeblich waren“. Um nicht von „künstlerischen Aktionen“ zu sprechen, schlägt Amigo vor, die Silhouettenaktion und andere ähnliche Initiativen als „ästhetische Aktionen der politischen Praxis“<sup>19</sup> zu bezeichnen. Nach Auffassung des Künstlers León Ferrari war die Silhouettenaktion „nicht nur politisch, sondern auch ästhetisch ein Spitzenwerk, ein formidabler

16 Buntinx, *Desapariciones*.

17 Bedoya, ebenda. M. López siedelt sie in der Tradition der Stiche von Guadalupe Posadas im revolutionären Mexiko, den Stichen de Goya und den Plakaten der Spanischen Revolution an, in: Dossier in La Bizca, ebenda.

18 R. Aguerreberry, in: La Maga, 31. März 1983, S. 11.

19 Amigo, *Aparición*.

Höhepunkt [...]. Es war ein Werk, das alle Welt fühlte, dessen Material in den Menschen lebte. Es war dabei unerheblich, ob es Kunst war oder nicht“.<sup>20</sup>

Vielleicht sollte die Diskussion nicht so sehr auf die Frage fixiert werden, ob die Silhouettenaktion als ein künstlerisches Ereignis zu verstehen ist oder nicht, als vielmehr darauf, wie sie die Utopie der Avantgarde umsetzt, die Kunst, wieder in das Leben zu integrieren, und wie die dabei eingesetzten „künstlerischen“ Mittel oder Verfahren eine noch nie dagewesene soziale Dimension erhalten. Es geht nicht darum, die politische Praxis zu ästhetisieren bzw. ein politisches Thema oder eine politische Absicht in die Kunst einzuführen.<sup>21</sup> Der *Siluetazo* löst die künstlerische Spezifität auf, indem er die Produktion sozialisiert, eine neue Einbindung in die begrenzten künstlerischen Kreisläufe sucht, ihre Reichweite in „dem Versuch, eine soziale Territorialität herzustellen, neu überdenkt“.<sup>22</sup>

### Das Vermächtnis des *Siluetazo*

Die Silhouettenaktion bedeutete die Aneignung<sup>23</sup> oder Besetzung der zentral gelegenen und im Geflecht der symbolischen, politischen und wirtschaftlichen Macht zentralen *Plaza de Mayo* und ihrer Umgebung.<sup>24</sup> Amigo wertet dieses Ereignis als eine nicht nur „politische, sondern auch ‚ästhetische Besetzung‘ des Platzes“.<sup>25</sup> Es sei eine Offensive zur Aneignung des urbanen Raumes mit dem Ziel, „den Völkermord über die Einwirkung des Bildes und die Verwandlung des urbanen Raums sichtbar zu machen. Die Gebäude, die die *Plaza de Mayo* ideologisch definieren, werden von den Silhouetten der in Haft Verschwundenen besetzt. Der zufällige Passant geht durch einen entfremdeten

20 Interview der Autorin mit León Ferrari am 24. Mai 2005.

21 Amigo, Aparición.

22 Roberto Amigo (La Plaza de Mayo ..., ebenda) greift den Begriff von Juan Carlos Marín auf.

23 Auf diesen Begriff greift Bedoya y Emei, ebenda, zurück.

24 Umgeben von den wesentlichen Gebäuden der politischen und wirtschaftlichen Macht wie dem Regierungsgebäude *Casa Rosada*, der Kathedrale oder dem ersten Rathaus *Cabildo*, nimmt die *Plaza de Mayo* einen zentralen Platz in der urbanen Vorstellungswelt von Buenos Aires ein. Hier wurde der Widerstand gegen die spanische Herrschaft 1810 ausgerufen und hier stehen heute der Regierungspalast, das Rathaus der Stadt Buenos Aires, mehrere Ministerien, die *Banco de la Nación* (und weitere Mutterhäuser verschiedener Banken). Der Platz ist über die *Avenida de Mayo* mit dem Platz des Nationalen Kongresses verbunden. Die *Avenida de Mayo* ist der bevorzugte Ort für Demonstrationen und Protestkundgebungen.

25 Amigo, Aparición, S. 265.

Raum, einen Raum, der den wenn auch nur kurzlebigen Sieg der Rebellion über die Macht verkörpert“.<sup>26</sup>

Hier taucht die dem Bild zugeschriebene rituelle Macht auf (die auf die Höhlenmalerei und die religiöse Ikonografie zurückgeht). „Es geht darum, aus der Kunst eine auf die konkrete Realität einwirkende Kraft zu machen. Aber auch um eine magische Geste, die in die gleiche Richtung weist. Dem Imperium soll eine erneuerte politische Macht entgegengesetzt werden, eine ungeahnte mythische Macht: der rituelle Pakt mit den Toten.“<sup>27</sup> Kexel stimmt in gewisser Hinsicht mit dieser Auslegung überein, wenn er auf die rituelle Dimension des *Siluetazo* hinweist. Er hebt auf die magische Präsenz der zu Silhouetten verdichteten Verschwundenen ab: „Sie sind hier und werden weiterhin hier sein. Immer aufrecht stehend.“<sup>36</sup> Die Initiatoren der Idee weigern sich, die Originalsilhouetten in geschlossenen Räumen auszustellen, und sehen in einer solchen Ausstellung einen Verrat an dem eigentlichen Sinn der Silhouetten.<sup>28</sup> Dabei geht es darum zu definieren, welcher Wert den Silhouetten noch zugeschrieben wird, ob sie als Dokument, als historisches Zeugnis einer Aktion, die in einem bestimmten unwiederholbaren Kontext geschah, gewertet werden oder ob die bemalten Papierfetzen als Stellvertreter für die abwesenden, nie wiedergewonnenen Körper der Verschwundenen stehen.

Die symbolische Wirkung des *Siluetazo* von 1983 hat dazu geführt, dass die in Haft Verschwundenen allgemein durch Silhouetten dargestellt wurden. Seitdem wurden monatlich Silhouetten im Zentrum der Stadt Buenos Aires, aber auch in Vororten und Provinzstädten geklebt und als zentrale Aktivität bei den folgenden Widerstandsmärschen eingesetzt. Allerdings waren die Silhouetten nicht das einzige visuelle Mittel, zu dem gegriffen wurde.<sup>29</sup>

26 Amigo, Aparición.

27 Ebenda.

36 Kexel, zitiertes Interview.

28 Brief von Kexel an die Autorin, Buenos Aires, im September 2003.

29 Mit der Losung „Dele una mano a los desaparecidos“ (Reiche den Verschwundenen eine Hand) wurde auf dem 4. Widerstandsmarsch eine Kampagne gestartet, um Konturen von Händen der Teilnehmer auf Papier abzudrucken und anschließend mit Sätzen auszufüllen. Weltweit ließen 90 000 Menschen die Konturen ihrer Hände abzeichnen, die dann auf der *Plaza de Mayo* und Umgebung aufgehängt wurden. Bei dem 5. Marsch wurden unter den Demonstranten weiße Masken ausgeteilt. Beide Aktionen bekräftigen die Assoziierung zwischen den Körpern der Demonstranten und denen der Verschwundenen.

So beschäftigte sich im Sommer 1984, kurz nachdem die demokratische Regierung die Amtsgeschäfte übernommen hatte, eine Künstlergruppe mit den Fotos der Kinder, die die Mütter der *Plaza de Mayo* bei ihren Märschen trugen: Zusammen mit den Müttern erarbeiteten sie eine Art Familienalbum, wenn- gleich kollektiv und ambulant gestaltet. Die Künstler vergrößerten die Fotos, reproduzierten eine Auswahl davon in Xerografie und verhängten am Tag der Frau die Gebäude der *Avenida de Mayo* mit den Bildern der verschwundenen Frauen und Mädchen.<sup>30</sup> Der Rückgriff auf diese Fotografien setzt sich bis heute in den Erinnerungsanzeigen fort, die jeden Tag in der Zeitung *Página 12* erscheinen, und in den riesigen weißen Fahnen, die die Märsche für die Menschenrechte begleiten. Diese Fotos als Antwort auf die vom Staatsterror auferlegte Anonymität zu begreifen ist dem Impuls verwandt, die die Demonstranten instinktiv dazu bewog, jeder Silhouette einen besondere Zug zu verleihen. Es gibt zwar nur einen einzigen Kampf um Gerechtigkeit für die 30 000 Opfer, der von allen getragen wird, aber der Schmerz der Angehörigen und Freunde kennt doch konkrete Gesichter und Lebensgeschichten.

In diese gleiche Richtung des Gedenkens als Aufgabe für die Hinterbliebenen weist auch *José*, eine Videoinstallation von Diana Aizenberg, von der auch in diesem Buch die Rede ist. Die Installation erzählt fragmentarisch die Lebensgeschichte eines Freundes aus der Kindheit, der in der Jugend verschwunden ist. Die Erzählung baut auf die kleinen Spuren, Anekdoten und Objekte des Alltags auf. Die Silhouetten und *José* lassen sich als Repräsentationsstrategien der Verschwundenen definieren, die von einer Reihe von Gegensätzen ausgehen: Masse/Individuum, das Anonyme/der Eigenname, der Ruf nach Gerechtigkeit/die intime Erinnerung, die eingefrorene Instanz des Verschwindens/das vorangegangene Leben. Keine dieser Darstellungsstrategien ist in sich überlegen oder wirkungsvoller als die andere. Die Kontraste tragen vielmehr dazu bei, die verschiedenen Momente der kollektiven und inneren Aufarbeitung einer so schwierigen Trauer zu reflektieren.

30 Der Gruppe ging es dabei darum, die Fußgänger zum Mitmachen zu animieren: Eigentlich sollten die Schwarzweißbilder bemalt oder beschrieben werden, was die Mütter allerdings nicht zuließen.

## Kunst, Schrei, Repräsentation

*Zwischen universalistischer Abstraktion und  
den Eigennamen der Geschichte*

Im Jahr 2005 wurde in Argentinien der 50. Jahrestag des Bombenangriffs auf die *Plaza de Mayo*<sup>1</sup> begangen. Aus diesem Anlass führte die damalige Regierung eine Reihe von Gedenkaktionen durch. Eine dieser Aktionen bestand aus mehreren menschengroßen Puppen, die vor dem Ausgang der U-Bahnstation *Plaza de Mayo* auf dem Boden lagen. Als eine weitere Aktion wurde die Stadt flächendeckend mit Plakaten mit dem Motto „Wahrheit und Gerechtigkeit“ plakatiert. Zweifelsohne stammen diese Formen des Gedenkens aus dem breiten Repertoire, das Aktivisten und Menschenrechtsgruppen weltweit entwickelt haben und das sich der figurativen Kunst und universalistischer Ansätze bedient.

Trotz der unerhörten Grausamkeit des Ereignisses – einen öffentlichen Platz von der Luft aus mit Bomben anzugreifen – war dieses bislang nur eingeschränkt ins nationale Gedächtnis eingegangen. Es wurde als parteihistorische Begebenheit des Peronismus gewertet, und die Erinnerung daran

1 Am 16. Juni 1955 bombardierten Flugzeuge der Kriegsmarine die *Plaza de Mayo* mit dem Ziel, den Präsidenten Juan D. Perón zu ermorden. Der Bombenangriff führte zum Tod von mehreren hundert Bürgern und bewirkte ein vorzeitiges Ende der Regierung Juan D. Perón, die drei Monate später gestürzt wurde (Anm. der Hrsg.).

erfolgte unter dem Vorzeichen der internen Chronik, eines Modus, der zwar nicht geheim war, jedoch stark auf bestimmte gesellschaftliche Gruppen beschränkt blieb. Der Bombenangriff bildete trotzdem ein erschütterndes Ereignis, das bis zum heutigen Tage die mythopoetischen und symbolbildenden Apparate der politischen Erzählung Argentiniens genährt hat. Es führte zu einer weitreichenden Verkettung der Reaktionen und Gegenreaktionen, als wäre diese Erschütterung der Ursprung der anhaltenden Verkettung der Gewalt gewesen, die sich in Argentinien ausbreitete. Aber erst neuerdings erhält der Bombenangriff von 1955 eine Literatur, eine Ikonografie und eine performative Plastik, die aus dem allgemeinen akademischen Diskurs über das Grauen stammen.

Es ist eigentlich nicht seltsam, dass dieses Universum des Gedenkens, das aus starken Abstraktionen über Leben und Tod gezeichnet wird, zuerst in der Kunst, also vor der Sphäre der Politik, zum Vorschein kommt. Der Universalismus vereinnahmt die nationalen Jahrweiser, und so verschwindet die Bezugnahme auf den Bombenangriff auf und gegen die Stadt Buenos Aires als ein Ereignis nationaler Singularität. Bedeutet das, dass dieses Ereignis sich in die universale Serie aller historischen Opfer einreihet, was bislang nicht der Fall gewesen war? Vor diesem Hintergrund sind die nachfolgenden Überlegungen zu Fragen der Repräsentation des Grauens im Spannungsverhältnis zwischen universalistischer Abstraktion und den singulären Namen der nationalen Geschichte entstanden.

### **Die Auflösung der nationalen Symbole**

Wann und unter welchen Bedingungen vermag es ein politisch-historisches Ereignis, eine Dramaturgie der urbanen Intervention zu nähren, die – analog zu Nathaniel Hawthornes Suche nach dem *Outcast of the Universe* – nach dem universalen Opfer sucht? Die Kraft der Archetypen des Schweigens, des Schattens, des Gebets oder der Reue sollte nicht aus dem Blick verlieren, dass mit den Eigennamen der Geschichte ein delikates Gleichgewicht besteht: Es sind die Namen der singulären Geschichten. In sich sind diese Eigennamen trivial. Die archetypischen Namen sind dagegen transzendental. In diesem Balanceakt zwischen dem Transzendentalen und der Banalität einer nationalen Geschichte liegt vielleicht die Deutungshoheit der Kunst.

Zwei argentinische Filme, *Garage Olimpo*<sup>2</sup> von Marco Becchis und *Los Rubios*<sup>3</sup> von Albertina Carri, spielen in diesen Überlegungen eine wesentliche Rolle. Mit unterschiedlicher Filmästhetik behandeln beide Filme die Auflösung der singulären Namen der Geschichte. Sie offenbaren, dass die singulären, nationalen, partikularen Namen der inneren Chronik der Nation trivial werden können. Diese Filme nehmen wahr, dass das nationale, gemeinschaftliche Gewebe sich auflösen muss als Vorbedingung für ein lebendiges Gedächtnis. Sie legen nahe, dass auf diese Weise eine neue gemeinschaftliche Genese erfolgen soll. Zur Wiedergründung der Gesellschaft sei es demnach notwendig, das nationale Argument zu verneinen. Dabei wird das Gemeinschaftliche verstanden als Fälschung oder Simulakrum des kollektiv Eigenen. Das Eigene soll sich öffnen, und irgendwie lässt es ein künstlerischer Impuls von innen heraus zersplittern.

Bedeutet dies etwa, dass ein anderes Kollektiv, ein anderes soziales Leben gegründet werden soll? Ist diese Form der Kunst eine prophetische Kunst? In *Garage Olimpo* wird ein Konzentrationslager in einem Stadtteil von Buenos Aires rekonstruiert. Keine Mauern trennen drinnen von draußen. Das Lager [*el campo*: spanisch für Lager, aber auch Land als nichturbaner Raum, Anm. d. Übers.] ist die perfekte Fortsetzung der Stadt. Zwischen Stadt und Land/Lager gibt es – mit dramatisch-transitivem Charakter und als vollkommene Übertragung – praktisch keine Grenzen. Niemand kann aus dem Land/Lager herausfinden, weil eine übermenschliche Kraft die Körper der Internierten gefangen hält, aber das gilt im Umkehrschluss auch für die Körper in der Stadt. Die Vernichtung geschieht unter dem Zeichen der nationalen Symbole.<sup>4</sup>

In *Los Rubios* gibt es vergleichbare Motive. Mit blonden Perücken stehen die Hauptfiguren auf einer Wiese. Die Perücken stehen für den Rückzug aufs

- 2 Marco Becchis Film, der in Deutschland unter dem Titel „Junta“ in den Kinos lief, rekonstruiert ein geheimes Haftzentrum mitten in der Stadt Buenos Aires (Anm. der Hrsg.).
- 3 Albertina Carris Film, der in Deutschland nicht in die Kinos kam, ist eine Auseinandersetzung der Regisseurin, deren Eltern verschwunden sind, mit der eigenen Biografie. Mittels einer experimentellen Erzählform hinterfragt die Regisseurin die in sich geschlossenen Erzählungen der ehemaligen militanten Aktivisten und die Erwartungshaltung der Mitstreiter ihrer Eltern ihr gegenüber (Anm. der Hrsg.).
- 4 Die bewegende letzte Einstellung des Films zeigt ein mit dem Nationalwappen versehenes Flugzeug der argentinischen Luftwaffe, das über dem *Río de la Plata* fliegt, zu hören ist eine Hymne an die Nationalflagge. Die Anspielung auf die „Todesflüge“ geht einher mit für den argentinischen Zuschauer unverwechselbaren nationalen Symbolen (Anm. der Hrsg.).



Land, die edenische Rückkehr in eine Prähistorie ohne Nation und eine heftige Kritik am Begriff des Volkes, in dessen Namen die militanten Aktivisten zu sprechen glaubten.

Beide Filme stellen problematische und grenzüberschreitende Wenden dar in der argentinischen Diskussion um das Gedenken des Leidens. Diese und andere Filmwerke fordern nach Denkmälern, in denen die Nationalstaaten als eine Totenstadt vorkommen. Dem Filmschaffen kommt dabei die Rolle zu, die nationalen Zeichen der rekonstruktiven Chronik, wie sie nach einem Massaker oder einer Tragödie eingesetzt wird, umzukehren oder aufzuheben. Dabei wird deutlich, dass die Repräsentation des Grauens – ein Problem, das sich als die Darstellung des Nichtdarstellbaren oder die Nichtdarstellung einer Repräsentation bezeichnen lässt – nicht denkbar ist, ohne nach Konzepten wie Allegorie und Paradoxon zu greifen. Es handelt sich um eine radikale Kritik des Symbols, um damit die nackte Erfahrung des Leidens zu erreichen, was vielleicht ein letztes Symbol hinterlassen würde.

Dieses letzte Symbol, das, was bestehen würde, wenn die symbolische Verschleierung der Kunst entzogen wird, wäre ein Symbol, das dem Bild des letzten Menschen Nietzsches entspräche. Vielleicht ist dieses letzte Symbol die Sprache und ihr nicht zurückführbarer Text; jener Text, der für seine Verneinung eines Geflechts aus Worten bedarf. Ein Symbol wird ausgesprochen oder zerstört, und dadurch wird es vielleicht verführerischer, aber jetzt als Teil eines Wortgeflechts oder einer Poetik.

### **Schrei, Repräsentation, Gedenken**

Wenn man den jungen Museumsführern und -führerinnen zuhört, die in Berlin im „Jüdischen Museum“ oder dem „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“ die Besucher dazu auffordern, die Symbole nach ihren eigenen moralischen, intellektuellen oder sentimentalen Prägungen zu deuten, entdeckt man, dass die Geschehnisse in den düsteren Zeiten der Geschichte zu einer radikalen, aber problematischen hermeneutischen Emanzipation führen. Wo wird diese Freiheit der Deutung validiert? In der allgemeinen Demontage der Symbole, die die Erfahrung mit einem bestimmten historischen Moment verbinden? Oder in der Unmöglichkeit, eine Erfahrung symbolisch zu rekonstruieren? Bei letzterer Variante könnte vielleicht nur ein abstrakter Kunstansatz in der Lage sein, die tragischen Momente einer Geschichte zu reflektieren.

Wir stehen gewiss vor einer der schwierigsten Problemstellungen in der Diskussion um zeitgenössische Kunst. Vermag es die Repräsentation, wie wir sie klassischerweise begriffen haben, die Genese des Schreies nachzustellen? Der Schrei ist ein kulturelles Skandalon, ein persönliches Leiden, das jedoch die ganze Menschheit betrifft. Ist es notwendig, die Idee der Repräsentation aufzugeben, damit der Schrei oder die ursprünglichere Form des Leidens zum Ausdruck kommen kann? Kommt der Schrei zum Ausdruck, ist dann das schweigende Staunen eines Bewusstseins notwendig oder aber eine kollektive Sprache, sogar eine kollektive Sprache, die vom Staat gestaltet wird? Martin Heideggers bekannte Ausführungen über das Kunstwerk, in denen die Kunst auf dramatische Weise mit dem Leben verschmilzt, weisen auf eine Diskussion hin, die mit weitreichenden Folgen in die Kunst auf den Ruinen des Gedenkens eingegangen ist.<sup>5</sup>

Diese Probleme sind der paradoxen Form der Gedenkkunst eigen, denn die Kunst des Gedenkens arbeitet mit dem Ungreifbaren ihrer eigenen Materie, die ja nicht die Glorifizierung des Lebens, sondern die Hervorrufung einer Abwesenheit ist. Darüber hinaus versucht die Gedenkkunst jene moralische Erfahrung zu vollziehen, die darin besteht, einen weit zurückliegenden Augenblick des Lebens zu bergen. In diesem Falle offenbart sich, dass für die Opfer des Staatsterrors jedem erlebten Augenblick das Überleben einer Erfahrung des Grauens vorangegangen ist.

Gegenwärtig wird mit großer Beklommenheit diskutiert, ob der Spiegel der Repräsentation angesichts des Grauens zerbrochen werden sollte oder ob Symbole konstruiert werden können, die die reine Präsenz einer Schmerzzone ankündigen. Bereits vor 200 Jahren reflektierte Lessing in „Laokoon. Oder über die Grenzen der Malerei und Poesie“ über die Darstellbarkeit des Schmerzes. Damals ging es jedoch um die unterschiedlichen Ressourcen, auf die der Dichter im Vergleich zum Bildhauer zurückgreifen kann. Vor über fünfzig Jahren hat Jean-Paul Sartre die These aufgestellt, das Drama der

5   Jenseits der Vorlieben oder Abneigungen gegenüber Martin Heideggers Denken wird sein Wort – gerade weil er transzendental verwickelt war in die grundlegenden Ereignisse des 20. Jahrhunderts – notwendig, selbst wenn es nur darum geht, es zu widerlegen oder zu zerstören. Diese Zerstörung wird aber notgedrungen auf die Konzepte des Ereignisses und der Destruktion zurückgreifen, die heute hoch im Kurs stehen und die sich auch in Heideggers Philosophie aufspüren lassen.

Geschichte lasse sich nicht durch streng poetische Mittel ausloten. Sartre wies darauf hin, dass die Worte keine Dinge seien. Sollten Worte ein historisches Engagement tragen, müssten sie sich in die realen Namen der Geschichte verwandeln, sodass Texte mit moralischen Handlungen in Bezug gesetzt werden könnten. Die zeitgenössische Kunst des Grauens ist jedoch zum Wort als Ding zurückgekehrt, vielleicht aufgrund des entscheidenden Einflusses von Dichtern wie Paul Celan, und so ist diese Kunst, die ein Zeitgenosse des Gedenkens ist, darauf bedacht, Denkmäler ohne Namen, damit die Leere, die Beschwörung archaischer Friedhöfe und die Reproduktion der Erfahrung von Unsicherheit und Beraubung zur Hoffnung auf das Aussprechen der Einzelnamen zu führen.

### **Der Fall der ESMA: Rhetorik und Kontext**

Es fällt schwer, heute die Erfahrung der Gedenkkunst auszuwerten, die ja vor dem Risiko ihrer allzu großen Abstraktion steht und zugleich das Wunder birgt, eine Art Museum der letzten Bastion der *conditio humana* und der verlorenen Labyrinth des Gedächtnisses zu sein. Zur Selbstfindung muss diese Kunst sich der Dialektik der Ruinen stellen: Arbeitet die Archäologie mit der Erinnerung im versteinerten Zustand, so ist es für die Kunst notwendig, ein vitalistisches Denken über die Ruinen zu entfalten. Sollen alle Ruinen Gegenstand der Reflexion werden? Soll das architektonische Erbe der Plünderer und Täter gepflegt werden? Werden die Objekte des Hasses kraft des Wirkens der Kunstkuratoren mit dem neutralen Blick der Archivare zum Museumsmaterial? Reicht ein reflexives, aufklärendes Zeichen auf den Steinen, um ein Zeugnis abzulegen über die Existenz der grauenvollen Macht der Täter?

An der Front der ESMA, der Mechanikerschule der Marine, hängt ein argentinisches Nationalwappen, akkurat handgemalt. Die Fassade der ESMA steht für die blitzblanke Idylle einer im Glauben an den Nationalstaat verwalteten Welt. Das Gebäude verkörpert in seiner Architektur die philosophische und militärische Geschichte Argentiniens. Welches Schicksal der ESMA in Zukunft im System der Gedenkstätten zukommt, ist eine wesentliche Frage für eine kreative Streitkultur der argentinischen Demokratie und für die Entwicklung einer avancierten Rhetorik der kollektiven Gerechtigkeit.

Dieses verhasste und unerträgliche Gebäude hat eine komplexe Vorgeschichte. 1943 haben Mitglieder der Marine von der ESMA aus auf Formationen

des Heeres geschossen, die den Regierungssitz einnehmen wollten. Später kam es zum Militärputsch. Es gab über 70 Tote, sowohl Militärs als auch Zivilisten. Das Gebäude steht also auch für die Bürgerkriege und die militärischen Fraktionskämpfe in Argentinien.

1948 hielt einer der gebildetsten Vertreter der argentinischen Akademie, der Philosoph Carlos Astrada, in der Kriegsakademie, die in der ESMA untergebracht war, einen anspruchsvollen Vortrag für die Marineoffiziere. Inspiriert von Max Scheler verurteilte Astrada in seinen Ausführungen die Zerstörung von Hiroshima und Nagasaki und widerlegte Ernst Jüngers Thesen zur totalen Mobilisierung, die damals die Regierung Juan Domingo Peróns entschieden beeinflussten. So ist die ESMA einmal auch ein Forum für eine nicht zu trivialisierende philosophische Diskussion gewesen. Wie lässt sich dieser Vorfall in ein Museum des Gedenkens einbeziehen? Wenn die ESMA zum „Haus des nationalen Grauens“ wird, auf welche und wie viele Ereignisse der Vorgeschichte soll dann Bezug genommen werden? Soll ein Bezug auf das Leiden der Körper hergestellt werden, das auch den Bombenangriff von 1955 mit einbezieht – den damals Marineoffiziere durchführten, die in diesem Gebäude ausgebildet wurden? Wenn die gesamte Bandbreite der Geschichte dieses grausamen Gebäudes hinterfragt wird, besteht dann nicht das Risiko, es zu historisieren und die Last des Grauens unter seinen Dächern zu mildern? Denn bekanntlich hat eine kontextualisierende Geschichte oder jede Art von populärwissenschaftlichem Historizismus eine mildernde, relativierende Interpretation von Schuld und Gewalt zur Folge. Wenn jedoch das Gedenken als pures Ereignis erscheint, besteht dann nicht das Risiko, ebenso relevante kulturelle Erinnerungen zu vernachlässigen?

Bis zum heutigen Tage sind an den Wänden der ESMA Zeugnisse der Geschichte der argentinischen Marine zu sehen, etwa Bronzeplaketten, von denen einige nach der Rede des damaligen Präsidenten Kirchner, als eine Menschenmasse in die Räumlichkeiten eintrat, entfernt wurden. Wer – und mit welcher noch zu schaffenden Geschichtsphilosophie – soll diese Zeugnisse einer „Erinnerung der Anderen“ übernehmen können? Die rhetorischen Aufgaben, die hier anstehen – die Umdeutung sowie die Erschließung eines historischen Nachlasses – werden erst seit Neuestem in Argentinien diskutiert. Und dabei fehlen allzu oft Konzepte, die auf der Höhe der Komplexität dieser Aufgaben sind.

## **Sprache und Denkmal**

Dies sollte uns auf das Verhältnis zwischen Sprache und Denkmal, zwischen Sprache und Monument aufmerksam machen. Es geht darum, wie der eigene Diskurs sich in dieser Diskussion konstituiert, denn allzu oft wird in Rituale und Schematismus verfallen. Bei diesem Thema gilt es, die höchsten Ansprüche an die Sprache zu stellen. Die Diskussion fordert geradezu nach einer neuen Sprache, die nicht an einem banalisierten Diskurs teilnimmt. In den künstlerischen Rhetoriken des Gedenkens wird an die sinnliche Imagination und die evozierende Macht des Unbenennbaren appelliert. Bei diesem Evozieren werden Ereignisse in einer nicht endenden Assoziationskette in Verbindung gebracht, wobei es letztlich um eine Verkettung von Eigennamen geht. Gleichzeitig besteht der geheime künstlerische Verdacht, dass diese Zeichenketten irgendwann zu Folgerungen über eine konkrete und gegenwärtige Menschheit führen werden.

Bei der Frage der Denkmäler lässt sich meines Erachtens nicht die Frage der Sprache vernachlässigen, denn sowohl Monumente als auch Dokumente – letztlich verwandte Ideen – kommen nicht umhin, literarische Dimensionen anzunehmen. Da das Material des Gedächtnisses ungreifbar, vergänglich und metaphorisch ist, wird es notwendig, auch die Literatur und die Poesie – im Gegensatz zu Sartres Auffassung – als Szenen des Gedenkens mit Denkmalcharakter zu begreifen. Sie sind allerdings Denkmäler im Modus des Übersetzers, der zwischen den Ruinen der Vergangenheit, der Stimme des Dichters und den Bildern der Künstler agiert. Definieren wir ein Denkmal als eine seltsame Kombination nachhaltiger Zeichen der Natur, Zeichen der künstlerischen Schöpfung und Zeichen der Erinnerung, dann ist etwa die Literatur auf Jiddisch, einer Sprache, die auch in Argentinien eine hochwertige Literatur hervorgebracht hat, ein Denkmal für das 20. Jahrhundert. Auch die literarischen Traditionen sollten meines Erachtens bei der Konzeption eines Denkmals berücksichtigt werden, denn das Denkmal ist in der Sprache aufgehoben, es teilt das Verharrungsvermögen der Sprache und die Lebendigkeit und auch die Art und Weise, in der die Sprache mit ihrem eigenen Vergessen umgeht.

Eine Gedenkkunst der urbanen Intervention sollte sich also nicht nur im Sinne der Pädagogik ausrichten, sondern Zeichen einführen, die die Sakralität jeder Existenz offenbaren. Da das Sakrale in den Großstädten kaum toleriert wird, sollte dies auf eine stille, schweigsame Art geschehen. Die Kunst des

Gedenkens muss sich deswegen auch des Mysteriums der Vergangenheit annehmen. Wie die Literatur u. a. Prousts aufgezeigt hat, entzieht sich das Vergangene immer wieder, doch es lässt sich dank der Sinne heraufbeschwören. Antidenkmäler, die die Zeit zerstören, um nach der verlorenen Zeit zu suchen, sollten Formen der lyrischen Opposition sein, die das offizielle Gedenken reflektieren. Ich denke dabei an die großartigen Arbeiten Horst Hoheisels, der in Deutschland sehr bekannt ist, in Argentinien jedoch weniger, denn sie stecken das Feld dieser Diskussion ab. Dem offiziellen Gedenken fehlt der Sinn für die flüchtige Zeit. Es gebührt ihm trotzdem kritischer Respekt für seine unbeweglichen Rituale, wenn sie aus einem figurativen, demokratischen Ansatz stammen, und für seinen Anspruch, uns mit der Natur auf Augenhöhe zu bringen. Es gilt, die Geschichte weiterzuschreiben und gleichzeitig die verhassten Symbole zu verurteilen, die durch das offizielle Gedenken auch gewissermaßen fortbestehen dürfen.

Eigentlich sollten alle unsere Texte zu diesen Fragen Antidenkmäler einer verlorenen Vernunft sein, denn die Last der Geschichte ist das größte Paradoxon. Das Grauen ist jedoch kein Begriff. Wie der *horror* Elliots, Conrads oder Borges' handelt es sich um einen Namen ohne Namen, um ein Wort, das zugleich eigen und fremd ist. Wenn wir als einfache akademische Zeugen das Grauen benennen wollen, befrieden wir fälschlicherweise unser Leben, aber dabei wird verhindert, dass wir die Angst der Sprache wahrnehmen. Ohne Angst gibt es kein Schweigen und ohne Schweigen keine Kunst, die ja immer eine Stimme des Kommenden ist. Und so neige auch ich dazu, in der Diskussion um Kunst und Gedenken am Begriff des Grauens festzuhalten, aber als eine Kategorie des Schweigens in unserem Bewusstsein.

## Unterbrochene Erzählung

### *Kollektive Erinnerung und die Sprache von Denkmälern*

Im Zentrum meiner Überlegungen steht ein Zitat von Hannah Arendt von 1959: „Sofern es überhaupt ein ‚Bewältigen‘ der Vergangenheit gibt, besteht es in dem Nacherzählen dessen, was sich ereignet hat; aber auch dieses Nacherzählen, das Geschichte formt, löst keine Probleme und beschwichtigt kein Leiden, es bewältigt nichts endgültig. Vielmehr regt es [...] zu immer wiederholendem Erzählen an.“

Keine Lebensweisheit, keine Analyse, kein noch so tiefsinniger Aphorismus kann es an Eindringlichkeit und Sinnfülle mit der recht erzählten Geschichte aufnehmen.<sup>1</sup>

Was bedeutet diese Aussage von Hannah Arendt in Gesellschaften wie den unseren, in denen die Erzählung durch einschneidende historische Ereignisse unterbrochen ist bzw. längere Zeit unterbrochen war? Dieser Frage werde ich im Folgenden nachgehen und mich dabei auf die Erzählung über die NS-Zeit aus der Perspektive der Bundesrepublik beschränken. Zuspitzen werde ich meine Darstellung auf die Frage: Gibt es im öffentlichen Raum eine künstlerisch-ästhetische Sprache, die in der Lage ist, die Wiederaufnahme der unterbrochenen Erzählung anzuregen?

1 Hannah Arendt, Lessingpreisrede am 28. Sept. 1959. Essay von Ingeborg Nordmann. Reihe „Reden“, Bd. 27. Hamburg 1999.

Seit etwa zehn Jahren erleben wir in Deutschland einen Boom von Erzählungen über die NS-Zeit als fiktionale Nacherzählungen in Romanen und in Spielfilmen, aber auch dokumentarisch in biografischer Literatur und in Dokumentarfilmen, und zunehmend gibt es eine problematische Mischung von beiden.

Meine Generation, die sich selbst als die Jugendgeneration in einer „vaterlosen Gesellschaft“ begriff, beklagte und beklagt bis heute, dass es kein Gespräch mit den Eltern gab.<sup>2</sup> Die Antwort dieser Generation war der aktive, nachhaltig und mit großem Ernst betriebene Versuch, das „System des Nationalsozialismus“, seine Machtstrukturen, seine Organisationsformen und seine Strategien der Bewusstseinsproduktionen zu analysieren. Dies mündete in der schrittweisen Ausdifferenzierung der Rolle der gesellschaftlichen Gruppen, Funktionseliten und Wirtschaftsbereiche, d. h. der Firmen und Banken, der Kirchen, der Gliederungen des Staatsapparates bis hin zu den Wissenschaften. Sehr spät kam die Rolle der Wehrmacht in den Blick und erst im Jahr 2005 die Verwicklungen des Auswärtigen Amtes und des Diplomatischen Corps.

Dieser Fokus auf das „System“ teilte lange Zeit die Wahrnehmung in „Opfer“ und „Täter“, die jeweils isoliert voneinander betrachtet wurden. „Die Opfer“ wurden beklagt, in Opfergruppen unterteilt und bis auf einige wenige zu Symbolfiguren gewordene Menschen, wie Anne Frank, für lange Zeit entindividualisiert und noch in der Erinnerung in den Konzentrations- und Vernichtungslagern exterritorialisert.

Aus heutiger Sicht ist das „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“ ein in Beton geronnener Ausdruck dieser System-Perspektive mit der Pathosformel: Diesem monströsen Menschheitsverbrechen müsse ein ebenso großes Denkmal entsprechen. Die 17 Jahre währende Auseinandersetzung um dieses Denkmal, um den Ort und später um seine künstlerisch-architektonische Form führte – wie durch einen Katalysator – auch zu Ausdifferenzierungen von anderen gesellschaftlichen Erzählformen, die wir mit Maurice Halbwachs „kollektive Erinnerungskonstruktionen“ nennen.<sup>3</sup>

Auf der einen Seite also bildet sich seither die Erinnerungskultur als große nationale Erzählung ab, in deren Zentrum das Bekenntnis der Nation zur Verantwortung für jenes Unrecht steht, das sechzig bis siebzig Jahre zuvor in

2 Alexander Mitscherlich, *Auf dem Weg zur vaterlosen Gesellschaft*, München <sup>14</sup>1982.

3 Maurice Halbwachs, *Das kollektive Gedächtnis*, Stuttgart 1967.



ihrem Namen geplant und begangen wurde. Manchmal wurde in diesem Zusammenhang vom „Gründungsmythos“ der neuen, der „Berliner Republik“ gesprochen – auch wenn die Idee für dieses Denkmal ursprünglich aus einer zivilgesellschaftlichen Initiative hervorging. Auf der anderen Seite finden sich Erzählformen, in denen die Geschichte heruntergebrochen wird auf menschliche Dimensionen. Der kleine Appendix unter dem großen Mahnmal, der „Ort der Information“, der eher als Kompromiss hinzukam, ist nicht zufällig – quer durch alle politischen Parteien – von jüngeren Abgeordneten erstritten worden. Die dort sichtbare Individualisierung der Opfer ist – vereinfacht gesprochen – eine Perspektive vor allem der jüngeren Generation, deren Vorläufer in populären fiktionalen Filmen wie „Schindlers Liste“ und in der breiten Rezeption biografischer Literatur zu finden ist. Vor allem ist ein zunehmendes Interesse der Enkelgeneration an Zeitzeugenbegegnungen zu beobachten, in denen sie die Authentizität suchen, die in Zeiten der synthetischen und digitalisierten Bildproduktion zunehmend verloren geht.

Die Enkelgeneration war es auch, die sich in auffällig großer Zahl auf die textlastigen und auch individualisierten Ausstellungen wie die überarbeitete Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht und die Ausstellung über die Frankfurter Auschwitzprozesse einließ. Dies ist ein äußeres Zeichen dafür, dass diese Generation mit einer gewissen Unbefangenheit wieder das Gespräch mit der Großelterngeneration sucht, was der ersten Nachkriegsgeneration nicht gelungen war und für das sich die Zwischengeneration, die heute 35- bis 45-Jährigen, weniger interessierte. Letztere mussten sich intensiv mit den Moralansprüchen der ersten Nachkriegsgeneration auseinandersetzen, sich teilweise auch von ihnen absetzen und hatten es daher schwer, eigene, unverstellte Zugänge zum Thema zu finden.

Bei der eher unbefangenen Enkelgeneration kommt es zu neuen Umwertungen und Mystifizierungen in der Weise, dass sich viele ihre Großväter als „widerständig“ oder zumindest als „schuldlos schuldig“<sup>4</sup> konstruieren, wie es mehrere Studien des Kulturwissenschaftlichen Instituts in Essen nachgewiesen haben. Ihre Konstruktion, ihre Wunschfigur heißt: „Opa war kein Nazi“.<sup>5</sup>

4 Harald Welzer, Schön unscharf. Über die Konjunktur der Familienromane, in: *Mittelweg* 36 (Literaturbeilage), Hamburg 2004.

5 Harald Welzer/Sabine Moller/Karoline Tschuggnall, „Opa war kein Nazi“. Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis, Frankfurt a. M. 2003.

Berücksichtigt man diese unterschiedlichen Schichtungen der Haltungen der Generationen, dann müsste die Frage lauten: Gibt es Formen, in denen die zu Abstraktion neigende große nationale Erzählung und die zu Umdeutungen und Projektionen tendierenden Familienerzählungen wieder zusammengebunden werden können im Sinne des Eingangszitats von Hannah Arendt? Denn „Erzählung“ bei Arendt meint genau dies: „Nacherzählen dessen, was sich ereignet hat ...“

Salomon Korn, Vizepräsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, hat im Zusammenhang mit der Analyse der Wirkung des großen Berliner Holocaust-Denkmal daran erinnert, dass die jüdische Erinnerungstradition ihrem Wesen nach „durch fortwährende kollektive Ritualisierung transgenerational im Individuum verinnerlicht [wird]“. Die jüdische Tradition „bedarf keinerlei Vergegenständlichung“.<sup>6</sup> Ich möchte ergänzen: Die Vergegenständlichung muss nicht mit komplexen Symbolisierungen aufgeladen werden, denn auch die jüdische Tradition kennt natürlich einfache visuelle Zeichen – wie kleine Steine auf Gräbern.

Es hat in der Bundesrepublik erst in der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre – d. h. mehr als 40 Jahre nach den Ereignissen und nach einer langen Zeit der Zurückhaltung und des berechtigten Misstrauens gegenüber symbolischen Denkmalsetzungen – wieder Versuche gegeben, neue Denkmale und Mahnmale im öffentlichen Raum zu realisieren. Dies geschah aber zumeist an der Peripherie und mit lokalem Bezug. Dem waren in den Jahren zuvor zahlreiche zeichenhafte Markierungen, in der Regel schlichte Gedenktafeln mit kurzen Texten, vorausgegangen, mit denen zivilgesellschaftliche Akteure wie Geschichtswerkstätten, Initiativen und Vereine konkrete Orte der Opfer, aber auch Orte der Täter mitten in unseren Städten ins Bewusstsein zurückgeholt haben. Der Versuch, eine neue Denkmalsprache zu entwickeln, wurde ab Mitte der 1980er-Jahre zunächst noch von den Künstlern der ersten Nachkriegsgeneration begonnen. Ihr Bezug war jedoch nicht der oben beschriebene historisch-soziologische Diskurs, es waren vielmehr philosophisch orientierte Kunsttheorien, welche bildkünstlerisch die „Leere“, das „Verschwinden“ und letztlich auch die „Sprachlosigkeit“ selbst zum Thema gemacht haben. James Young hat diese Entwicklung, die er interessanterweise nur in Deutschland beobachtet hat, 1993 „counter-monuments“, Gegendenkmale,

6 Salomon Korn, Hintergrund im Untergrund, in: Jüdische Allgemeine, Beilage zur Eröffnung des Holocaust-Denkmal und zum Jahrestag des Kriegsendes, 2005 (6. Mai).

genannt.<sup>7</sup> Dazu gehörten die frühen Arbeiten von Jochen Gerz, Micha Ullman und Horst Hoheisel.

An einer – in der Berliner Diskussion weniger bekannten – Arbeit von Jochen Gerz in Saarbrücken möchte ich das Konzept der Künstler der ersten Nachkriegsgeneration deutlich machen: Gerz hat 1993 zusammen mit Studenten 2146 Steine auf dem zentralen Platz vor dem Schloss in Saarbrücken verlegt, auf deren Unterseite die Namen aller jüdischen Friedhöfe in Deutschland eingraviert wurden, von denen die meisten „verschwunden“ sind. Anders als die vielen vor dieser Zeit gestalteten Gedenktafeln handelt es sich um eine bewusste künstlerische Setzung, die neben den historischen Fakten zugleich auch das Verdrängte und das Unausgesprochene thematisiert. Sichtbar ist seither nur das Straßenschild: „Platz des unsichtbaren Mahnmals“.<sup>8</sup>

Auch Micha Ullmans unterirdische „Bibliothek“ von 1993 in Berlin-Mitte kann als eine Metapher der Leere und des Verlustes gelesen werden. Aber durch den konkreten Ortsbezug auf dem Platz der Bücherverbrennung, wo die Dokumentar-Bilder heraufbeschworen werden, in denen Studenten noch die letzten Bücher aus der Bibliothek hinunter ins Feuer warfen, bekommt diese Arbeit eine narrative und zugleich gegenstandsbezogene Dimension. Durch die deutlich als leere Regale erkennbare Struktur des unterirdischen Raums bleibt die Metapher nicht nur abstrakt, sondern wird zum Zeichen, das zugleich auf Reales – hier das historische Ereignis am authentischen Ort – verweist.<sup>9</sup>

Erst die nächste Künstlergeneration, insbesondere solche Künstler, die wie Gerz und Ullman aus dem Umfeld der Konzeptkunst kommen, einer Kunst-richtung, die sich im autonomen Kunstbereich schon sehr viel früher ausdifferenziert hatte, kannte keine Scheu mehr, auch bei Denkmälern und Mahnmälen wieder Bildhaftes zu nutzen. Ihre Bilder wollen aber keine Metaphern mehr sein – wie noch bei Gerz –, sondern sind pure Zeichen, die auf komplexe Zusammenhänge verweisen. Ziel dieser Künstler ist es, einen Erzählanlass und zugleich – wie auch schon ihre Vorgänger – einen Reflexionsanlass zu konstati-

7 James E. Young, *The Art of Memory: Holocaust Memorials in History*, New York 1994, sowie James E. Young, *Mahnmale des Holocaust – Motive, Rituale und Stätten des Gedenkens*, München 1993.

8 Jochen Gerz, *2146 Steine. Mahnmal gegen Rassismus*, Stuttgart-Ostfildern 1993.

9 Micha Ullmann, „Und andere Denkmale in Berlin“, in: Johannes Heesch/Ulrike Braun, *Orte erinnern – Spuren des NS-Terrors in Berlin. Ein Wegweiser*, Berlin 2003.

tuieren. Dabei beziehen sich einige dieser Künstler in ihren Konzepten explizit auf jüdische Erinnerungstraditionen, indem sie eine enge Verbindung zwischen Zeichen und Schrift herstellen.

Ein Projekt, das mit der Beziehung von Text und Bild Erzählanlässe schafft, ist das Denkmal „Orte des Erinnerns“ im Bayerischen Viertel in Berlin-Schöneberg von Renata Stih und Frieder Schnock. Es ist beispielhaft für erzählendes Erinnern, hier: an die schrittweise eskalierende Gewalt gegenüber den jüdischen Nachbarn, die bis in die dreißiger Jahre als akzeptierte Bürger in diesem Viertel gelebt hatten. Seither wird von vielen das Bayerische Viertel, in dem das Denkmal installiert wurde, als symptomatisch für die Geschichte des Berliner Judentums betrachtet.

Diesem Berliner Denkmal war bis zu seiner Installation 1993 ein intensiver, zehn Jahre langer Erinnerungsprozess vorausgegangen, an dem verschiedene Gruppen wie die Geschichtswerkstatt, Parteigliederungen, Kirchengemeinden und Schulen beteiligt waren, was in der Forderung nach einem Denkmal mündete. Vielen Beteiligten schwebten zu Beginn eher traditionelle Denkmalformen vor, wie z. B. ein Obelisk mit den eingravierten 6000 Namen der Opfer allein aus diesem Berliner Bezirk. Dass eine Öffnung des Denkmal-Wettbewerbs für aktuelle Kunstkonzepte erreicht werden konnte, ist der Effekt einer kontinuierlichen Moderation dieses Prozesses durch die Autorin dieses Beitrags als Leiterin der kommunalen Galerie „Haus am Kleistpark“.<sup>10</sup>

Das Denkmal von Stih/Schnock, das aus diesem Wettbewerb hervorging, gilt mit seinen 80 Teilen, die über ein ganzes Viertel verteilt sind und sich dennoch nicht aufdrängen, auch international als ein gelungenes Konzept. Es nahm, so könnte man sagen, andere Erzählformen, wie etwa die später veröffentlichten Tagebücher von Viktor Klemperer im Bild-künstlerischen Medium vorweg.<sup>11</sup>

Auf 80 Schildern, die in Form und Technik einfachen Straßenschildern ähneln, erinnert die Bildseite eher an ein *Memory*-Spiel oder an Bilder aus Schulbüchern (Fibeln), mit denen Schrift geübt werden soll. Und genauso funktionieren diese Bilder. Keiner käme auf die Idee, diese fast naiv anmutenden Motive als Symbole des Holocaust zu interpretieren – sie sind nicht mehr und nicht weniger als konkrete Erinnerungsanlässe für den Inhalt der Texte

10 Für weiterführende Informationen siehe [www.hausamkleistpark-berlin.de](http://www.hausamkleistpark-berlin.de).

11 Victor Klemperer, *Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten*, Tagebücher 1933–1945. 2 Bde., Berlin 1995.



*Denkmal „Orte des Erinnerns“ von Renata Stih und Frieder Schnock 1993 im Bayerischen Viertel in Berlin-Schöneberg; Eine Tafel (Vor- und Rückseite) von insgesamt 80, befestigt an Lampenmasten*

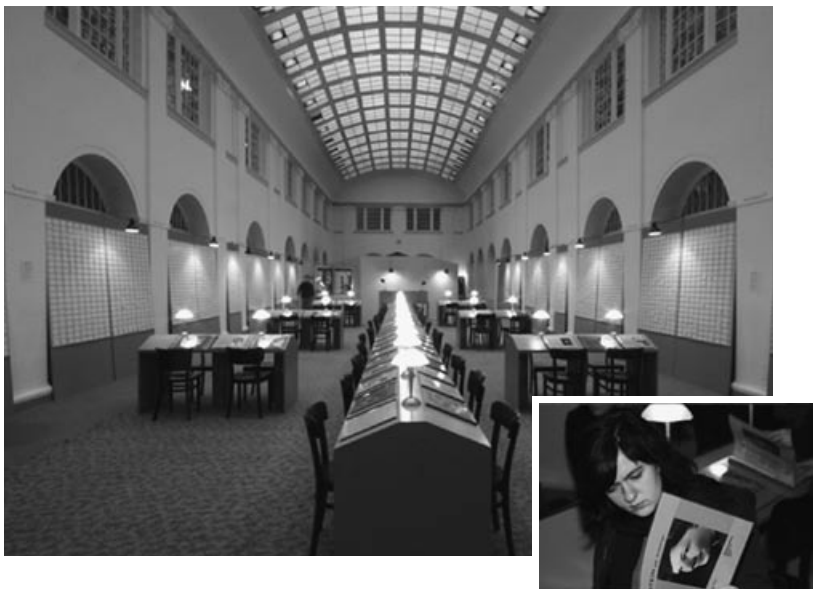
Fotos: Frank Müller, © Haus am Kleistpark

auf der Rückseite. Die Bildzeichen sind sehr häufig auch Gesprächsanlässe, die es ermöglichen, dass Alte und Junge oder Fremde miteinander ins Gespräch kommen. So sagt zum Beispiel ein Kind: „Das mit der Katze fand ich das traurigste. Es ist ungerecht, dass man Menschen, die schon so viel Schlimmes erlebt haben, auch noch ihre Lieblingstiere wegnimmt.“ Auf diese Weise kann ein in Bürokratiesprache formuliertes Verbot: „Juden dürfen keine Haustiere mehr halten. 15. 5. 1942“ übersetzt werden, das Bild der Katze wird der Anlass für einen Einstieg in ein Gespräch.

Die Arbeit der Künstler wurde nach der Fertigstellung des Denkmals an andere weitergegeben. Ein Prozess ist entstanden: Lehrer und das kommunale Jugendmuseum ermuntern Kinder und Jugendliche zu erzählen, was sie bei den Bildern bewegt hat und was sie ihre Großeltern gefragt haben. Bei diesen Anlässen wird die Fantasie für die konkreten Situationen des Ausgegrenztseins deutlich, die man im besten Sinn als Empathie bezeichnen kann. Zugleich entstehen auch Fragen: Wer hat sich diese Gesetze ausgedacht, wer hat sie zugelassen, wie verhielten sich die Nachbarn, die Klassenkameraden oder die Arbeitskollegen und die christlichen Freunde?

Bei der Kriegsgeneration führte dieses Denkmal dazu, dass die Großeltern nicht nur ihren Enkeln viele Details aus ihren Lebenszusammenhängen in der NS-Zeit erzählten, sondern auch den an der Erinnerungsarbeit forschend beteiligten Mitarbeiter/innen unserer kommunalen Kultureinrichtung. All die Jahre vorher hatten sie noch abgewehrt: „Wir haben nichts gesehen!“ Seit es die 80 Schilder dieses Denkmals gibt, die mitten im Alltag die konkreten Ausgrenzungsschritte markieren, entstanden viele Gesprächssituationen mit nicht-jüdischen Zeitzeugen, die schließlich auch Erinnerungen an Deportationen und den Verlust von Freunden und Schulkameraden aussprechbar machten, nicht selten zum ersten Mal nach dem Krieg.

Das Denkmal im Bayerischen Viertel ist als Teil einer kollektiven Erzählung angenommen worden. Parallel zu den Befragungen der nichtjüdischen Nachbarn wurden im Laufe von über 20 Jahren Kontakte zu mehr als einhundert ins Exil gezwungenen ehemaligen jüdischen Nachbarn hergestellt. Sie waren bereit, uns ihre Familiengeschichten zu erzählen und mit persönlichen Bildern und Dokumenten zu ergänzen. Hinzugefügt wurden Lebensgeschichten von zahlreichen Prominenten, die in diesem Viertel gelebt haben: Albert Einstein, Nelly Sachs, die „Comedian Harmonists“ und neben vielen anderen auch



*Ausstellungsinstallation „Wir waren Nachbarn“ 2005 Rathaus Schöneberg, Berlin  
Konzept/Entwurf Katharina Kaiser; Lesende in der Ausstellung mit einem der  
über 100 biografischen Alben*

Fotos: Gerhard Haug, © Haus am Kleistpark

Renate Schottelius. Sie ist in Argentinien als bedeutende Tänzerin mit einer eigenen *company* besser bekannt als in Berlin. 1936 hatte Argentinien der damals 14-Jährigen Exil gewährt.

Diese biografischen Dokumente wurden in verschiedenen Ausstellungen und Lesungen – auch *open air* auf dem zentralen Platz im Bayerischen Viertel – als *work in progress* vorgestellt. Nach intensiven politischen Diskussionen werden diese Dokumente seit 2005 in Form von Familienalben für jeweils drei Monate als Intervallausstellung im Rathaus Schöneberg präsentiert, das am Rande dieses Viertels liegt. „Wir waren Nachbarn“ heißt der bewusst schlichte Titel dieser mit künstlerischen Mitteln gestalteten Ausstellungsinstallation. Auch die früheren christlichen Nachbarn kommen in der Ausstellung vor: ihre Teilnahmslosigkeit, ihre Abwehr, Denunziationen und in einigen Fällen auch ihre mutige Hilfe.

Das Denkmal im Bayerischen Viertel ist demnach nicht isoliert auf sich gestellt, sondern es ist „embedded“,<sup>12</sup> eingebettet in einen kollektiven Erinnerungsprozess, wie auch andere konzeptionelle Denkmale, die mit Bild und Schrift arbeiten. Sie unterstützen mit künstlerischen Mitteln auf je besondere Weise das in anderen Medien vorbereitete Erzählen, das ich – in Aktualisierung des Arendt'schen Zitats – einen „narrative turn“ nennen möchte. Nachdem die Kulturwissenschaft seit den 1990er-Jahren eine Dominanz der Bilder konstatiert hat, die in den letzten Jahren als „iconic turn“ auch in den Geschichtswissenschaften angekommen ist, lässt sich im Kontext der Erinnerungskulturen ein „narrative turn“ beobachten.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs waren es zunächst vor allem Bilder, derer sich die Erinnerungspädagogik und Gedenkstättenarbeit bediente: Fotos von anonymen Opfern haben sich seither in das Bildgedächtnis von zwei Generationen eingeschrieben. Dabei sind einzelne, immer wieder zitierte Motive regelrecht zu „Ikonen des Holocaust“<sup>13</sup> geworden, wie die Bilder der Befreiung der Konzentrationslager in den Westzonen: Leichenberge auf Lastwagen oder Gefangene am Stacheldrahtzaun und auf Holzpritschen, Skeletten ähnlicher als lebenden Individuen. Natürlich gab es schon sehr früh Autobiografien, aber erst seit Anfang der 1980er-Jahre – beginnend mit der Fernseh-Serie „Holocaust“ 1979 – setzte auch in Deutschland massenmedial die Wende zum Narrativen ein, sowohl als *fiction* in Spielfilmen als auch in Autobiografien und dokumentarischen Werken aus der Perspektive der Opfer.

Diese Wende zum Erzählen folgt aber nur dann dem von Arendt intendierten aufgeklärten Impuls, wenn in ihm – im Sinne der jüdischen Gedenkkultur – individuelle und kollektive Erzählungen, wenn Schrift und bildhafte Zeichen zusammenfließen und dabei die realen Ereignisse als konkrete Einzelne bewahrt werden und nicht in abstrakten Metaphern verschwinden. Mit Blick auf die Gegenwart hat Arendt an anderer Stelle gesagt: „Das Höchste, was man erreichen kann, ist zu wissen und auszuhalten, dass es so und nicht anders gewesen ist.“<sup>14</sup>

12 „Embedded“ ist ein zentraler Begriff aus einer aktuellen internationalen Kunstform, der *site-specific-art*.

13 Cornelia Brink, *Ikonen der Vernichtung*, Berlin 1998.

14 Hannah Arendt, *Lessingpreisrede* am 28. Sept. 1959, S. 36 ff.



## Berliner Mauerspuren

### *Der Prozess des Verschwindens der Berliner Mauer*

Seit 1992 befasse ich mich als Künstler in verschiedenen Projekten mit Vergangenheit und Gegenwart, Anwesenheit und Abwesenheit, Erinnerung und Gedenken. Mit einem ausgeprägten Interesse für Themen, die am Rande des Verschwindens balancieren, erforsche ich historische Vorfälle und historische Stätten. In meinen ortsgebundenen Installationen und meiner Fotografie setze ich mit bestimmten Örtlichkeiten verknüpfte Geschichtsereignisse in einen Bezug zu unserer Zeit.

Der rote Faden in meinen Arbeiten ist der Versuch, Spuren oder Vorfälle aus der Vergangenheit zu rekonstruieren, Prozesse von Verschwinden festzulegen oder Erinnerungsfeiern, die mit diesen Spuren oder Vorfällen zusammenhängen, zu registrieren. In den neunziger Jahren habe ich Installationen entworfen für die Dünenlandschaft auf der Watteninsel Texel und für das ehemalige Gefechtsfeld der Schlacht um Arnheim. In einer Reihe von Arbeiten habe ich die Erinnerung an jüdische Bewohner eines Hauses im Amsterdamer Judenviertel aufgearbeitet. Meine kartografischen Arbeiten sind stark konzeptuell konzipiert und reichen von Skulpturen aus Gips und Bronze bis zu Frottage-Arbeiten, Fotografien und Editionen in limitierter Auflage.

## **Faszination Berliner Mauer**

Seit 1999 bin ich vom Umgang mit dem Erbe der Berliner Mauer fasziniert. Im Jahr 2000 habe ich das Konzept für das Projekt „Berliner Mauerspuren“ entwickelt. Im Sommer des 40. Jahrestages des Mauerbaus, 2001, forschte ich auf dem ehemaligen Mauerstreifen nach Spuren, sichtbaren Hinweisen der verschwundenen Grenze. Ich war erstaunt über die Unterschiedlichkeit der von mir gefundenen Gegenstände. Es war mein Ziel, die Ergebnisse meiner Suche sofort für ein großes Publikum zugänglich zu machen. Statt für ein Buch, eine Fotoarbeit oder eine Installation habe ich mich dafür entschieden, eine Internetpräsentation zu erstellen. Bilder des Kalten Krieges und des Mauerfalls kann man viele im Internet finden. Ich stellte allerdings bei meinen Nachforschungen fest, dass es nirgendwo Informationen über die aktuelle Situation im früheren Mauerstreifen gibt. Das Projekt „[www.berlinermauerspuren.de](http://www.berlinermauerspuren.de)“ füllt insofern eine große Lücke. 2002 wurde das Projekt im „Dokumentationszentrum Berliner Mauer“ in Berlin ausgestellt. Seitdem habe ich das Archiv weiterentwickelt. Ich besuche die Mauerstrecke immer wieder und erfasse die Landschaft in Bildern und Panoramaaufnahmen. Dadurch entsteht ein Archiv, das nicht eine statische Bestandsaufnahme zeigt, sondern den Prozess des Verschwindens der Berliner Mauer.

## **Die Berliner Mauer**

Die Mauer, die Berlin 28 Jahre lang zerschnitten hatte, spielte in der Geschichte der Stadt eine wichtige Rolle. Die Reste dieser Grenzbefestigung sind Zeugen einer geteilten Stadt – und eines geteilten Europas, einer geteilten Welt. Aber wie lange noch? 20 Jahre nach dem Fall der Mauer ist kaum noch etwas von der Grenze, den Absperrungen oder den Wachtürmen zu sehen. Am 9. November 1989, dem Tag der Maueröffnung, begann die Demontage des „Schutzwalls“ zwischen Berlin Ost und Berlin West. Erst kamen die „Mauerspechte“ mit Meißel und Hammer, später folgte der systematische Abbau nahezu aller Grenzanlagen.

## **Die Spuren der Berliner Mauer heute – „Texture of Disappearance“**

Inzwischen ist das ehemalige Sperrgebiet so gut wie unerkennbar geworden, und obwohl die Einsicht darüber wächst, welch bedeutenden historischen Wert die Überreste der Mauer haben, werden ihre letzten Spuren in hohem Tempo

aus der sich rasant verändernden Stadt ausradiert. Die Stadt entwickelt sich, letzte Fragmente werden entfernt, Grundstücke werden wieder bebaut. Und obwohl Mauerspuren offiziell denkmalgeschützt sind, sind die urbanen Fortschritte und die damit zusammenhängenden Kräfte stärker als die vereinzelter Mauerreste, die es noch gibt.

Ich bin der Meinung, dass es ganz wichtig ist, diese historischen Elemente, die sachlichen bzw. dinglichen Zeitzeugen, zu behalten, um Erinnerungsprozesse jetzt und in der Zukunft zu unterstützen. Ich stelle aber im gleichen Moment fest, dass dies in einer wachsenden Stadt kaum realisierbar scheint.

### **Kunst nach dem Mauerfall**

Die Bedeutung und die Hintergründe der Kunstprojekte in Beziehung zur Berliner Mauer haben sich über die Jahre deutlich geändert. Zu Beginn der neunziger Jahre war eine erneute zivile Besetzung des ehemaligen Todesstreifens zu erkennen, und kurz nach dem Mauerfall fanden viele Kunstaktionen statt: die „Lupinenaktion“, die „Rückkehr der Möbel“ an der Bernauer Straße, die Aktionen mit Militärschrott am Reichstag. Alles ist verschwunden. Später veränderte sich die Thematik mehr in eine konzeptionelle Auseinandersetzung mit der ehemaligen Grenze: Multimedia- und Internetprojekte sowie ortsgebundene Installationen entstanden. Sie wurden mit neuesten Bildmitteln des neuen Zeitgeistes entwickelt und kommentieren Themen wie Trennung, Einheit und die Multi-Level-Folgen sowie Probleme der Abwesenheit der Mauer. Ich bin davon überzeugt, dass die Bildende Kunst einen positiven Beitrag liefern kann, um die Erinnerungslandschaft zu gestalten, um Grenzen zu überwinden und vielleicht sogar, um geteilte Meinungen zu vereinigen.

### **Die Erinnerungslandschaft Berlins – „Texture of Fragmentation“**

Seit Anfang meines Projektes war die Berliner Mauer oft ein Thema in Zeitungen und visuellen Medien. Was deutlich fehlte, war ein Gesamtkonzept für den ehemaligen Grenzstreifen. Viele Organisationen, Gruppen und Einzelpersonen beschäftigten sich intensiv mit der Geschichte der Mauer. Damit ist eine sehr interessante, lebendige und wechselhafte Erinnerungslandschaft gewachsen. Wenn man das alles zusammen betrachtet, ist es sehr viel Arbeit, die nie von einer einzelnen Organisation hätte geleistet werden können. Leider kann man auch feststellen, dass es statt einer Zusammenarbeit eher eine Spaltung



*Leipziger Platz, Berlin*

*Wachturm im Jahr 2002. Mittlerweile um 15 Meter versetzt, um den Bau des Hochhauses möglich zu machen*

© Ronald klein Tank: Projekt „Berliner Mauerspuren“

in der Erinnerungslandschaft Berlins gibt. Ich denke oft darüber nach, wie es sein kann, dass eine Struktur des Ideenaustauschs und eine gemeinsame Überarbeitung nicht erreicht werden kann. Aufgrund des Fehlens einer inhaltlichen Debatte wird das Thema Berliner Mauer und damit die Chance für ein wachsendes Verständnis der denkmalpflegerischen Sicherung von historischen Spuren auf Seiten der Bevölkerung nicht größer.

Das Gedenkkonzept Berliner Mauer, das vom Senator für Wissenschaft, Forschung und Kultur 2005 präsentiert wurde, soll dies alles ändern. Viele Broschüren informieren über die Lage der Mauer, die Institutionen, die Forschungen und die Ziele. Das ist sicher ambitiös, aber ist es auch realistisch? Wird es möglich sein, das vorgestellte Gedenkkonzept zu realisieren? Wird die Erinnerungslandschaft Berlins in Zukunft besser zusammenwachsen? Wird es die heutigen Mauerspuren noch in der Zukunft geben? Wird statt dieser originalen Spuren eine wiederaufgebaute Mauer da sein?

Ich sehe es als meine Aufgabe an, den Prozess des Verschwindens festzuhalten und auf meiner Projektwebseite zu veröffentlichen, um damit zur aktuellen und insbesondere zu zukünftigen Debatten beitragen zu können. Ich bin der Ansicht, dass die noch existierenden historischen Reste unbedingt als Geschichtszeugnisse erhalten bleiben sollten. Ich trage meinen Teil dazu bei, indem ich das Projekt seit 2001 über das Internet zugänglich mache. Auf „[www.berlinermauerspuren.de](http://www.berlinermauerspuren.de)“ beantworten meine Informationen und das aktuelle Bildmaterial die Frage: „Können Sie mir sagen, wo die Berliner Mauer stand?“ Und sie geben gleichzeitig Aufschluss darüber, was von ihr heute noch übrig geblieben ist.

## Memoria

### *Einige Gedanken zur Kunst der Erinnerung und zur Erinnerung der Kunst*

Alles was Künstler tun, um die Verbrechen der Vergangenheit zu erinnern ist *falsch*, mein Werk inbegriffen! Wir können es nur *mehr* oder *weniger* falsch machen. Aber wir werden niemals das *wahre* Bild der *wahren* Geschichte zeichnen können. Was ist die *wahre* Geschichte überhaupt? Ist es die Geschichte, die von den jeweils Herrschenden zum Erhalt ihrer Macht geschrieben wird oder ist die *wahre* Geschichte die, die von den Beherrschten erlitten wird? Das extremste Ereignis in der Menschheitsgeschichte ist bisher der Holocaust, und alle Versuche, eine künstlerische Metapher dafür zu finden, zeichnen alle zusammen genommen nur eine große Metapher: die der *Unmöglichkeit*, den Holocaust durch Kunst abzubilden und zu erinnern.

Alle Denkmale sind Arbeiten im Auftrag von Politikern oder von Gruppen des öffentlichen Lebens mit eigenen Interessen. Denkmale sind meistens Kompromisse dieser politischen Gruppen und ihrer unterschiedlichen Interessen. Deshalb sind sie selten gute Kunst. Denn gute Kunst ist kompromisslos. Deshalb sind Denkmale meistens mittelmäßige Kunst, und sie, die doch gerade zur Erinnerung an die Opfer der Macht errichtet werden, erzählen immer viel mehr von unseren politischen Machtverhältnissen,

von unserer Gegenwart, unserem zeitgenössischen Kunstgeschmack, von unseren Moden und den Stilen und den Persönlichkeiten der ausführenden Künstler, als dass sie uns erzählen von der *wahren* Geschichte und dem Leid der Opfer. Häufig geht die Erinnerung an die Opfer in lauter Erinnerungsgeschäftigkeit ganz verloren und ist am Ende nur noch ein Geschäft des Polit- und Kulturbetriebes. Besonders wenn Jahrestage anstehen, blüht überall auf der Welt das Erinnerungsgeschäft, von Politikern und Intellektuellen oft gemeinsam betrieben.

„There is no business like Shoa business“ war ein sehr kritisch-scharfer Satz in der Zeit, als das Holocaustdenkmal in Berlin diskutiert wurde.

Ich habe wohl selbst mit meinen Erinnerungsarbeiten an diesem Geschäft partizipiert. Und auch dieser Beitrag für dieses Buch gehört ja zum Denkmalsgeschäft (deshalb habe ich den Beitrag auch so lange vor mir hergeschoben und schreibe mit einem unguten Gefühl erst am Tag der *deadline* – welch Wort zu diesem Thema!). Aber je länger ich in diesem Gedenkbusiness gearbeitet habe, desto bewusster wurde mir das Problem: Die Erinnerung verschwindet im Gedenken! Ich versuche mich immer mehr herauszuwinden aus dem Erinnerungsgeschäft. Ich mache Gedenkmale, Negativmonumente und versuche Denkmalprozesse von unten anzustoßen. Sie kommen nicht von oben, von den Mächtigen, den Institutionen, von den organisierten Gedenkgruppen, den Intellektuellen und den Künstlern. Als künstlerischer Katalysator versuche ich immer häufiger, nur Denkmalprozesse anzustoßen. Wenn sie gelingen, haben vielleicht einige Teilnehmer eine persönliche Erfahrung mit Erinnerung gemacht, und als „Denkmal“ bleibt vielleicht ein Stückchen zusammengetragener kollektiver Erinnerungslandschaft: verschwommene, unklare Bilder unter dem Nebel von Vergehen, Vergessen, Vergangenheit.

Einen solchen Erinnerungsprozess habe ich auch in Buenos Aires angestoßen. Aber nur als Katalysator. Denn die Militärdiktatur ist nicht meine Geschichte, die Geschichte in Deutschland war eine andere.

Argentinische Freunde versuchen auf meine Anregung hin, *ihr* „Denkmal“ zusammenzutragen, das eben nicht mit einer großen Geste der Macht von oben kommt, sondern sich von unten wie ein „Gerücht“ entwickelt: von Mund zu Mund. Einige Menschen haben damit begonnen, andere haben davon gehört, nehmen daran teil, tragen es weiter. Mehr will ich dazu nicht



*ESMA, Buenos Aires, 2005. „Der Ort der Erinnerung ist der Mensch. Nur gibt es in der Erinnerung niemals Sicherheit / Seguridad“*

© Horst Hoheisel

schreiben. Denn es würde dem Gedanken der Arbeit widersprechen, diesen Artikel in diesem Buch, das ja Teil des offiziellen Erinnerungsbetriebes zum 30. Jahrestag der Errichtung der Militärdiktatur ist, gewissermaßen als Werbung für dieses Projekt zu benutzen.

Wie der Denkmalprozess von *unten* in Buenos Aires sich entwickeln wird, ist noch vollkommen offen. Eine Erfahrung haben wir aber schon gemacht. Sobald unser Denkmal von unten das Oben berührt: die Kreise von Institutionen, Verwaltung und Macht, wird es schwierig. Dann kann es selbst leicht in die strudelnden Betriebskreise gezogen werden, und die Erinnerung ertrinkt.

Der *Rio de La Plata* ist das Denkmal der *desaparecidos*. Ich hatte vorgeschlagen, einen der hohen Lichtmasten, die im „Parque de la Memoria“ die „Erinnerungs-Kunststücke“ beleuchten und bewachen, einfach hinaus in den





*Rio de La Plata, Buenos Aires. „Der Fluß trägt die Erinnerung. All unsere Versuche sie herauszuangeln sind vergebens. Denn der Fluss selbst, sein Fließen ist die Erinnerung und wir alle sind Teil davon“*

© Horst Hoheisel

Fluss zu setzen und alles Licht auf den Fluss statt auf die Kunst und die Denkmale zu richten. Denn das wahre Denkmal ist der Fluss.

Ich bin sehr oft zu allen Tageszeiten und in der Nacht an diesem Fluss entlanggelaufen, vorbei an den Anglern, deren Angelruten sich über das Wasser beugen und auf die Fische warten. Und da sah ich die Erinnerung fließen. Sie ist der Fluss, und wir versuchen, ständig in ihr nach der Vergangenheit zu fischen. Doch jeder Fisch, den wir, jeder nach seinem Geschmack, uns herausfangen, ist *nicht* die Erinnerung. Die Erinnerung ist der Fluss selbst mit seiner stetigen Bewegung, deren Teil wir alle sind.

## Künstlerische Interventionen im öffentlichen Raum – das Beispiel Buenos Aires

*„Das Gedächtnis bittet um einen Schnitt, um die Wahrheit herauszulassen.“*

Monica Rosenblum

Bei den im Folgenden vorgestellten Arbeiten handelt es sich um zwei im *Parque de la Memoria* (Park der Erinnerung) in Buenos Aires am Internationalen Tag der Verschwundenen verwirklichte Aktivitäten und ein Video, das von der *Comisión Provincial de la Memoria* (Provinzausschuss für Erinnerung) als Teil der Sammlung des *Museo de Arte y Memoria* (Museum für Kunst und Erinnerung) in La Plata produziert wurde. Alle Arbeiten basieren auf dem Projekt *Historias del Arte, Diccionario de Certezas e Intuiciones* (Kunstgeschichten, Wörterbuch der Gewissheiten und Intuitionen), das – in den Worten von Christian Ferrer – einer Erinnerung oder einem Bekenntnis entspricht.

Es sagt uns: „Die Enthierarchisierung ist ein Grundprinzip des Projektes von Diana Aisenberg. Die geäußerten Meinungen sind persönliche Geschichten und zwangsläufig mit der persönlichen Situation verflochten, mit dem intimen Tagebuch und dem Beichtstuhl, auch wenn seine Eintragung kritisch ist, wie ein absichtlich unscharf eingestelltes Bild.“

Es handelt sich um ein von einem Kollektiv aufgebautes Kunstwörterbuch, das aus der Begegnung mit dem Anderen heraus entsteht. Es versteht sich als massenhafter Aufruf zum Schreiben. Das Wörterbuch sammelt Informationen, Erinnerungen und persönliche Erfahrungen von Leuten, die mitarbeiten wollen, über Begriffe, die benutzt werden, um im Internet oder mithilfe von Flugblättern über Kunst zu sprechen. Die Information wird nachträglich in unterschiedlichen Formaten editiert. Sie entwickelt sich in performativen Veranstaltungen, durch Installationen, im Internet und an öffentlichen Orten. Das Projekt betont die Bedeutung des „Zusammenkommens“ als Antrieb der künstlerischen Erfahrung. Es stellt das Wort des Künstlers als Aussage, Selbstbestimmung und Konstruktion des historischen Diskurses ebenbürtig neben das der Historiker, Kunsttheoretiker und -kritiker sowie aller dem Kunstbetrieb verbundenen Personen einschließlich des Kunstpublikums. Es erhebt den Anspruch, die Grenzen der Geschichtsschreibung im Allgemeinen und der Kunstgeschichte im Besonderen über den Filter der hegemonialen Einrichtungen jeder historischen Epoche hinaus zu überschreiten. Aufgrund seines Nachbohrens und der Überzeugung, dass bereits ein einziger Tropfen aus einer künstlerischen Aktion heraus zu einer Veränderung des Lebens führen kann, handelt es sich um eine sehr intensive Arbeit. Es entwickelt die Fiktion der Konstruktion eines kollektiven Denkens.

Im „Park der Erinnerung“ luden wir Mütter und Familienangehörige von Verschwundenen dazu ein, über das Wort *presencia* (Vorhandensein) zu schreiben. Von dieser Erfahrung erzählen wir in einem Video und in einer Publikation, einem Wörterbuch mit einem einzigen Eintrag: *presencia*. Bei einem weiteren Projekt arbeiteten wir mit Schulkindern, wir zeichneten und schrieben. Es war eine Arbeit mit lauten Gedankenübungen und Gedächtnisstützen. Wir arbeiteten mit den Kindern über das Wort *parque* (Park), während die Kinder herumtollten, zeichneten und aßen. Die Veranstaltung endete mit einer Ausstellung im Park. Mir ging es darum, ein gemeinsames Ergebnis, eine glückliche Erinnerung, eine fröhliche Erfahrung zu schaffen und das Gebiet des „Parks der Erinnerung“ als eines Ortes zum Spaziergehen, zum Zusammensein, als eines Ortes, an den man gerne zurückkehren möchte, wiederzugewinnen.

Mit dem Video *Mi amigo José* (Mein Freund José) beginnt ein Abschnitt des Wörterbuchs, der Eigennamen gewidmet ist. Dies geht auf einen Wunsch von Florencia Batitti zurück, der Kuratorin der Ausstellung *quienes eran* (wer sie



*„Ich suche Dich“, Detail eines Werkes von Diana Aisenberg*

© Diana Aisenberg

waren) im Museum für Kunst und Erinnerung der Stadt La Plata, wo man die Absicht verfolgt, das Konzept der Verschwundenen nicht als globalen Begriff zu hinterfragen, sondern als ein Konzept, das mit den individuellen Merkmalen und Besonderheiten dieser Personen verknüpft ist.

Mit Einverständnis und aktiver Unterstützung der lebenden und noch immer untereinander in Kontakt stehenden Freunde Josés und mit Zustimmung seiner Schwester Mónica verschickte ich eine Bitte um Mitarbeit, ähnlich denjenigen, die ich immer über das Internet versende, mit dem Unterschied, dass ich diesmal neben Worten auch um Bilder, Fotos und Gegenstände bat. Alle sagten ihre Mitwirkung zu, aber zu erreichen, dass sie es auch wirklich taten, war ein ziemlich schwieriges Unterfangen. Wenngleich uns allen die Idee, dass es ein Werk mit dem Namen Josés in einem argentinischem Museum geben würde, gefiel, so war dessen Realisierung sehr kompliziert. Wir alle hatten unsere Erinnerungen, aber darin zu wühlen wurde unerträglich. Es stellte sich

heraus, dass es zu einer regelrechten „wie verstöre ich meine Freunde“-Übung wurde, da man sie dazu verpflichtete, in ihrem eigenen Leben herumzuwühlen, sich das Hirn zu zermartern, um sie Dinge sagen zu lassen, die man manchmal nicht einmal hören will. Ich gewann immer mehr den Eindruck, dass die Arbeit krank machte, und bereute absolut, es akzeptiert zu haben, sie durchzuführen.

Wir fragten uns auf tausend verschiedene Arten, warum man sich erinnern müsse und was das Wesentliche und der Moment des Erinnerns sei. Was war die Pflicht, die wir zu haben glaubten? Diejenige, die Gegenwart unserer geliebten Personen zu verewigen? – als ob wir fähig wären, dies zu erreichen, oder als ob auch nur die geringste Möglichkeit bestünde, dass ein Mensch für einen anderen lebt. Wir fragten uns, warum wir die Toten nicht in Ruhe ließen. Wir weinten zusammen und alleine und wir lachten uns tot. Wir fragten uns, ob Trauer möglich sei, und hatten unsere Zweifel. Vielleicht gibt es keine wirkliche Trauer.

Auch dachten wir, wenn einer von uns, den noch lebenden Freunden Josés, seinen Studienkollegen, etwas machen wollte, würde niemand nein sagen, alle würden mitmachen, das war eine Ehrensache bzw. wie ein Geheimcode. Wir durchlebten von ganzem Herzen ein ausdrückliches Wir-Gefühl. Wir arbeiteten, um uns zu erinnern, weil einer von uns darum bat. Wir Künstler fragten uns oft, welchen Nutzen die Kunst hat; oder wir suchten wenigstens nach einem Grund, um über unsere eigenen individuellen Dringlichkeiten hinaus weiterzumachen. Es fiel uns schwer, darauf eine überzeugende Antwort zu finden. Die Rücksendung von Mónica, Josés Schwester, entsprach ein wenig dieser Hoffnung. Wenn man an einem derart punktuellen Fall arbeitet, kommen die Rücksendungen auf den Punkt genau zurück und mit ihnen der Anspruch auf Verallgemeinerung. Vielleicht sind diese Arbeiten ja notwendig.

Mónica sagt: „Und José erscheint, er erscheint. Und diejenigen, die es möchten, können ihn sehen. Sein Wesen ist hier. In diesem Video. Und jetzt habe ich ihn; ich kann ihn sehen, zeigen, meine Töchter können ihn kennenlernen, durch diejenigen, die ihn kannten. Ich bin so dankbar. Diana macht einen Schnitt in die Erinnerung. Es entweicht dieser feierliche Moment. Und alles wird wieder zu twist and shouts“.

Ausgehend von der elementaren Beziehung zwischen Erinnerung und Territorium stehen wir vor der Frage, wie man ein Erbe konstruiert und auf welche Weise man Information verewigt. Die Kunst bietet unendlich viele

Ausdrucksmöglichkeiten für Erinnerungen, Kommentare, Meinungen und persönliche Haltungen. Sie fordert extreme Sorgfalt, nicht nur im Hinblick auf die Beschaffenheit der Gefühle, sondern auch hinsichtlich der einzusetzenden Mittel. Ich finde in der Kunst das geeignete Gebiet, um mit Würde die Problematik der Erinnerung durch die üblichen „Scharniere“ der Reflexion zu behandeln, die in der Konstruktion des Künstlers und in der Kunstgeschichte gültig bleiben. So sind die Fantasie, die Dichtung, die Darstellung und die Erschaffung des Bildes sowie das Hin und Her zwischen einer extremen Intimität, einer schneidenden Subjektivität und einer sozialen und öffentlichen Präsenz Herausforderungen, die über alle Epochen hinweg durch die Kunst geschaffen werden. Vielleicht ist die Kunst das geeignete Terrain, damit das Unverständliche einen Weg findet, sich zu vergegenwärtigen. Vielfalt ist wichtig, Anknüpfungspunkte ebenso. Nichts davon enthebt uns von der Notwendigkeit eines ästhetischen Kriteriums, formaler Strenge und politischer Verantwortung. Es entbindet uns auch nicht von der Notwendigkeit einer historischen Reflexion innerhalb der Kunstgeschichte, der Ethik der ästhetischen Produktion, ihrer Gesetze und ihrer Materialität. Und es erlässt uns auch nicht die Pflicht, nach Vortrefflichkeit bei der Umsetzung zu streben. Wir Lehrer und Künstler sind Bindeglieder in der Übermittlungskette des Denkens, wir bilden eine Gemeinschaft von Boten. Mit den Worten von Debray: „Nur wir Lebenden können den Sinn wieder aufleben lassen, der in ein paar Umrissen schlummert.“ Somit stellt sich ganz offensichtlich die Frage, auf welche Weise wir dazu in der Lage sind, Information zu verarbeiten und zu verewigen, um eine Verbindung zu schaffen und diese zu verfestigen. Und tatsächlich, dies ist notwendig.

## **V. Zivilgesellschaftliche und staatliche Akteure**

## Wem gehört die Erinnerung?

*Spannungen, Fragen, Konflikte –  
Notizen aus einem Dialog*

Unter der Überführung der mehrspurigen Stadtautobahn von Buenos Aires dröhnt es unaufhörlich, Kleinlaster und Autos donnern über die Köpfe hinweg, der Boden scheint zu vibrieren. Neben dem Bürgersteig und unter den schweren Betonpfeilern, die die Fahrbahn tragen, erstreckt sich eine umzäunte Baugrube, in ihrer Mitte führt ein Metallgerüst in die staubige Tiefe. Hier wird der *Club Atlético* freigelegt, der während der Diktatur neun Monate lang als Kerker im Keller eines Polizeigebäudes diente. Für Andacht ist hier keine Ruhe. Auch verweilen möchte man nicht lange. Zu alledem liegt heute ein übler Geruch in der Luft, auf dem staubigen Areal hinter dem Zaun sind halb aufgerissene Mülltüten verstreut. Allerorten stapeln sich schmutzige Kisten und stinkende Ballen, dazwischen dösen ein paar Jugendliche. Wie einer der *Atletico*-Aktivisten erklärt, wurde ausgerechnet diese Unterführung den *cartoneros*, den Müllsammlern, von der Stadtverwaltung als Sammelstelle zugewiesen. Ein paradoxes Sinnbild, in dem Vergangenheit und Gegenwart sich buchstäblich übereinander legen: Über den Trümmern der Diktatur, die zur Gedenkstätte werden sollen, machen sich die städtischen Armen breit.

Wie sich das Heute mit dem Damals verschränkt, welche Spannungen und Konflikte dabei zum Tragen kommen, ist in Berlin wie auch in Buenos Aires ein weites, komplexes Feld. So ungleich beide Ausprägungen staatsterroristischer



Regime waren – hier der rassistisch begründete Völkermord, dort die selektive Mordlogik der Junta –, so fruchtbar kann dennoch ein Austausch darüber sein: Im Blick auf die andere Realität erweitert sich das Blickfeld, die Optik wird zugleich auf eigene blinde Flecken scharfgestellt, im Idealfall ist es Lernen ohne Belehrung. Eine lose Reihe von Fragen und Überlegungen zu den Konflikten öffentlichen Erinnerns, die sich aus dieser Querkopplung ergeben, seien im Folgenden skizziert.

### **Wer erinnert sich – und an was?**

Hier wie dort sind Erinnerungspolitiken, selbst wenn sie unter offizieller Federführung betrieben werden, immer auch als Strategien des Widerstands zu deuten: gegen Verdrängung, Indifferenz und Glättung von Geschichte. Doch ist Erinnerung dabei keine Wahrheitsinstanz, die nur freigelegt und zum Sprechen gebracht werden muss. So gehe es in Argentinien „nicht einfach um den Kampf zwischen Erinnerung und Vergessen“,<sup>1</sup> wie die argentinische Soziologin Elisabeth Jelin betont, sondern darum, „ein Gedächtnis gegen ein anderes zu setzen“, also um konkurrierende Erinnerungen, die Sinndeutung von Fragmenten und ihre Fügung zu kollektiven und kulturellen Gedächtniserzählungen.<sup>2</sup> Auch die Gegenseite habe ja ein Gedächtnis, so Jelin, in Chile sei etwa die Pinochet-Stiftung „eine einzige Erinnerungsfabrik“. Wenn Elisabeth Jelin darauf hinweist, dass nachhaltige Erinnerungspolitik ein Produkt von Dialogprozessen zwischen verschiedenen sein und ohne totalitäre Setzungen auskommen sollte, meint das nicht etwa Relativierung historischer Fakten, sondern vielmehr das Bewusstsein ihrer Fragmentiertheit.

- 1 Dieses wie alle folgenden Zitate entstammen Transkripten, die ich während meiner Forschungsrecherche zum Thema metropolitane „Erinnerungskulturen“ (Buenos Aires, Berlin, Mexiko-Stadt) angefertigt habe und die teilweise in dem von mir herausgegebenen Band „Stadt als Labor. Krise und Erinnerung in Berlin und Buenos Aires“ (Berlin, 2006) veröffentlicht sind; einzelne Fragmente sind außerdem den Mitschriften aus der Tagung im Juni 2005 entnommen, die diesem Band zugrunde liegt.
- 2 Auf vertiefende Literatur zum erinnerungstheoretischen Kontext wird in dieser Skizze verzichtet. Verwiesen sei hier lediglich und exemplarisch auf den von Gerald Echterhoff und Martin Saar herausgegebenen Band „Kontexte und Kulturen des Erinnerns“ (Konstanz, 2002); dort findet sich, ausgehend von einer aktualisierten Lektüre des Paradigmas vom „kollektiven Gedächtnis“ von Maurice Halbwachs, eine Reihe instruktiver Aufsätze zur Konstruktion, Komplexität und „Vielstimmigkeit“ von „Erinnerungskollektiven“.

Ein Beispiel ist das Zeugnis der Überlebenden, zweifellos das Fragment, das der Wahrheit über den Schrecken am nächsten kommt – und dennoch, wie der Überlebende Miguel d'Agostino sagt, „eine segmentierte, atomisierte, sogar schizophrene Wahrheit“. Genau 91 Tage wurde der damals Achtzehnjährige im Keller des *Club Atlético* festgehalten. Nach mehrtägiger Folter lebte er dort gefesselt, mit verbundenen Augen, in völliger Ungewissheit. Als er überraschend freigelassen wurde, wog der junge Mann gerade noch 38 Kilo. Tags darauf sei er von Tür zu Tür gezogen, um von dem zu berichten, was er mitbekommen hatte, von denen, die noch lebten, wie auch von denen, die schon ermordet waren. Beliebte waren die Überlebenden nicht, „wir waren Überbringer schlechter Nachrichten“, die zudem der Losung „Wir wollen sie lebend zurück“ (*Aparición con vida*) den Boden zu entziehen drohten. Und schließlich lag in der öffentlichen Wahrnehmung immer jener „Schleier des Verdachts“ über den Freigelassenen, so Elisabeth Jelin, der bis heute nicht ganz gelüftet wurde.

Doch was soll jeweils überhaupt erinnert – also erzählt – werden? In Deutschland, so heißt es von argentinischer Seite häufig, gebe es im Unterschied zu ihrer Heimat wenigstens einen Konsens über den Gegenstand der Erinnerungspolitik. Tatsächlich ist der Völkermord an den europäischen Juden und der Verbrecherstaat der Nationalsozialisten über alle politischen Gräben hinweg unbestritten, Leugnung steht unter Strafe. Doch gilt es zu erinnern, dass diese Einsicht in die institutionalisierte Barbarei und gesellschaftliche Verantwortung erst eine Folge der von den „68ern“ erzwungenen Selbstaufklärung war, also fast 30 Jahre nach dem Ende des Terrors. Es ist zudem, so steht zu befürchten, ein brüchiger Konsens. So schreibt etwa *Der Spiegel* in einer Titelstory über das „Comeback einer Weltstadt“<sup>3</sup> allen Ernstes und nahezu beiläufig von der „von den Nazis geschändeten“ Hauptstadt – zurück auf Null also, die Nazis als fremde Besatzermacht. Auch die Fokussierung der Deutschen als Opfer der alliierten Bomben könnte mittelfristig zumindest zu einer Verschiebung im Selbstbild führen.

In Argentinien gibt es bislang, ein Vierteljahrhundert nach der Rückkehr zur Demokratie, noch keine gesellschaftliche Einigung darüber, wie die Geschichte der siebenjährigen Diktatur zu erinnern sei. Das hat mit der lückenhaften Faktenlage zu tun, vor allem aber damit, wie das Geschehen diskursiv verhandelt

3 *Der Spiegel*, Nr. 12 vom 19. 3. 2007.

wird. Zwar ist mittlerweile nicht nur in der Menschenrechtsbewegung, sondern seit der Regierung von Präsident Néstor Kirchner auch regierungsamtlich von „Staatsterrorismus“ die Rede. Weit verbreitet aber scheint, auch über rechtsbürgerliche Kreise hinaus, noch immer die „Theorie der zwei Dämonen“, die die Gewalt von Guerilla und Militärs gleichermaßen schuldhaft und als Wechselwirkung einander gegenüberstellt. Konservative Leitartikler und Politiker bezichtigen die Menschenrechtler regelmäßig des „Sektierertums“, dem linksliberalen ehemaligen Präsidenten warfen sie „Siebzigerjahre-Nostalgie“ vor. Auch steht, wenn auch ohne alle Dämonisierung, von linker Seite eine selbstkritische Aufarbeitung des bewaffneten Kampfes jenseits der „heroischen Erzählung“ aus, wie die Überlebende und Autorin Pilar Calveiro feststellt.<sup>4</sup>

Aber auch die Rede vom staatlichen Terrorismus, die ja eine absolute „Unschuld“ der Opfer impliziert, hat ihre Tücken. Diese „Unschuld“ ist eine zwiespältige Konstruktion – nicht, weil es eine wie auch immer geartete Schuld zuzuweisen gäbe, sondern vielmehr, weil sie den politischen Subjektstatus untergräbt. Elisabeth Jelin unterscheidet in der Aufarbeitung zwei Etappen: die erste Phase um den Prozess gegen die Junta-Kommandeure 1984 sei eher „eine Zeit der Entpolitisierung“ gewesen, in der man sich in den gerade aufkommenden Menschenrechtsdiskurs einschrieb. Danach war es gleichgültig, wer die betreffende Person war und was sie getan hatte, es ging um die Verletzung ihrer existenziellen Menschenrechte. „Das führt zu dem, was Viktimisierung genannt wird: die Eliminierung des Subjekts, das durch das ‚Opfer‘ ersetzt wird“, so Jelin. Lange Zeit hatte sich die Bewegung der Mütter und Großmütter, strategisch absolut opportunistisch, an dieser reinen Menschenrechtslogik orientiert. Erst als Mitte der 1990er-Jahre mit den in H.I.J.O.S. (*Hijos por la Identidad y la Justicia contra el Olvido y el Silencio*) organisierten „Kindern“ die zweite Erinnerungswelle begann, kam es zu einer Politisierung des Gedenkens. Die Söhne und Töchter gruben wieder verstärkt die politischen Motive ihrer Eltern aus, der Massenmord geriet als primär politisch motiviert in den Blick.

Ein Großteil der argentinischen Menschenrechtsbewegung basiert auf familiären Banden: die Mütter der Verschleppten, die *Madres de Plaza de Mayo*,

4 La Capital, 2. Oktober 2005, Buenos Aires. Calveiro, die mit „Poder y Desaparición“ (Buenos Aires, 1998) eine minutiöse Studie der faschistischen Lagerlogik vorgelegt hatte, veröffentlichte mit „Poder y violencia. Una aproximación a la guerrilla de los años 70“ (Buenos Aires, 2005) eine Geschichte der Montoneros und anderer bewaffneter Gruppierungen.

die dort seit 1977 demonstrieren, die organisierten Söhne und Töchter, die Gerechtigkeit für ihre ermordeten Eltern fordern, und die Großmütter (*abuelas*), die ihre entführten und oftmals zwangsadoptierten Enkel suchen.<sup>5</sup> Es ist also nicht überraschend, dass die Menschenrechtsdiskurse primär auf die Figur der (zerstörten) „Familie“ zurückgreifen, wie es etwa im Motto der Großmütter *Identidad, Familia, Libertad* (Identität, Familie, Freiheit) zum Ausdruck kommt. Diese Figur ist zudem als Kollektivmetapher im nationalen Unterbewusstsein fest verankert, mit der laut Jelin auch die Militärs, mit ihrem Diskurs von der „Nation“ oder der Armee als „Familie“, operiert haben. Als „beunruhigend“ dabei bezeichnet die Soziologin die Tatsache, dass die Menschenrechtsbewegung die Metapher oftmals „auf ihren Wortsinn reduziert“ habe: „Die Legitimität des Sprechens wurde biologisiert“. Diese Biologisierung, bei der die Verwandtschaft ausschließlich auf „Blutsverwandtschaft“ und damit essentialisiert wurde, ist vor allem deshalb problematisch, weil sie eine Wir-Gemeinschaft konstruiert, von der andere tendenziell ausgeschlossen sind: So seien die Zeugnisse nicht blutsverwandter Angehöriger, etwa Lebensgefährten und Ehefrauen, lange Zeit „kaum zu vernehmen gewesen“, und auch die erste Menschenrechtsgruppe, die *Familiares*, die Angehörigen der politischen Gefangenen, spielte neben Müttern und Großmüttern eine untergeordnete Rolle. Ambivalent scheint aus anti-essentialistischer Perspektive auch ein genetisch bestimmter Identitätsbegriff, der die „wahre Identität“ eines Menschen vor allem, wenn nicht gar ausschließlich, aus Blutsbanden ableitet; so ist für die Suche nach den verschwundenen Enkeln die DNA-Analyse ein entscheidendes Instrument.

Dennoch lassen sich aus biologischen keine politischen Identitäten ableiten, eine Weltsicht ist nicht genetisch vererbbar. „Dass das Blut eines Verschwundenen in Deinen Adern fließt, heißt nicht, dass Du selber politisch aktiv werden musst“, sagt Carlos Pisoni, der von seiner Großmutter aufgezogen wurde und sich den H.I.J.O.S. als Achtzehnjähriger anschloss. „Ein *compañero* hat einmal gesagt: die Revolution trägt man nicht im Blut, man sollte nicht mit anderer Leute Bündel und Gewichten durch die Welt laufen.“ Er selbst trage das Bündel seiner politisch aktiven Eltern „voller Stolz“, sagt der junge Mann, aber das solle man „nicht verallgemeinern“.

5 Rund 80 von schätzungsweise 500 konnten bislang identifiziert werden (vgl. [www.abuelas.org.ar](http://www.abuelas.org.ar)).

So ist der Begriff der „Familie“ in den Erinnerungslandschaften beider Länder gänzlich unterschiedlich konnotiert. Ging in Deutschland der Riss mitten durch die Familien, als junge Menschen im Zuge der 68er-Revolution ihre potenziellen Täter- oder Mitläufer-Eltern – gesellschaftlich und privat – zur Rede stellten, so sind die Kinder der *Desaparecidos* mit ihren ermordeten Eltern heute vergleichsweise bruchlos identifiziert. Die studentenerregte Generation der Siebzigerjahre, die in Deutschland eine neue Geschichtspolitik und differenzierte Selbstbefragung erst möglich machte, wurde in Argentinien massakriert, vertrieben oder ins innere Exil getrieben.

Wenn es eines aus Deutschland zu lernen gibt, ist es wohl die Erkenntnis, dass jenseits der klaren Gegenüberstellung von identifizierbaren Opfern und Tätern das weite Feld der gesellschaftlichen Schuld liegt. In dieser Grauzone geht es um Mitläufer, Zuschauer und Komplizen, um das Klima, in dem die mörderische Logik der Repression gedeihen konnte. Gemeint sind nicht nur die ökonomischen und politischen Makrostrukturen, die ein Verbrecherregime stützten, sondern gerade auch die Verantwortung des Einzelnen, seine winzigen Entscheidungen im Alltag, Hinsehen oder Wegsehen, Fügen oder Aufbegehren. Im deutschen „Täterland“ widmen sich Erinnerungsprojekte jenseits von Anklage und Gedenken zunehmend dieser Grauzone. „In Berlin habe ich gespürt, wie die ganze Stadt mit Geschichte und Schuld beladen ist“, erzählt Loreto Garín vom Kunstkollektiv etcetera. „Beim Laufen durch die Stadt fühlst du dich verantwortlich für die Geschichte.“ In Argentinien hingegen, so Garín, gebe es eigentlich „keine Schuldgefühle“, Täter wie Opfer seien sehr individualisiert. Inwieweit, so ließe sich aus der deutschen Erfahrung fragen, können „Schuldgefühle“ als gesellschaftliches Erinnerungsdispositiv produktiv gemacht werden? Und, so ließe sich weiter mit Blick auf die politische Geschichte Argentiniens fragen, wieweit gilt es, die klare Unterscheidung zwischen Kämpfern und Kollaborateuren, Helden und Verrätern zu differenzieren?

Zudem wird in Deutschland, wo immer weniger Verantwortliche und Überlebende des Nazi-Terrors am Leben sind und es längst um die Konstitution kultureller Narrative geht, Erinnerung zunehmend abstrahiert und theoretisch reflektiert. Das Konzept der von James E. Young so genannten Gegenmonumente (Jochen Gerz, Horst Hoheisel u. a.) ist in der ethischen und ästhetischen Skepsis gegenüber aller Repräsentation begründet und steht

für die Unmöglichkeit des monumentalen oder gedenkenden Erinnerns. In Argentinien aber sind Täter, Mittäter und Überlebende zumeist noch am Leben, sie erinnern – oder verdrängen – noch eigene Erfahrungen. Da die Toten „verschwunden“ und ihre Mörder bis heute weitgehend straflos geblieben sind, scheint dort das Bedürfnis nach Konkretion und Verkörperung zu überwiegen.

Aufschlussreich ist bei der Frage nach dem *Wer* schließlich die unterschiedliche Identifikation mit Opfern und Tätern. Während in Argentinien die Ermordeten eindeutig als Teil des gesellschaftlichen *Wir* verortet sind, die der eigenen „Familie“ entrissen wurden, erscheinen Befehlshaber und Handlanger der Diktatur oftmals als Fremde, nicht zugehörig zum nationalen Kollektiv. In Deutschland hingegen, wo der Holocaust mit der Zeit zur Folie einer neuen, auch institutionalisierten Identitätsbildung wurde, werde die größte Opfergruppe – so beobachteten argentinische Gesprächspartner – bis heute als das Fremde imaginiert, nicht als Teil des oft schuldbeladenen deutschen *Wir*. „Die Juden sind hier die fernen Anderen“, bemerkte die Menschenrechtsbeauftragte Cecilia Ayerdi bei der Berliner Abschlussdiskussion im Juni 2005. Sie konstatierte bei den Deutschen eine „greifbare Abwesenheit“, die den „Opferstatus“ der ermordeten deutschen Juden noch befestige.

### **Wie, warum und für wen?**

In Buenos Aires, wo stadträumliches Erinnern sich gerade erst zu verankern beginnt, hat die Erinnerung noch keinen festen, „angestammten“ Ort. Der zentrale Erinnerungsort bleibt die *Plaza de Mayo*, auf der die Mütter seit über 30 Jahren ihre *ronda* drehen, ihren „warmen Kreis“, wie Nora Cortiñas einmal sagte, eine Bastion gegen den entsetzlichen Schwebzustand, die eigenen Kinder in den Händen ihrer Mörder und Folterer zu wissen. Andere urbane Erinnerungsprojekte, etwa der 2001 eröffnete Park der Erinnerung (*Parque de la Memoria*), haben längst nicht die Zentralität, die semiotische Dichte und „Wärme“ der *Plaza de Mayo*. So sind und erlaufen die Mütter gewissermaßen ihr eigenes Monument, bleiben dabei in Bewegung, stehen nicht still. Kein anderer öffentlicher Platz auf der Welt dürfte so eindeutig politisch aufgeladen sein, keine andere Erinnerungspraxis derart eindrücklich und „lebendig“ den Widerstand gegen Unrecht „verkörpern“. Die Mütter sind unzweifelhaft die moralischen Siegerinnen der Geschichte. Und doch liegen hierin auch Gefahren.

So empfindet Laura Bonaparte, eine andere Gründermutter, die allwöchentliche *ronda* auf der Plaza zunehmend als ein „Ritual“, als eine Art Ersatzhandlung: „Wir sind immer noch da, weil wir unsere Ziele nicht erreicht haben“, also Aufklärung, Gerichtsurteile gegen die Mörder und nachhaltige Gesetzesreformen zur Eindämmung der Militärmacht. „Wir drehen uns buchstäblich im Kreis“, sagt sie bitter. Zugleich beklagt Bonaparte, dass dieser Kreis der Mütter nichts Bleibendes ist oder hat. Bis auf die aufgemalten Kopftücher gibt es keine materielle Markierung, nichts Symbolisches, „was die reine Konkretion überwinden könnte“. „Wir sagen immer wieder, Señores, wir Mütter wollen auch mal ausruhen. Und wer übernimmt dann die Staffel?“

Tatsächlich hat die immer wiederkehrende Runde der Mütter für den Rest der Gesellschaft auch etwas Entlastendes. An sie wird, als unmittelbar „Betroffene“, die Erinnerung delegiert. Sie verkörpern ganz buchstäblich das Andenken an ihre Kinder, die Trauer, den Zorn, die nicht verheilende Mahnung. Die argentinische Gesellschaft, so sagt Laura Bonaparte, habe „diese Verantwortung bislang nicht wirklich übernommen“. Zudem werden die Körper der Mütter älter und gebrechlich, es stellt sich immer drängender die Frage, wie sich ihre leibhaftige, kommunikative Erinnerung in das Depot des kollektiven und kulturellen Gedächtnisses übersetzen lässt.

Auch der *escrache* durch die organisierten „H.I.J.O.S“, das *Outen* von Tätern und Kollaborateuren an ihren Wohnorten, ist eine mobile Praxis, die sich jeder Fixierung und bislang auch jeder Ritualisierung entzieht. Es geht dabei um öffentliches Sichtbarmachen von Schuld, als symbolische Ächtung und zugleich als Druckmittel für die juristische Ahndung. Doch *escrache* ist nicht nur Anklage, wie Carlos Pisoni sagt, sondern auch Selbstbehauptung und ein „neuer Rahmen“ für den eigenen Schmerz: „Sie haben uns unsere Familien weggerissen, sie haben uns ein ruinöses System aufgezwungen. Und dennoch können wir lachen und singen.“

Aus deutscher Sicht mag es naheliegen, die Lebendigkeit solcher mobiler, temporärer Praktiken gegen die Starrheit fest verankerter Monumente, Gedenkstätten oder Museen zu setzen. An diesen festen Orten wird, so auch der Erinnerungskünstler Horst Hoheisel, Geschichte ja potenziell für alle Zeiten „eingefroren“. Doch zugleich ist, wie Estela Schindel treffend feststellt, vor „falschen Dichotomien“ zu warnen, zwischen fix und mobil, zwischen kühlen und wärmeren Praktiken. Ein eindrückliches Beispiel dafür,

dass Verankern und Verorten nicht notwendig „kaltes“ Versteinern heißen muss, sei eine Arbeit Hoheisels an der Gedenkstätte des ehemaligen Konzentrationslagers Buchenwald: Die Gedenkplatte, die den Apellplatz erinnert, an dem die Gefangenen halbnackt und frierend antreten mussten, ist dauerhaft auf Körperwarme temperiert.

Entscheidender und komplizierter ist die Frage, für wen Erinnerungsarbeit geleistet werden und welche Funktionen sie erfüllen soll. Dabei geht es um sehr verschiedene Dinge: um Trauer, Trost und ehrendes Gedenken – aber auch um das genaue Gegenteil, um Denken, Verstörung und Irritation. Angehörige wollen einen würdevollen Raum mit der Aura eines Gedenkortes, Historiker legen wert auf erklärende Dokumentation, Pädagogen setzen primär auf didaktische Dispositive, Politiker – je nach Vorzeichen – auf Bestrafung oder Versöhnung, Künstler auf die Heilkraft guter, sich aller semiotischen Eindeutigkeit entziehenden Kunst. All dies sind legitime Anliegen, die dennoch nicht ohne weiteres vereinbar sind.

### **Im Namen des Staates? Recht und Erinnerung**

Erinnerungsarbeit heißt Archäologie, also Graben im übertragenen, aber auch im buchstäblichen Sinne, als leibhaftiges Ausgraben verschütteter, signifikanter Orte. Zwei solcher Grabungsprojekte, die heute beide unter offizieller Federführung stehen, haben als vom Staat unabhängige Bürgerinitiativen begonnen und sich mit Ausdauer und Hartnäckigkeit gegen die anfängliche offizielle Indifferenz behaupten können.

Bei der „Topographie des Terrors“ auf dem Gelände des zerbombten Gestapo-Hauptquartiers waren es politisch bewegte Berliner, die 1985 unter dem Motto „Es darf kein Gras drüber wachsen“ zum ersten Spatenstich ansetzten und den Berliner Senat drängten, sich des Areals anzunehmen und den Gestapo-Keller freizulegen. Dieser ließ dann auch tatsächlich zwei Jahre später, pünktlich zu den 750-Jahr-Feiern der Stadt, auf den Kellerresten die bekannte Dauerausstellung errichten. Dabei sei die Stätte stets als „Denk-Ort, nie als Gedenkstätte“ gedacht, berichtet Angelika Meyer vom Verein „Aktives Museum“, der die Bürgergrabung mitinitiiert hatte – übrigens ohne jeden archäologischen Impetus und als bewusst politische Inszenierung und Provokation. Bislang hat die „Topographie“, die noch heute die Ästhetik einer eingefrorenen Ausgrabungsstätte aufweist, wohl gerade deshalb nichts von ihrer Eindringlichkeit



verloren. Ob sich das mit dem Bau des neuen Dokumentationszentrums auf dem benachbarten Areal ändert, bleibt abzuwarten.<sup>6</sup>

Dass es die Grabungsarbeiten zum *Club Atlético* überhaupt gibt, ist vermutlich Miguel d'Agostino zu verdanken. Schon kurz nach seiner Freilassung hatte er sich auf die Suche nach dem Keller begeben, den er ja nur von innen kannte. Eines Tages stieß er durch reinen Zufall auf das Gebäude. Wegen des Baus der Stadtautobahn war es schon halb abgerissen, das Fundament wurde soeben zugeschüttet. Nach dem Ende der Diktatur trafen sich ehemalige Gefangene des *Atlético*, später kamen Anwohner dazu, die von dem verschütteten Keller gehört hatten. Sie fingen an, den unwirtlichen Ort unter der Autobahn zu beleben, hielten Gedenkfeiern ab, mit Fackeln und improvisierten Denkmälern. Nach Jahren der „Lobbyarbeit“ gab die damals gerade neu gewählte linksliberale Stadtregierung endlich grünes Licht. Im April 2002 begann ein Bagger die Erde aufzureißen.<sup>7</sup>

In Argentinien, so beklagen Aktivisten regelmäßig, sei Erinnerungspolitik bislang „keine Staatspolitik“, sondern immer abhängig vom Engagement Einzelner, von politischen Konjunkturen und von der Haushaltslage. Dennoch hat sich das Verhältnis zum Staat „verändert“, sagt Carlos Pisoni. „Als wir uns 1995 gründeten, waren wir ungeheuer wütend auf den Staat. Wir haben uns nicht mit denen an einen Tisch gesetzt. Heute können wir das tun.“

Bei aller Wichtigkeit des kulturellen Gedächtnisses: Sich an die Diktatur erinnern, das heißt in Argentinien noch immer und vor allem die strafrechtliche Verfolgung ihrer Protagonisten. Solange die Täter und Zeugen noch leben, stellt sich nicht in allererster Linie die Frage nach der Nachwelt. Dass die rechtsstaatliche Ebene überhaupt wieder aktiviert wurde, war für viele ein unerwarteter Prozess. „Was heute passiert, hat uns völlig unvorbereitet erwischt. Wir hätten nie gedacht, dass wir eines Tages den Typ, der meine Eltern gefoltert und ermordet hat, im Knast sehen würden“, sagt Carlos Pisoni. „Und dann sagen sie dir plötzlich, *muchachos*, morgen müsst ihr eure Unterlagen beibringen, um den Prozess zu beginnen.“ Wie viele Prozesse zu welchen Urteilen führen, wird aufmerksam verfolgt werden. Das Recht ist kein primär symbolisches Terrain.

6 Siehe dazu auch den Beitrag von Andreas Nachama in diesem Band.

7 Siehe dazu auch den Beitrag von Miguel d'Agostino in diesem Band.

Nicht wenige Stimmen misstrauen der neuen Rechtsstaatlichkeit und fürchten, dass die offizielle „Vergangenheitsbewältigung“ womöglich dazu dienen könnte, von der Gegenwart abzulenken. „Der offizielle Diskurs besagt, dass wir in Argentinien so zivilisiert sind, dass wir heute nicht mehr foltern“, sagt Diego Sztulwark vom *colectivo situaciones*. „Nehmen wir mal an, dass ein politisch aktiver Mensch heute die Garantie hat, nicht mehr gefoltert zu werden. Aber wie viele junge Leute machen heute Politik? Die zentrale Erfahrung der meisten Jugendlichen ist doch, willkürlich der Gewalt auf den Polizeiwachen ausgesetzt zu sein, und zwar mit Billigung der jeweiligen Verwaltungschefs. Es gibt also eine Blindheit gegenüber den Menschenrechten hier und heute.“ Auch H.I.J.O.S. drängt regelmäßig darauf, die Menschenrechtsfrage nicht auf die siebziger Jahre zu beschränken. Und unter die *Madres de Plaza de Mayo* mischen sich immer wieder *Madres del dolor*, wie sich die Mütter der Opfer von Polizeigewalt, dem berüchtigten *gatillo fácil*, nennen.

Zurück am *Club Atlético*, ein paar Wochen später. Das Areal an der umzäunten Baustelle ist nun mit grünem Maschendraht abgesperrt, der Müll ist weg, die *Cartoneros* offenbar weitergezogen. D’Agostino, der bei der Stadtverwaltung um die Säuberung der Ausgrabungsstätte gebeten hatte, findet auch diese Lösung „etwas absurd“. Das Dilemma wird deutlich: Es geht um Respekt vor einem Ort und seiner Geschichte, die verdreckte Gedenkstätte war in der Tat unerträglich. Zugleich aber kann die Vorstellung eines „sauberen“ Erinnerungsortes nur eine Illusion bleiben. Ohne Erinnerung, so wird zu Recht immer wieder festgestellt, ist Gegenwartsbewältigung nicht zu haben. Doch das gilt auch umgekehrt.

## **Lokale Akteure und Initiativen der Erinnerungsarbeit**

In elf der insgesamt zwölf Berliner Verwaltungsbezirke gibt es heutzutage ein Heimat- oder auch Regionalmuseum. Den meisten dieser Museen ist gemein, dass sie auf Gründungen im Zusammenhang mit den Vorbereitungen der 750-Jahr-Feier im Ost- und im Westteil Berlins im Jahre 1986 zurückgehen. Den Gründungen der Heimatmuseen im Westteil und sogenannter Heimatgeschichtlicher Kabinette im Ostteil war in der Bundesrepublik seit Anfang der achtziger Jahre eine Politisierung der Geschichtsdidaktik vorausgegangen. Entgegen der seit Kriegsende dominierenden Konstruktion von Erinnerung und des vorherrschenden Geschichtsbildes über die Zeit zwischen 1933 und 1945 setzten sich die Nachkriegsgenerationen mit alltagsgeschichtlichen Fragestellungen im Zusammenhang mit der Erforschung konkreter Opferbiografien, Ereignisse und Institutionen vor Ort auseinander. Auch in der DDR gab es neben der offiziellen Geschichtsschreibung und Rezeption historischer Quellen im Dienste einer nationalen Erbetradition der sozialistischen Gesellschaft, z. B. im Hochschulbereich, Initiativen zur Auseinandersetzung mit Quellen, deren Rezeption staatlicherseits bisher lediglich als Ausdruck „bürgerlicher Geschichtsschreibung“ Berücksichtigung fanden.

Die lokalen, zivilgesellschaftlichen Initiativen verstanden es im Westteil Berlins, zunächst projektbezogen finanzielle und personelle Ressourcen zu bündeln und schließlich eigene Museumsgründungen in den Bezirken

durchzusetzen. Die Regionalmuseen fungieren im Netzwerk der lokalen Akteure in den Bezirken häufig als Schnittstellen. Interessierte Nutzer erhalten, soweit vorhanden, Quellen aus dem Museumsarchiv vorgelegt. Darüber hinaus erfahren sie hier Beratung und erhalten Hinweise auf andere Archive, Bibliotheken und Museen. Zum anderen initiieren die Museen zusammen mit Initiativen und Einzelpersonen Forschungs- und Ausstellungsprojekte und greifen damit an sie herangetragene Themen und Aspekte der Geschichtsarbeit im Bezirk auf. So ist die Arbeit der Berliner Regionalmuseen durch Kooperation und Zusammenarbeit mit örtlichen Geschichtsvereinen, Initiativen und Institutionen wie zum Beispiel Schulen sowie Einzelpersonen, sogenannten Heimatforschern, geprägt.

### **Lokalhistorische Spurensuche und Erinnerungsarbeit**

Ein wichtiger Arbeitsschwerpunkt in den zurückliegenden Jahren war die Erforschung und Vermittlung der Zeit des Nationalsozialismus und seiner Folgen. Die wohl umfangreichste Rekonstruktion von Geschichte und damit zugleich die individueller Konstruktion von Erinnerung geschah, fokussiert auf die einzelnen Stadtbezirke, in Bezug auf die Geschichte und das Schicksal der Juden Berlins. Durch die Auswertung schriftlicher Quellen, aber vor allem durch die dokumentierten Erinnerungsberichte von Emigranten und Überlebenden wurde es möglich, die allgemeine Chronologie der Diskriminierung, Ausgrenzung und Deportation im heutigen Stadtraum zu verorten und diese Geschichte mit den Beschreibungen konkreter Personen und Ereignisse zu verbinden.

Diese Spurensuche vollzog sich bis Ende der 1990er-Jahre in fast allen Berliner Stadtbezirken. Die Ergebnisse wurden in Ausstellungen und Publikationen veröffentlicht, mancherorts entstanden dauerhafte Denkzeichen, darunter Gedenktafeln, in Erinnerung an Orte, Personen und Ereignisse. Die Initiatoren und Träger dieser lokalhistorischen Forschungs- und Ausstellungsprojekte waren sehr unterschiedlich, darunter Schüler, Studenten, Anwohner, Nachgeborene der Opfer, Täter und interessierte Zugezogene. Häufig gab die persönliche Begegnung mit einem Überlebenden oder Angehörigen den Impuls zur weiteren Spurensuche und Erforschung vor Ort. In vielen Fällen erwuchs aus der räumlichen Zuordnung eines Ereignisses, der ermittelten Anschrift des Wohn- bzw. Arbeitsortes einer Person sowie der Recherche von

erhalten gebliebenen baulichen Zeugnissen der Wunsch, diesen Ort zu kennzeichnen und damit sichtbar im Stadtraum an die Zeit zwischen 1933 und 1945 zu erinnern.

### **Ein Beispiel**

Mit dem folgenden Beispiel soll beschrieben werden, wie die Interaktion verschiedener Akteure funktionieren kann. Unmittelbar nach dem Fall der Berliner Mauer im Jahr 1989 sah sich die Verwaltung des Stadtbezirks Prenzlauer Berg mit einem tabuisierten Teil der Geschichte ihres Rathauses konfrontiert, über den nur in Andeutungen bzw. unter vorgehaltener Hand gesprochen wurde. Seit Anfang der neunziger Jahre besuchten von Zeit zu Zeit zumeist ältere Herren das Rathausgelände und konfrontierten die dort Beschäftigten mit der Behauptung, nach 1945 in einem Teil, dem sogenannten Haus 3, inhaftiert gewesen zu sein. Sie berichteten von endlosen Verhören in den oberen Stockwerken des Gebäudes und von den Zellen im Keller, in denen sie Wochen oder Monate unter menschenunwürdigen Bedingungen eingesperrt waren. Die Besucher äußerten häufig den Wunsch, den ehemaligen Haftkeller zu besichtigen. Dort erinnert jedoch nur sehr wenig an die vorherige Nutzung. Mit dem Auszug der „Bezirksverwaltung Berlin des Ministeriums für Staatssicherheit“ im Jahr 1985 war der Keller für die Nutzung durch einen Kindergarten umgestaltet worden.

Mit Unterstützung ehemaliger Häftlinge gelang es dem Prenzlauer Berg Museum in den zurückliegenden Jahren, umfangreiche lebensgeschichtliche Interviews zu realisieren und Belege über die Haftzeit insgesamt 50 ehemaliger Gefangener des Haftkellers in der Prenzlauer Allee zu dokumentieren. Für die meisten von ihnen begann mit der Inhaftierung an diesem Ort eine jahrelange Odyssee durch Lager und Haftstätten des sowjetischen Geheimdienstes und der DDR-Justiz.

Unter Hinzuziehung weiterer Quellen und mit Unterstützung durch die Gedenkstätten in Sachsenhausen und Hohenschönhausen ergab sich nach und nach ein Bild über die Geschichte dieses Haftkellers, der, wie zahlreiche andere Haftorte im sowjetisch besetzten Stadtgebiet Berlins, unmittelbar nach Kriegsende eingerichtet worden war. Neuere Forschungen belegen, dass der sowjetische Geheimdienst nach 1945 allein im Raum Berlin rund 20 000 Menschen in solche Haftorte einlieferte.

Im Haftkeller in der Prenzlauer Allee wurden Menschen inhaftiert, die im weitesten Sinne unter Verdacht standen, Gegner der sowjetischen Besatzungsordnung zu sein. In der ersten Zeit gehörten zu den Inhaftierten ehemalige Funktionsträger und Anhänger des NS-Systems. Zur Verhaftung genügte der Verdacht, oftmals war es Denunziation. In der Folge wurden viele willkürlich Beschuldigte verhaftet. In den späteren Jahren konzentrierte sich die Verfolgung auf Sozialisten, Christen und andere, die aus demokratischer Überzeugung die sowjetische Besatzungsordnung ablehnten. Unter den Verhafteten waren zahlreiche Jugendliche. Die Verdachtsgründe wurden zumeist nicht mitgeteilt. Die Inhaftierten waren der Willkür ihrer Verhöroffiziere und des Wachpersonals ausgeliefert. Geständnisse wurden erpresst. Es gab schwerste körperliche Misshandlungen und Folter.

In den Jahren nach 1950, in denen die Haftstätte vom „Ministerium für Staatssicherheit der DDR“ geführt wurde, nahm das Ausmaß körperlicher Misshandlungen ab. An ihre Stelle trat eine streng geregelte und zerstörerische Isolation der Gefangenen. Mit dem Verbot jeglichen Kontaktes zu Mithäftlingen und zur Außenwelt sollten sie gebrochen werden. Der Haftkeller diente noch mindestens bis in das Jahr 1956 der „Bezirksverwaltung Berlin des Ministeriums für Staatssicherheit“ als Untersuchungshaftanstalt.

### **Parlamentarischer Beschluss und öffentlicher Diskurs**

Bereits im Jahr 1998 wurde das Bezirksamt Prenzlauer Berg durch einen Beschluss der Bezirksverordnetenversammlung aufgefordert, die Geschichte des Haftortes „Haus 3“ zu erforschen und eine Kennzeichnung des Gebäudes vorzunehmen. Im Frühjahr 2001 brachte Karl-Heinz Schmidtchen die Debatte erneut ins Rollen. Er berichtete vor Anwohnern des Kollwitzplatzes in Prenzlauer Berg über seine Haftzeit u. a. im „Haus 3“. Als 17-Jähriger war Karl-Heinz Schmidtchen im Mai 1946 wegen einer Plakataktion gegen die Zwangsvereinigung der beiden Parteien SPD und KPD im „Haus 3“ inhaftiert worden. Wochen danach kam er in das Internierungslager „Sachsenhausen“ und wurde 1950 im Zuchthaus „Waldheim“ zu zehn Jahren Haft verurteilt. Nach insgesamt achtjähriger Haftzeit wurde er dort 1954 entlassen. Karl-Heinz Schmidtchen brachte während dieser Veranstaltung seine Enttäuschung darüber zum Ausdruck, dass immer noch kein Hinweis auf die ehemalige Haftstätte am Gebäude angebracht worden war. Daraufhin gründete sich eine Initiative von Bürgerinnen

und Bürgern in Prenzlauer Berg, um sich für diese Forderung einzusetzen. Unter ihnen befanden sich ehemalige Bürgerrechtler der DDR, Anwohner und Neuberliner.

Mit Gründung der Bürgerinitiative entfaltete sich ein lebendiger, kontrovers geführter Prozess in der Auseinandersetzung um die Forderung nach Kennzeichnung und Kommentierung der ehemaligen Haftstätte. Neben der Bewertung der konkreten Verfolgungsmaßnahmen und der Haftbedingungen, denen die Häftlinge des Haftkellers in der Prenzlauer Allee ausgesetzt waren, berührte die Debatte zugleich implizit auch den Charakter der sowjetischen Besatzungspolitik nach 1945. Zum Teil standen sich unterschiedliche Positionen unversöhnlich gegenüber. Es gab Stimmen, die die Notwendigkeit hervorhoben, dass nach Beendigung des Krieges weiterhin aktive Nazis bekämpft werden mussten, also die Besatzungsmaßnahmen legitim waren und sich dabei einzelne Übergriffe ereignet haben könnten. Für andere wiederum war der Haftkeller in der Prenzlauer Allee Ausdruck des sowjetischen Herrschaftssystems, das nach dem Krieg ein Netz von Haftstätten errichten ließ, um ein Klima der Angst zu verbreiten, und den Inhaftierten ausnahmslos keinerlei rechtsstaatliche Behandlung zugestand.

Die Auseinandersetzung um die Bewertung der Geschichte dieses Haftortes fand im Frühjahr 2005 in einem Brief an den Kultursenator der Stadt ihren vorläufigen Höhepunkt. Ehemalige leitende Mitarbeiter des „Ministeriums der Staatssicherheit der DDR“ forderten den Senator darin dazu auf, die Initiative zur Kennzeichnung des ehemaligen Haftortes und der Errichtung eines künstlerisch gestalteten Denkzeichens zu stoppen.

Angesichts der grundsätzlichen Debatte über den Charakter der sowjetischen Besatzungspolitik und ihre Folgen am Beispiel der Geschichte des Haftkellers in der Prenzlauer Allee, der seit 1950 bis zu seiner Schließung als Untersuchungshaftanstalt des „Ministeriums für Staatssicherheit der DDR“ weiter genutzt worden war, blieb zunächst auch das Verhältnis zwischen der Bürgerinitiative und dem Bezirksamt durchaus ambivalent. Bürgerrechtler der ehemaligen DDR standen Vertretern des Bezirks, an dessen Spitze ein Bürgermeister und eine Stadträtin für Kultur als Repräsentanten der PDS, also der SED-Nachfolgepartei, gegenüber.

Das Prenzlauer Berg Museum als Einrichtung des Bezirksamtes verfügte über die Quellen zur Geschichte des Haftortes und hielt zugleich den Kontakt

zu den ehemaligen Häftlingen und der Bürgerinitiative. Letztere unterstützten das Museum auch bei der Recherche nach weiteren Häftlingsschicksalen. Von Anbeginn fungierte das Museum in diesem Erinnerungsdiskurs als Membrane zwischen den unterschiedlichen bürgerschaftlichen und staatlichen Akteuren.

Initiative, Bezirksamt und Bezirksparlament beschlossen gemeinsam, die Kontroversen zur Geschichte des ehemaligen Haftortes öffentlich zu erörtern, und verständigten sich auf die Durchführung einer Reihe von Veranstaltungen. Mit Unterstützung öffentlicher Gelder fanden bis Ende 2004 Veranstaltungen mit Zeitzeugen, kommentierte Rundgänge über das Gelände des ehemaligen Haftkellers zum „Tag des offenen Denkmals“ sowie eine Podiumsdiskussion mit Vertretern unterschiedlicher Institutionen statt.

### **Wettbewerb zur Schaffung eines künstlerisch gestalteten Denkzeichens**

Auf Einladung der zuständigen Bezirksstadträtin für Kultur konstituierte sich im Frühjahr 2002 eine Arbeitsgruppe aus Vertretern der Bürgerinitiative und des Bezirksamtes. Um den Forderungen ehemaliger Häftlinge zu entsprechen, stellten Initiative und Bezirksamt im Februar 2002 auf dem Gelände eine vorläufige Informationstafel auf. Angesichts der eindrucksvollen Quellen zu dem Haftort und seiner kontroversen Rezeption in der Gegenwart verständigten sich beide Seiten darauf, dass die Kennzeichnung des Ortes nicht ausschließlich durch eine Informations- oder Gedenktafel erfolgen sollte. Ein zukünftiges Denkzeichen in Erinnerung an die Opfer und der Reflexion über diesen Haftort müsse vielmehr durch die Gestaltung des Denkzeichens unterschiedliche Zugänge und Reaktionen ermöglichen. Aus diesem Grund beschlossen Initiative und Bezirksamt, einen Wettbewerb zur Schaffung eines Gedenkzeichens für die Opfer der ehemaligen „Haftstätte Prenzlauer Allee“ zu initiieren.

Für die Ausschreibung eines solchen künstlerischen Wettbewerbs musste jedoch im Vorfeld inhaltlich definiert und beschrieben werden, was die beteiligten Künstler bei den zu erarbeitenden Entwürfen beachten sollten. Nach intensiver Grundsatzdebatte verständigten sich beide Seiten in einem Papier auf „gemeinsame politisch-historische Grundsätze“, die bei der Gestaltung des Denkzeichens zu berücksichtigen waren. Ohne eine abschließende Bewertung der Ursachen und Folgen der sowjetischen Besatzungspolitik vorzunehmen,





*Gebäude des ehemaligen Haftkellers auf dem Gelände des heutigen Bezirksamtes Pankow an der Prenzlauer Allee. Seit Oktober 2006 erinnert ein Gedenkzeichen der Künstlerin Karla Sachse an die Geschichte dieses Haftortes des sowjetischen Geheimdienstes sowie des Staatssicherheitsdienstes der DDR zwischen 1945 und Ende der 1950er-Jahre.*

© Bezirksmuseum Prenzlauer Berg

einigte sich die Arbeitsgruppe schließlich auf konkrete Ziele, die mit dem Gedenkzeichen verfolgt werden sollten:

- Markierung des historischen Ortes der ehemaligen Verhör- und Haftstätte
- Erinnerung an die Inhaftierten
- Benennung der unmenschlichen Haftbedingungen
- exemplarische Veranschaulichung der Verfolgung durch die sowjetischen und die DDR-Organen
- Benennung der komplexen historischen Zusammenhänge der politischen Verfolgung, die an diesem Ort stattfand
- Stärkung der Urteilskraft für politische Auseinandersetzungen in der Gegenwart und Aufruf zur Verantwortung für die Menschenrechte und zum Respekt vor dem Leben und der Freiheit eines jeden Menschen.

Dieses Grundsatzpapier wurde wenig später durch das Bezirksamt und damit parteiübergreifend zustimmend zur Kenntnis genommen und die Durchführung eines künstlerischen Wettbewerbs beschlossen. Angesichts der kontroversen Debatte um die Aneignung der Nachkriegsgeschichte in Ostberlin ist dieses Ergebnis bemerkenswert und ganz sicherlich zu Beginn der Diskussion von den Beteiligten auf Seiten der Bürgerinitiative und des Bezirks nur schwer vorstellbar gewesen. Durch die Förderung der „Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur“ konnte von Herbst 2004 bis Frühjahr 2005 der künstlerische Wettbewerb durchgeführt werden. Der prämierte Entwurf der Künstlerin Karla Sachse sieht ein Band mit Fragen vor, das auf dem Sims über dem Kellergeschoss das Haus umschließt. Zusätzlich beinhaltet der Entwurf die Aufstellung von zwei Informationstafeln zur Geschichte des Gebäudes und seiner Nutzung als Haftstätte. Die Einweihung dieses ersten künstlerisch gestalteten Denkzeichens in Erinnerung an einen der zahlreichen, nach 1945 überall im Stadtgebiet errichteten Haftkeller fand im Herbst 2005 statt.

### **Fazit**

Auch wenn das oben beschriebene Beispiel im Rahmen der lokalgeschichtlichen Museumsarbeit, was die Intensität der Beteiligung unterschiedlicher Akteure sowie die Dauer der Auseinandersetzung anbelangt, ein außergewöhnliches Projekt ist, so lassen sich doch einige Verallgemeinerungen in der Charakterisierung lokaler Prozesse der Erinnerungsarbeit konstatieren.

Den Anstoß für die Auseinandersetzung mit einem Ereignis, einer Biografie oder der Geschichte einer Institution löst, wie im oben genannten Beispiel, häufig der dokumentarische Hinweis oder die mündliche Wiedergabe einer Geschichte aus, die sich auf eine bis dahin unbekannte Seite eines Ortes bezieht. Häufig sind es Zeitzeugen bzw. Angehörige sowie Historiker oder Laienforscher, die im Rahmen ihrer Annäherung an die eigene Geschichte oder durch den Fund von Quellen den ersten Hinweis liefern. Im oben beschriebenen Beispiel waren es ehemalige Häftlinge, die forderten, dass an dem Ort ihrer ehemaligen Haft öffentlich auf die Geschichte des ehemaligen Haftortes hingewiesen werden sollte. Und es waren Anwohner, die eine Kennzeichnung und Information zur Geschichte dieses Ortes in ihrer Wohnumgebung wünschten.

Eine wichtige Rolle spielt häufig auch die Interaktion zwischen zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteuren. Wie oben skizziert, ermöglichte

die kontroverse, diskursive Auseinandersetzung zwischen Bezirk und Initiative die öffentliche Erörterung verschiedener Sichtweisen und Bewertungen in Bezug auf die Geschichte des ehemaligen Haftortes. Das Engagement und der Nachdruck, mit dem die Auseinandersetzung durch die Mitglieder der Bürgerinitiative eingefordert wurde, trug entscheidend dazu bei, dass der Bezirk sich der Geschichte des ehemaligen Haftkellers auf dem Rathausgelände stellte, anschließend gemeinsam mit der Initiative Schritte der öffentlichen Debatte um die Bewertung und die geschichtliche Aneignung dieses Ortes betrieb und schließlich die Initiierung eines Kunstwettbewerbs bis zur Installation eines künstlerisch gestalteten Denkzeichens durchführte.

Angesichts der kontroversen Diskussion zur Geschichte Nachkriegsdeutschlands und insbesondere der Bewertung der sowjetischen Besatzungsherrschaft war auch die Debatte zwischen Bezirk und Initiative darauf gerichtet, wechselseitig jeweilige Motive und Absichten, Ziele und Erwartungen, Stereotype und Vorurteile auszuloten. Letztendlich half in der Debatte immer wieder der Rückbezug auf den konkreten Quellenbefund zur Geschichte der ehemaligen Haftstätte und die erklärte Absicht, den historischen Ort zu kennzeichnen und an die Opfer zu erinnern. Insofern bietet die Arbeit der Regionalmuseen vielfache Anknüpfungspunkte durch die lokalhistorische Erforschung und Darstellung, durch die die Auseinandersetzung und Reflexion vor Ort in Bewegung gesetzt und die Realisierung konkreter Veranstaltungs- und Präsentationsformen initiiert bzw. begleitet werden. Lokalhistorische Erinnerungsarbeit lebt von der Debatte und diskursiven Auseinandersetzung. Eine Erinnerungslandschaft vor Ort, bestehend aus temporären und dauerhaften Denkzeichen im Stadtraum, leistet einen wichtigen Beitrag zur differenzierten Auseinandersetzung mit der Geschichte des eigenen Wohnumfeldes. Voraussetzung für diese Auseinandersetzung ist der öffentliche Diskurs unter Beteiligung bürgerschaftlichen Engagements.

## Die BStU

*Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik und ihre bürgerschaftlichen Wurzeln*

Vor nicht langer Zeit gedachten wir des Kriegsendes vor 60 Jahren. Erinnerung und Aufarbeitung sind eine wichtige Grundlage, um Gegenwart zu verstehen und Zukunft zu gestalten sowie antidemokratischen Strömungen entgegenzuwirken, auch wenn der Umgang mit der Vergangenheit häufig mit Schmerzen verbunden ist. Dies gilt auch für die SED-Diktatur in der ehemaligen DDR, die am 3. Oktober 1990 ihr Ende fand.

Die DDR entstand in der sowjetischen Besatzungszone 1949. Es war politischer Wille in der damaligen UdSSR, diesen neuen deutschen Staat analog der eigenen Strukturen zu gestalten. Die Schaffung der DDR war vor allem strategisch von herausragender Bedeutung, da man unmittelbar die Grenzen des westlichen Bündnisses berührte. Faktisch war damit verbunden, dass der Gedanke einer Wiedervereinigung von der DDR-Regierung verhindert wurde. Das der Mehrheit der Bevölkerung aufgezwungene sozialistische Gesellschaftssystem führte zu politischen und wirtschaftlichen Problemen. Die Führungsebene, d. h. die SED, konnte ihre Herrschaft nur mit Repressionen und Repressalien durchsetzen und halten. Der Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961 und die Festigung der Grenzanlagen zur Bundesrepublik Deutschland waren deutliche Zeichen dieser Repression

und verhinderten das Abwandern wesentlicher gesellschaftlicher Schichten (Forschung, Medizin und andere Wissenschaften).

Die Menschen ihrerseits suchten nach Lösungen für die Situation. Diese konnten in der Flucht aus dem Lande, wobei sich diese Möglichkeiten nach 1961 wesentlich verschlechterten, in innerer und offener Opposition und in Resignation bestehen.

Die SED schuf und nutzte ihr Instrument „Geheimdienst“ vor allem zu dem perfiden Zweck der Kontrolle des eigenen Volkes. Das erklärt auch die besonders starke Ausprägung des Sicherheitsdienstes, der seine Methoden immer wieder wechselte – anfangs eher körperlich brutal, später zunehmend ausgefeilter, indem sogenannte Zersetzungsmethoden angewandt wurden. Auch die Personalstärke von über 90 000 hauptamtlichen Mitarbeitern und der Einsatz von 174 000 Inoffiziellen Mitarbeitern bei einer Einwohnerzahl von ca. 17 Millionen Menschen im Jahr 1989 sprechen eine deutliche Sprache. Es waren die krakenhafte Struktur und die immense Größe dieses Geheimdienstes, die eine Durchleuchtung aller Bevölkerungsgruppen der DDR ermöglichten. Somit schuf er sich den Ruf der ständigen Anwesenheit, der latenten Bedrohung, was auch tatsächlich häufig so war. Dies erklärt auch die stärkere Wahrnehmung des Staatssicherheitsdienstes in der DDR als in einigen anderen Ostblockländern.

Als die Menschen im Dezember 1989 bemerkten, dass die Stasi begann, Unterlagen zu vernichten, stürmten sie die Liegenschaften des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) und besetzten dessen Dienststellen. Spontan fanden sich Bürgerkomitees, die mit Regierungsbeauftragten, Staatsanwälten und Polizisten Sicherheitspartnerschaften zur Sicherstellung der MfS-Unterlagen bildeten. Aber die gesamte DDR-Herrschaft war ein Konstrukt auf tönernen Füßen. Mit dem Wegfall der Unterstützung durch die Sowjetunion waren die DDR-Regierenden und ihre Herrschaftsinstrumente weitestgehend machtlos. Was noch am 17. Juni 1953 blutig niedergeschlagen wurde, verlief im Herbst 1989 erstaunlicherweise friedlich. Dies lag einerseits an der fehlenden Hilfe durch die UdSSR, andererseits am starken Wunsch der Menschen auf Veränderung, was auch der SED-Führung nicht entgehen konnte. Politische Risse verliefen durch ganze Familien. Im Sommer 1989 packte vor allem die Jugend ihre Rucksäcke, getragen vom Willen, die Freiheit zu erlangen. Sie fuhren nach Ungarn, Prag oder Warschau und suchten die Lösung in der Flucht. Es gab jedoch auch

viele, die dachten, man müsse bleiben, um zu verändern, um zu einer anderen, besseren DDR zu kommen.

Auf Montags-Demonstrationen in Leipzig erklang der Ruf „Wir sind das Volk“ – dieser Satz, diese Losung, erhielt politische Dimension. Die Opposition, die sich vor allem in kirchlichen Kreisen entwickelt hatte, gab Raum und Rahmen für die Proteste. Eine in der ganzen DDR organisierte Oppositionsbewegung gab es nicht, da die Zukunftsvorstellungen zu verschieden waren.

Auf den Demonstrationen wurde aus dem Ruf „Wir sind das Volk“: „Wir sind ein Volk“.

Politische Ziele, die zu erkämpfen waren, wie Freiheit, Menschenwürde, Demokratie und Menschenrechte, sahen sehr viele in dem anderen Teil Deutschlands verwirklicht. So erklärt sich der Wunsch nach schneller Wiedervereinigung. Ein Ruf der Revolution war auch, jedem Menschen Zugang zu Unterlagen, die von der Stasi zu seiner Person angelegt waren, zu gewähren.

Bis zu seiner Auflösung nach den Wahlen im März 1990 befasste sich der „Zentrale Runde Tisch“ mit dem Zerschlagen des Staatssicherheitsdienstes. Hierzu schuf er sich mit der „Arbeitsgruppe Sicherheit“ ein eigenes Kontrollorgan, unterstützte die Bürgerkomitees und arbeitete mit den Regierungsbeauftragten und dem vom Ministerrat eingesetzten „Staatlichen Komitee“ zusammen.

Die erste frei gewählte Volkskammer der noch bis zum 3. Oktober 1990 existierenden DDR erließ am 24. 8. 1990 ein Gesetz zur Nutzung der Stasi-Überlieferung, das allerdings zunächst nicht in den Einigungsvertrag übernommen wurde.

Die Regierungskommission der ehemaligen DDR, die am 20. 9. 1990 ihre Tätigkeit beendete und aus ihrer Sicht die Übernahme des Gesetzes vom 24. 8. 1990 ausdrücklich bekräftigte, wandte sich an die Öffentlichkeit:

„Die Hauptfrage war von vornherein: Vernichten oder Aufbewahren. Die Akten, etwa sechs Millionen insgesamt, waren eine Dokumentation menschlicher Selbsterniedrigung: hier bespitzelte der Nachbar den Nachbarn, der Bruder den Bruder, der Sohn den Vater, die eigene Frau ihren Mann, und all das war säuberlich niedergeschrieben und abgeheftet und stand in kilometerlangen Reihen in den festungsartigen Bauten der Staatssicherheit in allen größeren Städten der DDR und besonders in Berlin. Das Zeug dem

Reißwolf zu übergeben, wäre eine seelische Erleichterung gewesen, nicht nur für Mitglieder der Kommission: *tabula rasa* und Neuanfang und fertig. Aber was da lag, zunächst schlecht bewacht und dem Zugriff jedes x-beliebigen preisgegeben, war nicht nur diese Art von Dynamit: es war auch historisches Material. Kaum je in der Geschichte eines Landes ist eine Periode so ausführlich und gründlich dokumentiert worden wie diese vierzig Jahre DDR durch ihre Geheimpolizei. Kein Winkel des menschlichen Lebens, der da nicht durchstößt, kein Aspekt menschlicher Gedanken, der da nicht durchleuchtet worden wäre. Das alles zu zerstören, hätte die Vernichtung von Unersetzlichem bedeutet, die Enkel hätten es uns nie verziehen.

Außerdem befanden sich in manchen dieser Akten die Beweise für die absolute Ehrenhaftigkeit zahlloser Bürger, die durch die Machenschaften der Stasi unschuldig ins Gefängnis gekommen oder des Landes verwiesen wurden und Verluste an Stellung und Eigentum und andere Unbill erlitten hatten. Diese hatten ein Anrecht auf Entschädigung und Rehabilitierung, und hier war das Material, auf dem ihre Ansprüche basieren konnten.“<sup>1</sup>

In den letzten Wochen vor der Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 wurden intensivste Auseinandersetzungen um das weitere Verfahren mit den Staatssicherheitsunterlagen in der Volkskammer der DDR geführt. Der Wille der Mehrheit der Ostdeutschen zum Umgang mit den Stasi-Materialien war bereits in den Demonstrationen 1989 deutlich geworden, in den Einigungsvertrag hatte dieser Wille jedoch zunächst keinen Eingang gefunden, da die Verhandlungspartner für einen restriktiven Umgang mit den Akten waren. Vorgesehen war die Verfügungsgewalt des Bundesarchivs unter Aufsicht des Bundesdatenschutzbeauftragten, zentralisiert in Berlin. Die Öffentlichkeit missverstand dies als eine Verbringung der Unterlagen nach Koblenz, was zu Forderungen der Volkskammer führte, den Einigungsvertrag an diesem Punkt zu ergänzen.

Daraufhin wurde ein Sonderbeauftragter berufen und in den Einigungsvertrag eine knappe vorläufige gesetzliche Regelung aufgenommen, die der Bevölkerung nicht weit genug ging.

1 Siehe: David Gill/Ulrich Schröter, Das Ministerium für Staatssicherheit. Anatomie des Mielke-Imperiums, Berlin 1991, S. 279 ff.

Erst nach einer symbolischen Besetzung des MfS-Gebäudes durch Mitglieder der Bürgerbewegung im September 1990 wurde eine Zusatzregelung vereinbart, die die Grundzüge des Gesetzes vom 24. 8. enthielt, d. h. die Akten zu nutzen für Überprüfungsverfahren im öffentlichen Dienst, für Rehabilitierungen ehemaliger politischer Häftlinge und, in eingeschränktem Maße, auch für Akteneinsichten. Vielen Bürgern der DDR war es wichtig, die Kontrolle über die Akten und das weitere Verfahren zu behalten. Das Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG), das am 1. 1. 1992 in Kraft trat, ist also Ergebnis der Bemühungen verschiedener gesellschaftlich aktiver Kräfte der Jahre 1989/1990. Es gehört zu den bleibenden Verdiensten der Bürgerrechtler, in der Sache nicht aufgegeben und sich durchgesetzt zu haben, sodass es heute jedem Bürger möglich ist, Aufzeichnungen des MfS zu seiner Person einsehen zu können.

Das Inkrafttreten des Stasi-Unterlagen-Gesetzes mit Bildung der Behörde der Bundesbeauftragten legte die Entstehung einer neuen Archiveinrichtung in der Bundesrepublik fest. Es war und bleibt eine politische Entscheidung, in welcher Form die Unterlagen des Geheimdienstes der untergegangenen DDR zu verwahren, zu erschließen und zu nutzen sind. Die Stasi-Archive bewahren ca. 180 km Unterlagen, die Verwendungszwecke sind vielfältig. In den neunziger Jahren spielten vor allem Strafverfolgung, Rehabilitierungen und Akteneinsichten von Betroffenen eine besonders große Rolle. Strafverfahren im Bereich der Delikte gegen Menschen (Tötungsdelikte wie Mord, Totschlag, Körperverletzung mit Todesfolge), Verstöße gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz, Rechtsbeugung, Spionage sowie Verletzung des Post- und Fernmeldegeheimnisses waren auf der Grundlage der MfS-Unterlagen möglich.

Eine enge Zusammenarbeit der BStU mit den Strafverfolgungsbehörden, vor allem mit der eigens eingerichteten „Staatsanwaltschaft II“ in Berlin und der „Zentralen Ermittlungsgruppe für Regierungs- und Vereinigungskriminalität der Polizei“ brachte gute und insbesondere schnelle Ergebnisse. Bis heute sind an die BStU über 6,4 Millionen Anträge zur Nutzung gestellt worden, 1,7 Millionen allein von Bürgern zur Akteneinsicht. Jährlich werden durchschnittlich über 1000 thematische Rechercheanträge von Medien und Forschern gestellt. Rehabilitierungen und Akteneinsichten gaben und geben vielen Menschen ihre Würde zurück. Vor allem dieser Umstand ist es wert, die Akten zur Verfügung zu stellen, sie zu öffnen und auch wissenschaftlich auszuwerten.





*Im Archiv der BStU*

© BStU

Einige Zahlen zur Überlieferung und Erschließung in den Archiven des MfS: Die Gesamtüberlieferung gliedert sich in das Archiv der Zentralstelle und in 14 Archive der Außenstellen mit ca. 180 Kilometer Schriftgut, über 41 Millionen personenbezogene MfS-Karteikarten sind zugriffsfähig, darüber hinaus sind ca. 1 Million Fotodokumente, ca. 90 000 Filme, Videos und Tondokumente sowie ca. 18 700 elektronische Datenträger allein im Archiv der Zentralstelle überliefert.

Für die Archivare stand zunächst im Vordergrund, sich möglichst schnell einen Überblick über Größenordnung, Vielfalt der Unterlagen, Zuordnungen, Ablagekriterien in den MfS-Archiven etc. zu verschaffen. Die archivfachliche Auseinandersetzung mit diesen Materialien ist wichtig, weil die Ablagesystematik des MfS-Archivs ausschließlich von Kriterien des Staatssicherheitsdienstes geprägt ist und der Umgang mit einer solchen Ablageordnung an keiner Archivfachhochschule gelehrt wird.

Bereits ab Frühjahr 1991 wurde ein Sofortprogramm zur Sichtung der vom MfS zerrissenen Unterlagen durchgeführt. Diese Unterlagen befanden sich in Säcken und beliefen sich auf ca. 25 000 laufende Meter, die von den Mitarbeitern der Stasi vernichtet werden sollten. Da die Reißwölfe allein nicht ausreichten oder versagten, hatten sie Unterlagen per Hand zerrissen. Bis heute hat eine kleine Projektgruppe 567 000 Blatt dieser zerrissenen Unterlagen manuell rekonstruiert. Derzeit ist der Einsatz eines technischen Verfahrens zur Beschleunigung dieser Arbeiten im Gespräch. In den ersten Jahren sind vorrangig personenbezogene Unterlagen geordnet und erschlossen worden. Die Notwendigkeit von Zuständigkeiten unterschiedlicher Organisationseinheiten für die verschiedenen Aufgabenstellungen innerhalb der BStU entwickelte sich bereits 1991.

Es war schnell erkennbar, dass für die Ordnung und Verzeichnung der 180 km Unterlagen und der speziellen Informationsträger eine große Anzahl von Mitarbeitern mit verschiedensten Kenntnissen erforderlich sein würde. Für die Archive bedeutete das, Mitarbeiter mit hinreichender Erfahrung zu gewinnen, verbunden mit hoher Motivation, sich diesem speziellen Material zuzuwenden. Bis Mitte 1992 wuchs die Behörde auf über 3000 Mitarbeiter (Zentrale und Außenstellen zusammengekommen) an, heute sind es 2200. Es entstanden vier Fachabteilungen: 1. die Abteilung Archivbestände (mit heute ca. 300 Mitarbeitern), 2. die Abteilung Auskunft (mit ca. knapp 500 Mitarbeitern) für die verschiedensten Nutzungsanträge und 3. eine Forschungsabteilung zur Erforschung der Struktur und Wirkungsweise des MfS. Dazu kommt 4. die zentrale Verwaltung der Behörde. Die Strukturen haben sich bis heute bewährt, werden allerdings den Erfordernissen ständig angepasst.

Die Inhalte der Akten beschreiben in der Hauptsache wichtige Ebenen und Formen des Lebens in der DDR. Es darf allerdings nicht vergessen werden, dass diese Lebenssachverhalte überwiegend rechtsstaatswidrig erlangt wurden, wobei der Geheimdienst ständig auch gegen in der DDR existierende Strafrechtsnormen verstoßen hat. So wurde das Post- und Fernmeldegeheimnis verletzt, wurden Informationen durch Drohungen und Täuschungen gewonnen. Zu diesen rechtswidrigen Sachverhalten gehören auch u. a. Fälle der Zwangsadoption und der Vermögensenteignung. Stößt man bei der Recherche auf derart sensible Erkenntnisse, die in den Bereich des stark geschützten Rechtsguts der informationellen Selbstbestimmung

fallen, so gibt das StUG Vorgaben her, die eine missbräuchliche Nutzung gegen den Willen der Betroffenen verhindern.

Mit der letzten Novellierung des StUG nach dem Rechtsstreit des Altkanzlers Kohl gegen die Bundesrepublik Deutschland in Bezug auf die Medieneinsichten zu Unterlagen von Personen der Zeitgeschichte fand nochmals eine Güterabwägung zur Stärkung der informationellen Selbstbestimmung statt. Nach wie vor gehen zahlreiche Anträge auf Akteneinsicht, ca. 7000–8000 monatlich, bei der Behörde ein. Erfahrungsgemäß kommen erst heute viele Bürger dazu, sich den zu ihrer Person gesammelten Unterlagen zuzuwenden, da sie fürchten müssen, dass es auch in ihrem engsten Umfeld Zuträger gegeben haben kann.

In den letzten Jahren hat sich eine Art „DDR-Nostalgie“ entwickelt, begründet durch eine damals vermeintlich niedrige Kriminalität, billige Mieten, Kindergartenplätze für alle und eine nicht vorhandene Arbeitslosigkeit. Doch die Stasi-Akten legen Zeugnis ab von einer anderen DDR, wie die folgenden zwei Beispiele zeigen. Im Jahr 1954 wurde operativ durch die Spionageabwehr des MfS gegen den Rundfunksender RIAS (Rundfunk im amerikanischen Sektor) und seine Informanten in der DDR vorgegangen. Vier DDR-Bürger sind in Folge als Helfer des RIAS identifiziert und verhaftet worden. Dazu kamen weitere Verhaftungen im Jahr 1955. In einem Schauprozess vor dem Obersten Gericht der DDR im Juni 1955 wurden schließlich fünf Hauptbeschuldigte ausgewählt – darunter der 27-jährige Dekorateur im VEB Deutsche Werbe- und Anzeigesellschaft Berlin, Joachim Wiebach.

Wiebach wurde wegen Verrats angeklagt. Von Beginn an hatte der Prozess propagandistische Zwecke. Nach Einschätzung der SED-Zeitung *Das Neue Deutschland* sollte aus diesem Prozess die Lehre gezogen werden, die „Hetzsendungen des RIAS zu verabscheuen“. Anders als in einem Rechtsstaat mit klarer Gewaltenteilung wurde hier von einem Abteilungsleiter des ZK (Zentralkomitee) der SED noch vor Urteilsverkündung das Strafmaß „lebenslänglich“ festgelegt. Walter Ulbricht als damaliger Chef der Partei änderte noch vor Prozessöffnung dieses vorgesehene Urteil in „Todesstrafe“. Am 27. Juni 1955 entschied das Gericht dann auch auf Todesstrafe für Wiebach. Gnadengesuche der Eltern blieben ohne Erfolg. Bezeichnend für den Unrechtsstaat ist, dass selbst der Abschiedsbrief Teil der Akten des MfS wurde, ohne dass die Eltern Joachim Wiebachs ihn je erhalten hatten. Die Benachrichtigung über die Vollstreckung

des Urteils am 14. 9. 1955 erreichte die Eltern erst zwei Monate später. Sie hatten im Oktober 1955, als ihr Sohn bereits tot war, noch zwei Mal um Gnade für ihren Sohn gebeten.

Das zweite Beispiel soll an die insgesamt 1008 Menschen erinnern, die im Zusammenhang mit der Grenze und der Mauer völlig sinnlos gestorben sind. Unter den Opfern der Grenze befanden sich auch 40 Kinder und Jugendliche, unter ihnen der 15-jährige Heiko Runge, der am 8. 12. 1979 die Grenze bei Sorge/Harz durchbrechen wollte, nach 25 Schuss Dauerfeuer vom Grenzzaun zurück in Richtung DDR lief und dabei von hinten erschossen wurde. Zwei weitere Kinder aus Ost-Berlin fanden am 14. 3. 1966 den Tod im Kugelhagel an der Grenze in Treptow. Als Todesursache wurde den Eltern vom MfS ein Unfall durch Ertrinken bzw. durch Stromschlag mitgeteilt, nachdem die Kindesleichen sofort eingeäschert worden waren.

Die Beschäftigung mit der Vergangenheit ist eine große Aufgabe, zu der die BStU einen wesentlichen Beitrag leistet. Neben dieser Behörde wurden noch andere Einrichtungen und Archive gegründet wie z. B. die „Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“ und die „Havemann-Gesellschaft“. Da die BStU eine Vorreiterrolle bei der Aufarbeitung von Unterlagen der Staatssicherheit einnahm, suchten andere ehemalige sozialistische Staaten den Erfahrungsaustausch. Gesellschaften können nur dann erfolgreich bestehen, wenn Mut, Entschlossenheit und Zivilcourage ohne Nachlassen in die Waagschale geworfen werden.

## ***Club Atlético*: Überleben und Gedenken**

Im Juli 1977 wurde ich im Alter von 18 Jahren verschleppt, ich war damals im letzten Jahr der Sekundarschule. Ich lebte bei meinen Eltern und war politisch aktiv. Aufgrund der massiven staatlichen Gewalt, die sich seit dem Militärputsch vom 24. März 1976 noch zusätzlich verschärft hatte, war ich eher darauf vorbereitet zu sterben als zu überleben.<sup>1</sup>

Der *Club Atlético*, das geheime Haftzentrum, in dem ich „verschwunden“ gehalten wurde, war ein Keller, in dem ich 91 Tage lang angekettet, mit verbundenen Augen, isoliert und abgeschottet in einer kleinen Zelle ohne Licht und Toilette verbrachte. Meine Identität wurde durch einen Buchstaben und eine Ziffer ersetzt. Meine physische und psychische Integrität waren ständig gefährdet.

Als ich meine Freiheit wiedererlangte, musste ich feststellen, dass sich dieses Haftzentrum und die Verbrecher, die dort tätig waren, für immer in mein Gedächtnis eingebrannt hatten – vor allem die Erinnerung an meine Mithäftlinge. „Schweig und bald wirst du glauben, das wäre alles ein Traum gewesen“, so lautete die Anweisung des Befehlshabers des Haftzentrums, als er mich gehen ließ.

1 Die Vorstellung, „eher auf den Tod vorbereitet zu sein als zu überleben“, kommt in den Aussagen der Überlebenden der Diktatur immer wieder vor. Als militante politische Aktivist\*innen waren sie bereit, den Tod zu finden, und rechneten sogar mit dieser Möglichkeit, sie waren jedoch nicht auf ein Überleben unter den grausamen Bedingungen der geheimen Haftzentren vorbereitet (Anmerkung der Herausgeber).

Meine ersten Schritte tat ich mit einer großen Ungewissheit darüber, welchen Weg ich einschlagen sollte, und ich musste immer wieder Hindernisse umgehen. Ein Teil meiner Familie war während meiner Gefangenschaft ins Exil gegangen und hatte in Holland Zuflucht gefunden. Als ich meine Schul Ausbildung wiederaufnehmen wollte, musste ich feststellen, dass auch meine Schulakte verschwunden war. Eine Militärpatrouille hatte sie aus der Schule entwendet. Wollte ich meine Ausbildung fortsetzen, hätte ich die Prüfungen als Externer an einer anderen Schule ein zweites Mal ablegen müssen und nicht am Unterricht teilnehmen dürfen. Die politischen Organisationen waren noch stärker dezimiert als zurzeit meiner Entführung.

Im Jahr 1978, als in Argentinien die Fußballweltmeisterschaft ausgetragen wurde, begann ich nach dem Ort zu suchen, an dem ich gefangen gehalten worden war. Ich fand ihn Anfang 1979 wieder, als er gerade abgerissen wurde, weil dort die Grundpfeiler einer Autobahn gebaut werden sollten.

Nur wenige von uns haben die geheimen Haftzentren in Argentinien überlebt. Noch weniger konnten wir zum Zeitpunkt unserer Freilassung sprechen oder uns Gehör verschaffen, denn in der argentinischen Gesellschaft hatte sich ein absolutes Schweigen breit gemacht, das bis Ende der Militärdiktatur 1983 anhielt. Während unsere Berichte in Form von Gerüchten kursierten und von dem kleinen Kreis der internationalen Politik, des familiären oder politischen Umfeldes wahrgenommen wurden, konzentrierten die Menschenrechtsgruppen alle ihre Forderungen unter Mottos wie *Aparición con Vida* (Lebendige Rückkehr) oder *Con Vida los llevaron, con Vida los queremos* (Lebendig wurden sie verschleppt, lebendig wollen wir sie zurück). Diese Formulierungen drängten unsere Stimmen ins Abseits, da wir von den „Transporten“ sprachen, so der Euphemismus für die Vernichtung.<sup>2</sup>

Erst im Jahr 1984, also acht Jahre nach der grausamen Repression, konnte mit der Gründung der CONADEP (Comisión Nacional sobre la Desaparición

- 2 Diese Frage hatte in der argentinischen Menschenrechtsbewegung eine heftige Diskussion ausgelöst. Einige Gruppen, beispielsweise die *Madres de Plaza de Mayo*, forderten die „lebendige Rückkehr“ (*aparición con vida*) der Verschwundenen, weil sie nicht bereit waren, den Tod ihrer Angehörigen anzuerkennen, solange der Staat nicht zu seiner Verantwortung für ihr Leben stand. Diese Auffassung stand jedoch im Widerspruch zu den Aussagen der Entführten, die freigekommen waren und davon berichteten, dass die Mehrheit ihrer Mithäftlinge ermordet worden war (Anmerkung der Herausgeber).

de Personas; Nationale Kommission über das Verschwinden von Personen) unsere Erinnerungen zur Grundlage für ein kollektives Gedenken werden, das sich langsam herausbildete. In diesem Zusammenhang begannen Angehörige von Verschwundenen und Überlebende des geheimen Haftzentrums *Club Atlético*, die Sicherstellung der Räumlichkeiten zu fordern, in denen das Haftzentrum 1977 als einer von 340 Standorten des Staatsterrors funktioniert hatte.

1985 war das Jahr, in dem unsere Zeugenberichte von der Justiz als Beweismittel anerkannt wurden, damit die Ermittlungen beginnen, die Täter verfolgt und die ersten Strafurteile verkündet werden konnten. Diese Phase der Aufnahme von Zeugenaussagen und des Sammelns von Beweismitteln wurde knapp drei Jahre nach Wiedereinführung der Demokratie beendet. Die ersten zwei Regierungen nach der Diktatur verabschiedeten „Gesetze der Strafflosigkeit“: das Schlusspunktgesetz (*Ley de Punto Final*), das Gesetz über den Befehlsgewissens (*Ley de Obediencia Debida*) und die Amnestiegesetze für die wenigen Verantwortlichen, die verurteilt worden waren, sodass jede strafrechtliche Verfolgung durch die Justiz auf Eis gelegt wurde. Seitdem veränderten sich die Forderungen der Menschenrechtsgruppen: *Aparición con Vida* oder *Juicio y Castigo* (Gerichtsverfahren und Strafe) wurden ersetzt durch *Memoria, Verdad y Justicia* (Erinnerung, Wahrheit und Gerechtigkeit) oder *Contra el Olvido y las Leyes de Impunidad* (Gegen das Vergessen und die Gesetze der Strafflosigkeit).

Während dieser erneuten Phase der Verweigerung von Gerechtigkeit nahm unsere Zeugschaft neue Formen an. Durch künstlerische und intellektuelle Produktionen – Filme, Literatur, investigativer Journalismus, usw. – wurden Diskussionen angestoßen und Forderungen gestellt, wodurch die Erinnerung und der Kampf gegenwärtig blieben.

Anlässlich des 20. Jahrestages des Militärputsches im Jahr 1996 entstanden neue Aktionsformen für den Kampf um die Menschenrechte. Zum einen wurde die Organisation „H.I.J.O.S“ (*hijos por la identidad y la justicia, contra el olvido y el silencio*; Nachkommen für die Identität und die Gerechtigkeit, gegen das Vergessen und das Schweigen) gegründet, die mit ihren mittlerweile international bekannten *escraches* sichtbar machte, wo die Täter weiterhin straffrei und anonym lebten und ihre Freiheit genossen. Im Ausland wurden vermehrt Gerichtsverfahren gegen Verbrecher der Militärdiktatur initiiert. In Argentinien fanden „Gerichtsprozesse zur Wahrheitsfindung“ statt, die rein symbolische Wirkung hatten, da die Amnestiegesetze weiterhin gültig waren.

Im Falle des *Club Atlético* fanden verschiedene Kulturveranstaltungen und Demonstrationen statt, die das Gedenken im Stadtteil und in der Gesellschaft bewahrten und förderten.

Der Verein *Encuentro por la Memoria* (Begegnung für die Erinnerung), eine Bürgerinitiative der Stadtteile La Boca und San Telmo – dem Standort des *Club Atlético* – war gewissermaßen der Auslöser dafür, dass wir uns den Ort und seine Spuren aneigneten, Jahre bevor die Regierung der Stadt Buenos Aires auf unsere seit 1984 bestehenden Forderungen einging. Bei einer der vielen politischen und kulturellen Veranstaltungen, die wir dort durchführten, kam ein Stadtratvertreter und Anwohner des Stadtteils auf uns zu und bot uns seinen Beistand und den seiner Parteigruppierung an, um ein Gesetz voranzutreiben, das der Nutzung dieses Ortes einen institutionellen Rahmen bot. Diese erste Begegnung wurde zu einem Wendepunkt in der Beziehung zwischen der Zivilgesellschaft und dem Staat, denn dieses Zusammenwirken hatte es bis dahin nicht gegeben und die daraus entstandene Zusammenarbeit besteht bis heute fort.

Die Stadt Buenos Aires erlangte 1996 ihre verwaltungsrechtliche und politische Autonomie. Vor diesem Hintergrund konnte 1998 das Gesetz Nr. 46 der Stadt verabschiedet werden, das das Mahnmahl *Parque de la Memoria* (Park der Erinnerung) als Hommage an die Verschwundenen schuf. Die Partei, die uns 1997 ihren Beistand angeboten hatte, stellte ab 2000 die Regierung der Autonomen Stadt Buenos Aires. Im April 2002 nahm die Regierung den ersten offiziellen Kontakt mit unserer Initiative auf, die am Ort eine Gedenkstätte einrichten wollte.

Das Gebäude, in dem der *Club Atlético* untergebracht war, gehörte früher der Bundespolizei. Im Erdgeschoss und in den oberen Etagen wurden Aufgaben der Logistik und Materialbeschaffung erledigt, während sich im Keller das geheime Haft- und Folterzentrum befand, in dem im Laufe des Jahre 1977 etwa 1500 Menschen interniert waren. Die Außenmauern des Kellers und die Trennwände der Zellen waren vom Abriss nicht betroffen, was ich bereits 1978 bei meiner ersten Ortsbegehung hatte feststellen können. Aus diesem Grund plädierten wir im April 2002 im Rahmen einer ersten gemeinsamen Aktion dafür, eine Ausgrabung vornehmen zu lassen, um die Spuren der Geschichte zu sichern, die unseren Berichten eine stärkere Anschaulichkeit verleihen würden.





*Ehrenbezeugung der Nachbarn für die „Verschwundenen“ des ehemaligen Haftzentrums Club Atlético*

© Rainer Klemke

Bis März 2003 hatten wir Überlebenden, Familienangehörigen und Nachbarn uns auf regelmäßigen Treffen über unsere Vorhaben verständigt und Konsenslösungen erarbeitet. Im März 2003 wurde dann die „Arbeitsgruppe zur archäologischen Spurensicherung im ehemaligen geheimen Haft- und Folterzentrum Club Atlético“ gegründet, die im Rahmen des Dezernats für Menschenrechte der Stadtregierung arbeitet. Dies führte dann zur Gründung des ersten städtischen Programms zur Spurensicherung, in dem wir zivilgesellschaftlichen Akteure mit Vertretern des Staates zusammenarbeiten, um die Überreste des Gebäudes sicherzustellen, wissenschaftlich auszuwerten und Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben.

Die erste Abmachung mit der Stadt sah eigentlich nur vor, eine Ausgrabung vorzunehmen: Bei Funden wie einem Mauerrest sollte dann die Fundstelle wieder bedeckt werden und dann über die Vorgehensweise diskutiert werden. Wurde man nicht fündig, sollte ein weiterer Termin und Ausgrabungsort



*Bei Ausgrabungsarbeiten am Ort des ehemaligen Haftzentrums Club Atlético gefundene Objekte*

© Rainer Klemke

angesetzt werden. Doch bereits während der ersten Ausgrabung am 13. April 2002 wurde nicht nur festgestellt, dass noch Reste des Gebäudes vorhanden waren, sondern gleich ein ganzer Raum dieser Kelleranlage freigelegt. Schritt für Schritt wurde die Ausgrabung und archäologische Auswertung der Überreste des Gebäudes fortgesetzt. Die Arbeitsgruppe beschloss als nächsten Schritt, eine Ausstellung zu entwickeln, die die Spuren in einer Erzählung verortete, sowie ein Informationsblatt über das Vorhaben zu veröffentlichen. Des Weiteren wurden Bildungsveranstaltungen an Schulen, Universitäten, Kultureinrichtungen in Buenos Aires und dem Landesinneren durchgeführt. Die Forschung wurde intensiviert, und so konnte seitdem die Zahl der namentlich bekannten lebend gesehenen Inhaftierten und die der Überlebenden verdoppelt werden.

Als nächster Schritt wurde die Abtretung des Geländes sowie der Grundstücke auf der gegenüberliegenden Straßenseite erreicht. Dort soll ein Gedenk-ort entstehen. Mit der amtlichen Erklärung des Ortes zu einer Geschichtsstätte

wurde der Schutz der Arbeiten erreicht. Darüber hinaus wurde damit begonnen, einen öffentlichen Platz zu gestalten. Zudem soll ein Gebäude für Büros sowie für Forschungs- und Dokumentationsräume errichtet werden, in denen die Hintergründe, Vorgehensweise und Auswirkungen des Staatsterrors untersucht und vermittelt werden können.

Im Jahr 2002, während der tief greifenden sozialen, politischen und wirtschaftlichen Krise, die Argentinien damals erlebte, schien uns unsere Forderung nach Spurensicherung ein Ding der Unmöglichkeit, vor allem angesichts der fortbestehenden Gesetze der Straffreiheit. Noch unvorstellbarer war es, dass dann der ganze Keller freigelegt wurde. Damals konnten wir die Reichweite dieser Arbeit nicht ermessen – als weiteres Beispiel für diese Reichweite sei meine Teilnahme am Berliner Symposium „Urbane Erinnerungskulturen: Berlin und Buenos Aires“ in Vertretung der zivilgesellschaftlichen Akteure erwähnt. In der Tat war es die erste gemeinsame Aktion in der Stadt Buenos Aires, um einen Ort des Staatsterrors in eine gemeinsame, symbolische Konstruktion zu verwandeln, ein politisches Ereignis, an dem Akteure der Zivilgesellschaft und des Staates beteiligt sind.

In diesem Projekt sind die Stimmen der Überlebenden ein entscheidender Impulsgeber gewesen. Mit diesen Stimmen verschaffen wir den abwesenden Stimmen unserer Mithäftlinge Gehör. Bei der Arbeit für dieses Projekt geht es uns nicht nur darum, ein Zeichen zu setzen für das Leben der Verschwundenen, sondern auch für unser eigenes Leben – derjenigen, die wir heute diesen Erinnerungsort aufbauen.

## ***Memoria Abierta:* Entstehung und Zielsetzungen**

Die Initiative *Memoria Abierta* (Offene Erinnerung)<sup>1</sup> ist das Ergebnis einer Vereinbarung zwischen argentinischen Menschenrechtsorganisationen, die 1999 eine koordinierte und systematische Zusammenarbeit zur Tradierung des Gedenkens an den Staatsterror eingingen. Dem Vorhaben lagen zwei Überlegungen zugrunde: Zum einen waren die Menschenrechtsorganisationen zumeist mit aktuellen, tagtäglichen Fragestellungen konfrontiert, sodass die Dokumente ihres zurückliegenden Engagements nicht gebührend gesichert und verwahrt wurden. Zum anderen stellten die ersten Ansätze, das Gedenken im öffentlichen Raum zu fördern, die Menschenrechtsorganisationen vor die Aufgabe, gemeinsam über Fragen des Gedenkens zu reflektieren.

Im Juli 2001 erhielt *Memoria Abierta* finanzielle Mittel, um ein Büro einzurichten und Programme und Veranstaltungen zu konzipieren und zu koordinieren, was nachhaltige Auswirkungen auf die Aufstellung und Verbreitung historischer Dokumente über die jüngste Vergangenheit hatte. Allmählich konnte auf diese Weise der zentralen Aufgabe nachgekommen

1 *Memoria Abierta* wurde von acht Menschenrechtsorganisationen gegründet. Zurzeit besteht die Initiative aus folgenden Mitgliedern: *Asamblea Permanente por los Derechos Humanos*; *Centro de Estudios Legales y Sociales* (CELS); *Fundación por la Memoria Histórica y Social Argentina*; *Madres de Plaza de Mayo – Línea Fundadora* und *Servicio Paz y Justicia*. Siehe [www.memoriaabierta.org.ar](http://www.memoriaabierta.org.ar) (22. 10. 2008).

werden, zum Kenntnisstand über die Militärdiktatur auf der Grundlage von Fakten und Zeitzeugenberichten beizutragen. Ziel ist dabei, das gesellschaftliche Bewusstsein für die Bedeutung einer aktiven Erinnerungsarbeit zu fördern, um dem Aufkommen jeglicher Form von Autoritarismus in zukünftigen Generationen vorzubeugen. Die Aufarbeitung der Dokumente und Zeitzeugenberichte sowie deren Zugänglichmachung dienen der Forschung und Vermittlung im weitesten Sinne. Dabei versteht sich *Memoria Abierta* nicht als ambitionierte Bibliothek oder als Archiv – obwohl der Bestand an wertvollen Dokumenten nach internationalen archivarischen Standards aufbewahrt wird –, sondern als ein sozialer Raum, dessen archivarischer Bestand zugänglich und aufbereitet ist. Ziel ist es, die notwendige öffentliche Diskussion über die Militärdiktatur zu fördern sowie die Tradierung der Ereignisse auf den unterschiedlichsten Trägern und mit kreativen Formaten zu ermöglichen.

Die Arbeit von *Memoria Abierta* erfolgt aus der Perspektive der historischen Erfahrung der beteiligten Organisationen in der Verteidigung der Menschenrechte und ist im kulturellen Bereich besonders intensiv. Zugleich wird der Ansatz der gemeinsamen Konstruktion verfolgt, der für die Erinnerungsarbeit von wesentlicher Bedeutung ist und einen Beitrag zur Wiederherstellung des sozialen Gefüges, zur Identitätskonstruktion sowie zur Verbesserung der politischen Kultur leistet.

### **Aufgaben und Arbeitsweise**

Ursprüngliche Aufgabe war es, das dokumentarische Material<sup>2</sup> einzusammeln, zum Teil beschädigte Quellen zu restaurieren und den Bestand aufzubereiten, um ihn für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Zudem werden neue Quellen auf der Grundlage mündlicher Berichte von Protagonisten und Zeitzeugen geschaffen. Eine Bestandsaufnahme der Gebäude und emblematischer Einrichtungen, die Spuren der Zeitgeschichte aufweisen, dient der Forschung über die planmäßige Verbreitung der illegalen Repression im ganzen Staatsgebiet Argentiniens. Vier Arbeitsbereiche nehmen sich dieser Aufgaben an: die Bereiche „Fotoarchiv“, „Orales Archiv“, „Dokumentarischer Bestand“ und

2 Es handelt sich um Dokumente unterschiedlichster Art, u. a. Fotografien, Zeitungsberichte, Gerichtsurteile, Verlautbarungen der Menschenrechtsorganisationen, Berichte von Opfern und Zeitzeugen.



### *Archiv der Organisation Memoria Abierta*

© Rainer Klemke

„Topografie der Erinnerung“. Technische und kreative Ressourcen erleichtern den Zugang zu den Quellen.

Das „Fotoarchiv“ umfasst mehr als 16 000 Fotografien, die die jüngste argentinische Geschichte dokumentieren. Das „Orale Archiv“ produziert mündliche Berichte von Zeitzeugen, Überlebenden, ehemaligen politischen Häftlingen, Familienangehörigen, Menschenrechtsaktivisten, politischen Anführern sowie Persönlichkeiten mit relevanten Erfahrungen über den Staatsterror in Argentinien sowie zivilgesellschaftliches Engagement für Wahrheit und Gerechtigkeit. Der Arbeitsbereich „Dokumentarischer Bestand“ sichert, sortiert und katalogisiert die Dokumente der Menschenrechtsorganisationen, wobei der Akzent auf Kooperation und Zugänglichmachung der Bestände der beteiligten Einrichtungen liegt. Dieser Bereich sichert und sortiert auch private Bestände aus der erfassten Zeitperiode und ist beratend tätig für Archive in anderen argentinischen Städten und in Nachbarländern. Der Bereich „Topografie

der Erinnerung“ erstellt eine Datenbank über geheime Haftzentren und andere städtische Orte, die dem Staatsterror gedient haben, erforscht diese Orte und wirkt beratend bei Vorhaben, dort Gedenkstätten zu schaffen.

Diese Dokumentations- und Forschungsarbeit bildet die Grundlage für weitere Aktivitäten, die der Tradierung der Erinnerung in der Gesellschaft dienen und Erkenntnisse über die Militärdiktatur vermitteln. Dazu gehören Workshops und Projektstage über Gedenkkultur, Fortbildungsangebote, Publikationen und Multimedia-Materialien für den Einsatz in Schulen, Plakatausstellungen und jüngst auch unsere erste Wanderausstellung. So haben wir ein viertägiges Arbeitstreffen unter dem Motto „Das Museum unserer Wünsche“ organisiert, um die Diskussion über ein „Museum zum Gedenken an den Staatsterror“ zu fördern. Mit der am 24. März 2004 bekannt gegebenen Entscheidung des damaligen Präsidenten Kirchner, in der ESMA (*Escuela de Mecánica de la Armada*; Mechanikerschule der Marine) ein Museum zu gründen, erhielt das Thema eine unerwartete Brisanz.

In allen Arbeitsbereichen von *Memoria Abierta* stellt sich immer wieder die Frage nach der Darstellbarkeit des Gedenkens an das Grauen. Das Bildarchiv, der dokumentarische Bestand, die Zeitzeugenberichte und die Erfassung der historischen Orte bilden in diesem Sinne fruchtbare Schritte auf dem „Weg in Richtung Museum“, so unsere eigene Formulierung. Durch die Skizzen der Überlebenden, die Zeitzeugenaussagen und die topografische Erfassung möchten wir die Orte des Terrors sichtbar machen<sup>3</sup> und sie als öffentliche Räume nutzen, um der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit zum besseren Verständnis der Probleme der Gegenwart Impulse zu geben. Die Zeitzeugenberichte des „Oralen Archivs“ geben anhand der persönlichen Lebensgeschichten Aufschluss über die Folgen des repressiven Regimes während der letzten Diktatur. Diese Narrative sind weit mehr als Erinnerungen an die Vergangenheit: Sie sind Modalitäten der Repräsentation, die einen Beitrag leisten zum ethischen und politischen Verständnis der Geschehnisse.

Die archivarische Aufbereitung und das Sichern der Dokumente sind in sich Gedenkaktionen. Der Kampf gegen die soziale Verdrängung der

3 Beispiele dafür sind die CD-ROM über das geheime Haftzentrum *El Vesubio* und die über unsere Internetseite zugängliche Landkarte Argentiniens mit der Aufteilung des Landes in Militärzonen gemäß Repressionsplan, in dem die geheimen Haft- und Vernichtungszentren vermerkt sind.

traumatischen Erfahrung besteht nicht in einer „Addition von Erinnerungen“, sondern darin, ein Narrativ anzubieten, in dessen Rahmen diese Erfahrung begreiflich und reflektierbar wird. Die Geschichten der Opfer zu dokumentieren bedeutet auch eine Beziehung des Zuhörens, einen Akt der Zeugenschaft, der Menschlichkeit dort wiederherstellt, wo das Böse das Menschliche negiert hat.

Die multiplen und unterschiedlichen Formen der „Erinnerungsarbeit“ haben uns gezeigt, welche heilende Wirkung das Benennen der Geschehnisse hat. Wenn Aussagen dokumentiert werden, Fotos oder Briefe wiedergefunden, ehemalige Inhaftierte kollektiv eine Mauer, Fliesen oder Klänge wiedererkennen, wird immer deutlich, dass es um eine freiwillige Reparation der Folgen der Katastrophe geht und um ein Wiederherstellen der zuvor zu Bruch gegangenen sozialen Bindungen. Von Anfang an waren wir davon überzeugt, dass Erinnerungsarbeit nur „im Miteinander“ möglich ist. Die vielen Arbeitsgemeinschaften und Allianzen, die wir in den letzten fünf Jahren eingegangen sind, um verschiedene Initiativen voranzutreiben, haben die Verbindungen zwischen den Menschenrechtsorganisationen gestärkt, die sozialen Beziehungen bereichert und einen Beitrag dazu geleistet, dass diese Vergangenheit zu einem politischen Motor für die Gegenwart wird.

### **Der soziale und politische Kontext der Gegenwart**

Während der Amtszeit von Präsident Kirchner gab es eine Reihe von politischen Gesten und politisch-institutionellen Maßnahmen, die darauf abzielten, die Menschenrechte zur „Achse der staatlichen Politik“ zu machen, wie es der Präsident und seine wichtigsten Minister immer wieder zum Ausdruck brachten. Die Veränderungen in der Zusammensetzung und den Zuständigkeitsbereichen der Befehlshaber der Wehrkräfte, das Verfahren zur Ernennung der Richter, die Einführung eines neuen Verfahrens zur Ernennung der Mitglieder des Obersten Gerichtshofes zwecks Transparenz und Bürgerbeteiligung sowie die Befürwortung von Auslieferungsverfahren für die im Ausland für Menschenrechtsverletzungen Angeklagten waren erste Maßnahmen, durch die eine Atmosphäre entstand, in der auch andere Staatsgewalten Schritte in dieselbe Richtung taten.

Im Hinblick auf die Erinnerung an die Militärdiktatur suchte Präsident Kirchner nicht nur die Nähe zu Persönlichkeiten der Menschenrechtsbewegung,



sondern er traf auch zwei bedeutende Entscheidungen: die Gründung eines „Nationalarchivs der Erinnerung“ im Dezember 2003 und die Ankündigung eines zukünftigen „Ortes des Gedenkens und der Verteidigung der Menschenrechte“ – einschließlich eines Museums – auf dem Gelände der ESMA im März 2004.<sup>4</sup> Dort bestand ein geheimes Haftzentrum – wie in Hunderten von Gebäuden, die für Folter und Vernichtung genutzt wurden. Den UNO-Empfehlungen zufolge gehört die Gründung eines Archivs und eines Museums zu den Aufgaben, die dem Staat nach langjährigen Verbrechen gegen Menschenrechte zukommen.<sup>5</sup> Im Falle Argentiniens kommt diesen Initiativen eine besondere Bedeutung zu, da sie den Weg wieder aufnehmen, der nach Wiedereinführung der Demokratie 1983 zunächst eingeschlagen worden war<sup>6</sup> und der ab 1987 durch die Amnestiegesetze unterbrochen wurde, die als Reaktion auf die Unruhen in den Streitkräften erlassen wurden.

Diese Maßnahmen sind wertvoll und vielversprechend, da sie den Grundstein für eine staatliche Politik der Menschenrechte und des Gedenkens legen. Werden sie von einer zielführenden Planung und Arbeitsweise begleitet, um

- 4 Eine Reihe von Gründen macht die ESMA zu einem emblematischen Ort: Dort wurden Kinder geboren, die geraubt und unter vertauschter Identität zur Adoption freigegeben wurden. Zahlreiche Inhaftierte überlebten und wagten es noch während der Diktatur, Zeugnis abzulegen. Es liegen Beweise vor, dass dort im Rahmen eines systematischen Repressionsplans über die Internierten Buch geführt sowie ein Dokumentationsarchiv betrieben wurde. In der ESMA gründeten Angehörige der Marine eine „Immobilienagentur“, die mit Immobilien handelte, die von den Inhaftierten oder durch Erpressung der Familienangehörigen erbeutet worden waren. All dies geschah in einem zentralen Ort der Stadt Buenos Aires und unter Beteiligung der Inhaftierten an den abstrusen politischen Plänen der Marine durch sogenannte „Rekuperationsprozesse“.
- 5 Siehe die zwei Sonderberichte der UN-Experten Theo Van Boven und Luis Joinet: „Revised set of basic principles and guidelines on the right to reparation for victims of gross violations of human rights and humanitarian law“ E/CN.4/1997/104, 53. Sitzungsperiode, 16. Januar 1997, sowie Joinets Bericht „Question of the impunity of perpetrators of human rights violations (civil and political)“ gemäß Resolution 1996/119 des Unterausschusses „Prävention der Diskriminierung und Minderheitenschutz“, 49. Sitzungsperiode, 26. Juni 1997).
- 6 Wir beziehen uns hier auf die Gründung der „Nationalen Kommission über das Verschwinden von Personen“ – CONADEP – im Jahr 1983, der Gerichtsverfahren gegen die Militärjuntas und die verschiedenen Gesetze zur Entschädigung der Opfer, die von späteren Regierungen erlassen wurden.

den Zielsetzungen beider neuer Institutionen gerecht zu werden, wird dieser Ansatz auch langfristig relevant sein. Diese Maßnahmen bedeuten auch eine staatliche Präsenz in einem zumeist vom Staat finanziell und inhaltlich vernachlässigten Bereich: der Pflege des Kulturerbes, in diesem Falle der Archive und denkmalgeschützter historischer Stätten.

Nachdem der Oberste Gerichtshof die Amnestiegesetze für verfassungswidrig erklärt hatte, konnten die Gerichtsverfahren wegen Menschenrechtsverletzungen wieder aufgenommen werden. Damit stehen die Fragen der Aufarbeitung der Vergangenheit wieder auf der Tagesordnung, was für unsere Arbeit eine Herausforderung bedeutet. War das Thema Gedenkkultur zuvor ein Belang der Aktivisten und der Menschenrechtsgruppen und darüber hinaus auch von wachsender Bedeutung im akademischen Bereich, so steht es seit 2003 im Blickfeld der Öffentlichkeit. Trotzdem ist unser Einsatz weiterhin unabdingbar, um einen institutionellen Rahmen zu schaffen, der die Nachhaltigkeit dieser Initiativen gewährleistet. Dabei handeln wir aus den Erkenntnissen heraus, die uns die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit gebracht hat. Dabei gilt es im Sinne der Nachhaltigkeit, diese Gedenkaktionen zum Bestandteil der staatlichen Politik zu machen und eine weitreichende Beteiligung nicht nur der Gruppierungen der Opfer und deren Angehöriger, sondern auch der Bürger und der Zivilgesellschaft zu ermöglichen.

Angesichts des veränderten sozialen und politischen Kontextes in Argentinien, der neuen Maßnahmen in Sachen Menschenrechte und der Wiederherstellung des gesellschaftlichen Gedenkens ist es auch unabdingbar, Chancen und Risiken zu erkennen, was unsere Rolle betrifft, wenn es darum geht, die öffentliche Diskussion zu fördern und die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Im Unterschied zur Entstehungszeit von *Memoria Abierta*, als die Arbeit für das Gedenken einsam vonstatten ging, ist die Gesellschaft heute viel offener für die Stimmen der Opfer der Militärdiktatur, zumal die richterlichen Entscheidungen in den Strafrechtsverfahren über Menschenrechtsverletzungen den Opfern institutionelles Gehör gegeben haben. Daher ist es von wesentlicher Bedeutung, unsere methodischen Ansätze so anzupassen, dass wir dazu in der Lage sind, über die von Leidenserfahrungen oder Heldentum geprägten Anekdoten hinweg einen Beitrag zur politischen Bildung zu leisten, der die Möglichkeit eröffnet, über soziale Bindungen und politische Aktion in der Gegenwart zu reflektieren.

## **Erfahrungen in Argentinien und in Lateinamerika**

Bei der Auswertung unserer Erfahrungen kommen wir auf Ergebnisse zu sprechen, die wir im Anfangsstadium nicht vorgesehen hatten. Zum einen ist uns die Vernetzung eines breiten Spektrums an Institutionen und Menschen gelungen, die sich in den unterschiedlichsten Bereichen – Kunst und Kultur, Gewerkschaften, soziale Bewegungen, Initiativen zur Sicherung historischer Stätten – und mit unterschiedlichen organisatorischen und finanziellen Möglichkeiten für die Tradierung des Gedenkens engagierten. Die Schaffung eines Raumes zur Begegnung und zum Austausch hat ein Zugehörigkeitsgefühl vermittelt, das zu einer aktiven Beteiligung an Arbeitsgruppen und Programmen, zu neuen Initiativen, gemeinsamen Vorhaben und Vereinbarungen geführt hat. Diese Vernetzung hat auch über die Klientel der Menschenrechtsgruppen hinaus eine größere gesellschaftliche Reichweite ermöglicht.

Des Weiteren erreichten uns mit der Zeit auch immer häufiger Anfragen nach Beratung und Beistand seitens verschiedener Gruppierungen, Institutionen und staatlichen Stellen aus dem Landesinneren Argentiniens. In den Provinzen leiden alle Einrichtungen unter der zentralistischen Konzentration der Ressourcen, der staatlichen und zivilgesellschaftlichen Institutionen sowie der internationalen Einrichtungen und Kontaktstellen in der Stadt Buenos Aires. Von Anfang an haben wir bei spezifischen Themen wie Archive oder geheime Haftzentren mit Einrichtungen aus dem Landesinneren zusammengearbeitet. Mit den Wanderausstellungen *XX años del Nunca Más* zum 20. Jahrestag der Veröffentlichung des Berichtes „Nie Wieder“ über Menschenrechtsverletzungen während der Militärdiktatur sowie mit der Ausstellung *imágenes para la memoria* (Bilder für das Erinnern)<sup>7</sup> haben wir aber einen besonderen Anlass zur Zusammenarbeit mit dem Landesinneren erhalten, deren Reichweite und Ergebnisse wir bislang noch nicht einschätzen können.

7 Die Ausstellung *XX años del Nunca Más* wurde zum 20. Jahrestag der Abgabe des CONADEP-Berichts an den damaligen Präsidenten Raúl Alfonsín erarbeitet. Die Ausstellung *imágenes para la memoria* wurde zum 30. Jahrestag des Militärputsches von 1976 organisiert und besteht aus Auszügen von Aussagen der Überlebenden und Zeitzeugen, Zeitungsausschnitten, Fotos, Objekten und weiteren Exponaten, die der Auseinandersetzung mit der Militärdiktatur und ihren Folgen dienen können.

Bekanntlich sind Fragen des Gedenkens nicht auf Argentinien beschränkt. Andere Länder Lateinamerikas haben in den letzten Jahrzehnten nach Militärdiktaturen oder autoritären Regimes zur Demokratie zurückgefunden. Die Regierungswechsel der letzten Jahre im Süden Lateinamerikas haben zudem eine Wende im regionalen Umfeld mit sich gebracht. So sind nicht nur die Beziehungen zwischen den Regierungen vertieft worden, sondern es sind auch neue Chancen der Zusammenarbeit zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Institutionen entstanden, was die Tradierung der Menschenrechtsverletzungen unter den früheren Militärdiktaturen der Region betrifft.

Zur ursprünglichen Aufgabe der Sicherung und Wahrung der Dokumente und Archivalien, mit der uns vornehmlich Menschenrechtsgruppen beauftragt haben, sind in den letzten Jahren auch die Anfragen aus akademischen Kreisen gekommen, in denen Themen des Gedenkens Konjunktur haben. Dazu kommen in jüngster Zeit Anfragen infolge der Initiativen verschiedener lateinamerikanischer Regierungen, Archive aufzubauen und zu sichern, Gedenkstätten zu errichten oder Museen zu gründen.<sup>8</sup> Solcherlei Vorhaben bestehen zurzeit in unterschiedlichen Entwicklungsstadien in Chile, Uruguay, Paraguay und Brasilien sowie in Peru, Kolumbien und Mittelamerika. Diese Projekte stehen für ähnliche Herausforderungen, und hier gilt es in einen Austausch zu treten, was Wissen, Methoden und Strategien betrifft.

*Memoria Abierta* bildet für diese unterschiedlichen Vorhaben einen exemplarischen Ansatz der Vernetzung von Menschenrechtsorganisationen, die aus der 30-jährigen Erfahrung in Fragen der Menschenrechte schöpft und eine professionelle Perspektive und Kontinuität bietet. Bestand in den 1970er-Jahren eine enge Verbindung zwischen den Menschenrechtsbewegungen der Region und den Nichtregierungsorganisationen im Ausland, die Menschenrechtsverletzungen vor internationalen Einrichtungen anprangerten, sind

8 Beispiele dafür sind die Entscheidung der brasilianischen Regierung, das Staatsgeheimnis bei Fragen von Menschenrechtsverletzungen aufzuheben und die Staatsarchive zugänglich zu machen sowie die Identifizierung der Ermordeten und Verschwundenen zu unterstützen; in Chile der Bericht des vom damaligen Präsidenten Ricardo Lagos ins Leben gerufenen Sonderausschusses über Folterungen, die Gründung eines Museums im ehemaligen Folterzentrum *Villa Grimaldi* im Stadtteil *Peñalolén* in Santiago; in Uruguay die Ankündigung von Präsident Tabaré Vázquez, Forschungen über das Schicksal der Verschwundenen und Beiträge zur Identifizierung der ausländischen, nach Uruguay verschleppten Entführten voranzutreiben.

heute die gleichen Netzwerke rund um das Gedenken aktiv.<sup>9</sup> Diese Verbindungen und die häufigen Anlässe zum Austausch über unsere Fortschritte bei verschiedenen Fachtreffen<sup>10</sup> haben einen Erfahrungsaustausch ermöglicht, in dem die unterschiedlichen Ansätze und Perspektiven der Museen und Kultureinrichtungen einerseits sowie des Gedenkens und der Verteidigung der Menschenrechte andererseits zusammenkommen und sich gegenseitig bereichern.

9 *Memoria Abierta* hat die Vernetzung der Archive in den MERCOSUR-Ländern durch informellen Informationsaustausch und durch eine auf Initiative des Regionalbüros der UNESCO durchgeführte Bestandsaufnahme gefördert. Als Mitglied der „Internationalen Koalition der Museen Historischer Stätten der Bewusstseinsbildung“ fördert *Memoria Abierta* den Erfahrungsaustausch mit ähnlichen Einrichtungen, die auch bei der Entstehung eines Museums in Argentinien als Berater wirken können.

10 Arbeitstreffen und Seminare in den Bereichen Archive, Museen, Geschichte, Denkmalschutz sowie auf Kongressen und NGO-Treffen.

## Die „Koalition gegen Straflosigkeit“

### Das Verbrechen: 30 000 Verschwundene zwischen 1976 und 1983

Am 24. März 1976 setzte eine Militärjunta unter Führung von General Videla die amtierende argentinische Präsidentin María E. Martínez de Perón ab. Nach ihrer Machtübernahme etablierten die Militärs ein System von geheimen Haft- und Folterzentren, in die Militärs und Polizeikräfte vermeintliche und wirkliche Oppositionelle verschleppten. Zehntausende wurden gefoltert. Etwa 30 000 Menschen blieben verschwunden. Es ist das zweifelhafte Verdienst der argentinischen Militärs, das Repressionsmittel des Verschwindenlassens von Menschen erstmals in derart großem Umfang praktiziert zu haben. Nicht zuletzt aufgrund der argentinischen Erfahrungen findet sich dieser Verbrechenstatbestand heute im Rahmen der Verbrechen gegen die Menschlichkeit in allen neueren Statuten für internationale Gerichtshöfe, im Völkerrecht und auch im deutschen Völkerstrafgesetzbuch (§ 7 Abs. 1 Nr. 7 VStGB).<sup>1</sup>

- 1 Die UNO Menschenrechts-Kommission betraute 2002 eine Arbeitsgruppe mit der Ausarbeitung eines Entwurfs für eine Konvention gegen das Verschwindenlassen von Personen. Der im September 2005 vorgelegte Entwurf wurde vom im Juni 2006 erstmals zusammenkommenden Menschenrechtsrat angenommen und an die Generalversammlung überwiesen, die ihm am 20. Dezember 2006 zustimmte. Die Konvention steht für alle Staaten zur Unterzeichnung offen und wird in Kraft treten, sobald sie von 20 Staaten ratifiziert wurde. Zur Bedeutung der *Madres de Plaza de Mayo* für diesen Prozess siehe Andreas Fischer-Lescano, Globalverfassung. Die Geltungsbegründung der Menschenrechte, Weilerswist 2005.

Das System des Verschwindenlassens von Menschen sollte neben der Vernichtung der als „subversiv“ gekennzeichneten sozialen Gruppen der Täuschung der nationalen und internationalen Öffentlichkeit dienen. Man wollte in Argentinien Bilder wie aus Pinochets Chile nach dem Putsch am 11. September 1973 vermeiden, wo mehrere tausend Opfer im Nationalstadion von Santiago praktisch vor den Augen der Weltöffentlichkeit gefoltert wurden. Es wurde also eine Strategie des doppelten Verschwindenlassens, aus der Gesellschaft und aus dem öffentlichen Diskurs, verfolgt. Zumindest Letztere wurde durch den Protest der argentinischen Menschenrechtsorganisationen schon zu Zeiten der Militärdiktatur vereitelt. Dabei ist vor allem eine der weltweit bedeutendsten Menschenrechtsorganisationen des letzten Jahrhunderts zu nennen, die *Madres de Plaza de Mayo*, die Mütter und Familienangehörigen von Verschwundenen, die bereits seit den ersten Jahren der Diktatur die Aufklärung des Schicksals der Verschwundenen sowie die Bestrafung der Schuldigen für Menschenrechtsverletzungen forderten.

### **Vom Prozess gegen die Militärjunta (1985) zur Strafflosigkeit (1986–2005)**

Bereits vor Ende der Militärdiktatur erließ die Junta eine Selbstamnestie, die eine Strafverfolgung nahezu aller zwischen 1973 und 1982 begangener Verbrechen ausschließen sollte. Das nach der Diktatur demokratisch gewählte Parlament unter Raul Alfonsín erklärte dieses Amnestiegesetz für unwirksam und beschloss in weltweit einmaliger Weise, die Militärs entlang der Hierarchie von oben nach unten strafrechtlich zu verfolgen. Zunächst sollten die ersten neun während der Militärdiktatur aktiven Kommandanten der einzelnen Waffengattungen – Heer, Luftwaffe und Kriegsmarine – vor Gericht gestellt werden. Am 10. 12. 1985 wurden fünf der neun angeklagten Kommandeure wegen Mordes, Freiheitsberaubung, Folter, Nötigung oder Raub vom Obersten Bundesgericht von Buenos Aires zu langjährigen, teilweise auch lebenslangen Freiheitsstrafen verurteilt. Damit hatten in Argentinien Regierung und Gesellschaft etwas erreicht, was in keinem der vielen anderen Staaten gelungen war, in denen Menschenrechtsverbrechen dieser Dimension begangen worden waren: die strafrechtliche Verurteilung von Mitgliedern der ehemaligen Staatsspitze nach einem rechtsstaatlichen Gerichtsverfahren aus eigener Kraft. Es sei nur an die deutsche Nachkriegsgeschichte erinnert, während derer die Nürnberger

Prozesse, auf die sich heute national wie international Juristinnen und Juristen als Geburtsstunde des Völkerstrafrechts berufen, bis weit in die 1970er-Jahre von deutschen Juristen als Siegerjustiz kritisiert wurden. Deutsche Gerichte verurteilten nur einen Bruchteil der NS-Täter und beließen einen großen Teil der NS-Machteliten in Amt und Würden.

Aufgrund des enormen politischen und militärischen Drucks der Militärs erließ die demokratische Regierung Argentiniens ab 1986 eine Reihe von Amnestiegesetzen bzw. Gnadenakten gegen verurteilte Militärs. Das Schlusspunktgesetz (*Ley de punto final*) vom 24. Dezember 1986 legte eine Ausschlussfrist von 60 Tagen fest, damit die mit Verbrechen gegen die Menschlichkeit befassten Gerichte die Angeklagten vor Gericht stellen konnten. Bei Ablauf der durch das Schlusspunktgesetz vorgeschriebenen Frist standen 400 Militärs vor Gericht. Der Konflikt führte zu den Vorfällen in der Karwoche 1987, als sich eine Gruppe von Militärs in der Kaserne *Campo de Mayo* verschanzte mit der Forderung, keine Militärs niedriger Dienstgrade vor Gericht zu stellen. Die Aufständischen verlangten die Unterscheidung zwischen denjenigen, die die Anweisungen erteilt, und denjenigen, die diese ausgeführt hatten. Im Ergebnis kam es zur Verabschiedung des Befehlsnotstandsgesetzes (*Ley de obediencia debida*) am 4. Juni 1987, das die Angehörigen des Militärs und der Sicherheitskräfte durch die Festschreibung begünstigte, dass die Verbrechen aufgrund derer sie angeklagt waren „nicht strafbar sind, da sie aufgrund von Befehlsgehorsam und unter Zwang“ ihrer Vorgesetzten gehandelt hatten. Mit dem Gesetz endeten die Ermittlungen über Menschenrechtsverletzungen. Insgesamt wurden 1180 Militärs und Mitglieder der Sicherheitskräfte durch die Gesetze begünstigt, die am 22. Oktober 1987 durch den Obersten Gerichtshof für verfassungskonform erklärt wurden. Die Politik der Straflosigkeit wurde durch die Regierung von Carlos Menem, der im Oktober 1989 zudem 277 Zivilpersonen und Militär-angehörige begnadigte, fortgeführt.

Trotz dieser Gesetze bemühten sich argentinische Menschenrechtsorganisationen und Juristen seitdem darum, mit politischen, künstlerischen und juristischen Mitteln eine Strafverfolgung der Militärs zu erreichen. So kam es in den 1990er-Jahren zu Strafverfahren gegen ehemalige Militärs vor allem wegen Kindesentführung, da die Amnestiegesetzgebung Lücken hinsichtlich der Verfolgung von Fällen von Eigentumsdelikten und Kindesentführung aufwies. Darüber hinaus wurde unter Berufung auf ein Urteil des Interamerikanischen



Gerichtshofs für Menschenrechte (IAGMR) in San José, Costa Rica durchgesetzt, dass der argentinische Staat die Umstände von Menschenrechtsverletzungen in Gerichtsverfahren zu untersuchen habe, auch wenn eine Strafverfolgung aufgrund der geltenden Amnestiegesetze zunächst nicht stattfinden könne. Die sogenannten Wahrheitsprozesse (*juicios por la verdad* und *juicios por la identidad*) führten vor allem bei den Gerichten in Buenos Aires und in der Provinzhauptstadt La Plata dazu, dass zahlreiche ehemalige Militärs als Zeugen und Beschuldigte gehört wurden.

### **Strafverfahren gegen argentinische Militärs in Europa**

Aufgrund der weitgehenden Straflosigkeit der Militärs im eigenen Land wandten sich argentinische und chilenische Menschenrechtsorganisationen an europäische Menschenrechts- und Juristenorganisationen. Von besonderer Bedeutung für die Strafverfolgung der argentinischen und chilenischen Diktaturverbrechen sowie für die Entwicklung des Völkerstrafrechts waren dabei die Strafverfahren in Spanien. Dort hatte am 28. März 1996 der Staatsanwalt und Sprecher der Fortschrittlichen Staatsanwälte Spaniens, Carlos Castresana, vor dem Ermittlungsrichter der *Audiencia Nacional* (Nationaler Gerichtshof) Strafanzeige gegen die argentinischen Militärs wegen Völkermordes, Terrorismus und Folter erstattet. Nach anfänglichen Schwierigkeiten und politischen Problemen wurden in insgesamt 600 Fällen mehrere hundert Zeugen, vor allem Überlebende des Staatsterrorismus, angehört und über 100 Haftbefehle erlassen. Neben diesen wichtigen Ermittlungen, die später auch von der argentinischen und der chilenischen Justiz genutzt wurden, kam es jedoch nur zu einer Verurteilung: Adolfo Scilingo, ehemaliger Kapitän der Marine, der sich den spanischen Behörden gestellt hatte, wurde am 19. April 2005 von der *Audiencia Nacional* u. a. wegen 30 Tötungen von Oppositionellen zu einer Gesamtstrafe von 63 Jahren verurteilt. In zahlreichen weiteren europäischen Staaten, u. a. Italien, Frankreich, Schweden, Belgien und der Schweiz, finden bis heute umfangreiche Ermittlungsverfahren gegen argentinische Militärs statt.<sup>2</sup>

In Deutschland initiierte eine in Argentinien lebende Gruppe deutscher Mütter und Familienangehöriger von Verschwundenen gemeinsam mit dem

2 In Italien wurde seit 1990 in mehreren hundert Fällen ermittelt. Am 6. Dezember 2000 wurden der ehemalige Befehlshaber des 1. Heereskorps, Suarez Mason, sowie ein weiterer General in Abwesenheit durch das Strafgericht in Rom wegen der Tötung von italienischen Gewerk-

argentinischen Friedensnobelpreisträger Adolfo Pérez Esquivel 1989 die Gründung der „Koalition gegen Straflosigkeit“. Die Koalition ist ein Zusammenschluss von Menschenrechtsgruppen (u. a. amnesty international, Argentinengruppen, FDCL), kirchlichen Gruppen (u. a. Franziskaner, Pax Christi, Miserior, Diakonisches Werk sowie KED) und Juristenorganisationen (Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein, Menschenrechtsverein Freiburg) unter der Führung des Nürnberger Menschenrechtszentrums.<sup>3</sup> Mindestens hundert deutsche und deutschstämmige Opfer des Staatsterrorismus in Argentinien sind namentlich bekannt, bei denen eine Zuständigkeit der deutschen Justiz in Betracht kam. Weder die Mütter noch die „Koalition gegen Straflosigkeit“ waren daran interessiert, diese spezielle Gruppe hervorzuheben oder als privilegiert zu betrachten. Es ging vielmehr darum, als Teil eines transnationalen Netzwerkes von Deutschland aus die Straflosigkeit in Argentinien zu bekämpfen. Die Koalition begriff den Kampf für die deutschen Verschwundenen in Argentinien von Anfang an als eine Aufgabe, die man gemeinsam mit europäischen und argentinischen Menschenrechtsorganisationen im Verbund angehen müsse. Die Anstrengung juristischer Verfahren diene primär dem Ziel, zunächst die juristische Strafverfolgung in Deutschland zu ermöglichen und später in Argentinien die Verfahren weiter zu betreiben. Darüber hinaus bestand die Arbeit in einer umfassenden Öffentlichkeitsarbeit in Deutschland über die Verbrechen der argentinischen Militärdiktatur, aber auch über die Rolle der deutschen Politik und Wirtschaft bei den Verbrechen.<sup>4</sup>

Anfangs bestanden in Deutschland „paternalistische“ Tendenzen, denn einige der deutschen Beteiligten waren der Auffassung, dass die deutsche Justiz

schaftern zu lebenslanger Freiheitsstrafe und zu umfangreichen Entschädigungszahlungen verurteilt. In Frankreich wurde 1990 der ehemalige Leutnant der Marine Alfredo Astiz in Abwesenheit wegen Mordes an zwei französischen Nonnen zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt. In beiden Ländern sind noch weitere Ermittlungsverfahren anhängig.

3 Vgl. <http://www.menschenrechte.org/straflosigkeit.htm#koa> (22. 10. 2008).

4 So belegte der auf ARTE gezeigte Film „Die Verschwörung des Schweigens“ von Frieder O. Wagner auf eindrucksvolle Weise, dass zumindest ein Teil der deutschen Diplomaten zu passiv war und den Beschwichtigungen der argentinischen Diktatur wegen des Verschwindens deutscher Opfer Glauben schenkte. Deutsche Politiker und deutsche Industrielle hatten auch während der Militärdiktatur beste Beziehungen zu Argentinien gepflegt. Vgl. zu dem gesamten Komplex: Koalition gegen Straflosigkeit (Hrsg.), Menschenrechte und Außenpolitik. Bundesrepublik Deutschland – Argentinien 1976–1983, Bad Honnef 2006.

der argentinischen Justiz überlegen sei und als Vorbild für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu dienen habe. Nach zögerlichem Beginn der Ermittlungen war die Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth schließlich mehrere Jahre intensiv mit Ermittlungen gegen 89 Militärs beschäftigt. In der Deutschen Botschaft in Buenos Aires sowie bei der Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth wurden mehr als 50 Zeugen vernommen, vor allem Opfer der Militärdiktatur, Familienangehörige und Experten. Zahlreiche Gerichtsurteile aus verschiedenen Ländern (Spanien, Italien, Argentinien, USA) wurden durch die Staatsanwaltschaft ausgewertet und Rechtshilfeersuchen an Spanien, Italien und Argentinien gestellt. In insgesamt fünf Fällen stellte die Bundesregierung Auslieferungersuchen: wegen unmittelbarer Täterschaft zum Nachteil von Elisabeth Käsemann<sup>5</sup> gegen die Militärs Duran Saenz und Sasian sowie Suarez Mason. Am 28. 11. 2003 erließ das Amtsgericht Nürnberg-Fürth wegen der Tötungen von Elisabeth Käsemann und Klaus Zieschank<sup>6</sup> Haftbefehle wegen mittelbarer Täterschaft gegen die ehemaligen Militärjunta-Chefs Videla und Massera sowie gegen den Ex-General Suarez Mason. In dem Haftbefehl wird ausgeführt, dass die Beschuldigten „ein Terrorregime samt Repressionsapparat mit hierarchischen Befehlsstrukturen errichtet“ hätten, „mit dem Ziel der systematischen Tötung politisch anders Denkender, sogenannter Subversiver. Aufgrund ihrer Willensherrschaft über diesen organisatorischen Machtapparat, der Kenntnis über dessen Funktionsweise und ihrer absoluten Befehlsgewalt hatten sie unter Ausnutzung der fehlenden Befehlketten, insbesondere zu dem direkt Videla unterstellten General Suarez Mason, gleichsam regelhafte Abläufe ausgelöst, die

- 5 Elisabeth Käsemann, Tochter des Theologen Ernst Käsemann, lebte und arbeitete in den siebziger Jahren in Argentinien. Dort war sie im Widerstand gegen die Militärdiktatur aktiv. Im März 1977 wurde sie von argentinischen Sicherheitskräften verschleppt, gefoltert und zwei Monate später ermordet.
- 6 Am 26. März 1976 wurde der 24-jährige Deutsch-Argentinier Klaus Zieschank, Student der Münchner TU, in Buenos Aires während eines Industriepraktikums von argentinischen Militärs entführt und galt als verschwunden. Er war der erste „verschwundene“ deutsche Staatsbürger, der nur zwei Tage nach der Machtergreifung der Militärs das Opfer eines Menschenrechtsverbrechens wurde. 1983 wurde der mit Drähten gefesselte Leichnam von Klaus Zieschank (identifiziert 1985 durch einen Wissenschaftler der Universität Ulm) im Flussbett des Rio de la Plata an Land gespült. Die schon damals vermutete Praxis der Militärs, Gefangene aus dem Flugzeug zu werfen, um jegliche Spur zu verwischen, wurde durch den Leichenfund bestätigt.

zur Tötung der nachgenannten Opfer führten“. Es erfolgte die Ausschreibung zur Fahndung über Interpol. Der Haftbefehl wurde den drei Beschuldigten am 23. 1. 2004 durch den in Argentinien zuständigen Untersuchungsrichter eröffnet. Das Auslieferungsersuchen der Bundesregierung wurde dem argentinischen Außenministerium am 4. 3. 2004 übergeben und von der Regierung nach wenigen Tagen an die nach deren Auffassung zuständige Justiz weitergeleitet. Die Auslieferungsersuchen wurden von der deutschen Botschaft über mehrere Instanzen verfolgt und schließlich am 2. Juli 2008 endgültig vom Obersten Gericht in Argentinien abgelehnt. Mittlerweile beteiligt sich die Deutsche Botschaft als Nebenklägerpartei in dem wieder aufgenommenen argentinischen Strafverfahren wegen des Todes von Elisabeth Käsemann.

Bei Ermittlungen zur Rolle deutscher Unternehmen während der Diktatur wurde der Fall des Verschwindenlassens von fünfzehn Gewerkschaftlern der Mercedes-Benz Filiale in der Provinz Buenos Aires bekannt.<sup>7</sup> Es wurde ein Strafverfahren gegen einen deutschen Tatbeschuldigten, den deutsch-argentinischen Manager von Mercedes-Benz, Juan Tasselkraut, wegen Beihilfe zum Mord an einem der Betriebsräte angestrengt. Nach jahrelangen Ermittlungen wurde das Verfahren von der Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth eingestellt. Allerdings sind weitere Strafverfahren in Argentinien und eine Entschädigungsklage gegen die Daimler AG in den USA anhängig.<sup>8</sup>

### **Die deutsch-argentinischen Beziehungen während der Diktatur**

Die Koalition gab sich den Beinamen: „Wahrheit und Gerechtigkeit für die Verschwundenen in Argentinien“. Die Würde der Opfer und die Gerechtigkeit sollten wiederhergestellt werden, durch die konkrete Benennung von Opfern und ihrer Leiden, aber auch ihrer Vorgeschichte als politisch aktiv Handelnde, ebenso wie durch die Benennung der Täter und ihrer Verbrechen sowie die Forderung nach Ermittlungen und Strafverfolgung. Denn in

7 In dem Mercedes Benz-Werk in Gonzales Catán in der Provinz Buenos Aires waren 1976/1977 aktive Gewerkschaftler unter Mithilfe der Firma verschleppt und später getötet wurden. Vgl. Gaby Weber, *Die Verschwundenen von Mercedes Benz*, Berlin 2001, sowie die ausführliche Dokumentation bei <http://www.labournet.de/branchen/auto/dc/ar/deutsch.html> (22. 10. 2008).

8 Vgl. die Meldungen auf der Webseite des European Center for Constitutional and Human Rights [www.ecchr.de](http://www.ecchr.de)

Argentinien war kein undefinierbares Unglück geschehen, das schicksalhaft über die argentinische Gesellschaft hereinbrach, sondern es handelte sich um Menschen, die an anderen Menschen Verbrechen verübt hatten. Um die genauen Tatumstände und die Tatbeteiligten sowie die politischen, sozialen und ökonomischen Ursachen für die Menschenrechtsverletzungen benennen zu können, wurden von der Koalition eigene Ermittlungen durchgeführt. Die Ursachenforschung führte relativ schnell auch zu der Rolle der westlichen Staaten bei der Sicherung der Macht der argentinischen Militärdiktatur. Nachdem beispielsweise die Sichtung von Akten des Auswärtigen Amtes von der Koalition gerichtlich durchgesetzt worden war, erfuhr man aus den Unterlagen, dass zumindest ein Teil der damaligen sozialliberalen deutschen Regierung den Juntachef Videla als „ordnende Hand“ bzw. „ordnenden Faktor“ im „argentinischen Chaos“ sah und die ersten Meldungen über Menschenrechtsverletzungen in den Jahren 1976/77 als übertriebene linke Propaganda eingeschätzt wurden. Erst als nicht mehr zu leugnen war, dass die Junta auf sehr blutige Art und Weise gegen Opposition und vermeintliche Opposition vorging, nahm man sich des Themas Menschenrechte an, allerdings nicht ohne zu fordern, dass die wichtigen deutsch-argentinischen wirtschaftlichen und außenpolitischen Beziehungen nicht durch das Thema Menschenrechte dominiert werden sollen.

Die Versuche, die deutsche Rolle zu beleuchten, führen bis heute zu Konflikten mit staatlichen Akteuren. Zu Zeiten der Diktatur war die deutsche Botschaft keineswegs ein Ort, an dem Familienangehörige von Verschwundenen Hilfe erbitten konnten. Denn seinerzeit wurde einem argentinischen Geheimdienstoffizier mit dem Decknamen Mayor Peirano von der deutschen Botschaft ein Zimmer zur Verfügung gestellt, damit er unter dem Versprechen des Einsatzes für die Freilassung ihrer Kinder mit den Familienangehörigen sprechen und diesen verwertbare Informationen entlocken konnte. Mittlerweile ist ein erheblicher Teil der Mütter verstorben. In ihren letzten Lebensjahren hatte sich allerdings das Verhältnis zur Deutschen Botschaft in Buenos Aires deutlich verbessert. Die Mütter wurden zu gesellschaftlichen und politischen Ereignissen in der Botschaft eingeladen. Nach gemeinsamen Gesprächen wurde im Garten der Deutschen Botschaft eine Plakette angebracht, mit der nicht nur der deutschen, sondern aller 30 000 Verschwundenen gedacht wurde. Diese Geste war den deutschen Müttern enorm wichtig.

### **Die Wiederaufnahme der Strafverfahren in Argentinien seit 2005**

In Argentinien sind seit 2005 die Strafverfahren gegen die Verantwortlichen für die Menschenrechtsverletzungen während der Diktatur wieder aufgenommen worden.<sup>9</sup> Insgesamt sollen derzeit etwa 1000 Verfahren gegen mehrere hundert Beschuldigte anhängig sein. Gegen einen Teil der Tatverdächtigen wurden Haftbefehle erlassen, wobei sich einige Militärs in Untersuchungshaft befinden und die älteren Beschuldigten unter Hausarrest stehen. Es kam bereits zu mehreren Hauptverhandlungen und Verurteilungen gegen hohe Polizeibeamte, Militärs und einen Militärpfarrer. Weitere Großverfahren sind geplant. Allerdings kritisiert die argentinische Menschenrechtsbewegung die nach wie vor praktizierte Sonderbehandlung der Militärs, die Länge der Verfahren, die mangelnde Ausstattung der Strafverfolgungsbehörden und die Prozessverschleppung durch einen Teil der Gerichte. Schwerer wiegt noch das Verschwinden des Diktaturüberlebenden Julio Lopez Ende 2006, kurz nach seiner Aussage im Verfahren gegen den ehemaligen Polizeichef der Provinz Buenos Aires Etchekolatz. Diese bisher unaufgeklärte Tat, die vor allem in der Provinz ausgesprochenen Drohungen gegen Opfer sowie der rätselhafte Tod des in Militärhaft einsitzenden Angeklagten Héctor Febres durch Zyanid schüchtern viele Überlebende der Folterhaft ein und sorgen für schwerwiegende Retraumatisierungen.

Die „Koalition gegen die Straflosigkeit“ hat einen wichtigen Beitrag zur Aufarbeitung der argentinischen Vergangenheit und zur Aufklärung der deutsch-

9 Bereits 1993 erklärte die Interamerikanische Menschenrechtskommission die beiden Amnestiegesetze und die Begnadigungen für unvereinbar mit den Grundsätzen der Amerikanischen Menschenrechtskonvention. Am 24 März 1998, am 22. Jahrestag des Staatsstreiches, stimmte die Abgeordnetenversammlung mit großer Mehrheit für die Aufhebung der Gesetze, wobei die Anwendung der Gesetze auf die Zukunft beschränkt wurde. Am 6. März 2001 erklärte zum ersten Mal ein Bundesrichter die Gesetze für verfassungswidrig. Sieben Monate später erklärte der Bundesrichter Claudio Bonadío die Gesetze ebenfalls für verfassungswidrig. Am 25. August 2003 annullierte der Senat das Schlusspunkt- und Befehlsnotstandsgesetz. Auf Initiative des damaligen Präsidenten Néstor Kirchner wurden 2003 das Schlusspunkt- und das Befehlsnotstandsgesetz vom argentinischen Kongress annulliert. 2005 bestätigte ein Bundesgericht die Annullierung und machte damit den Weg für eine Fortsetzung der wieder eröffneten Verfahren gegen die Militärs im ganzen Land frei. Im selben Jahr erklärte das Oberste Gericht die Straflosigkeitsgesetze für verfassungswidrig.

argentinischen Beziehungen geleistet und gemeinsam mit ihren europäischen Partnerorganisationen Impulse für die erneut stattfindende Strafverfolgung in Argentinien geliefert. Aufgrund der oben geschilderten juristischen und politischen Schwierigkeiten wird die Arbeit trotz dieser Teilerfolge nicht eingestellt, sondern, nunmehr mit Fokus auf Argentinien, fortgesetzt.

## **VI. Erinnerung in Bewegung: performative Erinnerung**



## Ein Museum ohne Haus

*Der Verein „Aktives Museum Berlin“ als Teil eines Netzwerks  
im Bereich der Erinnerungspolitik*

Im Verlauf eines Gespräches über das Aktive Museum in Berlin wird immer wieder die Frage gestellt: „Und was stellen Sie dort aus?“ Die Antwort lautet: „Wir sind kein Museum und haben kein Museum, sondern das ‚Museum‘ ist die Art und Weise der Auseinandersetzung mit der Erinnerung und Aufarbeitung der NS- Geschichte. Sein Standort, seine Adresse sind die erzeugten Geschichtsbilder im öffentlichen Erinnerungsdiskurs.“ Zur Klärung der Arbeits- und Wirkungsweise des Aktiven Museums in der Öffentlichkeit sollen folgende Fragen beitragen: Welche gesellschaftspolitische Rolle kann das Aktive Museum übernehmen? Welchen Raum besetzt es im Kontext der Erinnerung? Welche prozessualen Veränderungen erfuhr das Aktive Museum in seinem 22-jährigen Bestehen?

### **Phase 1: Vorlauf zur Entstehung des Aktiven Museums**

Zum Entstehungsprozess des Aktiven Museums werden nur einige Rahmenbedingungen skizziert. Ende der sechziger Jahre machte Alfred Weiland in der Zeitung *Die Mahnung* auf den historischen Ort<sup>1</sup> der Geheimen Staats-

1 Auf dem brachliegenden Gelände zwischen Stresemannstraße und Wilhelmstraße im Bezirk Kreuzberg.

polizeizentrale aufmerksam und forderte, zur Aufarbeitung der Geschichte ein Dokumentationszentrum einzurichten.<sup>2</sup> Zehn Jahre später wurde durch Planungen der Internationalen Bauausstellung (IBA) der Ort in seiner historisch-politischen Bedeutung als Terrorapparat des Nationalsozialismus erstmalig beschrieben. Die Internationale Liga für Menschenrechte richtete 1980 einen Brief an den Senator für Inneres, in dem sie die historische Bedeutung des Geländes betonte und auf die Funktion der Gestapo im Kontext der „Instrumentalisierung der politischen Polizei zur terroristischen Waffe des totalen Staates“ hinwies.<sup>3</sup>

Die Arbeitsgemeinschaft verfolgt Sozialdemokraten forderte im Jahr 1980, die Erinnerung an die Opfer<sup>4</sup> der Gestapo durch eine Gedenkstätte wachzuhalten. Zwei Jahre später stellte die SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus den Antrag, auf dem Gelände ein „Mahnmal und Dokumentations- und Ausstellungszentrum“ zu errichten. Am 21. Juni 1982 sprach sich der Westberliner Senat dafür aus. Jedoch war ein Mahnmal geplant, das an die Opfer nationalsozialistischer Gewaltherrschaft erinnern sollte; damit entfernte sich der Diskurs von einer Aufklärung der Täterschaft im Nationalsozialismus. Im Jahr 1983 wurde ein Wettbewerb zur Gestaltung des Geländes ausgeschrieben.

## Phase 2: Gründung des Vereins

Zu diesem Zeitpunkt gründete sich das Aktive Museum. Am 10. Juni 1983 gehörten 33 politische Organisationen und Institutionen und 22 Einzelpersonen zu den Gründungsmitgliedern.<sup>5</sup> Hervorgegangen war diese Gruppe aus einer Berliner Bürgerinitiative zur Vorbereitung von Veranstaltungen zum 50. Jahrestag der nationalsozialistischen Machtübernahme am 30. Januar 1933. Als zunächst vorrangiges Ziel galt es, der Opfer von NS-Gewaltherrschaft zu gedenken. Der Fokus der Auseinandersetzung änderte sich jedoch schnell und wurde von der Frage nach der Aufarbeitung der NS-Täterstrukturen auf dem Gestapo-

2 Matthias Hass, *Gestaltetes Gedenken Yad Vashem, das U.S. Holocaust Memorial Museum und die Stiftung Topographie*, Frankfurt a. M./New York 2002, S. 150.

3 Ebenda.

4 Inhaftierte des ehemaligen Hausgefängnisses und Opfer der Vernichtungspolitik der Gestapo und des Reichssicherheitshauptamtes.

5 Christine Fischer-Defoy, *Soviel Anfang war nie – das erste Jahr*, in: *Mitgliederrundbrief* 49 (2003), S. 4.

Gelände des ehemaligen NS-Herrschafts- und Gewaltapparates begleitet. Evoziert wurde eine konstruktive Auseinandersetzung mit den Strukturen der staatlichen Gewalt und den Lebenswegen der Täter – überwiegend Männer, die in der deutschen Gegenwart oftmals unberührt von jeglicher politischen oder auch juristischen Aufarbeitung leben konnten.

Typologisch unterschied sich das Aktive Museum nicht von anderen Bürgerinitiativen der 1980er-Jahre der Bundesrepublik: eine direktdemokratische, aktionsbetonte Organisationsform politischer Beteiligung als Kontrastmodell zu institutionell verfestigten Instanzen (Parteien, Behörden, Regierung).

Öffentlich wurden Interessen artikuliert, um Fehlentwicklungen wie im Falle des Gestapo-Geländes, also politisch-administrative Unterlassungen zu diskutieren mit dem Ziel, sie zu korrigieren.

Der Begriff „Aktives Museum“ wurde deshalb gewählt, weil es nicht nur um eine künstlerische, symbolhafte, architektonische Umsetzung mit einer Ausstellung auf dem historischen Gelände gehen, sondern vielmehr der Raum durch ein geistig bewegliches Gerüst beschrieben werden sollte. Dies bedeutete die Forderung nach einem Informationszentrum, einem Ort der politischen Bildung, einer Geschichtswerkstatt und einer Begegnungsstätte, einem Archiv, einer Mediothek und Werkstätten für wechselnde und unterschiedliche Initiativen, die zur Geschichte des Nationalsozialismus forschen.

Der Begriff „Museum“ steht im Fall des Aktiven Museums für gesellschaftliche Kommunikation. Das Kommunikationsverhältnis drückt sich nicht primär über ein Gebäude oder Denkmal aus, sondern in der Umgangsweise mit der Geschichte und der interaktiven Prozesshaftigkeit der Handlung selbst.

„Aktiv“ bedeutet eine ständige Bewegung und flexible Anpassung an veränderte gesellschaftliche Bedürfnisse der Generationen und Forschenden zum NS-Täterapparat zu unterschiedlichen Zeiten. Das Aktive Museum sollte Anregung, Hilfestellung und organisatorische Unterstützung für die Berliner Bürger bieten, die die NS-Geschichte von unten, d. h. in ihrem „Kiez“ (Stadtteil), ihrem Wohnhaus, ihrer Straße und Familie erforschen wollten. Ergebnis wäre ein „transparentes Gebäude“ auf dem historischen Ort, das nur als marginale Hülle dient. Das eigentliche Museum wäre der *aktive Umgang*, das „forschende Lernen“. Grundvoraussetzung sollten Partizipation und Mitbestimmung sein.

Die Meinungsbildung des Aktiven Museums über die Inhalte erfolgte zunächst in privaten Wohnzimmern. Ehrenamtliche unbezahlte Arbeitsgemein-

schaften wurden gebildet und öffentliche Colloquien organisiert. Die aus dem Wettbewerb hervorgegangenen 194 Entwürfe entsprachen nicht den Vorstellungen des Aktiven Museums – die künstlerische Annäherung brachte kein befriedigendes Ergebnis. Der Entwurf, der den 1. Preis erhielt, sah vor, das Gelände mit gusseisernen Platten zu versiegeln, in die historische Dokumente eingeschrieben waren – das genaue Gegenteil von einer Öffnung des Geländes.

Im November 1984 entschied sich der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen gegen die Realisierung. Die Forderung des Aktiven Museums blieb bestehen: Nicht Gedenkstätte oder Denkmal am Ort der Täter, sondern die Einrahmung des historischen Geländes in einen „Denk-Ort“.<sup>6</sup>

### Phase 3: Professionalisierung

Im Mai 1985 setzte das Aktive Museum nachdrückliche Initiativen in Gang. Spontane Grabungen auf dem Gestapo-Gelände ließen bauliche Überreste der ehemaligen Gebäude hervortreten, unter anderem die Reste des ehemaligen Hausgefängnisses der Gestapo. Diese Aktionen waren Formen der politischen Inszenierung. Denn das wirkliche Ziel der Grabung bestand nicht in einer wissenschaftlich-archäologischen, sondern in einer symbolhaften Erkundung: „Nach der verdeckten Geschichte graben“. Trotz des zeremoniellen Charakters einer solchen Inszenierung zielte sie auf Veränderung bis hin zur gänzlichen Infragestellung der aktuellen politischen Situation. Diese symbolischen Handlungen sollten dazu dienen, einen demokratischen Raum der Besinnung und Orientierung zu erzeugen – der aber nur vom Beobachter akzeptiert würde, wenn man dahinter Substanz vermutete. Dieser performative Akt hatte nicht zum Ziel, Realität abzubilden (z. B. eine Haftzelle), sondern als Ereignis selbst die Realität zu verändern, um neue gesellschaftliche Fakten zu schaffen.

Die „Substanz“, die hinter den Aktivitäten des Aktiven Museums stand, führte zum Zusammenschluss in einem größeren Bündnis. Im Winter 1985/86 wurde die „Initiative zum Umgang mit dem Gestapo-Gelände“ gegründet. Bezeichnend hierfür war, dass sich über die Bürgerinitiative des Aktiven Museums nun auch verstärkt staatliche und kirchliche Institutionen zusammenschlossen, wie die Akademie der Künste, die Hochschule der Künste, der Deutsche

6 Zum Umgang mit dem Gestapo-Gelände: Gutachten der Akademie der Künste, Berlin 1988.

Gewerkschaftsbund Berlin, die Evangelische Akademie und viele mehr. Dies führte zu einer breiten Legitimations- und Unterstützungsbasis. Gefordert wurde die Beteiligung der Öffentlichkeit an der Entscheidungsfindung über den Umgang mit dem Gelände. Hierdurch entstanden ein breiteres Netzwerk im erinnerungspolitischen Diskurs und ein dadurch nicht zu unterschätzender Beitrag zur politischen Willens- und Entscheidungsfindung um die Deutungshoheit der NS-Tätergeschichte in Berlin.

Das öffentliche Bild des aufbegehrenden, mürrischen und immer kritisierenden Bürgers, der an den politischen Vorgaben der Institutionen zweifelt und am Rande subkulturellen Protestes steht, wurde ersetzt durch ein Gremium breiter gesellschaftlicher Artikulation. Im Ergebnis beschloss der Senator für kulturelle Angelegenheiten im Rahmen der Feier zum 750-jährigen Bestehen der Stadt Berlin, die Geschichte des Gestapo-Geländes wissenschaftlich aufarbeiten zu lassen mit dem Ziel, die Ergebnisse öffentlich zu dokumentieren. Im Sommer 1987 entstand somit ein kleines Dokumentationszentrum am historischen Ort mit neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen zur Tätergeschichte des NS unter Einbeziehung der baulichen Überreste. Für die Weiterentwicklung berief Kultursenator Volker Hassemer eine Fachkommission ein, in der das Aktive Museum personell berücksichtigt wurde. Im Jahr 1992 wurde die „Stiftung Topographie des Terrors“ ins Leben gerufen mit dem Ziel der professionellen Auseinandersetzung mit der NS-Tätergeschichte.

#### **Phase 4: Institutionalisierung und Aufgabenveränderung des Aktiven Museums**

Normalerweise lösen sich Bürgerinitiativen mit dem Erfolg ihrer geforderten Ziele auf. Bis 1990 arbeitete das Aktive Museum ohne Unterstützung öffentlicher Gelder, konnte jedoch schließlich eine institutionelle Förderung durch das Land Berlin erwirken. Seit diesem Zeitpunkt erhält der Verein staatliche Mittel, die ein Garant für kontinuierliches Arbeiten sind. Das Aktive Museum geriet hierdurch einerseits in eine Abhängigkeit vom Staat, eine solide Arbeit war jedoch nur mit dieser öffentlichen Förderung möglich. Das Aktive Museum blieb also bestehen. In der Bestimmung der Aufgaben und der Formulierung politischer Ziele blieb der Verein staatlicherseits unbeeinflusst. Das Beziehungsmuster ist seitdem wechselseitig, da der Verein öffentliche Aufgaben übernimmt – mit noch immer einem großen Anteil ehrenamtlicher Tätigkeit,



*Anbringen einer Ersatz-Gedenktafel für  
Helmut Masche am 7. Mai 1993*

© Verein Aktives Museum, Berlin

die staatliche Institutionen nicht leisten können. Zu bemerken bleibt, dass die staatliche Förderung jedoch jederzeit eingestellt werden kann.

Das Aktionsfeld des Aktiven Museums veränderte sich im Laufe der letzten Jahre. Das „bewegende Moment“ trat schrittweise in den Hintergrund, und die Etablierung als Institution erfolgte mehr und mehr. Das Aktive Museum kann heute unter anderem folgende Aufgabenbereiche und Arbeitsergebnisse vorweisen:

- Mitglied im Arbeitsausschuss der „Stiftung Topographie des Terrors“ und damit bis heute Repräsentant des bürgerschaftlichen Engagements.<sup>7</sup> Das geforderte „forschende Lernen“ konnte das Aktive Museum allerdings nicht am Ort des Gestapo-Geländes realisieren. Es besetzt heute mit städtischen Arbeitsgruppen den Themenschwerpunkt Exil, der an keiner Berliner

7 Die Entscheidung, Teil eines Gremiums zu werden, barg die Gefahr, das Profil des Aktiven Museums zu verlieren: nicht mehr das unabhängige, selbstbestimmte gesellschaftliche Modul, sondern Organ mit Entscheidungsverantwortung und Pflicht. Das Problem, das sich dahinter verbarg, war, dass die Kritiker sich selbst kritisch beobachten mussten. Das AM konnte jedoch diese „Selbstbegutachtung“ aufrechterhalten, was die 24-stündige Besetzung des ehemaligen Gestapo-Geländes im Mai 2004 zeigt.

Gedenkstätte explizit erforscht wird. Die Geschichte des NS-Verfolgungsapparates wird mit den unmittelbaren Auswirkungen auf die Menschen kontextualisiert. Da die Ziele des Aktiven Museums durch einen Prozess permanent diskursiver Entscheidungsfindung formuliert werden, lag der Schwerpunkt der letzten Jahre auch auf den Themen Erinnerungsrezeption und Ausstellungen.<sup>8</sup>

- Im Laufe der Jahre wurde eine einzigartige Dokumentationsstelle zum Umgang mit der NS-Vergangenheit aufgebaut.<sup>9</sup>
- Berliner Gedenktafeln werden auf ihren entstehungsgeschichtlichen Hintergrund befragt und dechiffriert.
- An zahlreichen Gebäuden und Plätzen werden Erinnerungszeichen im Kontext der Aufarbeitung der NS-Geschichte gesetzt.
- Im Jahr 1995 entstand auf dem Gelände des Anhalter Bahnhofes die Ausstellung „1945: Jetzt wohin? Exil und Rückkehr ... nach Berlin?“
- Mit der Ausstellung „*Leben im Wartesaal: Exil in Shanghai 1938–1947*“ – Ausstellung des Jüdischen Museums im Stadtmuseum – konnte das Aktive Museum im Jahr 1997 eine Wissenslücke der historischen Forschung schließen.
- Die Ausstellung „HAYMATLOZ. Exil in der Türkei 1933–1945“ wurde in den letzten vier Jahren in mehr als 16 bundesdeutschen Städten sowie in Istanbul, Izmir und Bursa gezeigt. Über 2000 Kataloge wurden verkauft.
- Die Ausstellung „Vor die Tür gesetzt“ dokumentierte die Lebensgeschichten verfolgter Berliner Stadtverordneter und Magistratsmitglieder (Ausstellungseröffnung 2005).
- Regelmäßige Veranstaltungen zur Geschichte und Rezeption des Nationalsozialismus werden angeboten.
- Ein Mitgliederrundbrief erscheint halbjährlich.

Das Aktive Museum lebt von den beteiligten Menschen und seinen sozialen Netzwerken und ist selbst Teil des Netzwerkes zwischen Gedenkstätten, Forschungsinstitutionen, Kunstprojekten, Museen, Geschichtswerkstätten und

8 Martin Becher, Der Verein „Aktives Museum“ – ein Akteur im Feld der Erinnerungspolitik, in: Mitgliederrundbrief 49 (2003), S. 17 ff.

9 Aufgebaut und ständig betreut durch Christian Hoss und Martin Schönfeld.

Menschenrechtsorganisationen. Organisatorisch ist es schwer fixierbar und geprägt durch ein fluides Erscheinungsbild. Die Mitglieder erzeugen immer wieder den Rahmen und damit eine Veränderung der Dynamik. Es bleibt ein Kontrastmodell zu institutionell verfestigten Instanzen. Spuren der Geschichte von NS-Gewaltherrschaft konnte das Aktive Museum in Berlin sichern, jedoch ist der Traum von einem „Aktiven Museum“ auf dem Gestapo-Gelände bis heute nicht erfüllt. In diesem Fall ist eine öffentlichkeitswirksame Dramatisierung der Forderung durch herkömmliche und unkonventionelle Aktionsformen ausgeschöpft. Das Aktive Museum bleibt ein „Museum“ ohne Haus – jedoch aktiv in der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit.



## Von der Widerstandskiste zur Multimedia-Applikation

*Das Langzeitprojekt „Widerstand in Neukölln“*

### **Widerstand als Knotenpunkt der Geschichte**

Seit 1982 hat sich bei der Aufarbeitung der Geschichte Neuköllns für das Kulturamt Neukölln und damit auch für das dortige Museum ein Arbeitsschwerpunkt entwickelt: der in Neukölln und von Neuköllnern geleistete Widerstand gegen das NS-Regime als zentraler Knotenpunkt für die Geschichte dieses Bezirks. Er ist zugleich Ergebnis der politischen Entwicklungen und sozialen Prozesse vor 1933 wie auch einer der Schlüssel für das Verständnis der Nachkriegszeit in Neukölln bzw. in Westberlin. In ihrer Dimension und spezifischen Ausprägung unterscheiden sich die historischen Ereignisse im armen und verrufenen Arbeiterquartier Neukölln von dem, was in anderen Regionen der Stadt Berlin geschah. So wie bei der letzten freien Wahl 1933 der Prozentsatz der NSDAP-Wähler in Neukölln am geringsten von allen Berliner Stadtbezirken war, so war auch die Bevölkerung hier widerständiger als anderswo. Die Erzählungen, dass sich die Nazi-Schergen und ihre Hilfstruppen lange Zeit nicht in die Arbeiter-Hochburgen Rollbergkiez und Richardsburg wagten, weil ihnen Blumentöpfe oder sonstige Gegenstände auf den Kopf flogen, sind die anekdotische Seite eines sozialen, politischen und kulturellen Phänomens, das Aufmerksamkeit und Analyse verdient. Dennoch war auch in Neukölln – wie im ganzen Westteil der Stadt – in der Nachkriegszeit darüber öffentlich ge-

schwiegen worden. Wir damals neu in Verantwortung Gekommene stellten uns die heute emphatisch klingende Aufgabe: „Wir wollen das Schweigen beenden, um aus der Vergangenheit für die Gegenwart und Zukunft zu lernen.“

Das Thema „Widerstand“ war in diesen 25 Jahren nicht immer im Zentrum der Aufmerksamkeit, doch es war und ist in den Köpfen der Verantwortlichen präsent und wurde in fast allen thematischen Ausstellungen der letzten Jahre mindestens berührt. Immer wieder kamen neue Erkenntnisse durch Erkenntnis- und Erinnerungssplitter alter und junger Neuköllner hinzu, die unser Wissen bereicherten.

Lange Jahre vergegenständlichte sich diese Aufgabe in Form „unserer Widerstandskiste“ in einer Ecke des Museumsarchivs, in die diese Splitter wanderten. Immer wieder wurde in der Kiste gewühlt, denn viele unserer thematischen Ausstellungen hatten mehr oder weniger große Schnittmengen mit dem Komplex „Widerstand“. Durch Forschungen und Reaktionen auf diese Ausstellungen füllte sich die Kiste – wenn auch unsystematisch – kontinuierlich weiter.

### **Widerstandsrezeption als Spiegel politischer Konflikte**

Lange war die in dieser Kiste materialisierte Erinnerung Kristallisationspunkt politischer Konflikte im bezirkspolitischen Raum, die in ihrer Zuspitzung Mitte der achtziger Jahre selbst die beruflichen Positionen der für sie Verantwortlichen ins Wanken brachten; sie wurden der Lüge und der Geschichtsklitterung bezichtigt. Der Hinweis auf Zwangsarbeiterlager zum Beispiel, von denen uns ehemalige Nachbarn erzählt hatten, wurde als freche Erfindung unsererseits diffamiert: „In Neukölln hat es niemals Zwangsarbeiterlager gegeben“, verkündete öffentlich der Bürgermeister. Heute sind über 40 nachzuweisen.

Wir hatten uns an politische Tabus der Westberliner Nachkriegsgeschichte gewagt. Mit der Thematisierung des Widerstandes musste auch die Ursache für den Widerstand thematisiert werden: der Nationalsozialismus, die Folgen in Neukölln und die Täter. Darüber hinaus mussten auch die Menschen benannt und geehrt werden, die diesen Widerstand geleistet hatten: vor allem Menschen, die aus der Arbeiterbewegung kamen, darunter auch zahlreiche Kommunisten. Diese Nennung war im noch vorherrschenden, wenn auch abklingenden Kalten Krieg ein Skandalon, nur übertroffen durch den Skandal des historischen Fakts, dass im Neuköllner Widerstand oft Sozialdemokraten, Kommunisten und Gewerkschaftler zusammengearbeitet hatten. Diese

Zusammenarbeit im Widerstand war die entscheidende Ursache dafür, dass 1946 die freie, von der zuständigen Besatzungsmacht (USA) nicht beeinflusste Abstimmung innerhalb der SPD, ob man sich mit den Kommunisten gleich, in absehbarer Zeit oder überhaupt nicht zusammenschließen solle, zugunsten des Zusammenschlusses ausging. Die sich bildende große SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) in Neukölln war im Bezirk politisch führend, bis sie aus Neukölln wie aus den anderen Westsektoren gen Osten vertrieben wurde.

Eine weitere Sünde wurde uns angelastet: In den frühen achtziger Jahren war Widerstand noch gleichbedeutend mit den Männern des 20. Juli, also dem aus der Reichswehr und der Generalität kommenden Widerstand, der aus dem Unmut der professionellen Militärs über die Unfähigkeit der Nazis, Krieg zu führen, rührte. Diese kamen bei uns nicht vor. Wir hatten nach ihnen gesucht. Aber es gab sie nicht in Neukölln, denn in dieser roten, armen Berliner Ecke lebten kaum Militärs, schon gar keine höheren Ränge. Auch nach dem Widerstand des christlichen Zentrums hatten wir gesucht und nichts gefunden – das Zentrum war in Neukölln nicht existent, die Kirchenleute, die ernsthaft im Widerstand aktiv waren, gehörten zu den „Religiösen Sozialisten“, und von denen wollte man auch nichts wissen. Wie glücklich waren wir, einen christlichen konservativen Widerständler zu finden! Wir wollten eine Geschichte aufarbeiten, derer sich Neukölln nicht schämen musste, wurden jedoch als Nestbeschmutzer und Geschichtsverdrehler angesehen. Unsere gesamte Arbeit wurde mit großem Misstrauen beobachtet und kontrolliert. Wir hatten den Fauxpas begangen, unser Museum nicht als niedlichen Nostalgieort zu konzipieren, nicht als Schatzkammer ungefährlicher Vergangenheit, sondern – neben anderen Schwerpunkten – auch als Ort der politischen Auseinandersetzung mit Geschichte. Letztendlich war es erst das internationale Gütesiegel des „Museumspreises des Europarates“, den wir 1987 erhielten, der dieses Misstrauen langsam abbaute. Das Glückwunschtelegramm des damaligen Regierenden Bürgermeisters wurde im Bezirk zur „Unbedenklichkeitsbescheinigung“.

### **Widerstandserforschung als Grundlage unseres Netzwerks**

Die „Widerstandskiste“ schaffte viele Feinde, die die Arbeit oft sehr schwer machten, weil sie ständig Rechtfertigungsdruck ausübten, aber sie hat im Bezirk auch viele Partner gebracht, die fester Bestandteil des „Kulturnetzes“ geworden sind, das bis heute die Neuköllner Kulturlandschaft zusammen-

hält: Partner aus Schulen, Parteien, Verbänden, Kirchen, Universitäten und Forschungseinrichtungen und nicht zuletzt Neuköllner Bürger, ohne deren Engagement viele Erkenntnisse über diesen merkwürdigen Bezirk nicht hätten gewonnen werden können. Dieses erste „Kulturnetz“, das sich aus der gemeinsamen Arbeit entwickelte, wurde zur Mutter des Netzwerkprinzips, das inzwischen eines der grundlegenden Arbeitsprinzipien des Kulturamtes Neukölln ist.

## Die Anfänge

1982 entstand im (West-)Berliner Kulturrat die Idee, anlässlich des 30. Januar 1933, des 50. Jahrestags der Machtübergabe an die Nationalsozialisten, über die Auswirkungen dieses Datums der deutschen Geschichte nachzudenken. Von Regierungsseite war dieser Jahrestag nicht als relevant betrachtet worden; es war die außerparlamentarische Opposition, die ein umfangreiches Projektbündel aus den verschiedensten Kulturinstitutionen der Stadt heraus entwickelte.

Eines der Projektpakete befasste sich mit lokaler Geschichte unter der Überschrift „Alltag des Nationalsozialismus in Berlin“. Dieses Thema war bislang keinesfalls museums- oder wissenschaftswürdig gewesen. Es waren im Regelfall auch nicht die Museen, die sich engagierten, sondern meist junge Historiker oder Studenten, die sich um die „Geschichtswerkstatt“ herum zusammengefunden hatten. Sie versuchten einen neuen Weg der Geschichtsforschung, indem sie sich der Alltagsgeschichte zuwandten und der bis dahin sehr skeptisch betrachteten Arbeit mit „oral history“. Dies bedeutete, mündliche Berichte und Erzählungen als historische Quelle ernst zu nehmen. Einige dieser nach Alternativen der Geschichtsarbeit suchenden jungen Historiker waren – zusammen mit Wissenschaftlern und Ausstellungsprofis – auch in Neukölln beteiligt.

Junge und alte Neuköllner wurden als Partner gewonnen, darunter auch Menschen, die selbst im Widerstand aktiv, aber nie gewürdigt worden waren. Neukölln eröffnete als „Pilotversuch“ den Reigen der Bezirksprojekte. Am 27. Februar 1983, zum 50. Jahrestag der Zerstörung der Wohnung des Bildungs- und Kulturpolitikers Kurt Löwenstein, der Neukölln zum *Eldorado* deutscher Bildungsreform der Weimarer Republik gemacht hatte, wurde die Widerstandsausstellung in der Bezirksgalerie eröffnet. Das Heimatmuseum stand nicht zur

Verfügung – es war noch voll von Porzellantassen, Zinn-Dioramen mit von Baum zu Baum schwingenden Germanen, vorgeschichtlichen Knochen und Scherben, Ansichtskarten und Rolltüchern. Der dortige Mitarbeiter stand dem Projekt hilflos gegenüber. Archivnutzung war bisher höchstens von dem einen oder anderen älteren Heimatforscher gewünscht worden.

Viele Menschen besuchten die Widerstandsausstellung, im Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* wurde die Ausstellung als Phänomen einer neuen Annäherung an Geschichte gewertet. Die aufsichtführenden Geschichtsstudenten sammelten aus den Erzählungen der Besucher viele neue, weiterführende Informationen und Hinweise.

### **Erste Spurensicherung**

Die Ausstellung berichtete über Widerstand aus Parteien, Verbänden, Kirchen, Schulen, Sport, Kultur, Jugendgangs, von einzelnen Bürgern, von Widerstandsnetzen wie der „Roten Kapelle“ oder „Neu Beginnen“. Etwa 100 Menschen waren bekannt, die in diesem Kampf ihr Leben verloren hatten. Die Forschungsarbeiten waren sehr schwierig gewesen, da bis auf den 20. Juli in den Archiven Westberlins Widerstand nicht existent war und außer der SEW (Sozialistische Einheitspartei Westdeutschlands) keine Partei die Geschichte ihrer alten Mitglieder, die ihr Leben aufs Spiel gesetzt hatten, dokumentiert hatte. Das „Document Center“ stand unter Verwaltung der Amerikaner, Zugang war nur mit Erlaubnis des Innensenats politisch Genehmigen möglich, die Archive Ostberlins und der DDR waren für Westberliner so gut wie nicht zugänglich. Ein einziger Besuch im Archiv des ZK der SED wurde genehmigt, doch es wurden nur wenige vorher ausgesuchte Materialien vorgelegt und ein paar Kopien zur Verfügung gestellt. Gefunden und von Freunden, Nachbarn oder Verwandten beige-steuert wurden Fotos, Abschiedsbriefe von zum Tode Verurteilten, Hetzartikel in Nazi-Zeitungen, Eintragungen in Polizeiakten, ein paar Originalflugzetteln – und Erinnerungen an Menschen und Orte.

Bei all diesen Widerständen und Grenzen war das Ergebnis bemerkenswert, jedoch wurde deutlich, dass wir nur an die Spitze eines Eisbergs gekommen waren. Und bis heute wissen wir: Bei aller akribischen Forschung und allen optimalen Archivbedingungen wird der Widerstand nie vollständig erfasst werden können. Es ist zu spät, da zu viel Wissen der Überlebenden verloren

ging, weil sie verstorben sind, ohne gefragt worden zu sein. Von der Ausstellung blieben eine kleine schriftliche Dokumentation, Video-Filme, Fotos und die Widerstandskiste, in die der ganze Rest wanderte.

### **Kontinuität als Verpflichtung**

Die verpflichtende politische und moralische Aufgabe blieb, das Thema weiterhin zu bearbeiten. Die Zeiten änderten sich, eine ernsthafte, nicht mehr verdrängende Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus wurde möglich. Politiker und Historiker begannen auch für diesen Aspekt der Geschichte Verantwortung zu spüren. Die Aktivisten des umfassenden Kulturratsprojekts „1933–1983“ gründeten den Verein „Das Aktive Museum“, heute Träger der „Topographie des Terrors“. Auch im Neuköllner Bezirksparlament fanden lange Debatten über Straßenumbenennungen nach Widerständlern statt, um Gedenktafeln wurde gerungen. Schließlich beschloss man ein „Neuköllner Gedenktafelprogramm“, das in einem Künstlerwettbewerb eine sehr schöne Ausformung fand: An einem KZ-Außenlager wurde ein international beachtetes Mahnmal in Form einer Videoprojektion durch Norbert Rademacher installiert. Ein weiteres wichtiges Ergebnis, eine nachträgliche Rechtfertigung unserer langjährigen Arbeit, war die Entscheidung, im Rathaus eine zentrale Gedenktafel für alle Neuköllner Widerstandskämpfer zu errichten. Doch wir hatten inzwischen die Notwendigkeit von Korrigierbarkeit erlebt, der sich eine Metalltafel widersetzt.

### **Die Weltgeschichte macht eine Zäsur: Die Wiedervereinigung 1989**

Wir wussten inzwischen, dass unsere Ergebnisse von 1983 mangelhaft waren, da mehr Wissen dazugekommen war und manches hatte korrigiert werden müssen. Vor allem aber hatte sich Deutschland mit dem 9. November 1989 verändert – am deutlichsten für die DDR-Bürger, aber auch Westberliner und westdeutsche Linke mussten sich viele Fragen stellen. Insbesondere musste ein anderer Blick auf Geschichte gesucht werden, der nicht nur, wie bislang, die Geschichtsklitterung des Kalten Krieges durchleuchtete, sondern auch die manchmal auf Lügensockeln thronenden antifaschistischen Helden der DDR, die oft im Zentrum von Widerstand zu finden waren, infrage stellte. Dies war für viele Linke im Westen ein Schock, galt doch gerade die Hochachtung, die im „sozialistischen Deutschland“ den Widerstandskämpfern gezollt wurde, als positives

Unterscheidungsmerkmal von der bundesrepublikanischen Praxis. Wir baten um Aussetzung der Realisierung und begaben uns in eine neue Diskussion auf der Arbeitsebene – auch darüber, was denn Widerstand eigentlich sei und wer da zu ehren wäre.

Banal klingende Fragen, doch in der konkreten Beantwortung kompliziert. Kompliziert geworden nicht zuletzt, da gerade die Art der Widerstandsheldenverehrung, so wie sie in der DDR betrieben worden war, vieles hatte fragwürdig werden lassen. War Widerstand das aktive Bekämpfen des Nationalsozialismus? War bereits das Sich-Entziehen Widerstand? Das Sich-Verweigern? Können Kriminelle als Widerständler geehrt werden? War man zu ehrender Widerständler, wenn man, um seine politische Überzeugung oder einen Nächsten zu retten, andere dabei geopfert hatte? Wo ist die Grenze? Sind wir befugt, Grenzen zu setzen? Muss man sein Leben geopfert haben, um geehrt zu werden? Kann jemand staatlicherseits geehrt werden, der zwar aktiv gegen den Nationalsozialismus handelte, nach 1945 aber nicht auf dem Boden der Freiheitlich Demokratischen Grundordnung stand? Erhielten doch deshalb in Westberlin nach 1945 in der SED oder SEW aktive Kommunisten keine Wiedergutmachung oder Opfer-Rente? Ist Desertieren Widerstand, auch wenn damit „das Vaterland verraten“ wurde?

Mehr Fragen als Antworten taten sich auf, die wir nicht endgültig für uns beantworten konnten, über die jedoch öffentlich zu diskutieren war. In vielen Gesprächen nicht zuletzt mit den Mitarbeitern der „Gedenkstätte Deutscher Widerstand“ und anderer Gedenkstätten einigten wir uns darauf, alle Informationen über die Menschen zu sammeln, die sich aktiv den Nazis widersetzt haben und die von der Nazijustiz deshalb verfolgt und oft genug dafür mit dem Tode bestraft wurden.

### **Die Wiedervereinigung als Archivöffner**

Die Wiedervereinigung bot eine riesige Chance: Sie schuf eine völlig neue Aktenlage. Nie zugängliche Archive waren plötzlich, zumindest theoretisch, benutzbar. Es gab eine großartige „Zwischeneiszeit“ in den Ostarchiven – alles war plötzlich zugänglich, wenn auch systematische Forschung wegen kryptischer Archivierungssysteme unmöglich war. Viel zu schnell griff die Datenschutzregelung des (bundesrepublikanischen) Bundesarchivgesetzes; Akten wurden mit einem komplizierten Code versehen, der vor allem die Täter

schützt. Die mühselige Fleißarbeit begann von Neuem. Die Recherchen mussten von Grund auf neu geleistet werden.

Heute wissen wir zuverlässig von ca. 1500 Neuköllnern, die aktiv im Widerstand waren, 152 von ihnen wurden dafür mit dem Tode bestraft. Wir wissen aber auch, dass wir vieles immer noch nicht wissen und weiterer Erkenntnisgewinn weitgehend vom Zufall bestimmt sein wird. Bis heute ist in keinem Berliner Bezirk (und auch nicht in anderen deutschen Großstädten) in vergleichbarem Umfang der Mikrokosmos des Widersetzens gegen das NS-Regime erforscht worden. Es gibt vermutlich keinen anderen Berliner Bezirk, in dem das Widerstandsnetz so differenziert gewebt war wie in Neukölln.

### **Auf der Suche nach dem „aktiven Gedenken“**

Schließlich gab es noch den unerledigten Beschluss des Bezirksparlamentes, eine „zentrale Gedenktafel“ zu installieren. Es wurde nach einer öffentlichen Form gesucht, die sich nicht als „zentrale Kranzabwurfanlage“ der Geschichts- und Verantwortungsentsorgung eignete, denn Heldenverehrung schafft Distanz und Entlastung. Da wir Aktualität, Korrigierbarkeit und aktiven Umgang wollten, der auch junge Menschen anspricht, entstand die Idee des Multimedia-Gedenkortes. Mit einer Multimedia ist eine Fülle von Geschichte, Geschichten, Bildern und Tönen zu vermitteln, sie kann junge Menschen über die sie ansprechende Technik interessieren und sie ist relativ leicht korrigier- und ergänzbar. Wir ließen uns damit auf ein Abenteuer ein, da uns dieses Medium vor völlig neue Aufgaben stellte. Wir lernten, wie wenig Text letztlich zumutbar ist (und wie viel Material dabei auf der Strecke bleibt), wie viele Bilder zu beschaffen waren, um dem Medium gerecht zu werden. Wir lernten, dass nicht alle Träume von Verknüpfungen möglich und vor allem sinnvoll sind, wie im Hintergrund Nutzerwege zu führen (und ablenkendes Hin- und Herspringen zu vermeiden) sind, ohne dass sie als Eingrenzungen wahrgenommen werden.

Aus der riesigen Fülle des recherchierten Materials musste in dem Bereich der Multimedia, der sich mit den Hintergründen des Widerstandes befasst, eine Auswahl von vergleichsweise wenigen Beispielen und Biografien getroffen werden, um zumindest exemplarisch in die Tiefe gehen zu können und so in der vom Medium gebotenen Kürze ein Bild des Widerstandes in Neukölln





*Computerterminal im Rathaus Neukölln zum Widerstand im Bezirk während des Nationalsozialismus*

© Museum Neukölln

entstehen zu lassen. Eine Multimedia ist kein Ersatz für ein Buch, sondern eine ganz andere Gattung von Geschichtsvermittlung: eine, die sehr anschaulich Einblicke in den Widerstand geben und neugierig auf die Auseinandersetzung mit ihm machen kann. Und sie ist eine ideale Form, wenn man kaum Objekte, sondern vor allem „Flachware“ zur Verfügung hat.

### **Neuköllner Widerstand**

Der Mikrokosmos des Widerstandes des Bezirks Neukölln und seines Milieus kann inzwischen relativ genau beschrieben und analysiert werden. Es hat hier verhältnismäßig viel und vielfältigen Widerstand gegeben. Es waren nicht die „großen Helden“, sondern Menschen mit Mut, meist eingebunden in politische und/oder soziale Netzwerke, die zum großen Teil auf die Sport-, Kultur- und Jugendorganisationen der Arbeiterbewegung der zwanziger Jahre zurückgingen.

Die Spezifik und Dichte des Neuköllner Milieus ließen die soziale Deckung und das soziale Netz entstehen, aus dem heraus Widerstand operierte und in die hinein er zurückfiel, wenn die politische Arbeit zu gefährlich wurde. Bei alten Schulkameraden, Vereinsbrüdern und -schwestern, Arbeitskollegen, Nachbarn suchte man Mitstreiter, die ihre Wohnungen oder Lauben als Treffpunkte zur Verfügung stellten, Postanlaufstellen unterhielten, Abziehapparate verbargen, ohne selbst darüber hinaus aktiv zu werden. Da waren diejenigen, die flüchtige Sozialdemokraten, Kommunisten, Juden auf Zeit versteckten und darin von denen unterstützt wurden, die Kriegswirtschaftsverbrechen begingen, indem sie beispielsweise schwarz schlachteten und Lebensmittel ohne Marken abgaben. Unangepasstsein, Randständigkeit, Aufmüpfigkeit gegen „die da oben“ (wobei es manchen ziemlich gleichgültig war, wer dies war), Widerständigkeit und bewusstes Sich-Widersetzen waren eng ineinander verwoben. Die Interessenlage dieses Milieus war nicht selten alles andere als eindeutig. Es war oft genug auf den eigenen Vorteil bedacht und verfügte noch dazu über eine zum Teil bemerkenswerte kriminelle Energie.

Viele unterschiedliche Motivationen für Widerstand werden deutlich; sie reichen von parteipolitischen Überzeugungen bis zu nachbarschaftlicher Mitmenschlichkeit oder Außenseitertum. Prägungen wie zum Beispiel die durch die Reformschulen – an der Spitze die heute aus anderen Gründen berühmte „Rütli-Schule“ – der Weimarer Zeit in Neukölln werden deutlich: Viele Widerständler – Schüler und Lehrer – kamen aus diesen Schulen.

### **Die Multimedia-Inhalte**

Wenn der Besucher an den Gedenkort herantritt, sieht er eine Namensliste über den Bildschirm laufen. Hier sind 1473 Menschen genannt, die sich – nach heutigem Kenntnisstand – dem Naziregime in Neukölln entgegenstellten. Anschließend können über das Hauptmenü drei verschiedene inhaltliche Schwerpunkte ausgewählt werden. Der erste Schwerpunkt ist dem Gedenken an diejenigen Neuköllnerinnen und Neuköllner gewidmet, die wegen ihres Widerstandes ums Leben kamen. Für jeden dieser 152 Menschen kann über einen Stadtplan, auf dem ihre damaligen Wohnorte bzw. Ausbildungs- oder Arbeitsstätten markiert sind, eine Gedenktafel auf dem Bildschirm aufgerufen werden. Im zweiten Schwerpunkt kann man sich zwölf Biografien von Neuköllnern, die Widerstand leisteten, anhören – mit vielen Fotos und Dokumenten

illustriert. Die Lebenswege dieser Menschen werden stellvertretend für viele andere erzählt und geben Einblick in ein weites Spektrum von verschiedenen Motiven, Hintergründen und Formen von Widerstand. Der dritte Schwerpunkt beleuchtet in sechs Kapiteln verschiedene Lebensbereiche und soziale Hintergründe, die im Regelfall den Hintergrund für die Widerstandstätigkeit im Arbeiterbezirk Neukölln darstellten: Arbeiter-Sport- und Kulturvereine, Betriebe, Jugendgruppen, Kirche, Parteien und die damals weit über Berlin hinaus bedeutenden Reformschulen Neuköllns. Jeweils vier Beispiele für Widerstand aus den einzelnen Bereichen werden vorgestellt. Zusätzliche Informationen findet der Besucher in einer Zeitleiste, die die wichtigsten Etappen der Geschichte des Nationalsozialismus festhält, und in einem umfangreichen Glossar zeithistorischer Begriffe.

## Steine, Plätze und Performance

### *Aktive Erinnerungen in Buenos Aires*

Die Mütter der *Plaza de Mayo* sind für die Argentinier Inbegriff sowohl des gewaltfreien Widerstands gegen die Diktatur als auch der Zivilcourage und des Engagements bis zum heutigen Tag. Die von ihnen entwickelte wachsame und dauerhafte Erinnerungsarbeit ist als solche ein so starkes Zeugnis des Gedenkens, dass jede Interpretation Gefahr läuft, oberflächlich zu werden. Die folgenden Überlegungen nehmen dennoch das Risiko in Kauf, um diese und andere Formen einer aktiven Erinnerungsarbeit, die sich in die Stadt einträgt, vorzustellen.

Im Umgang mit der Vergangenheit haben unterschiedliche Initiativen die Einrichtung von diversen Gedenkstätten und Mahnmalen erreicht, um das Gedenken im urbanen Raum festzuschreiben. Bei den Formen der Erinnerungsarbeit hingegen, die man „performativ“ nennen kann, vergegenständlicht sich die Erinnerung nicht durch die Einweihung von Gedenkstätten oder den Bau von Museen, sie verwirklicht sich vielmehr im Tun der sozialen Akteure. Unter „performativ“ kann man diejenigen Formen der Erinnerungsarbeit verstehen, die weit davon entfernt sind, Erinnerung zu instrumentalisieren oder in eine Hülle zu verpacken, sondern die durch ihre und mit ihren Aktivitäten erinnern. Hier ist die Erinnerung weniger eine Erzählung, die sich auf mehr oder weniger unterschiedliche Formen der medialen Vermittlung stützt, sondern

ein Zustand des wachsamsten Bewusstseins.<sup>1</sup> Mehr als darum, ein Narrativ über „Träger der Erinnerung“ zu transportieren, geht es darum, die Erinnerung durch konkrete Aktionen zu verkörpern. Diese Form der Erinnerungsarbeit setzt die Beteiligung der Bürger voraus, da sie nur stattfinden kann, wenn sie von Menschen mitgetragen wird.

Die wöchentlichen Demonstrationen der Mütter der *Plaza de Mayo* stellten nicht nur eine fundamentale moralische Referenz dar, sondern beeinflussten eine Vielzahl politischer und künstlerischer Aktionen, die im Umfeld der argentinischen Menschenrechtsbewegung stattfanden und einer spezifischen Erinnerungskultur den Weg bereiteten. Die Mütter selbst verwandelten sich in physische Säulen des Gedenkens, indem sie die Erinnerung buchstäblich durch die Fotos ihrer Kinder auf den Plakaten oder deren in die Kopftücher gestickte Namen mit sich trugen (obwohl zu einem späteren Zeitpunkt eine sich radikalisierende Gruppe diese Form des Aufzeigens individueller Identifikationen explizit ablehnte). So machten die Mütter der *Plaza de Mayo* im Zentrum der Stadt die Suche nach ihren Kindern zu einer sichtbaren Forderung nach Gerechtigkeit und Erinnerung. Assoziiert mit der physischen und symbolischen Aneignung des öffentlichen Raums, wird ihre Aktion als eine der beeindruckendsten Formen der „performativen“ Praxis in der Erinnerungskultur Lateinamerikas beschrieben.<sup>2</sup>

Die ihre Aktion kennzeichnenden Elemente der wöchentlichen Regelmäßigkeit, der weißen Kopftücher sowie des Rundgangs um die zentrale Pyramide der *Plaza* dürfen nicht als Produkt einer berechnenden politischen Strategie oder als kalkulierte Inszenierung missverstanden werden. Sie sind vielmehr das Ergebnis der konkreten und dringenden, aus der praktischen Erfahrung entstandenen Notwendigkeiten. Die Anwesenheit der Mütter der Verschwundenen auf der *Plaza de Mayo*, direkt gegenüber dem Regierungssitz, hatte ihren Ursprung im Umgang der Behörden mit ihren Anfragen während der Diktatur. Der Rundgang um die Pyramide war die Antwort auf die Anordnung der Polizei, sie sollten sich „bewegen“ und keine Kundgebung durchführen. Die Kopftücher schließlich waren Ergebnis des Bedürfnisses, sich 1979 während der

1 S. Diana Taylor, *El espectáculo de la memoria: trauma, performance y política*, siehe <http://hemi.nyu.edu/archive/text/hijos2.html> (22. 10. 2008).

2 S. Diana Taylor, *Disappearing acts. Spectacles of Gender and Nationalism in Argentina's Dirty War*, Durham, NC 1997.

großen Pilgerreise nach Luján (einem religiösen Anlass, der Hunderttausende auf die Straße lockte, weil es die einzige mögliche kollektive Veranstaltung während der Diktatur war) in der Menge gegenseitig erkennen zu können.

### **Die Erinnerungskultur: Fotos, Anzeigen und *escraches***

Diese Symbole, zunächst spontan aufgrund von konkreten Bedürfnissen entstanden, sind im Laufe der Jahrzehnte zu inhaltsschweren Symbolen im öffentlichen Leben Argentiniens geworden. Viele der in der Menschenrechtsbewegung entwickelten Aktivitäten und der eingesetzten Mittel haben den gleichen Ursprung: spontan und von der Praxis beeinflusst, stellen sie eine Antwort im öffentlichen Raum auf die Herausforderung einer fehlenden Darstellung des Verbrechens des Verschwindenlassens dar. Zu ihnen gehört der ständige und ritualisierte Gebrauch von Fotos der Verschwundenen bei Demonstrationen; ein Element, das sowohl auf den Ursprung der konkreten Suche nach dem Verbleib ihrer Kinder verweist (wie auf Fotografien von gesuchten Personen in Tageszeitungen), als auch die Präsenz des Abwesenden symbolisch und buchstäblich wiederherstellt. Aus diesem Grund definiert Jean Louis Déotte es als die angemessenste Sprache, um an die Verschwundenen zu erinnern.<sup>3</sup> Teil dieser Kultur war selbstredend auch der *Siluetazo*, auf den sich Ana Longoni in ihrer Arbeit in diesem Band bezieht, der zunächst von drei Künstlern initiiert wurde und sich zu einer anonymisierten kollektiven Aktion entwickelte und vorübergehend das Stadtbild veränderte.

Ein weiteres innovatives Mittel, das die Angehörigen von Verschwundenen schon zu Zeiten der verfassungsmäßigen Regierung entwickelten, um ihrer Lieben würdig zu gedenken, sind die in der Zeitung *Página/12* seit 1987 regelmäßig veröffentlichten Anzeigen. Diese Anzeigen sind Zeichen einer wechselseitigen Anerkennung zwischen den Angehörigen von Verschwundenen, die den Jahrestag des Verschwindens oder den Geburtstag ihrer Lieben mitteilen, und einem breiten, aber ideologisch verwandten Publikum, das sie in dieser mehr oder minder links ausgerichteten Tageszeitung erreichen. Durch das Eintragen der dichten und unauslöschbaren Gegenwart der Vergangenheit in die vergängliche Alltäglichkeit der Zeitung stellen diese Anzeigen auf kreative Art und Weise und ohne den Gebrauch einer Gedenktafel für den Verschwunde-

3 Vgl. Jean Louis Déotte, El arte en la época de la desaparición, in: Revista de Crítica Cultural Nr. 19 (1999), S. 12–14.

**PALOMA ALONSO**

21 años - desparecido-desaparecida  
el día 30 de Julio de 1977

Aún esperamos que la conciencia de la gente que está acompañada  
de con el país, más los hombres y mujeres con el corazón al hombre y  
a la ignorancia, sean fríos como quevas alar al la Argentina en un  
pasado donde estaban con el país y el desastre.  
Todavía esperamos que los hombres honrados puedan crear un pa-  
is en donde la vida hermosa sea vida.

Tus padres Carlos e Inés,  
Tus hermanas Mercedes y Pablo,  
Tu abuelo, tío, primo y amigos.

Desde el fondo del mar  
donde se arrojan los cuerpos  
desiertos en silencio, surge  
tu imagen, como hace 20 años,  
para mantener la vida.

Por la VERDAD  
Por la JUSTICIA y  
contra la IMPUNIDAD.

JUSTO y CASTIGO a los criminales  
y de los 30.000 desparecidos.

Tu familia, amigos y compañeros

**LUIS PABLO STEIMBERG**

Desaparecido - desaparecida  
19/06/73

**RAQUEL RINA MENNA**

Asistente del PRT  
Desaparecida 30/4/77

¿Cómo explicar que necesi-  
te recordar lo que de vida  
me queda?

Tu vida.

Para saber que estás  
conmigo  
no desde la muerte,  
sino desde la vida.

Tus hijos  
no olvidan ni perdieron.

**Porque para el amor  
20 AÑOS NO ES NADA**

Porque no olvidamos  
a los desaparecidos.

Porque los secuestrados del horror  
han impedido la justicia. Y callan.  
Porque tenemos el derecho  
de exigir a la Democracia  
su compromiso pendiente.

Por eso decimos:  
**GUSTAVO PONCE DE LEÓN**  
desaparecido el 4-8-76  
(PRESENTES)

Tu mujer y tus hijos  
Ana, Claudio, Diego y Rubi

Anzeigen zum Gedenken an „Verschwundene“  
in der Tageszeitung *Página/12*

© *Página/12*

nen gleichzeitig einen imaginären Ersatz für Trauerriuale dar, die sonst mit Friedhöfen assoziiert werden.<sup>4</sup>

Es ist von Bedeutung, dass zwei europäische Künstler, die zur Erinnerung an die Shoah gearbeitet haben, unabhängig voneinander feststellten, dies sei eine passendere Form des Gedenkens an die Verschwundenen als der Bau eines Mahnmals. Horst Hoheisel betont, das beste Mahnmal für die Verschwundenen existiere bereits – nämlich die Anzeigen von *Página/12*. Der andere,

4 Vgl. Estela Schindel, Tumbas de papel, in Chasqui Nr. 27 1997, Ciespal, Quito, S. 68–72.

Christian Boltanski, erwiderte auf die Einladung, einen künstlerischen Beitrag zum *Parque de la Memoria* (Park der Erinnerung) zu leisten, Mahnmale seien langfristig unangemessen, um die Erinnerung wachzuhalten. Er schlug stattdessen vor – nicht ahnend, dass es dies bereits gab –, regelmäßig Anzeigen in Zeitungen zu veröffentlichen, die die Erinnerung an die Verschwundenen wachhalten.<sup>5</sup>

Diese Formen der Erinnerungsarbeit, eng verbunden mit der Menschenrechtsbewegung, hatten erheblichen Einfluss auf die von neuen Generationen von Aktivisten und Künstlern entwickelten künstlerischen und politischen Sprachen.<sup>6</sup> Der gleiche Wille, den öffentlichen Raum zurückzuerobern, die Erinnerung wachzuhalten und stetig auf sie hinzuweisen, der die Aktionen der *Madres de Plaza de Mayo* kennzeichnet, wurde von den Kindern der Verschwundenen mit ihren als *escraches* bekannten Demonstrationen bekundet. Es handelt sich dabei um Kundgebungen vor den Wohnhäusern ehemaliger Unterdrücker, deren Verbrechen zu Zeiten des Staatsterrorismus ungesühnt blieben, mit dem Ziel, der Bevölkerung ihre Existenz zu zeigen.

Wie die Mütter der *Plaza de Mayo*, die ihre Großmütter sind, entwickelten die Kinder von Verschwundenen die Praxis, durch aktives Engagement zu erinnern. Auch hier wird die Form durch die Notwendigkeit der gegenwärtigen Umstände bestimmt, hier, der Reaktion und Anzeige im Kontext der Straflosigkeit. Die *escraches* haben erheblichen Einfluss auf die politische Kultur Argentiniens gehabt. Als mittlerweile integraler Bestandteil dieser Kultur werden sie auch bei anderen Formen politischer Forderungen genutzt, so wie die wöchentlichen Kundgebungen der Mütter der *Plaza de Mayo* im Laufe der Zeit zu einem Präzedenzfall immer wiederkehrender öffentlicher kollektiver Aktionen wurden.<sup>7</sup>

5 Horst Hoheisel in einem Gespräch mit der Verfasserin in Berlin im Januar 2002. Boltanski in: Marcelo Brodsky, *Memorias distantes*, Ramona Nr. 19/20 (2001), S. 79–80.

6 S. Inés González Bombal, *Derechos humanos: la fuerza del acontecimiento*, in: Verón et al., *Discurso político. Lenguajes y acontecimientos*, Buenos Aires 1987.

7 Während der Amtszeit der Regierung Menem gab es zum Beispiel jeden Mittwoch Kundgebungen von Rentnern, die unter den drastischen Sparmaßnahmen der Regierung litten. Ein anderes Beispiel ist die Organisation *Memoria Activa* (Aktive Erinnerung), die vor dem Gerichtspalast für die Aufklärung des Attentats gegen das jüdische Gemeindezentrum AMIA (Asociación Mutual Israelita de Argentina) demonstriert, und zwar immer Montags gegen 9.30 Uhr, dem Tag und der Zeit des Bombenanschlags.





*Escrache, Demonstration von Kindern von Verschwundenen vor dem Haus eines Militärs.*

© Grupo de Arte Callejero

Durch die Einführung künstlerischer und aus der Zirkuswelt stammender Elemente bei ihren Kundgebungen verbanden die *escraches* die von den Menschenrechtsorganisationen „ererbten“ mit den aus der Jugendbewegung stammenden Aktionsformen. Ihre *escraches* wurden von Künstlergruppen wie dem *Grupo de Arte Callejero*/GAC (Straßenkunstgruppe) und dem *Colectivo Etcétera* (Kollektiv Etcetera) begleitet. Erstere schufen durch Veränderung herkömmlicher Verkehrsschilder ein Verkehrsleitsystem, das auf Häuser ehemaliger Unterdrücker oder geheime Haftzentren hinwies. Die GAC schlägt auf diese Art mit ihren Aktivitäten eine neue Form der Kennzeichnung des öffentlichen Raumes vor und setzt darauf, die Topografie der Erinnerung auf dezentrale Weise in das alltägliche Leben einzubringen. Die Überblendung der Karte des U-Bahnnetzes durch die Kartografie der Repression zeigt zum Beispiel, dass selbst der Alltagsverkehr, trotz seiner Vergänglichkeit, von den

durch die Diktatur hinterlassenen traumatischen Spuren durchdrungen ist. Die GAC begleitete auch eine durch Nachbarn des Stadtteils San Telmo organisierte Aktion, während derer die Demonstranten durch mehrere Straßen des Viertels zogen, um schließlich zum ehemaligen geheimen Haftzentrum *Club Atlético* zu gelangen. Wie bei den *escraches* ging es bei der Aktion darum, die verborgenen Spuren der Vergangenheit in der alltäglichen Gegenwart aufzuzeigen und zu kennzeichnen. Im Gegensatz zu den *escraches* jedoch erfolgte die Kennzeichnung nicht, um Aufenthaltsorte ehemaliger Unterdrücker kenntlich zu machen, sondern um einer Nachzeichnung des Stadtplans des Viertels willen unter affektiver Einbeziehung der verschwundenen Nachbarn. Der Demonstrationzug hielt vor den Häusern der ehemaligen Verschwundenen, wo die GAC auf diese hinweisende Verse auf den Bürgersteig malte. Ähnlich wie bei religiösen Pilgerfahrten, jedoch deutlich politisch und engagiert, hielten die Nachbarn dann und wann an und hinterließen Schilder mit den Namen der Verschwundenen des Viertels vor ihren Wohnungen. Diese Form des Erinnerns kann mit dem Projekt der „Stolpersteine“ in Berlin in Verbindung gebracht werden, den bronzenen Steinen, die zwischen den Pflastersteinen des Bürgersteigs eingelassen sind und an die deportierten Nachbarn erinnern. Eine Praxis, bei der man den Willen erkennt, die Erinnerung in die alltäglichen Wege des Fußgängers einzutragen und gleichzeitig dem Andenken ein individuelles Gesicht und einen Namen, also eine Geschichte, zu verleihen.

### **Denkmalsetzung versus aktive Erinnerungspraktiken?**

Obwohl die mehr oder weniger ritualisierten aktiven Formen der Erinnerungsarbeit, genährt mit Symbolen des Kampfes, die ihren Niederschlag rund um die Aktionen der Menschenrechtsbewegung gefunden haben, existieren und durchgeführt werden, begann irgendwann auch in Buenos Aires die Diskussion um die Frage, wie die Verbrechen der Diktatur auf eine endgültigere Weise dargestellt werden können. Zwischen den dynamischen, aktiven Praktiken des Erinnerns und den anderen Erinnerungsformen, die laut ihren Kritikern drohen, die Erinnerung zu verfestigen, zum Erstarren zu bringen und damit eine statische und einseitige Geschichtsschreibung zu begünstigen, kann man Spannungen, aber auch Ansätze zum Dialog beobachten. Dies gilt beispielsweise für das Projekt *Parque de la Memoria*.

Dort existieren Spannungen zwischen „lebendigen“ Symbolen, die die Aktionen der Menschenrechtsbewegung begleiteten, und dem Wunsch, die Erinnerung durch ein Denkmal mit den Namen der Opfer und einem Skulpturenpark festzuschreiben. Wenn man die Sammlung der bei dem Skulpturenwettbewerb eingereichten Projekte durchgeht, findet man zahlreiche Vorschläge, die Elemente dieser „Praxis“ zitieren, reproduzieren oder sogar verehren, seien es die Kopftücher der Mütter der *Plaza de Mayo*, die in *Página/12* veröffentlichten Anzeigen oder die Fotos, die die Angehörigen bei den Kundgebungen tragen.<sup>8</sup>

So entsteht ein sonderbares Nebeneinander zwischen den aktiven, wachen Erinnerungen und denjenigen, die einen festen Charakter haben, wobei die Skulpturen wie eine merkwürdige „Versteinerung“ der aktiven Praktiken wirken. Die Entscheidung für die „Verkehrszeichen“ der GAC zum Beispiel bedeutet die öffentliche Anerkennung einer alternativen, auf der Straße entstandenen Praxis. Da die authentischen Orte sich weit von den auf sie hinweisenden Zeichen befinden, besteht jedoch das Risiko einer Dekontextualisierung und Neutralisierung ihrer ursprünglichen Ausdruckskraft sowie ihres tatsächlichen Sinns.

Bei der Darstellung des Zusammenwirkens von Tendenzen zur „Denkmalsetzung“ und der „aktiven“ Formen geht es jedoch nicht um Gegensätzlichkeit, sondern vielmehr um deren wechselseitige Wirkungen und mögliche daraus resultierende schöpferischen Folgen. Die Tatsache, dass die Fotografien, die im Rahmen von Kundgebungen präsentiert werden, nun auf Wunsch von Angehörigen von Verschwundenen auch im *Parque de la Memoria* ausgestellt werden, zeugt von dem Bedürfnis, an diesem Ort die Symbole, die Teil der Gedenkveranstaltungen waren, mit den dauerhaften Formen von Skulpturen zu verbinden.<sup>9</sup>

Das Zusammenleben beider Erinnerungsträger – der eine unmittelbar, buchstäblich und eindringlich, der andere (wohl-)überlegt, durch die Reflexion und den Gestus des Künstlers vermittelt – ist Ausdruck des Erinnerns

8 Alle Projekte wurden von der Comisión Pro Monumento a las Víctimas del Terrorismo de Estado im Band *Escultura y Memoria*, Buenos Aires 2001, veröffentlicht.

9 S. Patricia Valdez, *El Parque de la Memoria*, in: Elizabeth Jelin/Victoria Langland (Hrsg.), *Monumentos, memoriales y marcas territoriales*, Madrid 2003, S. 97–111.



*Skulptur von Roberto Aizemberg im „Parque de la Memoria“, die mit der Aktion Siluetazo assoziiert werden kann*

© Pablo Mehanna

an die Verbrechen der Diktatur, während diese immer noch schmerzt und gleichzeitig anstrebt, einen Platz in der Geschichte einzunehmen, sich fest im Stadtbild zu etablieren. So kann man in den ausgehöhlten Silhouetten der Skulptur von Roberto Aizemberg den Bezug zu den im *Siluetazo* gezeichneten Umrissen der Verschwundenen erkennen, also eine schöpferische Wiederaneignung dieses kraftvollen Sinnbilds der Erinnerung an die Verschwundenen. Die von Nicolás Guagnini vorgeschlagene Skulptur stellt eine Erweiterung und Variation eines von Angehörigen auf Kundgebungen eingesetzten Fotos eines Verschwundenen dar.

Ähnlich haben sich die Mütter der *Plaza de Mayo* den öffentlichen Raum durch ihre Märsche derart angeeignet, dass der Eindruck ihrer weißen Kopftücher auf dem Boden gleichzeitig wie die Kristallisation und natürliche Fortsetzung ihrer jeden Donnerstag stattfindenden Kundgebungen



*Kopftuch der „Mütter der Plaza de Mayo“, auf den Boden dieses Platzes gemalt*

© Rainer Klemke

erscheint. Eine lebendige Praxis ist zum festen Bestandteil der städtischen Landschaft geworden.<sup>10</sup>

Bei diesen Beispielen erscheinen die Schaffung von Ritualen und das Festschreiben von Symbolen im öffentlichen Raum als Teil einer kontinuierlichen und dynamischen Erinnerungsbewegung. Der Kritik und Sorge, der geplante Park könne die Erinnerung zu einer einzigen unanfechtbaren Version gerinnen lassen, kann die Möglichkeit entgegengesetzt werden, dass dieser Raum nicht die Dynamik der Erinnerung beendet oder abschließt, sondern Teil eines Repertoires vielfältiger Erinnerungsorte und -formen wird. In diesem Repertoire kommt es nicht notwendigerweise zum Widerspruch zwischen den aktiven Erinnerungsformen und den festen Trägern der Erinnerung, die an gegen-

10 Mit den Müttern der *Plaza de Mayo* verbundene Künstler haben auf den Boden des Platzes weiße Kopftücher gemalt. Das Werk wurde vom Parlament der Stadt Buenos Aires 2005 zum „historischen Ort“ erklärt.

ständliche Orte gebunden sind. Vielmehr stärken und ergänzen sie sich gegenseitig. Mehr noch, sie brauchen sich bei der ständigen Erschaffung des Mosaiks der Erinnerung, das schließlich die Erinnerungslandschaft einer Stadt bildet.

Denkmale und aktive Erinnerungen negieren sich nicht und schließen sich nicht aus, sondern stellen zwei Momente im Prozess des Gedenkens dar. Keine politische Aktion kann im luftleeren Raum stattfinden, sondern sie bedarf konkreter Orte, um deutlich zu werden. Jedes Mahnmal ist in gewisser Weise verdichtete Aktion im Raum, abgelagerte Erinnerung, welche die kollektive Aktion kristallisiert. Zugespitzt könnte man sagen, dass Steine „brennen“ können und Bewegung auch „versteinert“ werden kann.

### **Geschichtsschreibung, politische Unstabilität und Erinnerung**

Es ist hilfreich, einige grundsätzliche Unterschiede zwischen den Erinnerungskulturen in Argentinien und Deutschland aufzuzeigen, die die jeweiligen Diskussionen über die Relevanz der „monumentalen“ Erinnerungsformen mit den jeweils sehr unterschiedlichen Traditionen der Archivierung, Erinnerung und Aufzeichnung der Geschichte in Verbindung bringen. Die Forderungen und das Interesse, die den Prozess des Eintragens der Erinnerung im öffentlichen Raum begleiten, sind Ergebnis der historischen Traditionen, der politischen Gewohnheiten und der Erinnerungskulturen jedes Landes. Wenn in Deutschland, wie im restlichen Europa, in den Augen der Lateinamerikaner alles Stein ist, abgeschlossene und konsolidierte Vergangenheit, dann werden in diesem Rahmen einer stabilen und gesättigten Geschichte die Sorgen um eine mögliche „Versteinerung“ der Erinnerung verständlich. Dies erklärt auch die Ablehnung statischer Monumente und das Aufkommen alternativer Formen wie der sogenannten Anti-Denkmale: Werke, die die Erinnerung nicht aufbrauchen, sondern sie infrage stellen, die nicht in sich abgeschlossen sind, sondern den Betrachter zur Auseinandersetzung auffordern.<sup>11</sup> Die in Berlin angesichts des Projektes zur Errichtung des Denkmals für die ermordeten Juden Europas formulierte Kritik und Sorge, dass dieses sich zu einem offiziellen und touristischen Ort entwickeln könne, dem eine lebendige und engagierte Beziehung zu der Vergangenheit, an die es erinnert, fehlt, wird in diesem Kontext verständlich.

11 S. James Young, *The texture of memory. Holocaust Memorials and Meaning*, New Haven/London 1993.

In Argentinien, das durch eine Geschichte der politischen Instabilität und eine brüchige Archivierungstradition geprägt ist, erhält die Forderung nach einem Mahnmal eine ganz andere Bedeutung und gehört möglicherweise einer fast entgegengesetzten Strömung an. Der Kontext institutioneller Schwäche und Instabilität, in dem provisorische und ungewisse Erinnerungen dominieren, macht das Bestreben bestimmter sozialer Akteure verständlich, die Erinnerung in soliden und bleibenden Denkmälern zu verankern, damit das Gedenken dauerhaft abgesichert wird.

Die lang anhaltende politische Instabilität erklärt zugleich das Bedürfnis, günstige politische Konjunkturen hinsichtlich der Befürwortung von Erinnerungsprojekten seitens der Regierung auszunutzen, ebenso wie die Forderungen nach „endgültigen“ Formen des Gedenkens, die die Erinnerung ein für alle mal „in Stein gemeißelt“ in sich aufnehmen. Überlegungen, wie sie James E. Young in seinem Skript in Bezug auf das Mahnmal formuliert, dass „das beste Mahnmal darin besteht, ständig die Frage des *wie* des Erinnerns zu diskutieren“, lassen sich nur schwer in den argentinischen Kontext übertragen, wo die Verzweiflung der sozialen Akteure überwiegt, die gewohnt sind, sich in der Unsicherheit und dem Provisorium zu bewegen. Wenn die Unsicherheit, das Undefinierte und die Ungreifbarkeit das Verbrechen des Verschwindenlassens von Menschen charakterisieren, an das man erinnern möchte, so ist es genau die Vergegenständlichung und Stabilisierung dieser Erinnerung, die den stärksten Kontrast bildet zum Ziel der Diktatur, eine ganze Generation von politischen Aktivisten zu eliminieren und die Kontinuität des sozialen Gedächtnisses zu zerstören.

In Ermangelung von materiellen Bezugspunkten für den Trauerprozess und die öffentliche Anerkennung der Verbrechen bleibt den Angehörigen der Opfer und allen weiteren Akteuren, die staatliche Verbrechen ablehnen, nur die Herausforderung, Räume zu schaffen, die mit der Leidenschaft der aktiven Erinnerung und gleichzeitig mit der unanfechtbaren Stärke von Steinen endlich die Erinnerung an die Verschwundenen in das Stadtbild eintragen.

## Die Erinnerungsarbeit der *Madres de Plaza de Mayo*

Ich spreche als Zeugin für furchtbare Dinge, die in den 1970er-Jahren in meinem Land im Kontext des mordenden Staatsterrorismus geschehen sind. Unsere Gruppe, die Mütter der *Plaza de Mayo*, kämpft mit ihrer Erinnerungsarbeit jeden Tag darum, ihren Schmerz in Bewegung umzusetzen, um an die Vergangenheit zu erinnern, aber auch, um die Gegenwart in aktiver Interaktion mit anderen zu gestalten. Hinter uns Müttern liegt ein weiter Weg, der am 30. April 1977, mitten in der Diktatur, begann, als 14 Frauen das durch den Staatsterrorismus zu verantwortende „erzwungene Verschwinden“ ihrer Kinder publik machten. Auf der Grundlage der Richtlinien der „Doktrin der Nationalen Sicherheit“ ging die staatliche Gewalt nach dem Militärputsch im Jahr 1976 gegen das Leben und die Unversehrtheit der Menschen vor.

In meinem Leben gibt es ein „vor“ und ein „nach“ dem 5. April 1977, jenem Tag, an dem Uniformierte in mein Heim einfielen, sich als Angehörige der „argentinischen Streitkräfte“ ausgaben und meinen Sohn Juan Patricio und dessen Ehefrau entführten. An demselben Tag drangen sie illegal mit einer ähnlichen Aktion in das Haus ein, in dem meine Tochter María Beatriz mit ihrem Mann lebte, und entführten die beiden. Bis heute fehlt jeglicher Hinweis auf ihren Verbleib. Aufgrund der Aussage meiner Schwiegertochter, die wenige Stunden später wieder freigelassen wurde, konnte festgestellt werden, dass meine Kinder im geheimen Haft- und Folterzentrum *Club Atlético* festgehalten wurden.



Ich repräsentiere auch andere Mütter, die Ähnliches durchgemacht haben. Gemeinsam sind wir einen langen und schwierigen Weg gegangen, der noch heute andauert. Zunächst fragten wir uns gegenseitig: „Geschieht dir dasselbe wie mir?“ Uns waren weder Ideologie noch Religion noch der soziale Status wichtig. Wir marschierten vereint durch den Schmerz um das abwesende Kind, verrückt, weil man uns das Liebste geraubt hatte. Mit der Zeit verwandelte sich der Schmerz in Kampf und der Kampf in aktiven Widerstand. Wir begannen unsere gemeinsame Identität zu schaffen, deren Erkennungszeichen die weißen Kopftücher waren, in die wir später die Namen unserer Kinder stickten, um sie aus der Anonymität zu befreien. Wir nahmen einen öffentlichen Ort, die *Plaza de Mayo*, in Beschlag und begannen jeden Donnerstag von 15.30 Uhr bis 16.00 Uhr um die Pyramide zu kreisen. So entstand die historische Runde der Mütter. Dieser Ort, an dem man gemalte weiße Kopftücher findet, ist von der Regierung der Stadt Buenos Aires zu einem „Historischen Ort“ erklärt worden.

Dort kamen die ersten Parolen auf, die am Ende jeder Runde gerufen wurden: „Lebend hat man sie mitgenommen, lebend wollen wir sie wiederhaben“ und „Sie sollen lebendig wiederkehren“. Der Bund zwischen den Müttern überwand das Individuelle und gewann an Wert als Bewegung einer Gemeinschaft, der es gelang, sich dem Staatsterrorismus, der sich in unserer Republik ausgebreitet hatte, entgegenzustellen. Drei unserer ersten Mütter wurden selbst Opfer dieser Verbrechen: Azucena Villaflor, María Eugenia Bianco und Esther Careaga, die im Dezember 1977 im Rahmen einer militärischen Operation aus der Pfarrei von Santa Cruz entführt wurden und bis heute vermisst sind.

Wie in jeder Bewegung gab es auch bei uns Meinungsverschiedenheiten, die gravierender wurden und schließlich die Gründungsziele betrafen. 1986 führte dies zur Spaltung der Organisation der Mütter und zur Gründung der *Asociación Madres de Plaza de Mayo – Línea Fundadora* (Vereinigung Mütter der *Plaza de Mayo* – Gründungszweig), der Institution, der ich angehöre.

Wir Mütter sind in der Vergangenheit marschiert und marschieren noch heute, überzeugt von der Richtigkeit unseres Anliegens. Wir wollten wissen, was mit unseren Kindern geschehen ist. Wir forderten, dass man uns sagt, wer, wann, wo und warum über ihr Schicksal entschieden hat. So setzten wir uns weiter mit der schmerzhaften Abwesenheit einer ganzen Generation auseinander, einer Abwesenheit und Suche ohne Antwort.

Man begann unsere Stimmen auch im Ausland wahrzunehmen. Und so entstand der Bericht der „Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte“ der Organisation Amerikanischer Staaten, der bereits zu Zeiten der Diktatur erarbeitet wurde. Die Kommission kam nach Argentinien und untersuchte zwei Wochen lang die im Land begangenen Menschenrechtsverletzungen. In ihrem Bericht heißt es: „Die Kommission ist zu dem Schluss gelangt, dass in Argentinien in der Zeit von 1975 bis 1979 durch direkte Aktionen oder durch Unterlassung seitens der Behörden oder ihrer Vertreter zahlreiche und gravierende Verletzungen fundamentaler Menschenrechte begangen wurden.“ Ausgehend von ihren Schlussfolgerungen empfahl die Kommission, „die Verantwortlichen für die Toten mit der ganzen Härte des Gesetzes vor Gericht zu stellen und zu verurteilen“ und bezüglich der verhafteten Verschwundenen „den Umständen entsprechend über den Verbleib dieser Personen zu informieren“. Nach der Rückkehr zur Demokratie fand zwischen 1983 und 1984 mit den Tausenden von Zeugenaussagen, die die *Comisión Nacional sobre Desaparición de Personas* aufnahm, eine erste Annäherung an das Wissen über das Grauen statt. Es konnte bewiesen werden, dass die repressive Politik einem systematischen Plan folgte, was auch in dem von der Kommission herausgegebenen Buch *Nunca Más* (Nie Wieder) zum Ausdruck kam.

Die Demokratie brach das Schweigen, und jeder erklärte das Geschehene auf seine Weise: „Krieg“, „Theorie der zwei Dämonen“, „Exzesse“; Worte, die durch die unter der Regierung von Präsident Raúl Alfonsín durchgeführten Prozesse gegen die Spitzen der Streitkräfte an Stärke gewannen. Aufgrund der unterschiedlichen Interpretationsmuster für die Geschehnisse während der Diktatur sahen wir uns gezwungen, uns mit der realen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Beschaffenheit des Staatsterrorismus auseinanderzusetzen, sie zu begreifen und anderen begreifbar zu machen. So verstanden wir, dass durch die Militärdiktatur in unserem Land ein System der wirtschaftlichen Konzentration und der sozialen Ausgrenzung eingeführt wurde, unter dem wir noch heute leiden. Deswegen gehen wir davon aus, dass der Staatsterrorismus der bewaffnete Arm der ökonomischen Machtgruppen war.

Der Prozess gegen die Militärjunta war das erste wichtige Ereignis, bei dem unsere Forderung nach Gerechtigkeit konkret umgesetzt wurde. Leider wurden diese Wege der Wahrheitsfindung verschlossen; durch die Straßlosigkeitsgesetze – *Obediencia Debida* (Befehlsnotstand) und *Punto Final* (Schlusspunkt) – und

durch den Begnadigungsakt unter Präsident Carlos Menem im Jahr 1989, von dem Militärs profitierten, die am Staatsterrorismus beteiligt waren.

Während dieser 28 Jahre konnten dank des unnachgiebigen gemeinsamen Kampfes des Volkes und der Menschenrechtsorganisationen und dank des politischen Willens einiger Regierenden wichtige Erfolge auf nationaler und internationaler Ebene erzielt werden. Dazu gehört die Annullierung der oben genannten Gesetze durch den Kongress im Jahr 2003. Der Oberste Gerichtshof hat die Gesetze später für verfassungswidrig erklärt. 1981 entstand die *Federación Latinoamericana de Asociaciones de Familiares de Detenidos Desaparecidos* (FEDEFAM; Lateinamerikanische Föderation der Vereinigungen Angehöriger von Verschwundenen), der auch die „Großmütter der *Plaza de Mayo*“, die „Angehörigen von aus politischen Gründen Verschwundenen und Verhafteten“ und die „Mütter der *Plaza de Mayo* – Gründungsweig“ angehören. Ziel dieser Föderation ist es, eine internationale Konvention gegen das Verschwindenlassen von Personen durchzusetzen. Darüber hinaus wurde am 24. März 2004 eine Vereinbarung zwischen dem Nationalstaat und der Regierung der Stadt Buenos Aires unterzeichnet, die vorsieht, dass auf dem Grundstück, auf dem sich das Geheime Haft- und Folterzentrum der ESMA (Escuela Mecánica de la Armada, Mechanikerschule der Marine) befand, ein Ort der Erinnerung und zur Förderung und Verteidigung der Menschenrechte geschaffen werden soll.

Hervorzuheben ist die Arbeit der „Großmütter der *Plaza de Mayo*“, denen es gelungen ist, 80 ihrer Enkel wiederzufinden, und die weiterkämpfen, um die noch Vermissten aufzufinden. Gleichzeitig wird das Archiv der Erinnerung aufgebaut, um jene Dokumentation zu bewahren, die es ermöglicht, Kenntnisse über das Schicksal eines jeden Einzelnen der verhafteten Verschwundenen zu erlangen. Dutzende Verfahren sind wieder aufgenommen worden und 121 Unterdrücker sind in Haft, denen alle Rechte zugestanden werden, die sie ihren Opfern verweigerten.

Ziel der Diktatur sollte die Zerstörung der sozialen Strukturen sein, und dennoch, auch um den Kampf der Mütter, der Großmütter und der Angehörigen von ehemaligen Verhafteten fortzuführen, gründete sich 1995 die Vereinigung H.I.J.O.S. (Kinder für die Identität und die Gerechtigkeit gegen das Vergessen und Schweigen) und beeinflusste die Geschichte durch neue Aktionsformen bei der Forderung nach Gerechtigkeit und dem Aufzeigen der Straflosigkeit. Seit Kurzem befindet sich eine weitere Organisation im Aufbau, die *Hermanos por*

*la Verdad y la Justicia* (Geschwister für Wahrheit und Gerechtigkeit), die den Versuch einer neuen Geschichtsschreibung unternehmen wollen als Zeugen, die die gleichen Situationen wie ihre Geschwister erlebt haben.

Die Arbeit des *Equipo Argentino de Antropología Forense* (Argentinisches Team für forensische Anthropologie) verdient große Anerkennung, da diese Organisation versucht, denjenigen einen Namen und eine Geschichte zurückzugeben, denen diese durch die Eintragung als „N. N.“ (Name unbekannt) geraubt wurden. Auch die Prozesse, die in einigen Städten im In- und Ausland – Spanien, Italien, Frankreich, Schweiz und Deutschland – geführt wurden, eröffneten neue Möglichkeiten, weil sie zur Aufklärung des Schicksals Tausender Verschwundener und der Möglichkeit einer gerechten Strafe beitrugen. Darüber hinaus bestätigten sie den Straftatbestand der „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ und festigten den Grundsatz einer universellen Rechtsprechung, die die Verurteilung vieler Unterdrücker ermöglichte.

Nach der Rückkehr zur Demokratie behaupteten einige gesellschaftliche Kreise, unsere Aktivitäten könnten die nationale Einheit bedrohen. Sie schlugen eine „nationale Versöhnung“ vor, die durch Vergessen erreicht werden sollte. Dies gab uns nur noch mehr Antrieb bei der Forderung nach Prozessen und Bestrafung, wobei wir immer betont haben, dass es uns nicht um Rache, sondern ganz einfach um Gerechtigkeit geht.

Auch nach 28 Jahren bleibt die Forderung nach Erinnerung, Wahrheit und Gerechtigkeit immer noch gültig. Es handelt sich um Werte, die sich als kollektive Erinnerung in die Gesellschaft eintragen. Diese Erinnerung ist das Ergebnis eines gemeinsamen Prozesses, der das Ziel verfolgt, uns in Zeugen dessen zu verwandeln, was in unserem Land geschehen ist. Durch die Worte und durch unsere Schilderungen geben wir der Erinnerung den Platz, den sie verdient: die Vermittlung der Wahrheit, die auf der Grundlage des erlebten Schreckens eine Neubewertung der Geschichte ermöglicht.

Die moralische Sanktionierung reicht uns nicht aus, da in unserem Land ein systematischer Plan des Schreckens durch den Staatsterrorismus umgesetzt wurde; ein Plan, der gewaltsame Hausdurchsuchungen beinhaltete, Entführungen, Haft an geheimen Orten, Folter, die Verschleppung Minderjähriger, das Verschwindenlassen mit anschließendem Tod durch Erschießung oder durch die grauenvollen Todesflüge, bei denen die Opfer lebend ins Meer geworfen wurden. Als Menschenrechtsorganisation sagen wir Nein zur Gewalt und mit

der gleichen Kraft Nein zur Resignation. Unsere Aktion war, ist und wird immer ein aktiver Widerstand sein, der sich im Respekt für die menschliche Würde und das Leben begründet. Das bedeutet, dass wir die ständige Bitte nach Wahrheit und Gerechtigkeit mit den aktuellen Forderungen der Menschenrechtsbewegung hinsichtlich der Verteidigung von wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten des Individuums und der Völker verbinden.

Das Thema des Staatsterrorismus hat mal mehr, mal weniger Einfluss auf die Gesellschaft gehabt. Ein Teil von ihr schien unter einer Amnesie zu leiden, einige waren Helfer, andere gleichgültig. Aber das permanente Aufzeigen der Geschichte durch die Menschenrechtsorganisationen und die Selbstverpflichtung eines wichtigen Teils der Gesellschaft führten dazu, dass die Verschwundenen aufhörten, Namenlose zu sein – anders als die Unterdrücker es geplant hatten und der Diktator Jorge Rafael Videla dies umschrieb, als er dazu befragt wurde: „Die Verschwundenen gibt es nicht, sie sind nicht, sie haben keine Identität.“ Unsere Kinder gibt es, und sie sind da. Sie haben alle einen Vor- und Nachnamen. Sie sind Juan, Beatriz, Carlos, Irene, Susana, ... und sie sind die 30 000, die nicht nur in der Erinnerung, sondern im Leben selbst, in der täglichen Konstruktion der kollektiven Erinnerung, sind. Eine Erinnerung zu haben bedeutet, gegen Straflosigkeit zu kämpfen und die Tausenden Menschen, die um einer gerechteren Gesellschaft willen politisch und sozial aktiv waren und deswegen entführt, gefoltert und ermordet wurden, aus der gespenstischen Kategorie der „Verschwundenen“ zu befreien. Bei dieser Rekonstruktion der Wahrheit sind die Leben und die Kämpfe unserer Kinder miteinander vereint, ihre Projekte und ihre politischen Aktivitäten, die mit ihren jeweiligen Vorstellungen korrespondierten. Sie waren Teil einer Generation, die sich für die Geschichte ihrer Zeit und ihres Volkes engagierte und die sich durch Solidarität, Engagement und Hingabe auszeichnete.

Alle und jeder Einzelne der verhafteten Verschwundenen leben in der Erinnerung der Kollegen und Freunde weiter, die ihr Engagement teilten. Sie leben auch weiter in den Idealen jener Menschen, die, auch wenn sie sie nicht kannten, heute für die Menschenwürde und für die Würde des Landes, für die Erziehung, die Gesundheit und für eine gerechte Einkommensverteilung kämpfen, in Gewerkschaften, Schulen, Sozialstationen und an vielen anderen Orten. Vor allem aber sind sie in unseren Herzen lebendig und im alltäglichen Tun unserer Familien, und sie werden es bis an unser Lebensende sein.

## Abkürzungsverzeichnis

AIDA	<i>Asociación Internacional de la Defensa de los Artistas</i> (Internationaler Verband zum Schutz von verschwundenen Künstlern in aller Welt)
AMIA	<i>Asociación Mutual Isrealita Argentina</i> (Argentinisch-Israelischer Verband für gegenseitige Hilfe)
BStU	Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
CONADEP	<i>Comisión Nacional sobre la Desaparición de Personas</i> (Nationale Kommission über das Verschwinden von Personen)
DDR	Deutsche Demokratische Republik
CELS	<i>Centro de Estudios Legales y Sociales</i> (Zentrum für Rechts- und Sozialstudien)
ESMA	<i>Escuela Mecánica de la Armada</i> (Mechanikerschule der Marine)
FDCL	Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile- Lateinamerika
FDGO	Freiheitlich Demokratische Grundordnung
FEDEFAM	<i>Federación Latinoamericana de Asociaciones de Familiares de Detenidos Desaparecidos</i> (Lateinamerikanische Föderation der Vereinigungen Angehöriger von Verschwundenen)
GAC	<i>Grupo de Arte Callejero</i> (Straßenkunstgruppe)
Gestapo	Geheime Staatspolizei
GT	<i>Grupos de Tareas</i> (Aufgabengruppe)
GPU-Keller	Verhörräume der <i>Glawnoje Polititscheskoje Upracolenije</i> (Staatspolizei der Sowjetunion) in Wohnblöcken
H.I.J.O.S.	<i>Hijos por la identidad y la justicia, contra el olvido y el silencio</i> (Nachkommen für die Identität und die Gerechtigkeit, gegen das Vergessen und das Schweigen)

IBA	Internationale Bauausstellung
IAGMR	Interamerikanischer Gerichtshof für Menschenrechte
KED	Katholische Elternschaft Deutschlands
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
RIAS	Rundfunk im Amerikanischen Sektor
SD	Sicherheitsdienst des Reichsführers SS
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SEW	Sozialistische Einheitspartei Westdeutschlands
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutzstaffel der NSDAP
Stasi	(Ministerium für) Staatssicherheit
StUG	Stasi-Unterlagen-Gesetz
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
ZK	Zentralkomitee

- Diana Aisenberg**, Künstlerin und Kunstdozentin. Projektarbeit mit Jugendlichen und Erwachsenen, u. a. zum Thema Erinnerung.
- Gabriela Alegre**, Mitglied des Vereins *Buena Memoria*. Zwischen 2000 und 2006 Staatssekretärin für Menschenrechte in der Regierung der Autonomen Stadt Buenos Aires.
- Dr. Peter Birle**, Politikwissenschaftler. Leiter der Forschungsabteilung des Ibero-Amerikanischen Instituts in Berlin.
- Dr. Gabriele Camphausen**, Historikerin. Fachbereichsleiterin Politische Bildung bei der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik.
- Dr. Sandra Carreras**, Historikerin. Wissenschaftliche Angestellte im Referat Forschung und Publikationen des Ibero-Amerikanischen Instituts in Berlin.
- Miguel D'Agostino**, Überlebender des ehemaligen Haftzentrums *Club Atlético*, Mitglied der Arbeits- und Konsensgruppe für die Wiedergewinnung der Erinnerung des Ortes.
- Prof. Dr. Gabi Dolff-Bonekämper**, Kunsthistorikerin und Denkmalpflegerin. Professorin am Institut für Stadt- und Regionalplanung der Technischen Universität Berlin.
- Dr. Stefanie Endlich**, Kunstpublizistin. Honorarprofessur für Kunst im öffentlichen Raum an der Universität der Künste Berlin.
- Prof. Dr. Bernd Faulenbach**, Historiker. Professor an der Ruhr-Universität Bochum; Stellvertretender Vorsitzender der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.
- Prof. Dr. Horacio González**, Soziologe. Professor an der Universität Buenos Aires und Leiter der Nationalbibliothek, Buenos Aires.
- Elke Gryglewski**, Politikwissenschaftlerin. Wissenschaftlich-Pädagogische Mitarbeiterin in der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz. Vorstandsmitglied bei Aktion Sühnezeichen Friedensdienste.
- Ana Guglielmucci**, Anthropologin. Koordinatorin der Arbeits- und Konsensgruppe für die Wiedergewinnung der Erinnerung des ehemaligen Haft-, Folter- und Vernichtungszentrum *El Olimpo*.
- Dr. Horst Hoheisel**, Promovierter Forster. Freischaffender Künstler. Zahlreiche Projekte zu Erinnerung in Deutschland und Lateinamerika.
- Dr. Anne Huffscheid**, Freie Publizistin und Kulturwissenschaftlerin. Kuratorin des Kulturdialogs „Krise als Labor“ in Berlin und Buenos Aires (2004).



**Katharina Kaiser**, Kulturwissenschaftlerin. Leiterin des Kunstamtes Berlin-Schöneberg und der Kommunalen Galerie „Haus am Kleistpark“.

**Wolfgang Kaleck**, Rechtsanwalt. Vorsitzender des Republikanischen Anwältinnen- und Anwältevereins e. V.; Sprecher der „Koalition gegen Straflosigkeit“; Generalsekretär des *European Center for Constitutional and Human Rights e. V.* (ECCHR).

**Ronald Klein Tank**, Künstler. Projektarbeit mit Spuren der Berliner Mauer.

**Dr. Dorothea Kolland**, Leiterin des Kulturamts Berlin-Neukölln und Vorstandsmitglied der Kulturpolitischen Gesellschaft e. V., Expertin des Europarates.

**Dr. Ana Longoni**, Kunsthistorikerin und Dramaturgin. Professorin für Medien- und Kulturtheorie an der Universität Buenos Aires.

**Enriqueta Maroni**, Mitglied des Vereins *Madres de Plaza de Mayo – Línea Fundadora*.

**Angelika Meyer**, Politikwissenschaftlerin. Vorstandsmitglied des Vereins Aktives Museum, Faschismus und Widerstand in Berlin e. V.

**Dr. Andreas Nachama**, Geschäftsführender Direktor der Stiftung Topographie des Terrors, Dekan für Holocaust-Studies am Touro College Berlin, Rabbiner der Synagogengemeinde Sukkat Schalom.

**Dr. Maria Nooke**, Wissenschaftliche Mitarbeiterin der Gedenkstätte Berliner Mauer.

**Lila Pastoriza**, Journalistin und Menschenrechtsaktivistin. Überlebende des ehemaligen Haftzentrum ESMA.

**Bernt Roder**, Diplom-Sozialökonom, seit 1992 Leiter des Prenzlauer Berg Museums, zuständig für die bezirkliche Geschichtsarbeit im Bezirk Pankow, Leiter diverser Ausstellungs- und Publikationsprojekte zur Berliner Regionalgeschichte.

**Birgit Salamon**, Leiterin der Abteilung Archivbestände bei der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, Berliner Zentralstelle.

**Dr. Estela Schindel**, Soziologin. Projektarbeit zu Erinnerung und Migration. Lehrbeauftragte am Lateinamerika-Institut der Freien-Universität Berlin.

**Patricia Valdez**, Sozialwissenschaftlerin. Mitglied in mehreren internationalen Menschenrechtsverbänden. Leiterin des Vereins *Memoria Abierta*.

**Prof. Dr. Hugo Vezzetti**, Psychologe. Professor an der Universität Buenos Aires. Forschungswissenschaftler am CONICET (Consejo Nacional de Investigaciones Científicas y Técnicas)